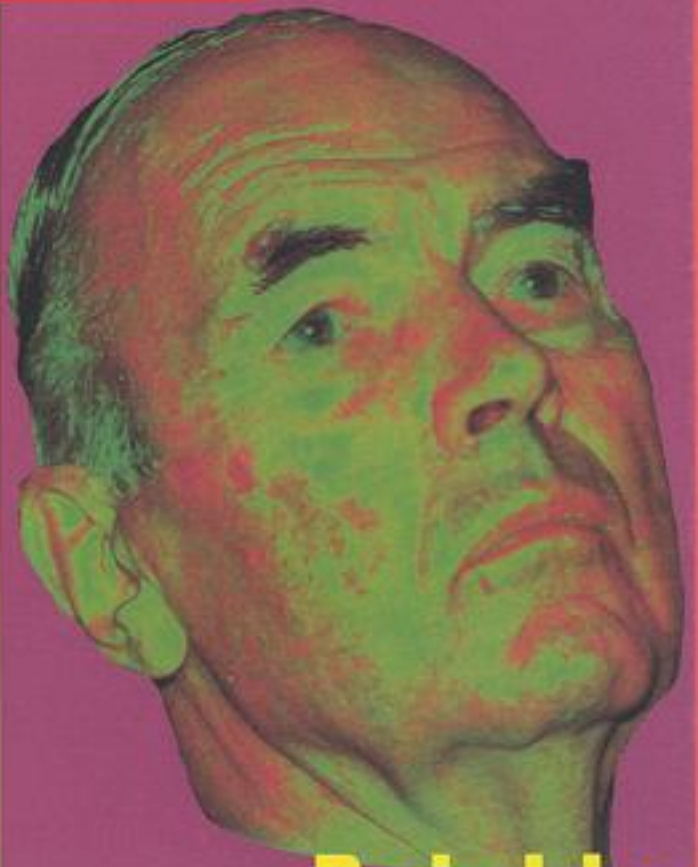
Heft 9 September 1996 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Tierrechte: Böse Juden, liebes Vieh
- Schwule: Rosa Winkel in der Zone?
- Grüne: Metzger des Sozialstaats
- Manager: Klassenkampf von hinten
- Kritische Theorie: Horkheimer contra Habermas



SS-Mann Priebke

Ein deutscher Soldat

in konkret September 1996

von konkret

an konkret

Schöne neue Weltordnung von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

»Führerbefehl« – wir folgen von Eberhard Rondholz
Ein selbst für hiesige Verhältnisse ungewöhnliches Maß an Heuchelei brach sich in der öffentlichen Empörung über den Freispruch des SS-Mannes Priebke durch ein italienisches Militärgericht Bahn. Schließlich ist nicht einer der zahlreichen Priebke-gleichen NS-Kriegsverbrecher je von einem deutschen Gericht verurteilt worden

Deutscher Abzählvers von Oliver Tolmein

Zu Protokoll
In einem Gespräch mit Michel Friedmann (Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland), das das ZDF am 19. Juli ausstrahlte, nahm der US-amerikanische Wissenschaftler Daniel Goldhagen erstmals für die deutsche Öffentlichkeit Stellung zu der Aufregung, die die Veröffentlichung seines Buches »Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust« hierzulande ausgelöst hat. KONKRET dokumentiert dieses Gespräch in gekürzter Fassung

Termine

»Ohne Zäsur« von Eike Stedefeldt
Wenn der »Spiegel« die DDR zur legitimen Erbin der NS-Homosexuellenpolitik deklariert, kann er sich neuerdings auf den DDR-Historiker Günter Grau berufen

Metzger des Sozialstaats von Heiner Möller
»Aus Wettbewerbsgründen ist Krankheit auf Dauer nicht hinnehmbar«: Auch in der Sozialpolitik haben die Grünen nun Anschluß an die Bonner Regierungskoalition gefunden

Klassenkampf von hinten von Robert Kurz
Die vaterlandslosen Manager als neuentdecktes Standortrisiko

Die »Benz«-Variante von Oliver Tolmein; Uli Dillmann
Nach achteinhalb Jahren Illegalität ist er wieder aufgetaucht: Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren wg. Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« gegen Uli Dillmann eingestellt. Oliver Tolmein sprach mit ihm über seine Erfahrungen

Lübeck, Alabama von Michael Hahn
Im Süden der USA werden afroamerikanische Kirchen in Brand gesteckt, wie schon zu Zeiten der Bürgerrechtsbewegung. In Washington gibt man sich entsetzt. Die Polizei ermittelt gegen die Opfer

Britisches Lehrstück von Georg Fülberth
Über die Durchsetzung der marktradikalen Konterrevolution in Großbritannien

Aus den befreiten Gebieten V von Werner Pirker
Die Werft von Gdansk, die Lenins Namen trug, ist bankrott. Was in der Volksrepublik undenkbar gewesen wäre, ist in der Marktwirtschaft Gesetz. Der polnische Staat als Hauptanteilseigner hat sich geweigert, das marode Unternehmen

mit immer weiteren Finanzspritzen am Leben zu erhalten. 7.500 Werftarbeiter sind von der Entlassung bedroht

In diesem SinnePoststalinisten raus! von Holger Becker

In diesem SinneWeltverschwörung von Jürgen Elsässer

In diesem SinneGute Gründe von Oliver Tolmein

»Der dialektische Herr H.« von Max Horkheimer

»Es gibt Epochen, in denen es darauf ankommt, die Änderung womöglich zu verhindern, und nicht Geschichte zu machen.« In diesem Satz gipfelt ein Brief Max Horkheimers an Theodor W. Adorno vom September 1958, in dem Horkheimer die Entlassung eines wissenschaftlichen Assistenten aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung fordert. Der Name des Assistenten: Jürgen Habermas. Horkheimers Vorwurf: Habermas propagiere die Revolution. Horkheimers Plädoyer: Verteidigung der Reste bürgerlicher Zivilisation. KONKRET veröffentlicht diesen Text, der auch für das Verständnis des Zerwürfnisses der 68er Bewegung mit den Begründern der Kritischen Theorie von einiger Bedeutung ist, erstmals und vollständig. Er wird im Herbst dieses Jahres im Band 18 der Gesammelten Schriften Horkheimers erscheinen. Gunzelin Schmid Noerr, Mitherausgeber dieser Ausgabe, hat den Brief für KONKRET kommentiert

Aus der Vorgeschichte eines gesellschaftstheoretischen Paradigmenwechsels – Horkheimers Kritik an Habermas von Gunzelin Schmid Noerr

»Es gibt Epochen, in denen es darauf ankommt, die Änderung womöglich zu verhindern, und nicht Geschichte zu machen.« In diesem Satz gipfelt ein Brief Max Horkheimers an Theodor W. Adorno vom September 1958, in dem Horkheimer die Entlassung eines wissenschaftlichen Assistenten aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung fordert. Der Name des Assistenten: Jürgen Habermas. Horkheimers Vorwurf: Habermas propagiere die Revolution. Horkheimers Plädoyer: Verteidigung der Reste bürgerlicher Zivilisation. KONKRET veröffentlicht diesen Text, der auch für das Verständnis des Zerwürfnisses der 68er Bewegung mit den Begründern der Kritischen Theorie von einiger Bedeutung ist, erstmals und vollständig. Er wird im Herbst dieses Jahres im Band 18 der Gesammelten Schriften Horkheimers erscheinen. Gunzelin Schmid Noerr, Mitherausgeber dieser Ausgabe, hat den Brief für KONKRET kommentiert

Kunst & Gewerbe von Hanno Loewy, René Martens, Otto Köhler, Michael Ringel

Der Untergang der Welt durch Analverkehr von Rayk Wieland

Benzin und Bölkstoff von Georg Seeßlen

Eine Idylle männlicher Regression: »Werner« oder die Verflüssigung der Welt

Buch & Deckel von Hermann L. Gremliza

Erwin Riess: Herr Groll erfährt die Welt. Im Rollstuhl durch gelähmte Zeiten. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996, 190 S., 29,80 Mark

Buch & Deckel von Jürgen Roth

Arno Schmidt Stiftung: Hefte zur Forschung; Heft 1: »Vielleicht sind noch andere Wege – «; Heft 2: »Teiche zwischen Nord- und Südmeer«; Heft 3 (hrsg. v. Susanne Fischer): »>Umgängliche Nachbarn erwarten euch< – Zu Arno Schmidts >Die Umsiedler<«, Bargfeld 1992-1995, jeweils 30 Mark

Buch & Deckel von Kay Sokolowsky

Karl Markus Michel u. Tilman Spengler (Hg.): Kursbuch 124. Verschwörungstheorien. Rowohlt Berlin 1996, 208 S., 15 Mark

Böse Juden, liebes Vieh von Uli Krug
Was hat Tierliebe mit Menschenhaß zu tun, und wie hängen Tierrechts-Debatte und Euthanasie-Diskussion zusammen? Eine Polemik

Ablenkungsmanöver von Otto Köhler
Hat der Filmhändler Leo Kirch den Bertelsmann-Konzern über den Tisch gezogen?

Melodie & Rhythmus von René Martens
Verschiedene: The Freestyle Files. Futuristic Electronics Part 1; Studio K7/RTD

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf
Einstürzende Neubauten: Ende Neu; Our Choice/Rough Trade

Melodie & Rhythmus von Harald Peters
Ice T – VI: Return Of The Real; Priority/Virgin

Melodie & Rhythmus von Sebastian Wehlings
Whirlpool Productions: Dense Music; Motor

Aus der linken Wagenburg von Uwe Soukup
Ein konservativer Historiker für die Linke? Uwe Soukup antwortet auf Martin Brauns »Anmerkungen zu Haffner« (KONKRET 8/96)

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
Tierische Liebe

Film & Theater von Jan Pehrke
Twister

Film & Theater von Max Annas
Der Unhold

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/96, S. 4

von konkret

Nazis auf der Datenautobahn: Immer größeres Interesse entwickeln die deutschen Männer und Frauen vom »Thule«-Netz in jüngster Zeit an KONKRET. In über 15.000 Bytes haben sie zuletzt das Impressum von KONKRET, das Inhaltsverzeichnis und alle Beiträge mit Titel, Vorspann und Autorennamen aufgelistet und unter /Thule/T/ANTI-ANTIFA/ALLG(Alle) verbreitet. Unter der Autorenliste heißt es: »Frage: Wo wohnen die Typen???«, unter der Bankverbindung steht »Da kann mer nix machen« und unter dem Namen der Druckerei »Aber da!«. Gezeichnet »MkG« (Mit kriminellen? kretinösen? Grüßen) ein »WIDUKIND«. Und mehrfach: »Wer Wind säht, wird Sturm ernten!«

»Gewinner des Tages« in der »Bild«-Zeitung wurde der Historiker Hans Mommsen von der Universität Bochum, der jetzt für den Verlag Ullstein/Propyläen den Band 9 (Zeit des Nationalsozialismus) der *Propyläen Geschichte Deutschlands* machen solle. »Bild meint: gute Wahl.«

»Bild« sagt nicht, daß es den Band 9 schon gibt; daß die Wahl, ihn zu schreiben, schon einmal auf Mommsen gefallen war; daß Ullsteins Cheflektor Rainer Zitelmann den Vertrag mit Mommsen 1993 gekündigt und seinen rechten Gesinnungskameraden, den Lehrer und »Runenforscher« Karlheinz Weißmann, mit der Arbeit beauftragt hatte; daß dieser mit einem Pamphlet niedergekommen war, das den aus Fachhistorikern bestehenden Herausgeberkreis veranlaßte, die Streichung ihrer Namen aus dem Band zu verlangen; daß nicht zuletzt dieser Streit, von Otto Köhler in KONKRET 1/96 öffentlich gemacht, den Springer-Verlag bewogen hat, sich von seinem Ullstein-Verlagschef Fleißner zu trennen und Zitel-Weißmanns 9. Band der Propyläen-Geschichte nicht in den Buchhandel zu bringen, sondern noch einmal bei Mommsen in Auftrag zu geben.

Aus dem Protokoll der Sitzung des Thüringer Landtags vom 20. Juni 1996:

Abgeordneter Dittes, PDS: ... So bleibt die Frage, meine Damen und Herren, welche Motivation bewegt zumindest einen großen Teil der bundesdeutschen Innenpolitiker, allen voran natürlich Bundesinnenminister Kanther, solche Polizeimaßnahmen (gegen die Kurden) zu planen und durchzuführen? Zumindest eine überdenkenswerte Antwort hat mir dazu der Artikel »Deutscher Frühling« des Publizisten Hermann L. Gremliza präsentiert, der im Mai dieses Jahres in der Zeitschrift KONKRET erschienen ist. Aus diesem möchte ich eine etwas längere Passage zitieren.

Vizepräsident Dr. Hahnemann: Ja, bitte.

Die längere Passage handelte von der Ablösung der sozialen Sicherungssysteme durch die Aufrüstung der polizeilichen und von den Manövern, in denen Kanthers Truppen ihre Schlagfertigkeit an der »südländisch aussehenden« Störermasse der Kurden geübt haben. Dann ging's wie gewohnt weiter:

Abgeordneter Rieht, SPD: Herr Dittes, Ihr Horrorszenario gleicht einer Kriegsberichterstattung ...

's ist leider Krieg, und da begehrt die Sozialdemokratie, nicht schuld daran zu sein bzw. entsprechende Kredite zu bewilligen.

Wie in jedem Jahr erscheint auch zur Frankfurter Buchmesse 1996 ein Sonderheft LITERATUR KONKRET. Redaktioneller Schwerpunkt ist das Thema »Literatur und Krieg«. Das Heft erscheint am 27. September und kann ab sofort beim Verlag gegen Vorkasse (7.80 plus 2.50 Porto und Verpackung) bestellt werden.

Am 31. August findet auf dem Berliner Alexanderplatz der diesjährige Solibasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten statt (ab 10 Uhr), an dem sich auch KONKRET mit einem Stand (zusammen mit dem Konkret Literatur Verlag) beteiligt. Mit dem Reinerlös der Veranstaltung soll ein Familienarzt-Haus in Pinar del Rio (Cuba) finanziert werden.

Berichtigung

In seinem Beitrag »Sozial vollwertig« (KONKRET 8/96) hat Olaf Goebel über die Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), Charlotte Höhn, behauptet: *1994 war die Direktorin des BIB ... durch rassistische Äußerungen auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo aufgefallen. Sie hatte sich dort über die »niedrigere Intelligenz« von Afrikanern ausgelassen.* Das ist falsch. Richtig ist, daß Frau Höhn ihre rassistischen Äußerungen bereits etwa vier Monate vor der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz getan hatte. Sie sind lediglich erst in zeitlichem Zusammenhang mit

dieser Konferenz bekannt geworden.

Konkret 09/96, S. 6

an konkret

Bilanzen

KONKRET 8/96: »Postmodern Times« von Hermann L. Gremliza

Ich gehe davon aus, daß wir in folgender Aussage übereinstimmen: Einen nicht unwesentlichen Teil der Schwäche und derzeitigen Bedeutungslosigkeit der Linken dieses Landes hat diese sich ausschließlich selbst zuzuschreiben.

In Ihrem Artikel enden Sie mit: »Laßt Bilanzen sprechen: 1995 wies der Bundeshaushalt 451 Milliarden aus, der Jahresabschluß der Deutschen Bank 722 Milliarden.« Zu diesem Zitat ist anzumerken, daß der Bundeshaushalt nach dem sogenannten Kameralistischen Verfahren aufgestellt wird, wobei die Einnahmen und die diese regelmäßig übersteigenden Ausgaben erfaßt werden. Die der Bilanz der Deutschen Bank AG entnommene Zahl 722 Milliarden beziffert wahlweise die Aktiva (Vermögensgegenstände) oder Passiva (Eigenkapital und Verbindlichkeiten) dieses am meisten bestimmenden Teils des deutschen Finanzkapitals. Das eine hat mit dem anderen nicht viel zu tun, genau genommen garnichts. Damit wären wir wieder bei der aufgestellten Aussage.

Man kann den Vergleich auch so verstehen, daß der Gewinn der Deutschen Bank AG angeblich 722 Milliarden beträgt. So weit ist es dann aber doch noch nicht, der ausgewiesene Gewinn bewegt sich derzeit unter einem Prozent dieser Summe.

Ihr Vergleich ist somit qualitativ in etwa so, als würde man die Bedeutung und Auflage der Monatszeitschrift KONKRET durch Multiplikation der Seitenzahl mit dem Lebensalter der Redakteure feststellen wollen. Daß dies weder die Tatsachen zutreffend beschreibt noch die Bedeutung von KONKRET ausdrückt, ist leicht nachvollziehbar.

Lars Martin

Göttingen

Schlicht wahr

KONKRET 8/96: »Anmerkungen zu Haffner« von Martin Braun

Martin Brauns Polemik gegen Sebastian Haffner ist konfus und denunziatorisch zugleich. Allein der Anlaß, sich mit Haffner zu beschäftigen, ist hergesucht. Von einer angeblichen »Konjunktur eines nationalrevolutionären Historikers in der deutschen Linken« ist da die Rede, was dann einzig und allein damit belegt wird, daß ein gewisser Uwe Soukup in einem Artikel in der »jungen Welt« Haffner erwähnt. Doch lassen wir dies außer acht, so bleiben die Anwürfe Brauns gegen Sebastian Haffner unzutreffend, abgesehen davon, daß nicht zu erkennen ist, worauf Braun bei allen direkten und indirekten Zitaten eigentlich hinauswill. Besonders peinlich wirkt das beschränkte Rechts-Links-Schema, in das Haffner gepreßt werden soll. Haffner ist weder ein »Rechtsradikaler«, wie vom Autor behauptet, noch ein Linker.

Martin Braun wirft Haffner vor, daß für ihn die Nation »im Mittelpunkt des Interesses« stehe und schiebt da ein perfides »wie für alle Rechtsradikalen« ein. Tatsächlich ist die Nation bis auf den heutigen Tag Ausgangsbasis politischen, auch revolutionären Handelns geblieben, was man sicher bedauern kann, aber doch zur Kenntnis nehmen muß. Haffner hat das immer getan, und das macht ihn aktuell, wobei er weit davon entfernt ist, Nationalismus unkritisch zu bejahen. So schreibt er 1981 in *Zur Zeitgeschichte*: »Daß heute die ewigen blutigen Quengeleien etwa der Balkanvölker ... plötzlich wie weggeblasen sind, das liegt natürlich einfach daran, daß heute die Balkanstaaten unter russischer ... Vormundschaft leben. Ihr Gutes hat auch die nationale Entmündigung.« Diese Beobachtung ist weder links noch rechts, sondern schlicht wahr, wie wir jetzt nach dem Ende des Sowjetimperiums einsehen müssen.

Kai-Uwe Geißler

Celle

Selbstinszenierung

KONKRET 8/96: »Melodie & Rhythmus« – Plattenkritik von Michael Rudolf

Nachdem ich mich durch die »Plattenkritik« von Michael Rudolf über »Load« von Metallica gekämpft habe, frage ich mich, worunter der Autor leidet. Was veranlaßt den Rezensenten zur begleitenden Aneinanderreihung sattsam bekannter Stereotypen, die einem eigentlich überall begegnen, von denen man aber bisher in KONKRET verschont wurde? Kein

Klischee ist Rudolf zu billig, um es nicht aufzufahren: Metal und »Intelligenz« müßten erst durch einen mühsamen Rekurs auf die Texte »in Kongruenz« gebracht werden. Mit seinem Beispiel desavouiert Rudolf sogleich diesen seiner Auffassung nach ohnehin untauglichen Versuch, da der gemeine Metalkonsument dämlich sei. Interviewer von Metalmagazinen seien ebenfalls nicht ganz dicht, da sie, »die nur selten mit Einsicht in Verbindung gebracht werden können«, die Bandmitglieder vornehmlich auf deren Kurzhaarfrisuren ansprächen. Wer wie Rudolf eine »Plattenkritik« im wesentlichen ohne Eingehen auf das selbstgewählte Thema zur Veröffentlichung freigibt, inszeniert sich jedenfalls in einer Art selbst, daß mir die Lust auf ein Ganzkörperphoto in Badehose von ihm vergangen ist, obwohl mich schon interessieren würde, welches Hairstyling zwischen Glatze auf der einen und Dreadlocks auf der anderen Seite dem Rudolfschen Blick standhalten kann.

Rudolf hat natürlich recht, wenn er schreibt, Tonträger würden in erster Linie zum Zwecke des Verkaufs hergestellt. Das heißt aber nicht, daß deshalb jede Komposition nur unter dem Blickwinkel der späteren kommerziellen Verwertbarkeit erfolgt, denn ansonsten gäbe es nur den üblichen Radio-Schrott von Knallchargen wie den drei Tenören bis zu Bon Jovi. Mit Death-, Black- oder Thrash-Metal kann man Eltern oder KONKRET-Schreiber erschrecken, im Regelfall aber nicht CDs in Massen verkaufen. Auch wenn es sich Rudolf nicht vorstellen kann, gibt es Musiker und Konsumenten, deren Lebensgefühl und Weltwahrnehmung sich am besten in aggressiver Musik ausdrücken läßt. Natürlich hoffen auch die Protagonisten solcher eher abseitigen Musikrichtungen auf ein zahlungskräftiges und -williges Publikum, nur dürfte die überwiegende Mehrzahl der Bands die Verlustzone kaum je verlassen (haben). Metallica ist es ausnahmsweise gelungen, mit kompromißloser Musik unanständig viel Geld zu verdienen. Bekanntlich bestimmt das Sein das Bewußtsein. Wer mit Hubschraubern in die Konzertarenen einfliegt, von Security-Hundertschaften bewacht wird und seine Vermögensverwaltung Profis in den klimatisierten Hinterzimmern der Großbanken überläßt, dem bleiben eben so manche Zeilen von früher eher im Halse stecken, dem fehlt die »Street Credibility«. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß Metallica den Metal »verraten« hätten. Die Musiker sind aber nicht – wie Rudolf mutmaßt – »erwachsen«, sondern nur reich geworden. Insofern hat die Band mit ihrer Kehrtwendung, die sich mindestens seit 1991 vollzog, ihr gesellschaftliches Sein nachvollziehbar musikalisch begleitet. Wer am gesellschaftlichen Aufstieg nicht teilgenommen hat und deshalb nach wie vor die »Fuck you«-Attitüde vorzieht, der möge sich eben anderen Bands zuwenden.

Norbert Scholz

Düsseldorf

Damit wenigstens die Fakten stimmen: Es heißt »Thrash Metal« (von thrash = prügeln), nicht Trash Metal (von Trash = Abfall). Die bestimmende Thrash Band der Achtziger war mitnichten Metallica, sondern Megadeath; Metallica hinwiederum teilte sich mit Slayer den Anspruch, die schnellste »Speed Metal«-Band zu sein.

Petra Bosetti

Hamburg

Immerhin

KONKRET 8/96: »Wer ist bloß Ernst Jünger?« von Christina Fischer

Friedrich Denks Buch *Die Zensur der Nachgeborenen. Zur regimekritischen Literatur im Dritten Reich* ist sicherlich alles andere als ein linkes Buch, und an manchen Stellen ist es auch ein ärgerliches. Trotzdem ist es unglücklich, die Auseinandersetzung mit dem Buch auf den Fall Jünger zu konzentrieren. Ernst Jünger, was immer man von den *Marmorklippen* als Widerstandsroman halten mag, ist sicherlich kein vergessener Autor. Das gilt aber von vielen der ansonsten verhandelten Autoren, deren Werk und Verhalten im jeweiligen Einzelfall durchaus unterschiedlich zu bewerten ist, schon eher: Bergengruen, Carossa, Klepper, Haushofer, Reck-Malleczewen, Hartlaub, Andres, Schneider, Wiechert. Gerhart Hauptmann wiederum ist natürlich keineswegs in Vergessenheit geraten, seine Werke aus der NS-Zeit sind es schon, obwohl seine »Atriden-Tetralogie« eine kritische Würdigung verdient.

Die Leistung von Denks Buch besteht darin, daß ein relativ breites Spektrum an Primärliteratur geboten und daß darüber hinaus ein fundiertes Quellenstudium betrieben wird. Macht ihn das schon zum Oberlehrer? Den ersten Teil des Buches, der sich mit der Debatte um Getrud Fussenegger beschäftigt, muß man wohl gegen den Strich lesen, aber immerhin ist zu ersehen, wer im bundesdeutschen Feuilleton bei wem abschreibt und wie schnell Urteile ohne die geringste Textkenntnis gefällt werden.

Peter Walter

Saarbrücken

Frechheit

KONKRET 8/96: Leserbrief von Mitarbeitern der Aids-Hilfe Nürnberg

Ernsthaft mit dem Thema, der Verbreitung von HIV, haben sich die staatstragenden Bediensteten der städtischen Aids-Hilfe Nürnberg nicht auseinandergesetzt. Wie erklären sie die explosionsartige Verbreitung von HIV-Infektion z.B. in Afrika? – Vielleicht durch die Promiskuität der Afrikaner? Zuzutrauen wäre es ihnen. Haben sie sich jemals mit der wissenschaftlich nicht nachvollziehbaren »offiziellen« Erklärung der Entstehung und Verbreitung von HIV befaßt? – Wohl nicht.

Geisslers Werk in die Nähe von »Klassikern esoterischer, wichtigtuerischer, pseudowissenschaftlicher oder pseudohistorischer Art« zu stellen, ist eine Frechheit. Sein Buch *Aids, Herkunft, Verbreitung und Heilung* ist eines der wenigen wissenschaftlich fundierten Bücher zu diesem Thema und von »unabhängigen« Forschern weltweit als solches anerkannt.

Frank Lütkebohmert

London

Konkret 09/96, S. 9

Hermann L. Gremliza

Schöne neue Weltordnung

Welch ein Trost, daß die Propheten der One World ihre vollständige Blamage nach kürzester Frist miterleben müssen! Welch ein erbärmlicher Trost selbst dann, wenn die Fähigkeit, ihr vorgestriges dummes Geschwätz schon gestern vergessen zu haben, sie nicht vor jeder Belehrung schützte! Eine Wende zu goldenen Zeiten hatten sie angekündigt, als an dieser Stelle zu lesen war, daß die Grenze zwischen der Ersten und der Dritten Welt künftig an Oder und Neiße verlaufen werde. Sechs Jahre später darf die »Zeit« entdecken: »Die Dritte Welt rückt näher« und muß die »Tageszeitung« weinen: »Die Welt wird immer ungerechter«, böhhh...

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der die Kommentatoren schockiert, ist rücksichtsvoll genug, seine miserablen Ergebnisse wo irgend möglich nicht mit den Jahreszahlen 1989/90 in Verbindung zu bringen. Immer ging es nicht, nicht jede Statistik kann das Datum überspringen, ab dem zu den »zwei Welten, die sich immer weiter auseinanderentwickeln«, die Länder Osteuropas hinzugezählt werden müssen: »Allein im Zeitraum von 1990 bis 1995«, berichtet das UNDP, »gingen die Durchschnittseinkommen in 21 Ländern, vor allem in Osteuropa und in der GUS, um ein Fünftel oder mehr zurück.« An anderen Stellen wurden die Vergleichszeiträume so gewählt, daß die jüngste Entwicklung in der jüngeren aufging. Heraus kam dabei dieses:

· Die ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung erlebten in den letzten 30 Jahren einen Rückgang ihres Anteils am Welteinkommen von 2,3 auf 1,4 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der reichsten 20 Prozent von 70 Prozent auf 85 Prozent an. Damit verdoppelte sich das Verhältnis zwischen den Anteilen der Reichsten und der Ärmsten von 30:1 auf 61:1.

· Das Vermögen der 358 Milliardäre auf der Welt überstieg das jährliche Gesamteinkommen der Länder, in denen die 45 ärmsten Prozent der Weltbevölkerung leben.

· In den vergangenen drei Jahrzehnten hat sich der Anteil der Menschen, deren Einkommen um mindestens 5 Prozent pro Jahr stieg, mehr als verdoppelt, während sich der Anteil derjenigen mit einem Negativ-Wachstum verdreifacht hat.

· Der Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beim Pro-Kopf-Einkommen verdreifachte sich zwischen 1960 und 1993.

· Seit 1980 stieg in rund 15 Ländern das Wirtschaftswachstum sprunghaft an. Dies brachte der Mehrzahl ihrer 1,5 Milliarden Menschen und damit einem Viertel der Weltbevölkerung eine gewaltige Einkommenssteigerung. Über beinahe den gleichen Zeitraum hinweg kam es jedoch in rund 100 Ländern zu einem wirtschaftlichen Rückgang oder zur Stagnation, so daß die Einkommen von 1,6 Milliarden Menschen – ebenfalls mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung – verringert wurden. In 70 dieser Länder sind die Durchschnittseinkommen heute niedriger als 1980, in 43 sogar niedriger als 1970.

· Während zwischen 1965 und 1980 für 200 Millionen Menschen das Pro-Kopf-Einkommen zurückging, traf dies im Zeitraum von 1980 bis 1993 auf fast eine Milliarde Menschen zu.

Die Welt ist ein globales Dorf? Dann kommen auf ein Landhaus drei Jauchegruben. Und in den Villen bröckelt der Putz. In den reichen Industrieländern (den OECD-Staaten) leben trotz hoher Pro-Kopf-Einkommen (20.000 Dollar) mehr als 100 Millionen Menschen unterhalb der nationalen Armutsgrenzen, sind mehr als 5 Millionen obdachlos. Die Arbeitslosigkeit lag 1993 schon bei durchschnittlich acht Prozent; in Japan betrug sie 2,5, in Großbritannien 10, in Finnland 18 und in Spanien 23 Prozent. Das zu den Villen. Und dies zu den neuen Jauchegruben:

· Die Wachstumsraten seit 1990 lagen im Jahresdurchschnitt in Georgien bei minus 28 Prozent, in Armenien und Aserbeidschan bei minus 16 Prozent.

· Die Arbeitslosigkeit betrug schon 1993 in Albanien 23 Prozent, in Bulgarien 17 Prozent.

· In Kirgisistan war das Einkommen der reichsten 10 Prozent (der legendären »Bonzen«) 1,5 mal höher als das der ärmsten 10 Prozent; Ende 1994 war es zehn mal höher.

· In Lettland hat sich die Zahl der Gewaltverbrechen zwischen 1990 und 1994 mehr als verdoppelt, in Bulgarien haben sich die Verbrechen seit den achtziger Jahren auf 223.000 vervierfeinhalbfacht.

· In der Ukraine ist die tägliche Kalorienzufuhr zwischen 1989 und 1993 von 3.517 auf 2.860 zurückgegangen.

· In Rußland stieg die Neuerkrankung von Kindern an Diphterie von 500 Fällen (1989) auf über 15.000 (1993).

In allen Staaten Osteuropas ist die Lebenserwartung der Erwachsenen gesunken. Nachdem in Budapest die Säuglingsmorde überhand genommen haben, ist jetzt an der Pforte eines zentralen Krankenhauses ein Brutkasten installiert, in den Mütter ihre Neugeborenen anonym »entsorgen« können. Die Kindersterblichkeit, bester Indikator materieller Lebensqualität,

entwickelt sich in Richtung Lateinamerika, wo jährlich 600.000 Kinder unter fünf Jahren sterben. Die Todesrate bis zum 5. Lebensjahr betrug 1994 (das sind die letzten im Bericht genannten Zahlen) pro tausend Kinder: in Uruguay 21, in Argentinien 27, auf den Bahamas 28, in Mexico 32, in Paraguay 34, in Ecuador 57, in Brasilien 61, in Guatemala 70, in Bolivien 110. In Cuba, der Uno-Bericht vermerkt es diskret: 10.

Wenn das alles einfach so weitergeht, sieht die Menschheit einer Zukunft entgegen, vor der die Weissagungen des Johannes von Pathmos als heitere Weltbetrachtung erscheinen. Es geht aber nicht alles einfach so weiter. Die Standort-Politik der OECD-Staaten, die ihren Reichtum durch die Senkung der Masseneinkommen verteidigen, wird die Masseneinkommen im anderen Teil der Welt noch schneller absenken, als von der Uno befürchtet, so daß von den 40 Mark, die der Bericht etwa als das voraussichtliche durchschnittliche monatliche Einkommen in Afrika südlich der Sahara im Jahre 2030 prognostiziert, vielleicht nur die Hälfte übrigbleibt, und die beiden bevölkerungsreichen Wachstumsländer, denen der Bericht bei gleichbleibender Entwicklung einen Anschluß an das Einkommensniveau der OECD-Länder für die Jahre 2050 (China) und 2100 (Indien) verspricht, ein paar Jahrhunderte länger warten müssen.

»Die Diagnose ist nicht neu«, klagt die »Zeit«, »nur wagt sich niemand an die Therapie.« Ist das nicht ein wenig kleinmütig angesichts der mutigen Maßnahmen, die der Präsident der USA gerade ergriffen hat, um die Kindersterblichkeit in Cuba dem Weltniveau, dem ehemals Dritten, das jetzt das Zweite ist, anzupassen?

Konkret 09/96, S. 10

Herrschaftszeiten

Solidarnosc

Mit Schlagstöcken und Wasserwerfern hat die argentinische Polizei streikende Arbeiter traktiert. 53 Gewerkschafter wurden verhaftet, neun von ihnen mußten wegen Verletzungen behandelt werden. Polizisten zerschlugen Grillstände und Gulaschkanonen, die von der Gewerkschaft zur Versorgung der Teilnehmer einer Protestkundgebung aufgebaut worden waren. Innenminister Corach sagte, die Kundgebung habe aufgelöst werden müssen, um Unruhen zu vermeiden. Der Streik wurde nach Angaben der Regierung von 80 bis 90 Prozent aller Beschäftigten befolgt. Die Solidaritätsbotschaft von Norbert Blüm und Antje Eppelbiermann soll wegen falscher Adresse (»c/o Lenin-Werft«) auf dem Postweg verlorengegangen sein.

Freier Wille

Mitte August wurde in Hongkong die Abschiebung des 50.000. vietnamesischen Flüchtlings in sein Heimatland gefeiert. Alle haben nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR die britische Kronkolonie »freiwillig« verlassen. Warum? Associated Press antwortet: »Denjenigen Vietnamesen, die nicht freiwillig im Rahmen des UNHCR-Programms aus Hongkong nach Vietnam zurückkehren, droht die gewaltsame Abschiebung.«

»Wir sind da!«

Das sogenannte Hoheitszeichen der Bundeswehr, das »eiserne Kreuz«, ist grafisch überarbeitet worden: Es ist »schlanker, jünger« und strahlt »in modernem Silberblau«. Hans Dieter Wichter von der Abteilung Propaganda des Bonner Kriegsministeriums: »Mit der modernen Gestaltungsform wollen wir vor allem junge Leute ansprechen.« Die Truppe habe auch einen »neuen Leitspruch« erhalten. Er laute: »Wir sind da!«

Fortschritt 1

Dahin haben es die Betroffenheitsdeppen gebracht mit ihrer Trauer-, Besinnungs- und Streit-Kultur, daß der Kriegsminister Volker Rühe jetzt unausgelacht sagen kann: »Deutschland hat eine eigene Verteidigungskultur.«

Himmlischer Frieden

Eine Studie der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften über die Zahlen der Opfer vom Frühsommer 1989 (Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens), referiert von der »FAZ«: »In der gesamten Volksrepublik sollen 931 Menschen zu Tode gekommen und 22.000 verletzt worden sein. In Peking zählte die Akademie 523 Opfer. Davon seien 57 Studenten aus Peking, 171 Studenten aus anderen Orten, dann gibt es 45 als Einwohner bezeichnete Opfer, 229 Arbeiter und Angestellte und 21 nicht Identifizierte.« Die »Frankfurter Allgemeine« nennt die Ergebnisse glaubwürdig.

Fortschritt 2

Ein halbes Jahrhundert lang haben die Deutschen die *crimes against humanity*, die Verbrechen gegen die Menschheit, deren der Nürnberger Gerichtshof sie angeklagt hatte, in »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« übersetzt – als werde ihnen vorgeworfen, bei der Vernichtung der Juden nicht freundlich genug vorgegangen zu sein. Jetzt, nach fünfzig Jahren, bringt es Springers »Hamburger Abendblatt« zum ersten Mal über sich, den Titel »Verbrechen gegen die Menschheit« zu setzen. Nicht zur Beschreibung des Holocaust zwar, aber doch zum Bau der Berliner Mauer. Immerhin.

Zwei Bremerinnen

Es darf ein weiterer Tabubruch gemeldet werden:

Sibylle Tönnies: Arbeitsdienst? Warum nicht!

Morgen: Schutzhaft? Besser als gar nichts! Übermorgen: Endlösung? Keine schlechte Idee! Aber warum erst übermorgen? Frau Tönnies ist Zivilgesellschafterin an der Bremer Universität und schreibt in der »Zeit«. Monika Harm ist Mitglied der Bürgerschaftsfraktion der Bremer CDU und schreibt also an die »Welt am Sonntag«:

Asylsuchende Schwarzafrikaner als bodygebuildete Modellathleten, bestens gekleidet und immer guter Laune. Von erlittener Verfolgung oder gar Mißhandlung offensichtlich keine Spur... Mein Wunsch: bei der Einreise oder auch bei Antragstellung auf Asyl gleich in eingezäuntes Gelände bringen, bei guten hygienischen Unterkünften und gesunder Zentralversorgung...

Konzentrationslager? Aber hallo!

Fortschritt 3

Als Redner der zentralen Kundgebung zum 35. Jahrestag des 13. August 1961 verlangte der Philologe Klaus Peter Eich, es dürfe »nie wieder geschehen, daß Deutsche auf Deutsche schießen«. Sondern.

Linguistische Säuberung

Die kroatische Regierung hat an ihre Politiker und Beamten ein »Lexikon gegen den unerwünschten Gebrauch fremder Worte im Kroatischen« verteilen lassen, das die bisherige Landessprache Serbokroatisch von ihren serbischen Bestandteilen säubert. Aus dem serbokroatischen »automobil« wurde das kroatische »samovoz« (»Selbstfahrer«), aus »fax« ein »dalekoumnozitelj«, aus dem serbischen »penis« ein kroatischer »milokliz«, das ist »der, der sanft hineingleitet« (was entsprechende Vorwürfe gegen Tudjmans Soldateska sozusagen im Keim erstickt).

Umerziehung

Der sächsische Kultusminister Rößler will die Lehrpläne im Fach Geschichte revidieren und »insgesamt den ostdeutschen Blickwinkel mehr in den Vordergrund stellen« (denn wer insgesamt den Blickwinkel in den Vordergrund stellt, kann zwar nicht Deutsch, aber lehrt es). Die neuen Lehrpläne sollen durch positive Behandlung (früher: Agitation) der »friedlichen Revolution« (also: Propaganda) zur »Identitätsbildung« (Festigung der nationalen Persönlichkeit) beitragen. Insbesondere sollen die Schüler künftig mehr mit »Gorbatschows Reformpolitik, der Bürgerrechtsbewegung in der DDR und dem Weg zu den ersten freien Wahlen« indoktriniert werden.

Sprachregelung 1

Wie heißt im Zentralorgan der deutschen Bourgeoisie die Überschrift über der Meldung, die davon berichtet, daß der griechische Folter-Oberst Papadopoulos, Anführer des faschistischen Putsches von 1967, unter Atembeschwerden leide? Sie heißt (Rößler, zugehört!): »Ehemaliger Staatschef Griechenlands erkrankt.«

Modern Times

Früher gab es den Sozialismus. Der wurde bekanntlich überwunden durch den wissenschaftlichen Kapitalismus. Wie der geht, steht beispielhaft in »Richtig/Wahr? Neu – Eine Untersuchung von Managementkonzepten«, herausgegeben von Time/system International, Kapitel »Business Process Reengineering«, Stichwort »Verfahren (Process)«:

Kern eines jeden Unternehmens sind diverse Prozesse, die sich aus unterschiedlichen Aktivitäten zusammensetzen. Ausgehend vom Ziel des gesamten Verfahrens werden Aufgaben und einzelne Aktivitäten erledigt und bestimmt, wie diese anzuordnen sind.

Sprachregelung 2

Es war einmal, da gab es Rechte und Linke. Als die Rechten nicht mehr Rechte heißen und einige Linke nicht mehr Linke sein, aber auch nicht Rechte genannt werden wollten, schimpften sie die Einteilung als Gesäßgeografie, nannten sie überholt bzw. anachronistisch und wandten sie nur noch auf Leute an, die sie nicht mochten, so daß etwa Rußlands neue Faschisten Rußlands alte Kommunisten »die Rechten« nannten. Und so kam es schließlich, daß der vorsitzende sozialdemokratische Arschpauker der PDS, Lothar Bisky, jetzt den »restaurativen Tönen in seiner Partei eine klare Absage er-klärt« hat, ohne daß er, Gysi und der eine oder andre Brie ihr Parteibuch zurückgegeben hätten.

Sprachregelung 3

Das einstige Zentralorgan erreicht auch als »Sozialistische Tageszeitung« schon wieder journalistisches Weltniveau:

SPD-PDS

Bewegung in Bündnisfrage

Schweriner Spitzen berieten

Der PDS-Landesvorsitzende Helmut Holter hatte am Sonnabend auf einer Strategiekonferenz erkärt, er vermisse inhaltliche Politikangebote von seiten der Sozialdemokraten. Bewegung in die Diskussion könnte jetzt ein Grundsatzpapier der SPD-Linken bringen. Im Gegensatz zu dem Strategiepapier, das der SPD-Abgeordnete Gottfried Timm vorlegte, befaßt sich die zweite Vorlage mit Sachfragen. Beide Papiere sollen in einen Leitantrag des SPD-Sonderparteitags einfließen.

Spitzenmeldung auf Seite 1. Neuer Lehrplan. Alte Schule.

Perestrojka

Die russische Regierung hat ein weiteres allgemeinmenschliches Problem gelöst und einen Teil ihrer Schulden bei Südkorea mit der Lieferung von Waffen (hauptsächlich Panzer und Raketen) im Wert von 150 Millionen Dollar bezahlt.

Merkposten

Wenn der Bundesnachrichtendienst BND, Nachfolgeorganisation der Nazi-Spionageabteilung Fremde Heere Ost, sein Image polieren will, tut er das traditionell im »Spiegel«:

Der BND unterhält enge Kontakte zu der von Iran gesponserten Hisb-Allah-Miliz. Seit zwei Jahren treffen Abgesandte des für Terrorismus zuständigen Referats 16 C regelmäßig mit Abgesandten der Terrororganisation zusammen. Der hierfür verantwortliche Unterabteilungsleiter 16 (Deckname: »Gradl«) berichtet über die Kontakte immer wieder im Bonner Kanzleramt. Diese Connection ermöglichte dem Geheimdienst-Koordinator Bernd Schmidbauer (CDU) in direkten Verhandlungen mit der Hisb-Allah-Füh-rung den Gefangenenaustausch zwischen Israelis und Milizionären.

Deshalb wirds jetzt gemeldet. Zu anderer Zeit und in anderen Zusammenhängen wird der BDN mit der Terrororganisation Hisb-Allah wieder im Wortsinne nie etwas zu tun gehabt haben.

Reichsfußballtag

Als kleiner Nachtrag zur Antwort auf die Frage, warum die Deutschen bei der Fußball-EM in England wieder einmal so viele Sympathien gewinnen konnten, die Erklärung, die der deutsche Mannschaftsarzt Prof. Dr. Wilfried Kindermann für den Sieg über die englische Mannschaft fand:

Der Einzug ins Finale ist vor allem ein Triumph des Willens.

Und ein innerer Reichsparteitag.

Wahn und Methode

»Literarische Anleitungen zum Mord« bzw. »als Satire getarnte Anweisung zum Mord an Andersdenkenden« verbreitet seit neuestem die Berliner Tageszeitung »Taz«. Das behaupten jedenfalls die Mitglieder des Deutschen Bundestages Vera Lengsfeld und Konrad Weiß sowie eine kleine Schar weiterer demokratischer Obachtgeber, angeführt vom wackeren Ralph Giordano. Sie rufen auf zum Boykott der »Taz« – verweisen auf die willigen Vollstrecker Hitlerscher Mordbefehle und auf die Schergen der DDR-Staatssicherheit, erwähnen nebenher Ausgrenzungs- und Entwertungsmechanismen, welche in der Bevölkerung bis heute lebendig seien.

Was geht hier vor?

Seit knapp vier Wochen erscheint in der »Taz« – auf ihrer letzten, für satirische Texte vorbehaltenen Seite – der Fortsetzungsroman *Der Barbier von Bebra* von Wiglaf Droste und Gerhard Henschel. Es handelt sich um ein groteskes Schelmenstück, in dem ein Serienmörder seine Opfer auf bizarre Weise exekutiert und ihres Bartes beraubt. So weit, so bravourös. Doch die Romanfiguren, die dieses gewiß nicht aparte Lebensfinale ereilt, tragen die Namen von bekannten Bürgerrechtlern. Bislang sind Markus Meckel, Wolfgang Thierse, Jürgen Fuchs und Rainer Eppelmann von dem unbekannten Täter gemeuchelt und barbiert worden: schonungslos erstochen mit einer Klarinette, kaltblütig erschossen mit der Hotzenplotzpistole oder hartherzig ertränkt in Sulfrin-Sham-poo – im Roman wohlgemerkt, und nicht in ihrem quicklebendigen realpolitischen Wirkungs-kreis.

Verständlich ist, wenn die solcherart Betroffnen ein Unbehagen ankommt angesichts des angewandten literarischen Verfahrens; verständlich auch, daß sie, die Namen, die sie tragen, in der Zeitung lesend, glauben, gemeint zu sein – klarinettiert, erschossen oder gar ertränkt – , so daß sie um ihr Leben bangen wie ach so oft im Unrechtsstaat der DDR. Satire, die Leuten nicht um den Bart geht, sondern den Bart abnimmt, ist selten willkommen gewesen. Indes: Kein Aufruf, keine Anweisung ist hier ergangen, sie zu morden und letal noch zu rasieren, kein Pogrom an Bürgerrechtlern wird hier vorbereitet oder intendiert. Nicht der echte Bart, den sie bis heute tragen, und nicht ihr wirkliches Leben wird bedroht – sondern lediglich eine Karikatur, die den erwähnten bärtigen Protagonisten nicht unbedingt zu schmeicheln hat.

Die Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld und Konrad Weiß aber, obzwar ohne Bart, fühlen sich persönlich betroffen und an den Stürmer und den Film »Jud Süß« erinnert. Sie haben der Presse mitgeteilt, daß »Taz«-Leser die vermeintlichen Mordanleitungen aufgegriffen und Bürgerrechtler seit Beginn des Abdrucks verstärkt Morddrohungen erhalten hätten – ein ungeheuerlicher Vorwurf, für den sie bis heute den Beleg schuldig geblieben sind. Auch ihr Verweis auf den »faschistoiden Charakter« des Romans und die Parallelen zur Verfolgung der Juden und des »lebensunwer-ten Lebens« während der NS-Diktatur entbehren jeder Grundlage.

Jedoch die Analogie hat, so scheint es, Methode. Die wohlfeile Identifikation mit den Opfern des Nationalsozialismus ist bei den sich gleichermaßen verfolgt wähnenden Bürgerrechtlern aus der ehemaligen DDR nichts Neues. Erst unlängst verglich Bärbel Bohley eine Fotomontage in der Satirezeitschrift »Eulenspiegel«, die sie in kopulationsverdächtiger Positur mit Helmut Kohl abbildete, mit Karikaturen, die zeigten, wie Juden in Güterzüge gepfercht werden. Die Selbststilisierung wäre albern zu nennen, wenn sie nicht so abgeschmackt wäre, so offensichtlich unangemessen und paranoid. Sie bewirkt zweierlei. Zum einen die Bagatellisierung der NS-Verbrechen. Zum anderen die Erhebung der eigenen Person zu »Auserwählten Gottes«. Das eine ist die Politik der Neurechten und Neofaschisten. Das andere die Psychopathologie der Schizophrenen.

Warmer Wind. Sonne. Und aus jeder Ritze quillt der Zauber
Nina Ruge, Fernsehansagerin (ZDF), auf die Frage, was ihr Traum vom Glück sei

Das leise Lachen des ganz großen Zaubers – immer ganz dicht am Herzen – und am Ohr
Nina Ruge, Fernsehansagerin (ZDF), auf die Frage, was für sie das vollkommene irdische Glück sei

Immer alles wollen. Und das sofort
Nina Ruge, Fernsehansagerin (ZDF), auf die Frage, was ihr größter Fehler sei

Despoten à la Lenin, Stalin, Mao Tse-tung
Nina Ruge, Fernsehansagerin (ZDF), auf die Frage, welche geschichtlichen Gestalten sie am meisten verachte

Goethe (jawohl!), Brecht
Nina Ruge, Fernsehansagerin (ZDF), auf die Frage nach ihrem Lieblingsschriftsteller

Michael Scharang

Gemein

Der Keim ist
ein Krankheitserreger

Die Zelle ist
ein Zwangsaufenthaltsraum

Die Familie ist
die Keimzelle des Gemeinwesens

Das Gemeinwesen ist
gesund und frei

Ich hingegen bin

nach acht Zeilen schon erschöpft

Ist das nicht gemein?

–

Konkret 09/96, S. 14

Eberhard Rondholz

»Führerbefehl« – wir folgen

Ein selbst für hiesige Verhältnisse ungewöhnliches Maß an Heuchelei brach sich in der öffentlichen Empörung über den Freispruch des SS-Mannes Priebke durch ein italienisches Militärgericht Bahn. Schließlich ist nicht einer der zahlreichen Priebke-gleichen NS-Kriegsverbrecher je von einem deutschen Gericht verurteilt worden

Wie groß war doch die öffentliche Empörung in Deutschland nach dem Freispruch für den SS-Hauptsturmführer Erich Priebke in Rom. »Fehlurteil eines voreingenommenen, überforderten Gerichts«, entrüstete sich die »Süddeutsche Zeitung« (3./4.8.). »Ein Schlag ins Gesicht der Opfer und Hinterbliebenen«, protestierte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, »wenn Priebke nicht ausgeliefert wird, käme das einer neuen Verurteilung der Getöten gleich.« Und wenn er ausgeliefert würde, was dann? »Ich gehe davon aus, daß Priebke in Deutschland verurteilt wird«, sagte der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal. Und der leitende Oberstaatsanwalt Hermann Weissing von der im Fall Priebke zuständigen Generalstaatsanwaltschaft Hamm äußert gegenüber der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« die gleiche Gewißheit: Die Gefahr eines Freispruchs für Priebke bestehe hierzulande nicht, beruhigt er. Wider besseres Wissen? Oder sollte er die bisherige einschlägige bundesrepublikanische Rechtsprechung, bis hin zum Bundesgerichtshof (BGH), wirklich nicht kennen?

Tatsächlich wäre eine Verurteilung Priebkes in Deutschland, wie ein Rückblick auf viereinhalb Jahrzehnte bundesdeutscher Rechtsgeschichte zeigt, eine juristische Sensation. Bis heute, und das scheint dem sonst so gut informierten Wiesenthal entgangen zu sein, ist nicht einer der vielen Priebkes von einem bundesdeutschen Gericht verurteilt worden, die in Italien, in Serbien oder in Griechenland gewütet, zehntausende Zivilisten, vor allem Greise, Frauen und Kinder erschossen, lebendig verbrannt oder sonstwie abgeschlachtet haben, im Zuge sogenannter »Sühnemaßnahmen«, unter dem Vorwand der sogenannten »Bandenbekämpfung«. Soweit man der Täter habhaft wurde – große Mühe hat sich die Justiz dabei nie gegeben – und überhaupt gegen sie ermittelt hat.

Einer der letzten, spektakulären Fälle war der des Massenmörders Wolfgang Lehnigk-Emden aus Ochtendung, dem der (bereits durch seine besondere juristische Fürsorge für die NS-Blutrichter auffällig gewordene) BGH zu einem skandalösen Freispruch verhalf. Zur Erinnerung: Der damalige Leutnant Lehnigk-Emden hatte am 13. Oktober 1943 in Caiazzo bei Neapel ein Massaker unter Zivilisten angerichtet, 22 Menschen auf ungewöhnlich brutale Weise umgebracht, darunter fünf Frauen und zehn Kinder im Alter zwischen 4 und 14 Jahren, unter dem Vorwand, sie hätten dem Gegner Lichtsignale gegeben. Eines von vielen Kriegsverbrechen, die die Wehrmacht nach der Kapitulation der Regierung Badoglio im September 1943 in Italien begangen hat, denen fast 10.000 Zivilisten zum Opfer gefallen sind, und die, was die deutsche Justiz angeht, sämtlich ungesühnt blieben. Im Fall Lehnigk-Emdens entschied am 1. März 1995 der BGH in letzter Instanz: Der Täter bleibt für den Rest seiner Tage ein freier Mann.

Nicht wegen erwiesener Unschuld – das Landgericht Koblenz hatte in vorletzter Instanz Mord aus niedrigen Motiven als erwiesen angesehen, und Karlsruhe hat ihm da nicht widersprochen – nein, seine Tat sei verjährt, behaupteten die Richter. Und zwar, weil es eine Exzeßtat war. Das klingt absurd, aber diese Absurdität ist gewollt – nur mit einer solch absurden Konstruktion nämlich ließen sich die Bundestagsbeschlüsse zur Aufhebung der Verjährung von NS-Verbrechen (9. und 16. Strafrechtsänderungsgesetz von 1969 und 1979) unterlaufen. Die Tat sei deshalb verjährt, führte der BGH aus, weil die Tat »eine militärisch weder notwendige noch gerechtfertigte Ausschreitung« war, und die wäre »im Falle ihres Bekanntwerdens nach der insoweit übereinstimmenden Ansicht aller in diesem Verfahren gehörten Sachverständigen und Zeitzeugen kriegsgerichtlich verfolgt worden. Damit konnten die Voraussetzungen für ein Ruhen der Verjährung bis zum 8. Mai 1945 nicht festgestellt werden.«

Der BGH hatte bei seiner skandalösen Caiazzo-Entscheidung auf ein eigenes Urteil aus früheren Jahren zurückgegriffen, mit dem er die Bestrafung eines SS-Oberscharführers vereitelte, der an der Ostfront eine lästig gewordene »fremdvölkische« Mätresse hatte ermorden lassen. Kernsatz der BGH-Entscheidung (BGHSt E 23, 137), die im Oktober 1969, kurz nach der zweiten Verjährungsdebatte im Bundestag erging und mit der die Robenträger von Karlsruhe ein Instrument geschaffen haben, das den Verjährungsbeschluß im Hinblick auf Kriegsverbrechen aus den Angeln hob: »Ist ein zur Zeit der NS-Herrschaft begangenes Verbrechen erst nach dem 8. Mai 1945 einer Strafverfolgungsbehörde bekannt geworden, so greift die Verjährungshemmung nur ein, wenn sicher ist, daß die Verfolgung der Tat während der nationalsozialistischen Herrschaft an einem Eingreifen von hoher Hand gescheitert wäre.«

Zweifel eben daran zu formulieren, fiel den Staatsanwaltschaften im Einzelfall nicht schwer. Man dürfte beim BGH allerdings gewußt haben, daß diese alte Entscheidung auf den Fall Caiazzo rechtlich gar nicht anwendbar war, man hätte es wenigstens wissen müssen – aus einem vom Gericht selbst bestellten Rechtsgutachten eines Historikers des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr, Fregattenkapitän Gerhard Schreiber. Er hatte (nicht nur insoweit

die Behauptungen des BGH Lügen strafend) in seinem Gutachten aus dem auch unter Juristen nicht ganz unbekannten »Führerbefehl« vom 16. Dezember 1942 zitiert, in dem die Truppe aufgefordert wird, den Kampf gegen die Partisanen »mit den allerbrutalsten Mitteln« zu führen und »ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt«. Woran sich die Truppe bekanntlich gehalten hat, zumal Straffreiheit für jede Ausschreitung zugesichert war, denn der Befehl (zum Zeitpunkt des Gemetzels von Caiazzo verbindlich auch im italienischen Raum) verfügte ausdrücklich: »Kein in der Bandenbekämpfung eingesetzter Deutscher darf wegen seines Verhaltens im Kampf gegen die Banden und ihre Mitläufer disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.«

»Bandenbekämpfung«, so hieß in der Sprache des NS-Staates der vergebliche Versuch, den bewaffneten Widerstand in den besetzten Gebieten zu brechen, und dieses Wort tauchte später in so manchem Schriftsatz westdeutscher Staatsanwälte wieder auf, ohne distanzierende Anführungszeichen. Das mit dem »Führerbefehl« geschaffene Strafverfolgungshindernis für alle Arten von Massenmord bei den Rachefeldzügen von Wehrmacht und Waffen-SS hat zwar spätestens mit dem 8. Mai 1945 seine förmliche Geltung verloren. Aber bis heute benimmt sich auch die bundesdeutsche Justiz ganz so, als hielte der »Führer« noch immer seine schützende Hand über die NS-Kriegsverbrecher: Nicht ein einziger Wehrmachtsangehöriger, der sich bei den zahllosen Massakern vor allem auf dem Balkan und in Italien hervorgetan hatte, wurde jemals von einem westdeutschen Gericht verurteilt.

Auch jene Waffen-SS-Männer nicht, die am 10. Juni 1944 im griechischen Distomon gewütet und 250 Einwohner – Frauen, Greise und Kinder, darunter vier Säuglinge zwischen 2 und 6 Monaten – massakriert hatten. Gegen einige von ihnen ermittelte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München 1 im Jahr 1969 (AZ 117 Js 5 – 33/69), und wie die Bürger von Distomon damals zu Tode gekommen sind, liest sich in einem Münchner Schriftsatz so: »Zeugen berichten ..., daß die Deutschen (in Distomon) ... eine Vergeltungsaktion durchgeführt und dabei über 200 Bewohner beiderlei Geschlechts und jugendlichen Alters auf zum Teil grausame Weise getötet haben. Sie hätten schwangeren Frauen den Bauch aufgeschnitten, Säuglinge zerschmettert oder deren Kopf mit Stiefeln eingetreten. Einer stillenden Frau hätten sie das Kind von der Brust weggerissen und getötet. ... Mehrere Einwohner seien in brennende Häuser geworfen worden und lebendig verbrannt. Insbesondere die Beschuldigten (es folgen 6 Namen, in der Kopie geschwärzt) werden dafür verantwortlich gemacht.«

Drei Jahre später erklärte die Münchner Staatsanwaltschaft den Massenmord für verjährt, unter ausdrücklicher Berufung auf das erwähnte Urteil des BGH (der »Führerbefehl«, der begründungs-hinderlich gewesen wäre, bleibt auch hier selbstverständlich unberücksichtigt): »Auf keinen Fall steht fest, daß gegen das Recht gerichtete Erwägungen der nationalsozialistischen Machthaber die Strafverfolgung verhindert hätten. Die Hemmung der Verjährung wäre aber nur eingetreten, wenn sich eine solche Feststellung positiv treffen ließe. Danach ist die Strafverfolgung durch Verjährung auch insofern ausgeschlossen, als die deutschen Truppen in Distomon möglicherweise Verbrechen des Mordes begangen haben. Nach 67 alter Fassung StGB betrug die Verjährungsfrist 20 Jahre. Die Strafverfolgung ist also, weil keine Hemmung der Verjährung eingetreten ist, mit Ablauf des 10.6.1964 eingetreten. Weder das Strafrechtsänderungsgesetz von 1965, das die Verjährungsfrist für Mord auf 30 Jahre verlängerte, noch das Gesetz zur Berechnung strafrechtlicher Verjährungsfristen vom 13. April 1965 kommt zur Anwendung, weil beide Gesetze nur für Fälle gelten, bei denen bis dahin eine Verjährung noch nicht eingetreten war.«

Der Name Distomon steht für viele andere, die, anders als Oradour und Lidice, nie ins Bewußtsein der Deutschen gedrungen sind, nicht zuletzt deshalb, weil sie nie vor einem deutschen Gericht verhandelt worden sind. Zum Beispiel das Massaker von Komeno in Westgriechenland, an das sich ein beteiligter Österreicher später so erinnerte: »Wir umstellten den Ort. Erst später habe ich erfahren, daß der Ort Komeno geheißen hat. Ich wurde zur Absicherung etwa 50 m außerhalb des Ortes mit noch anderen Kameraden postiert. Kurze Zeit darauf setzte Granatwerferfeuer ein. Die Häuser begannen zu brennen. Dann hörte man MG- und Gewehrfeuer. Auch Schüsse aus Maschinenpistolen waren zu hören. Auch ich habe auf Flüchtende geschossen. An dieser Stelle möchte ich noch einflechten, daß unmittelbar vor der Umstellung des Ortes noch vom Leiter des Einsatzes ... Befehl erteilt wurde, daß niemand die Ortschaft verlassen dürfe. Er hat ausdrücklich Befehl erteilt, auf alle Flüchtenden zu schießen. ... Ich kann nicht sagen, wieviel Frauen und Kinder sich unter den Opfern befanden, aber ich habe unter den Leichen Frauen und Kinder gesehen. Was mich furchtbar abgestoßen hat, das war, daß einige Angehörige der 12. Kompanie sich in schändlicher Weise an den Leichen zu schaffen machten. So habe ich selbst gesehen, wie einige Soldaten den weiblichen Leichen Bierflaschen in den Geschlechtsteil einführten. Ich glaube, ich habe auch Leichen gesehen, denen die Augen ausgestochen waren. Wenn ich gefragt werde, ob es den Tatsachen entspricht, daß Kinder in der Weise verbrannt wurden, daß ihnen mit Benzin getränkte Watte in die Münder gestopft und die Watte dann angezündet worden ist, dann gebe ich an, daß ich tatsächlich Kinder gesehen habe (Leichen), die in der Gesichtsgegend um den Mund schreckliche Brandwunden aufwiesen. Ob diese Kinder lebend oder als Leichen so mißhandelt worden sind, weiß ich nicht. (Ich) möchte noch ergänzend anführen, weil dies auch vielleicht ein bezeichnendes Licht auf die Sache wirft, daß nach dem Einsatz im Zeltlager ein ›Besäufnis‹ stattfand. Es war Wein und auch Lebensmittel erbeutet worden. Dieser Wein wurde ausgetrunken, und es ging bei einigen Kameraden hoch her ...«

Soweit die Aussage eines der beteiligten Soldaten im Verlauf eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München 1 wegen Mordverdachts (AZ 117 Js 49-50/68 u. 117 Js 5-6/72). Mörder ist, »wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebs, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet«. Fast alle gängigen Tatbestandsmerkmale des Mordes lagen also vor, doch auch in diesem, ungewöhnlich gut dokumentierten Fall wurde ein Hauptverfahren nicht eröffnet. Begründung: »Nicht einer der vernommenen Zeugen machte Angaben dazu, welcher seiner Kameraden wehrlose Zivilisten getötet hat. Es wäre nämlich erforderlich, den Tatbeitrag eines jeden einzelnen Einheitsangehörigen mit einer zur Verurteilung ausreichenden Sicherheit festzustellen. Da jedoch nach dem Ergebnis der Ermittlungen nicht auszuschließen ist, daß es sich im Verlauf der Aktion entweder um Exzeßhandlungen einzelner Gruppen der Einheit oder einzelner Einheitsangehöriger handelte, ist es nicht möglich, die einzelnen Tatbeiträge, die jeweils verschiedenen Einheitsangehörigen anzurechnen wären, allen Beteiligten nach den Grundsätzen der Mittäterschaft anzulasten. Ermittlungsmöglichkeiten, die zur Aufklärung des Tatbeitrages einzelner noch lebender Einheitsangehöriger führen könnten, sind jedoch nicht mehr ersichtlich.«

Für die Münchner Staatsanwaltschaft. Bleibt die Tatsache, daß kein ordentliches Gericht Gelegenheit bekam, die ermittelten Zeugen »zur Aufklärung des Tatbeitrages einzelner noch lebender Einheitsangehöriger« in einem Hauptverfahren unter Eid zu vernehmen. Aber das sollte eben nicht stattfinden. Auch im Fall Kalavrita nicht, wo eine der wenigen Mordaktionen der Wehrmacht, die in den deutschen Medien, u.a. in einem Film des Westdeutschen Fernsehens, ausführlich dokumentiert worden sind, stattfand. In dieser Kreisstadt in der nordwestlichen Peloponnes hatten Einheiten der 117. Jägerdivision im Dezember 1943 auf Befehl des Generals von Le Suire eine großangelegte »Vergeltungsaktion« durchgeführt, alle männlichen Einwohner zusammengetrieben und erschossen, ohne auch nur den formalen Anschein kriegsrechtlicher »Legalität« zu wahren. Zahlreiche weitere Ortschaften der Region wurden zerstört und geplündert, auch hier die angetroffenen männlichen Bewohner umgebracht, die historisch bedeutsamen Klöster Mega Spileon und Ajia Lavra wurden niedergebrannt, die Mönche ermordet. Wieviele Menschen bei dem »Unternehmen Kalavrita« umgebracht wurden, ist bis heute umstritten, die mittlere Zahl 1.000 dürfte realistisch sein – das wären dreimal soviele Opfer wie in den Fosse Ardeatine.

Der für das Massaker verantwortliche kommandierende General von Le Suire ist an der Ostfront gefallen. Sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Kommandeur des XVIII. Armeekorps, General Felmy, wurde u.a. wegen des Massakers von Kalavrita in Nürnberg zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, obwohl er zur Zeit des Geschehens nicht in Griechenland war. In den 60er Jahren hatte sich dann die Staatsanwaltschaft Bochum mit dem »Unternehmen Kalavrita« zu befassen und ermittelte im Fall eines der an der Massenerschießung Beteiligten, des Kampfgruppenführers Oberleutnant Franz Juppe (AZ 33 Js 655/72). Der zuständige Staatsanwalt stellte das Verfahren schließlich ein, mit einer Begründung, die offener als in den meisten anderen Fällen durchscheinen ließ, mit wem er sympathisierte. Er erklärte Blutbäder wie das von Kalavrita nicht nur für legal, sondern, ganz im Geist des »Führerbefehls« zur »Bandenbekämpfung« von 1942, geradezu zur Pflicht der Truppe und erteilte den Tätern Generalabsolution. Weil die Partisanen gegen das Völkerrecht verstoßen und nicht »fair und ritterlich« gekämpft hätten, befand der Staatsanwalt: »In dieser Situation waren Repressalien notwendig und auch zulässige völkerrechtsmäßige Mittel, die Gegner, die Partisanen, zur Einhaltung der Völkerrechts zu zwingen. ... Da somit die von dem verstorbenen General von Le Suire angeordneten und durchgeführten Repressalien nach dem geltenden Recht nicht als völkerrechtswidrig angesehen werden können, mithin auch strafrechtlich nicht rechtswidrig waren, ist auch die Teilnahme an ihnen, in welcher Form auch immer, nicht rechtswidrig.«

Fassen wir zusammen: Es gab bei der Wehrmacht Ausschreitungen, die waren »militärisch weder notwendig noch gerechtfertigt«, dann waren sie für den BGH 20 Jahre nach der Tat verjährt, (und das betraf, bei dem Aufklärungstempo der deutschen Staatsanwälte die meisten), es gab andererseits solche, die zu Totschlagshandlungen umgewidmet wurden, dann verjährten sie noch schneller, und schließlich gab es solche wie die von Kalavrita, die waren, in den Augen der Staatsanwaltschaft Bochum beispielsweise, notwendig, und dann war auch die Teilnahme am Massenmord legal.

Das US-Militärtribunal in Nürnberg hatte das noch etwas anders gesehen. Im »Südostprozeß« gegen die Balkangeneräle List, Felmy u.a. (Urteil vom 19.2.1948) hatten die Militärrichter Klartext gesprochen und das Massaker von Kalavrita als »cold-blooded mass-murder« bezeichnet, ebenso wie die zahllosen anderen einschlägigen Tötungsverbrechen der Deutschen auf dem Balkan. Doch das war schon bald vergessen. Der Kalte Krieg kam, mit ihm die deutsche Wiederbewaffnung, und da durften deutsche Soldaten keine Mörder mehr sein. Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland, John McCloy, amnestierte 1951 eiligst die im Südostprozeß verurteilten Militärs, die Briten setzen den wegen der Massenmorde in Italien einsitzenden General Kesselring auf freien Fuß. Ein deutliches Signal auch für die bundesrepublikanische Justiz, der mit Kontrollratsgesetz Nr. 13 von 1950 die zunächst den Alliierten vorbehaltene Rechtsprechung über die Kriegsverbrechen anvertraut wurde – der »Siegerjustiz« sollte die »strafrechtliche Selbstreinigung« folgen, doch das hieß in diesem Fall: Täterschutz.

So hatte es die Justiz offensichtlich verstanden, und wohl nicht zu Unrecht. Während sie sich – das war so etwas wie die Eintrittskarte für die Rückkehr in den Kreis der zivilisierten Nationen – in einer Reihe aufsehenerregender Prozesse um die

juristische Bewältigung des Völkermords an den Juden bemühte, erfuhren die gewöhnlichen Massenverbrechen der Wehrmacht eine »Sonderbehandlung«. Nicht zufällig wurde der durch Beschluß der Justizministerkonferenz von 1958 eingerichteten »Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung Nationalsozialistischer Verbrechen« die Beschäftigung mit Kriegsverbrechen ausdrücklich entzogen, und damit war die Verschleppung der Strafverfolgung auf diesem Gebiet programmiert. Was der (ohnehin von NS-Juristen durchsetzten) Justiz um so leichter fiel, als Kriegsverbrechen, also »die in unmittelbarem Zusammenhang mit militärischen Ereignissen begangenen Rechtsverletzungen, wie sie bei Kriegführenden zu allen Zeiten vorkamen«, »in der Vorstellung des Durchschnittsbürgers auf der Unwertskala weit hinter dem kriminellen Rechtsbruch« rangierten – so der (1986 verstorbene) langjährige Leiter der Zentralen Stelle, Adalbert Rückerl.

Immerhin hat es im Jahr 1951 ein einziges (und für Jahrzehnte letztes) Mal einen einschlägigen Prozeß gegen Wehrmachtsangehörige wegen einer »in unmittelbarem Zusammenhang mit militärischen Ereignissen begangenen Rechtsverletzung« gegeben – es ging um die Erschießung kretischer Zivilisten im Rahmen eines Unternehmens gegen griechische Partisanen. In dem vor dem Landgericht Augsburg (AZ Ks 7/51) verhandelten Fall wurde auf Freispruch erkannt, mit einer Begründung wie postum vom obersten Kriegsherrn persönlich diktiert: Es sei im Rahmen einer Aktion gegen Partisanen, und das waren nach Ansicht der Augsburger »alle Zivilpersonen im besetzten Gebiet, welche der Begehung feindseliger Handlungen gegen Personen und Sachgüter der deutschen Kriegsmacht auch nur in etwa verdächtig« waren, die Erschießung von Personen, die »nicht sofort als harmlos zu erkennen waren«, gerechtfertigt gewesen – als Akt völkerrechtlicher Notwehr.

Bei diesem einzigen Hauptverfahren ist es geblieben, bis zum Prozeß gegen den Mörder von Caiazzo, Lehnigk-Emden. Nie vor einem westdeutschen Gericht verhandelt wurden all die anderen Gemetzel in Italien, von Boves bis Marzabotto.

Indirekte Hilfe bei der Verschleppung der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen kam übrigens auch von ehemaligen Opfer-Ländern. Z.B. aus Athen: Das durch die NS-Besatzung verwüstete und ausgeplünderte Land hatte, wirtschaftlich am Boden, bereits im Jahr 1950 der deutschen Seite den Verzicht auf eine Verfolgung deutscher Kriegsverbrecher angeboten – gegen eine großzügige Öffnung des westdeutschen Markts für die griechische Tabakproduktion. Und 1954 versprach der griechische Generalstaatsanwalt Toussis, »den gesamten Fragenkomplex möglichst unauffällig und geräuschlos zu bereinigen«, d.h. die »leichteren Fälle« selbst zu amnestieren, alle schweren Fälle aber in die alleinige Zuständigkeit der Bundesrepublik zu überstellen. Was Bonn nicht reichte – man verlangte deshalb aus Athen die Zusicherung, daß die griechische Regierung »bestimmt keine Berichterstattung über Weiterbehandlung der Verfahren verlangen« werde. Damit nichts den im März 1954 beschlossenen Aufbau der Bundeswehr störe, durften Soldaten, wie gesagt, keine Mörder mehr sein.

Auch der Wehrmachts-Oberleutnant Hans-Dieter Walther nicht, der 1941 als Kompanie-Chef »ethnische Säuberungen« im besetzten Serbien kommandierte. Hier ein Auszug aus einem seiner geheimen Tätigkeitsberichte: »1.11.1941. Bericht über die Erschießung von Juden und Zigeunern. ... Der Platz, an dem die Erschießung vollzogen wurde, ist sehr günstig. Er liegt nördlich von Pancevo, unmittelbar an der Straße Pancevo-Jabuka, an der sich eine Böschung befindet, die so hoch ist, daß ein Mann nur mit Mühe hinaufkann. ... Ein Entkommen der Gefangenen ist daher mit wenig Mannschaften zu verhindern. Ebenfalls günstig ist der Sandboden dort, der das Graben der Gruben erleichtert und somit auch die Arbeitszeit verkürzt. ... Das Ausheben der Gruben nimmt den größten Teil der Zeit in Anspruch, während das Erschießen selbst sehr schnell geht (100 Mann 40 Minuten). Gepäckstücke und Wertsachen werden vorher eingesammelt und in meinem LKW mitgenommen, um sie dann der NSV zu übergeben. Das Erschießen der Juden ist einfacher als das der Zigeuner. Man muß zugeben, daß die Juden sehr gefaßt in den Tod gehen – sie stehen sehr ruhig, während die Zigeuner heulen, schreien und sich dauernd bewegen, wenn sie schon auf dem Erschießungsplatz stehen. Einige sprangen sogar vor der Salve in die Grube und versuchten sich tot zu stellen ...«

Der Bericht des Oberleutnants, der die technischen Probleme bei der von ihm befehligten Erschießung von 600 Zivilisten so eindrucksvoll wie emotionslos beschreibt, ungehalten allenfalls über die Disziplinlosigkeit der sterbeunwilligen Roma, wurde erstmals 1950 in der Dokumenten-Edition des Nürnberger Südostprozesses veröffentlicht. 1956 wurde er erneut publiziert, in dem Buch *Das Dritte Reich und seine Diener* von Léon Poliakov und Joseph Wulf. Der Offiziers-Karriere des Hans-Dieter Walther aber hat er nicht geschadet. 1959 stellte die Bundeswehr den Berufssoldaten wieder ein und machte den Judenschlächter zum Bataillonskommandeur. Leute mit seinen soldatischen Tugenden, seiner Auffassung von militärischem Gehorsam, seiner robusten emotionalen Statur, seinem Sinn fürs Praktische beim Massenmord auf Befehl – sie werden eben immer gebraucht.

Die Staatsanwaltschaft Konstanz hat 20 Jahre nach der Tat ein förmliches Ermittlungsverfahren gegen Walther durchgeführt. Hätte sie es zu einer Hauptverhandlung kommen lassen, so hätte eine breitere Öffentlichkeit vielleicht schon damals zur Kenntnis nehmen müssen, daß die »Endlösung der Judenfrage« ebenso wie der Massenmord an den Sinti und Roma auch ein Werk der Wehrmacht war. Das durfte nicht sein, deutsche Soldaten sind keine Mörder, die Ermittlungen (auch gegen alle anderen namentlich bekannten Mittäter) wurden in aller Stille eingestellt. So verschwand auch dieser Fall

in den staubigen Tiefen der Archive. Der Major Walther aber, der noch 1961 bei seiner Vernehmung der Überzeugung Ausdruck gab, »daß die 600 Juden und Zigeuner erschossen werden mußten«, kehrte zurück zu seinem Bundeswehrbataillon, um seine Untergebenen zur Pflichterfüllung anzuhalten.

Und der Hauptsturmführer Priebke? Er hat es seiner eigenen Dummheit zuzuschreiben, daß es ihm jetzt anders erging als dem Major Walther und all den anderen deutschen Kriegsverbrechern, daß er jetzt in Italien im zweiten Anlauf einer ziemlich sicheren Verurteilung entgegensieht. Hätte er damals, statt sich mit Hilfe des Vatikans über die sogenannte »Rattenlinie« nach Argentinien abzusetzen, auf dem Gebiet der Bundesrepublik seinen Wohnsitz genommen, die westdeutsche Justiz hätte auch seinen Fall unauffällig und geräuschlos »bereinigt«. Das könnte sie, Priebkes Überstellung nach Deutschland vorausgesetzt, heute nun nicht mehr. Ihn freisprechen aber – allemal. Der Bundesgerichtshof wäre da sicher gerne behilflich.

Eberhard Rondholz ist Rundfunkredakteur in Köln. Einen früheren Beitrag zum Thema hat er in Heft12/1993 der »Blätter für deutsche und internationale Politik« unter dem Titel »1000 unbekannte Lidices« veröffentlicht.

Konkret 09/96, S. 15

Oliver Tolmein

Deutscher Abzählvers

Was hat die PDS mit dem SS-Mann Priebke zu tun? Und was Boris Jelzin mit Geiselerschießungen in den Ardeatinischen Höhlen? Nichts. Nur im neuen, dem immer selbstbewußter werdenden Deutschland gilt diese Antwort als falsch. »Die Ardeatinischen Höhlen liegen heute in Tschetschenien«, behauptet in der »Taz« der Historiker Jörg Friedrich – und erklärt damit en passant auch, was es mit dem Begriff Geopolitik auf sich hat: Geopolitik ist, wenn sich auch die Geographie den politischen Interessen unterordnen muß. In einer solchen Welt als Wille und Vorstellung paßt es gut, daß die PDS, bekanntlich der bewaffnete Arm Ostdeutschlands, in einer Reihe mit »den Ajatollahs«, Roten Khmer, PLO, IRA und Hutu aufgeführt wird – und weil all diese Gruppierungen für ihre Kriegsverbrechen juristisch nicht zur Verantwortung gezogen werden, so Friedrichs Schluß, war auch der Richterspruch gegen Priebke Rechtens, denn »Recht kann nur sein, was für alle gilt«.

Das ist so banal wie für den Fall Priebke uninteressant. Zum einen gilt, daß der Mörder keine Straffreiheit für sich verlangen kann, weil auch andere Mörder noch frei herumlaufen. Vor allem ist aber zu fragen, ob denn wirklich »allen«, von der PDS über die Hutu bis zu Boris Jelzin, das gleiche zur Last gelegt wird. Nein, meint offenbar auch Friedrich. Denn Priebke sei nur für die »Tötung von fünf überzähligen Personen« zur Verantwortung zu ziehen: »Hitler wünschte 330 Tote, versehentlich standen fünf mehr an der Wand. Wären Hitlers 330 statt Priebkes 335 Opfer erschossen worden, bestünden gegen das Massaker keinerlei Rechtsbedenken.« So grausam spielt das Leben deutschen SS-Männern mit: einmal falsch abgezählt – schon stehen sie vor Gericht. Was haben dagegen die Alliierten für Verbrechen auf dem Gewissen – und kein Staatsanwalt kräht danach: »8.000 Kinder unter 14 Jahren, die im Luftangriff auf Hamburg 1943 verbrannten. 592.000 zivile Bombentote im Reich ... Die drei Millionen vergewaltigter Frauen, die weit über eine Million teils drastisch gemetzelter Vertreibungstoten aus Ostpreußen, Schlesien, den Sudeten und dem Balkan ...«

Zwei Tage bevor Friedrich seine deutsch-tönende Opferschau an die alternative Öffentlichkeit brachte, hatten die eifrigen Leserbriefschreiber der »Welt« allerdings schon jedes seiner Argumente vorweggenommen: Priebkes Tat stand dort, »hart und grausam, wie der Krieg ist«, trotz eines »unseligen Zählfehlers« im »Einklang mit dem damaligen Kriegsvölkerrecht«, behauptet Bundesrichter a.D. Paul; ein Herr Stolz fragt: »Ist die Einäscherung von Städten durch die Alliierten nicht gleichermaßen inhuman?«; und Dr. Nordmann »fehlt in diesem Zusammenhang die Erinnerung an die beiden Kriegsverbrecher Karadzic und Mladic«. Der Gleichklang von »Taz« und »Welt« ist natürlich Zufall – einer der Zufälle, die sich im neuen Deutschland häufen werden. Jörg Friedrich hat es aufgeschrieben: »Priebke ist überall.« Uns geht’s wieder normal.

Konkret 09/96, S. 18

Zu Protokoll

In einem Gespräch mit Michel Friedmann (Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland), das das ZDF am 19. Juli ausstrahlte, nahm der US-amerikanische Wissenschaftler Daniel Goldhagen erstmals für die deutsche Öffentlichkeit Stellung zu der Aufregung, die die Veröffentlichung seines Buches »Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust« hierzulande ausgelöst hat. KONKRET dokumentiert dieses Gespräch in gekürzter Fassung

Friedmann: Eigentlich war die Reaktion in Deutschland sehr viel interessanter, wenn ich das so sagen darf, als das Buch selber ist. Vor allen Dingen, weil es noch keiner lesen konnte in deutscher Sprache. Es wurde gleich wieder mit den Keulen der Positionen geschmissen: Das Buch sei unwissenschaftlich; Goldhagen spricht von der Kollektivschuld; Goldhagen generalisiert alle Deutschen; dies ist ein neuer Historikerstreit. Wie kommt es, daß auf dieses Buch, das die meisten ja nicht einmal lesen konnten, eine so ungeheure Welle von Emotionen und Mißverständnissen hereingebrochen ist?

Goldhagen: Ich kann Ihnen natürlich nicht sagen, warum diese Leute so reagieren, und ich bin auch gar nicht daran interessiert, hier ihre möglichen Motive zu diskutieren. Wer gelesen hat, was meine Kritiker über dieses Buch geschrieben haben, dem wird deutlich, daß sie sich gar nicht mit meinen Argumenten und Thesen auseinandergesetzt haben.

Es gibt viele hervorragende wissenschaftliche Arbeiten zu zahlreichen Aspekten des Holocaust. Aber die Täter in den Lagern, die Täter, die Juden deportiert und getötet haben, werden in der Wissenschaft im wesentlichen ignoriert oder zumindest nicht systematisch untersucht. Wir müssen uns auf die Menschen konzentrieren, die den Holocaust ermöglichten. Ich wollte Neues über diese Menschen erfahren, wollte erklären, warum sie so und nicht anders gehandelt haben. Dabei merkte ich, unsere bisherigen Erklärungen reichen nicht aus.

Friedmann: Es wird behauptet, Goldhagen sage, es gebe eine Kollektivschuld; Goldhagen behaupte, es sei eine deutsche Eigenschaft, daß der Antisemitismus in Deutschland so mörderisch ist, anders als in anderen Ländern. Ist dies alles nur eine Pseudo-Argumentation gegen Daniel Goldhagen?

Goldhagen: Das ist tatsächlich eine Pseudo-Argumentation. Aber nicht alle behaupten solches über mich. Nur einige versuchen, dem Buch seine Berechtigung abzusprechen, es zu diskreditieren. Es gibt andere in Deutschland und anderswo, die das Buch richtig verstehen wollten und die sich konkret mit meinen Argumenten beschäftigen.

Kollektivschuld, was heißt das eigentlich? Das heißt, daß ein Einzelner allein aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft schuldig ist. Das ist natürlich abwegig. Im Gegensatz dazu wollte ich zeigen, daß individuelle Schuld wesentlich stärker verbreitet war als bisher angenommen. Wir sollten uns alles Unrecht ansehen, das damals begangen wurde, und nicht nur gegenüber Juden. Auch andere, Nichtjuden, hatten während des Dritten Reiches schwer zu leiden. Mir geht es darum, festzustellen, wer sich wie schuldig gemacht hat und warum. Dann können wir werten und ein moralisches Urteil fällen. Dieses bleibt jedem selbst überlassen.

Friedmann: Diese Debatte, diese Aufgeregtheit ist eigentlich demaskierend dafür, wie unsicher die deutsche Bevölkerung ist, auch die junge, wenn es um die Shoah, wenn es um das Dritte Reich geht. Hätte man da nicht noch präziser arbeiten müssen in den Formulierungen? Hätte man Pseudo-Argumente nicht zulassen können, damit man sich mit den Kernargumenten beschäftigen muß? Ist das vielleicht wirklich eine Schwäche dieses Buches?

Goldhagen: Nein, das glaube ich nicht. Das Buch schildert historische Forschungsergebnisse. Es geht um die Täter des Holocaust, um diejenigen, die Menschen auf dem Gewissen haben. Ich habe mich bemüht, alle möglichen neuen Informationen über diese Leute zu sammeln. Ich versuche, die Aufmerksamkeit wieder mehr auf die Menschen zu richten, die an der Vernichtung der Juden beteiligt waren. Denn ich will weg vom Blick auf die abstrakten Strukturen und Institutionen des Naziregimes, um die sich bisher meist alles gedreht hat.

Und das ist natürlich ein sehr sensibles Thema, nach den Tätern selbst und ihren Gründen zu fragen. Darüber ist in Deutschland eigentlich nie gesprochen worden. Und darum waren die Reaktionen auch sehr heftig.

Friedmann: Ich würde gerne noch mal auf die Frage zurückkommen, die letztendlich wahrscheinlich trotz aller Versuche in Literatur, Philosophie und Geschichte wohl unbeantwortet bleibt. Der Antisemitismus war und ist keine deutsche Erfindung. Aber wie kam es, daß Auschwitz zu einer deutschen Erfindung wurde? Das ist ja die Frage, die sich die ganze Welt stellt, auch Deutsche. Wie kam es, daß dieser Antisemitismus, der in ganz Europa gewalttätig war – Pogrome in Osteuropa, Rußland, Polen, die Kreuzzüge – , in Deutschland zu dieser Endlösung führen konnte?

Goldhagen: Ich bin natürlich Ihrer Meinung. Antisemitismus hat es in ganz Europa gegeben, und letztlich haben die christlichen Kirchen den Anstoß dazu gegeben. Allerdings gab es in Deutschland unterschiedliche Entwicklungen, die dazu führten, daß die Geschichte eine andere Wendung nahm.

Starker Antisemitismus war in Deutschland weit verbreitet, und er war anders als in den anderen Teilen Europas. Im Gegensatz zu Osteuropa mit seinem religiösen Antisemitismus stand in Deutschland das biologische Argument der »Rasse«

im Vordergrund. Mindestens ebenso wichtig ist es aber, daß in Deutschland ein Regime an die Macht kam, das die feste Absicht hatte, persönliche, ganz private Mordphantasien in offizielle Staatspolitik umzusetzen. In Deutschland kamen also zwei Dinge zusammen: Tief verwurzelter Antisemitismus und ein Regime, das sich diese Stimmung zunutze machte – zuerst für ein äußerst radikales Verfolgungs- und schließlich für ein Vernichtungsprogramm.

Beide Faktoren zusammen traten nur in Deutschland auf. Beide waren notwendig. Hätte einer gefehlt, wäre es nie zum Holocaust gekommen. Der Holocaust war keine unumgängliche Folge deutscher Geschichte. Wären die Nazis nicht an die Macht gekommen, hätte es auch keinen Holocaust gegeben.

Friedmann: Sind die Deutschen in ihrer Bewußtseinslage, jedenfalls in der Zeit des Dritten Reiches, so autoritätshörig gewesen, so obrigkeitsabhängig, so gleichgültig auch gegenüber anderen Menschen gewesen, daß, wenn ein Befehl, wenn eine Organisation kam und gesagt hat: Wir bringen jetzt die Juden um, es so wenig Widerstand gab? Wäre das Gleiche möglich gewesen, wenn es sich nicht um Juden, sondern um eine andere Gruppe gehandelt hätte?

Goldhagen: Nein, das glaube ich nicht. Natürlich wurden damals auch viele Nichtjuden umgebracht. Aber dieses Bild von den blind obrigkeitshörigen Deutschen stimmt nicht, es ist eine Karikatur. Die gleichen Leute, die der Naziführung angeblich blind gehorchten, fochten in den Straßen von Weimar Kämpfe aus, um die Weimarer Republik zu stürzen. Das heißt, die Leute gehorchten nicht jeder beliebigen Obrigkeit, sondern nur einer Autorität und Befehlen, die sie für legitim hielten.

Wenn man sich die Täter des Holocaust näher ansieht, wird man feststellen, daß sie sich nicht wie Menschen verhalten haben, die einfach nur Befehle ausführen. Im Gegenteil, sie hatten gar nicht den Befehl, zu töten, sie hatten die Wahl. Und doch sind sie ihrer Tätigkeit mit echtem Eifer nachgegangen, mit einer fanatischen Leidenschaft. Sie *wollten* ihre Opfer töten.

Wenn Sie den Befehl bekommen, jemanden zu töten, egal ob Sie das für richtig halten oder nicht, müssen Sie Ihr Opfer nicht foltern, herabsetzen, erniedrigen. Doch gerade das waren die entscheidenden Merkmale des Holocaust. Die Grausamkeit der Täter, nahezu aller Täter, bedarf ebenso einer Erklärung wie das Töten selbst. Die Grausamkeit war eine Folge der Weltsicht der Täter und nicht die Folge von Befehlen.

Friedmann: Gerade die Generation, die im Krieg war, hat uns, den Jüngeren, immer erzählen wollen, man hätte gar nichts tun können, man hatte ja keine Chance, sich dagegen zu wehren. Ich persönlich bin der Beweis, dadurch daß ich lebe, daß Menschen etwas tun konnten, weil meine Eltern von Oskar Schindler gerettet wurden. Und viele haben nach dem Krieg auch gesagt, sie wußten nichts davon. Und wenn sie gewußt haben, was hätten sie denn tun können.

Goldhagen: Natürlich, es herrschten keine demokratischen Verhältnisse. Aber selbst in dieser Zeit hatten die Menschen irgendeine Art von Wahl. Ich bin überzeugt, hätte sich die deutsche Bevölkerung gegen die Verfolgung der Juden gewehrt, wäre es nie so weit gekommen, wären nicht sechs Millionen Juden ermordet worden. Schließlich konnte eine Reihe anderer Maßnahmen vom Regime nicht durchgesetzt werden, weil es Widerstand gab.

Tatsache ist, daß ein Einzelner nicht viel ausrichten kann. Wenn die Menschen aber an humanistischen Werten festgehalten und aktiv oder passiv gezeigt hätten, daß sie mit einer solchen Verfolgung nichts zu tun haben wollen, hätte es das Regime sehr schwer gehabt. Wenn sich Tausende oder gar Millionen einer Sache widersetzen, hätte das gravierende Folgen, selbst unter dem Naziregime.

Friedmann: Ich empfinde das sehr ähnlich. Für mich ist eigentlich das Furchtbare, daß Millionen Menschen in Gleichgültigkeit das alles beobachtet haben. Daß 33, 34, 35, 36 – damals war Auschwitz noch überhaupt nicht im Gespräch – dies alles möglich wurde und damit eine Mittäterschaft entstand, womit die Leute ein Stück mit zu dem, was dann später passiert ist, beigetragen haben. Und für mich ist eigentlich das die ganz große Lüge in der Bewußtseinslage der Bundesrepublik heute, daß man diese Mittäterschaft so minimiert und so verharmlost.

Goldhagen: Ich glaube, der Begriff Gleichgültigkeit beschreibt die Haltung vieler Deutscher in den 30er Jahren nur ungenau. Wir müssen tiefer fragen. Wie kann jemand gleichgültig sein, keine Gefühle dazu haben, wenn die eigenen Nachbarn verfolgt werden? Ich halte das für unmöglich. Die Menschen müssen doch emotional reagiert haben, eine Meinung dazu gehabt haben, was richtig ist und was nicht.

Wenn der Holocaust, die physische Vernichtung von Menschen, nie geschehen wäre, würden wir allein die Verfolgung in den 30er Jahren, die Nürnberger Gesetze, den Ausschluß von Juden aus den verschiedensten Berufen, die massivste Attacke verbaler Gewalt, der je ein Volk ausgesetzt war, als historischen Skandal, als eine der schlimmsten Verfolgungen in der europäischen Geschichte anprangern. All dies geschah unter den Augen der Öffentlichkeit. Jeder Deutsche war Zeuge. Doch es gibt praktisch keinen Hinweis auf Kritik oder Proteste, obwohl viele andere Maßnahmen des Regimes nachweislich auf heftige Kritik oder Proteste stießen.

Wir müssen leider daraus folgern, daß ein Großteil der Deutschen dem nicht nur gleichgültig gegenüberstand, sondern damit einverstanden war. Sie teilten die antisemitische Weltsicht.

Konkret 09/96, S. 19

Termine

31.8. Berlin, Alexanderplatz: Solibasar Berliner Journalisten und Journalistinnen für Cuba. Unter der Beteiligung vieler Einzelpersonen, Verlage etc. findet der legendäre Basar auch 1996 wieder statt. Dieses Jahr unter anderen mit KONKRET, »junge Welt«, »Titanic«

6.9. - 8.9. Offenburg: Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen. Anmeldung und Information bei D. Piermont; Postfach 2173; 77611 Offenburg

7.9. - 13.9. Quedlinburg: Antifaschistische Mahn- und Gedenkwoche mit verschiedenen Veranstaltungen. Am 13.9. findet ein linkes Pressefest statt. Infos: Antifa HA/QU; Postfach 42; 06493 Ballenstedt

8.9. Berlin, Haus der Kulturen der Welt. J.-F.-Dulles-Allee 10, 19.00 Uhr: Denis Goldberg (ANC) liest und ergänzt Nelson Mandelas Autobiographie »Der lange Weg zur Freiheit«

9.9. Ebersberg, Volxfesthalle, 20.00 Uhr: Veranstaltung zur Ausstellung »Verbotene Kunst«, die dort seit dem 6.9. zu sehen ist, und »Ich werde nie wieder gegen Faschismus demonstrieren« – zur Situation der Göttinger Autonomen Antifa (M)

11.9. Hannover, Pavillon am Raschplatz, 20.00 Uhr: Rainer Trampert und Thomas Ebermann stellen ihr Buch »Die Offenbarung der Propheten« zur Diskussion

11.9. Ebersberg, Volxfesthalle, 20.00 Uhr: »Militarisierung der deutschen Außenpolitik« – Vortrag und Diskussion mit Tobias Pflüger (Tübingen)

17.9. Hameln, Kultur- und Kommunikationszentrum Sumpfblüte, Stockhof 2a, 19.00 Uhr: »Gibt es eine linke Ökologie?« Veranstaltung der Antifa Hameln und der »junge Welt«-LeserInneninitiative Hameln-Pyrmont

23.9. Detmold, Alte Pauline, Bielefelderstr. 3, 20.00 Uhr: »Zur Sicherung der Nation – Biopolitik in der BRD«. Diskussions- und Informationsveranstaltung

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungen veröffentlicht. Voraussetzung hierfür ist, daß die Termine spätestens am Ersten des VORMONATS hier eingehen: KONKRET, Stephan Meyer, Ruhrstr. 111; 22761 Hamburg oder per Fax an (040) 851 25 14

Konkret 09/96, S. 20

Eike Stedefeldt

»Ohne Zäsur«

Wenn der »Spiegel« die DDR zur legitimen Erbin der NS-Homosexuellenpolitik deklariert, kann er sich neuerdings auf den DDR-Historiker Günter Grau berufen

Mit dem feinsinnigen Satz »Wir wollen ja auch wissen: Was haben die Schweine mit uns gemacht?« begrüßte der Historiker Günter Grau am Abend des 8. Oktober 1993 in Halle völlig emotionslos die rund hundertköpfige Gemeinde einer Wochenend-Veranstaltung der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt zu einer DDR-Bewältigung der pikanteren Art: Um »Homosexuelle als Sicherheitsrisiko«, die »Verletzung von Menschenrechten durch das MfS der DDR« und »Konsequenzen für die Politik« sollte es gehen. Die Diktion der Tagung und der ihr folgenden Publikationen war damit vorweggenommen.

Kaum einen Monat später war die »DDR-Homosexuellenverfolgung« in zahlreichen deutschen Medien einschließlich der Lesben- und Schwulenpresse reißerisch präsentiert worden. So auch terminsicher am 9. November vom Fernsehmagazin »Focus« des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg: »Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen und nichts begreifen. 55Jahre nach dem faschistischen Pogrom macht der häßliche Deutsche denen wieder Angst, die fremd sind, die anders denken oder anders fühlen. ... Zu DDR-Zeiten, obwohl nicht strafbar, war Homosexualität verdächtig. Wer so veranlagt war, schien erpreßbar. Also wurden sicherheitshalber Schwule und Lesben zwischen Kindesentführern, Mördern und Sexualstraftätern in der Stasi-Kartei geführt.«

Zwar könnte man, wie der ehemalige Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung XX des MfS, Wolfgang Schmidt, gegen diese Behauptung der Redakteurin Inge Petrick einwenden, das MfS sei »für derartige Straftaten eindeutig überhaupt nicht zuständig« gewesen und habe »solche Personenkategorien auch nicht in seinen Karteien erfaßt«. Nur passen derlei Einsprüche weit weniger in die blühende politische Landschaft als die unter dem Label »Totalitarismus« wohlfeile Assoziation Sozialismus gleich Nationalsozialismus, DDR gleich »Drittes Reich«, wie sie Petrick mit ihrer unmittelbar auf einen Bericht über Jungnazis in Brandenburg folgenden Ansage herbeimoderierte. Als für den maximalen propagandistischen Erfolg des anschließenden Homo-Stasi-Filmchens brauchbarer wissenschaftlicher Zeuge erwies sich einmal mehr Günter Grau, »der im Rahmen eines Forschungsauftrages die Aktivitäten der Stasi gegen diese Bevölkerungsgruppe untersucht. Gesichtet wurden Unterlagen der Gauck-Behörde.«

Was Grau daselbst ermittelte, verkündete unlängst der für seine subtile Schwulenliebe berüchtigte »Spiegel«: »Grau, der bereits die Verfolgung von Homosexuellen in der NS-Zeit untersuchte, hat jahrelang Stasi-Akten und SED-Papiere durchstöbert. Das Ergebnis seiner Archivrecherche: Nahezu ohne Zäsur knüpften die SED-Funktionäre an die Schwulen- und Lesbendiskriminierung der Nationalsozialisten an. Und oft glich die Argumentation der Einheitssozialisten der Nazi-Propaganda bis aufs Wort.« Die Urheberschaft für das haarsträubende Konstrukt einer solchen Analogie – die nationalsozialistische »Schwulen- und Lesbendiskriminierung« gipfelte in physischer Vernichtung – läge wie üblich beim Hamburger Zentralorgan, beriefe es sich nicht auf Grau: »So drängten SED und Stasi die Schwulen in den Untergrund, in zwielichtige Geheimzirkel oder unter das Dach der Kirche. ›Sexualverhalten sollte zum Zwecke der allgemeinen Disziplinierung instrumentalisiert werden‹, erklärt Historiker Grau: ›Das vom Staatssozialismus verordnete Menschenbild duldete keine Abweichung.‹ So wie die Nationalsozialisten die Bevölkerung auf Norm trimmen wollten, hätten auch die SED-Ideologen die sexuelle Gleichschaltung im Sinn gehabt.«

Da auch Graus Aufsatz »Sozialistische Moral und Homosexualität« im Buch *Die Linke und das Laster* (MännerschwarmSkript, Hamburg 1996) den Schluß zuläßt, die noch junge SED habe sich in der Homosexuellenfrage von demselben »bevölkerungspolitischen Blindgängertum« leiten lassen, das die Nazis ihrer Politik der »Ausmerzung« zugrunde gelegt haben sollen, erhält man durchaus den Eindruck einer nachträglichen ideologischen Gleichschaltung von SED und NSDAP: »Im Ringen um die Macht waren die Positionen der SED noch nicht soweit gefestigt, daß sich die Parteiführung politisch in einer Frage engagieren wollte, bei der sie von vornherein mit Unverständnis und Ablehnung in der Bevölkerung, aber auch in den eigenen Reihen rechnen mußte. Nationalsozialisten hatten Homosexualität als krankhaft und verderblich hingestellt, Homosexuelle, da sie sich der Reproduktion entzogen, zu ›Volksschädlingen‹ erklärt und verfolgt. ... Angesichts der starken Dezimierung der Bevölkerung durch den Krieg konnten Bemühungen zur Legalisierung einer hinsichtlich der demographischen Reproduktion ›unnützen‹ Variante der Sexualität kontraproduktiv sein...« Im »Spiegel« liest man dann folgerichtig: »War nach Ansicht der Nazi-Ideologen die Homosexualität eine Gefahr für den ›deutschen Volkskörper‹, so fürchteten die SED-Ideologen, daß Schwule und Lesben das ›Sittlichkeitsgefühl der Werktätigen‹ verletzen könnten.«

Daß die von Grau gefundenen Dokumente dieselbe tief verwurzelte, historisch gewachsene Homophobie bei SED, anderen Massenorganisationen und Staatsorganen belegen, wie sie beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften eigen war, überrascht kaum. Sie war und ist weder systemabhängig noch eine Spezialität von Funktionären, sondern weitgehender

gesamtgesellschaftlicher Konsens. Bedenklich ist jedoch Graus Behauptung einer »fatalen Nähe« zwischen der in den fünfziger Jahren von DDR-Juristen zur »moralischen Verurteilung der Homosexualität« bzw. als Grund für die Nichtbefassung mit einer Reform des Paragraphen 175 bemühten »Verletzung der sittlichen Anschauungen der Werktätigen« und dem »seinerzeit von Nazi-Juristen eingeführten Begriff des sogenannten gesunden Volksempfindens«. Noch 1994 hatte Grau in einem mit der tiefsinnigen Überschrift »Spitzel ins Bett gesteckt. Homosexuelle Emanzipationsbewegungen in der DDR« versehenen Interview des bürgerbewegten »Telegraph« (10/94) derartige Analogien zwischen Nazi-Deutschland und DDR freundlich zurückgewiesen: »DiesenVergleich mit der Verfolgungspraxis im Dritten Reich möchte ich nicht machen. In der DDR hat es keinen Versuch gegeben, Homosexuelle auszumerzen, es hat keine physische Vernichtung von Homosexuellen gegeben« – und gnädig ein bloßes »Weiterwirken von Vorurteilen« konstatiert. Zwei Jahre später schreibt er in seiner bisher umfangreichsten Publikation zum Thema von »fataler Nähe« und unterläßt geflissentlich den nicht unerheblichen Hinweis, daß der gravierende Unterschied zwischen eben jenem »Sittlichkeitsgefühl der Werktätigen« und dem »gesundem Volksempfinden« sowohl in den jeweils dahinterstehenden Ideologien als auch in ihren Konsequenzen, in der Qualifizierung der Homosexualität als »Unsitte« oder »Krankheit« lag. Während das eine bis zur Streichung des Paragraphen 175 Haft- und Bewährungsstrafen begründete, zog das andere systematische Verfolgung, KZ, medizinische Versuche und die Ermordung von 15.000 Menschen nach sich.

Mag die Unzulänglichkeit der Stasi-Verfolgung heute auch manch homophilem Ego schaden, so verspricht Graus Engagement da zumindest Linderung. Besonders seine einseitige Konzentration aufs Aktenkundige und die nicht allein in der Szene des Anschlußgebiets willkommene Suggestion einer allgemeinen staatlichen Schwulen- und Lesbenhatz sind Balsam auf brennende Wunden, selbst wenn es kühleren Gemütern erscheinen mag, als fiele ihnen Jahrzehnte später ihr Geburtshoroskop in die Hände.

Ganz im heute erwünschten Sinne jedenfalls legt Grau Dokumente und Statements aus. Was notfalls einschließt, daß er Quellen unterschlägt, die seine Darstellung relativieren könnten. So teilt eine Fußnote in *Die Linke und das Laster* mit: »Nach 1989 hat es nicht an Versuchen gefehlt, das antihumane Vorgehen des MfS zu beschönigen und zu rechtfertigen, auch hinsichtlich der Homosexuellen. So will der ehemalige Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der HA XX des MfS, Wolfgang Schmidt (1994), glauben machen, es habe eine eigene Homosexuellenpolitik des MfS gegeben. Er selbst habe sich in einem speziellen Forderungskatalog (der schließlich auch Honecker ›zugespielt‹ worden sein soll) für mehr Rechte von Homosexuellen eingesetzt.« Die fehlende Quelle sei hier nachgereicht: KONKRET 7/94, S. 52-54. Um den Inhalt jenes ausführlichen Gesprächs mit Schmidt zu kommentieren, genügt Grau ein einziger von dessen Sätzen: »Sein Versuch, die Arbeit des MfS mit dem Hinweis zu rechtfertigen: ›Keinesfalls ging es dem MfS um eine Bekämpfung Homosexueller oder ihrer berechtigten Interessen‹, also den Eindruck zu erwecken, die Staatssicherheit sei der eigentliche Sachwalter der Interessen von Lesben und Schwulen gewesen, ist zynisch.« – Wäre zynisch gewesen, wenn der Ex-Offizier denn diesen Eindruck erweckt hätte. Der aber begründet, oder, O-Ton Grau, »rechtfertigt«, wie der Rest des Zitates zeigt, seine Arbeit mit der im Selbstverständnis des MfS liegenden und von erotischen Vorlieben unabhängigen Schutz des Staates vor innerer Opposition: »Es ging stets nur um das Potential für anders geartete politische Ambitionen mit dem Ziel der Veränderung der innenpolitischen Verhältnisse. Unsere Ziele waren politischer Natur. Und dazu gehörte keineswegs die Verfolgung einer bestimmten sexuellen Neigung.« Sowas freilich darf Grau, der sich noch im November 1989 den Weiterbestand einer sozialistischen DDR wünschte, als Bundesbürgerrechtler nicht mehr glauben. Und so behauptet er: »Abgesehen davon, daß dieser ›Forderungskatalog‹ trotz intensiver Recherchen in den Archiven des BStU nicht gefunden werden konnte, war es nicht die Partei, sondern sein Ministerium, das als Erfüllungsgehilfe der SED die Gruppen mit dem Ziel kriminalisierte, sie auszuschalten.« Notabene: »die Gruppen«. Verweist doch Schmidt darauf, daß – wie im Fall der Friedens- und Umweltgruppen – dem MfS auch die Bildung unabhängiger Homosexuellenorganisationen suspekt war. Daß letztere ungeachtet kirchlicher oder weltlicher Gesinnung unerwünscht und somit Ziel von Zersetzungsmaßnahmen des MfS waren, hat Schmidt KONKRET gegenüber unumwunden zugegeben.

Die Unauffindbareit des fraglichen Forderungskatalogs in der Gauck-Behörde nimmt indes wunder. Heißt es doch bereits im Februar 1994, also fünf Monate vor dem KONKRET-Gespräch, im Artikel »Aktenvermerk: ›Homosexuell‹ – Die Stasi und die Schwulen« des Magazins »Magnus«: »1985: ... Veränderung der Strategie des MfS. In internen Ausarbeitungen wird dafür plädiert, einzelne Forderungen von Lesben und Schwulen aufzunehmen. Vorgeschlagen werden: Beseitigung des 151, Genehmigung von Partnerschaftsanzeigen in überregionalen Zeitungen und Wochenschriften, Genehmigungen von Veranstaltungen, Zuweisung einer gemeinsamen Wohnung für ein schwules oder lesbisches Paar. Strikt abgelehnt werden: die Zulassung von Vereinen, die Herausgabe von eigenen Zeitungen und die Einstellung medizinischer Versuche zur ›Ursachenforschung‹.« Co-Autor jenes Beitrages: Dr. Günter Grau.

»Da sich Homosexuelle in kirchlichen Räumen trafen«, resümierte Grau 1993 in seinem Hallenser Hauptreferat, »weil sie mit politischen Forderungen an die Öffentlichkeit traten, weil Westkontakte bestanden und weil sie einen hohen Anteil an Ausreisewilligen stellten, wurden sie als Sicherheitsrisiko eingestuft.« Auch hier war die opportune Deutung möglich: Für das MfS waren eben nicht irgendwelche Homosexuelle, die zufällig in die Kirche gingen, das Problem, sondern politisch aktive. Zumindest mußte auch Grau einräumen: »Aus der Sicht der Stasi war das in gewisser Weise ein logischer Schritt,

sie verhielt sich in dieser Frage wie jeder Geheimdienst der Welt.« – Etwa so wie der MAD zur selben Zeit in Sachen Kießling? Aber das sprengt wohl den Rahmen des Forschungsauftrags.

Dabei wären Vergleiche zwischen den beiden deutschen Staaten durchaus anregend im Hinblick darauf, wo wer an wessen Politik anknüpfte. Während die DDR 1950 die 1935er Fassung des Paragraphen 175 als typisches NS-Recht entschärfte und 1968 schließlich ganz strich, mußte im Vorfeld des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus selbst der staatstreue »Schwulenverband in Deutschland« auf seinem Leipziger Verbandstag im Februar 1995 unter der Überschrift »Schwule NS-Verfolgte endlich anerkennen und entschädigen!« konstatieren: »In wenigen Bereichen staatlichen Handelns hielt die Bundesrepublik so ungeniert und offen an nationalsozialistischen Traditionen fest wie in der staatlichen Unterdrückungspolitik gegenüber Schwulen. Der 1935 verschärfte 175 StGB blieb bis 1969 unverändert in Kraft. 1957 stufte das Bundesverfassungsgericht den 175 in der Fassung von 1935 als ›ordnungsgemäß zustandegekommen‹ und nicht ›in dem Maße nationalsozialistisch geprägtes Recht‹ (ein), ›daß (ihm) in einem freiheitlich demokratischen Staate die Geltung versagt werden müsse‹.« Noch der Entschädigungsbericht der Bundesregierung von 1986 behauptet: »Die Bestrafung homosexueller Betätigung in einem nach den strafrechtlichen Vorschriften durchgeführten Verfahren ist weder NS-Unrecht noch rechtsstaatswidrig.«

Zwischen 1950 und 1965 wurden in der BRD mehr als 100.000 Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen den Paragraphen 175 eingeleitet. Verbüßten in den ersten 15 Jahren der Bundesrepublik wegen dieser Rechtsvorschrift 45.000 Männer Haftstrafen, so waren es in der DDR, rechnet man Graus Angabe von 1957 bis zum Streichungsjahr 1968 hoch, schätzungsweise 2.500. Die Haftquote war – relativ zur Bevölkerungszahl – in der BRD der Globkes und Filbingers also fünfmal höher als in der Stasi-DDR. Zum Vergleich der Größenordnungen sei daran erinnert, daß die Nazis zwischen 1935 und 1945 rund 50.000 Menschen nach Paragraph 175 inhaftierten. Daß in der BRD die Nazi-Fassung so lange galt, war der Formierung einer homosexuellen inneren Opposition im übrigen genauso abträglich wie die Zersetzungsmaßnahmen des MfS in der DDR.

Bei der Suche nach den Ursachen fürs homosexuelle Dahinvegetieren im deutschen Osten gelangt Grau in *Die Linke und das Laster* zielstrebig zu den politischen NS-Verfolgten, welche die Aufnahme dieser Opfer des Faschismus in ihre Organisationen, ihre Rehabilitierung und Entschädigung und ihre offizielle Ehrung verhinderten: »Sie wollten – so die Begründung – mit ›Kriminellen‹ nicht auf eine Stufe gestellt werden. Rechnen konnten sie dabei zu jeder Zeit mit der Unterstützung durch die SED, besetzten doch nicht wenige einstige KZ-Kameraden führende Positionen im Partei- und Staatsapparat.« – Ach ja, die »roten Kapos« lassen grüßen.

Es mag sein, daß Graus Stasi-SED-Unrechts-Forschungsauftrag kein abgewogenes Urteilen erlaubt. Von einem ehemaligen Mitarbeiter einer Ostberliner Ehe- und Sexualberatungsstelle darf man jedoch ein Nachdenken sowohl darüber erwarten, daß die gescholtenen Parteifunktionäre einer kleinbürgerlich-homophoben Sozialisation unterlagen, welche das von ihren Parteien intensiv propagierte Stereotyp vom schwulen Nazi noch bekräftigte, als auch darüber, daß Homosexuelle tatsächlich als Kriminelle, das heißt Verurteilte nach Paragraph 175/175a, in die KZ gesperrt wurden, und darüber, daß Zwangshomosexualität bei langjährigem KZ-Aufenthalt einen späteren souveränen Umgang mit Gleichgeschlechtlichen behindert haben könnte.

Gewiß hat Grau als Aktivist der kirchlichen Schwulenbewegung in Leipzig und Berlin nicht die besten DDR-Erfahrungen gemacht. Insofern verspürt er sicher ebensowenig wie der Autor dieses Beitrages den Drang, die widersprüchliche Homosexuellenpolitik der SED und den besonderen Anteil des MfS daran lobzupreisen. Mit seiner selektiven Wahrnehmung und der Spekulation auf die weite Auslegbarkeit seiner Publikationen erweist er seinen Hauptadressaten jedoch einen Bärendienst. Schon der Umstand, daß eine Geschichte der DDR-Lesben- und Schwulenszene noch nicht geschrieben ist, läßt kaum gesicherte Schlüsse auf die tatsächliche Rolle des MfS zu. Zudem sind Graus klischeebeladene Standard-IM (»Spitzel«, böswillige Denunzianten, »in ihrer Persönlichkeit veränderte« SED-Kader oder allenfalls lächerliche Naive) bestens geeignet, in einer ohnehin zersplitterten Bewegung zusätzlich Mißtrauen und Zwietracht zu säen. Ansätze dazu gab es schon in Graus 1990 erschienenem Buch *Lesben und Schwule – was nun?*.

Graus die realen Verhältnisse vernebelnde »Aufarbeitung« der DDR-Vergangenheit korreliert zudem trefflich mit der Entpolitisierung einer Homo-Szene, der es zunehmend an historischer Sensibilität fehlt. Folglich geht, wenn in Graus Hallenser Referat der Gedanke an Entschädigung für MfS-Unrecht aufblitzt, auch niemandem auf, an wen solcherlei Begehren zu richten wäre: An jenen Staat nämlich, der im Gegensatz zur DDR die NS-Homosexuellenverfolgung bis heute für rechtens hält und den NS-Richtern Pensionen zahlt. Im Stasi-Rausch geht ebenso die nicht unwichtige Tatsache unter, daß die (mitnichten ersatzlose) Abschaffung des Paragraphen 175 in der BRD einzig und allein im Kontext des Anschlusses der DDR durchsetzbar war, die das progressivere Recht hatte.

Daß hundert menschenrechtelnde Lesben und Schwule 1993 in Halle dem mitreißenden Vortrag der grauen Eminenz der Gauck-Behörde »Zur Rolle der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS« andächtig folgten, ist ihnen ebensowenig vorzuwerfen wie der Aufstieg eines ehemaligen bayerischen Datenschützers zum Chef von Verfassungsschutz und BND. Wenn aber irgend etwas zu illustrieren vermag, auf welch fruchtbaren Boden Graus Interpretationen fallen, dann die Tatsache, daß die

Tagungsteilnehmer demselben Dr. Hansjörg Geiger Standing ovations brachten, der Minuten zuvor die Enttarnung einer Inoffiziellen Mitarbeiterin so geschildert hatte: »Da habe ich das erste Mal gesehen, wie ein Mensch vom festen in den gasförmigen Zustand übergeht.« – Tagungsleiter Grau intervenierte nicht. Möglich, daß er die Bemerkung des regierungsamtlichen Aktenverwalters überhört hatte. Doch kann man dessen sicher sein bei einem Sexualwissenschaftler und Historiker, der 1994 dem Berliner Stadtmagazin »Zitty« schrieb, schwuler Sex in SS-Uniform und mit Hakenkreuzbinde sei durchaus legitim, und der meint, solcherart erotisierende NS-Kostümierung würde keineswegs den Nationalsozialismus verharmlosen?

Daß Schwule neuerdings zu Bundesverdienstkreuzen kommen, wird gern als Zeichen ihrer staatlichen Akzeptanz gewertet. Vielleicht aber liegen ihre Großtaten ganz woanders. Etwa bei Bundesanwalt a.D. Manfred Bruns, Galionsfigur des Schwulenverbandes, der willig auch Verfahren nach Paragraph 175 durchführte. Oder bei der allseits geschätzten Charlotte von Mahlsdorf, die im taillierten Damenmantel nur knapp der Erschießung durch die Nazis entging, nach 1989 in der BRD als apolitischer Vorzeigehomo zu Ruhm gelangte und heute von der DDR als einem großen KZ spricht. Da sollte es doch mit alten Seilschaften zugehen, wenn nicht auch Günter Graus Feststellung im »Telegraph«-Interview: »Die Lage in der DDR war für Homosexuelle eigentlich rigider« gelegentlich mit so einem Blechding honoriert werden würde.

»Die Linke und das Laster – Schwule Emanzipation und linke Vorurteile«. Buchvorstellung mit Diskussion: Freitag, 13. September 1996, 20 Uhr im SchwuZ, Mehringdamm 61, Berlin

Eike Stedefeldt schrieb in KONKRET 2/96 über ein Rosa-Winkel-Erinnerungsbuch

Konkret 09/96, S. 24

Heiner Möller

Metzger des Sozialstaats

»Aus Wettbewerbsgründen ist Krankheit auf Dauer nicht hinnehmbar«: Auch in der Sozialpolitik haben die Grünen nun Anschluß an die Bonner Regierungskoalition gefunden

Sie kennen Oswald Metzger nicht? Den grünen Bundestagsabgeordneten aus Bad Schussenried an der Schussen? Die in den Bodensee mündet? Nahe dem Allgäu, in Südschwaben? Nein? Sollten Sie aber. Denn auch Theo Waigel hört ihm heute im Parlament aufmerksam zu. »Ich glaube, er schätzt mich als seriösen Kritiker«, so Metzger stolz. Das ist nichts? Bitte: Kinkel hat ihm schon gelauscht, und Kohl hat ihm nach der dritten Haushaltslesung 1995 sogar seine Referenz erwiesen und einen ausgegeben: »Dem grünen Schwaben einen Doppelten.« Woher ich das alles weiß? Aus der »Schwäbischen Zeitung« natürlich. Ihr vertraute Metzger Ende letzten Jahres dies und noch mehr an. Z.B., daß er im Parlament frei rede: »Ich bin der einzige Abgeordnete, der grundsätzlich ohne Stichwortzettel auskommt.« Am meisten schmeichelte dem Schwaben aber das zunehmende Interesse der Industrie am Gedankenaustausch mit den Grünen, sogar Verbandsfunktionäre der chemischen Industrie sollen sich schon gemeldet haben.

Daß der »Parlamentarier mit Leib und Seele« derlei Intimitäten seinem Heimatblättle mitteilt, sollte nicht nur als Ausdruck seiner Eitelkeit belächelt werden. Sein Minderwertigkeitskomplex ist der der grünen Partei. Der Mann Metzger (42) personifiziert die Entwicklung der Grünen von der Bewegung zur etablierten Partei, die seit 1989/90 im »Wir« der Nation angekommen ist. Metzger hat einen linken Umweg zu der Erkenntnis machen müssen, die er als haushaltspolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion 1996 als »meine Botschaft« verkündet: Um den »Faktor Arbeit vor allem bei den Lohnnebenkosten« zu entlasten, »müssen und werden (wir) in den kommenden Jahren einen Wohlstandsverzicht leisten, der alle trifft. Der Wohlstandsabbau dürfte fünf bis zehn Prozent betragen«, führte er im Interview mit der »Neuen Osnabrücker Zeitung« (»NOZ«, 20.7.96) aus.

Pfarrer wollte der kleine Oswald werden, sieben Jahre katholisches Internat boten die beste Voraussetzung; doch dann kamen die Spätfolgen der 68er dazwischen – sein Abitur machte er auf einer weltlichen Schule. Danach: selbstverwaltetes Jugendzentrum, eine Schussenrieder Alternativzeitung namens »Motzer«, die auch Ulrike Meinhof aufs Titelbild nahm – die linksradikale Jugendsünde. Eine alternative »Unabhängige Liste« leitete den Rückweg ein. Ihre Wahlerfolge verhalfen vom Motzen zum Mitmachen: Stadtrat, Gemeinderat, schließlich Bürgermeisterkandidat 1985. Aber »Karrierist« sei er nicht, ließ Metzger in den »Südschwäbischen Nachrichten« (18.7.85) verlauten. »Ich hoffe, mir meine Träume und meinen Idealismus auch als Bürgermeister zu bewahren.« Über 29 Prozent erhielt der Dreißigjährige immerhin. Der Fast-Bürgermeister hatte vorgebaut: »Außer Bürgermeister kann ich in Bad Schussenried nichts mehr werden.« Sprach's und kandidierte 1988 als grüner Landtagskandidat für die »Stärkung des ländlichen Raums«.

Er wäre kein echter Schwabe, hätte er die böse Flaute nach der grünen Bundestags-Wahlpleite 1990 nicht mit beharrlicher Geduld überstanden und seinem 85er-Credo, den »kleinen Leuten«, den »vielen rebellischen Menschen in vielen rebellischen Gemeinden«, an denen »sich auch der machtvollste Staatsapparat die Zähne ausbeißt«, zum Durchbruch verholfen. Wie man das macht? »Dieses Immer-am-Ball-Sein ist eigentlich nur möglich, wenn man seine Stadt als Heimat begreift, die zu verändern sich lohnt, weil man hier gern lebt«, bekannte er damals. Seit 1994 Bundestagsabgeordneter, beweist er Heimatliebe nun für sein Land, den »ökologischen Standort Deutschland«. Als Joschka Fischer in einem Strategiepapier 1995 Metzgers persönlichen Weg als Entwicklung der Grünen von der »Protestpartei« über die »Konzeptpartei« zur »Gestaltungspartei« verallgemeinerte, mühte auch Oswald Metzger sich, auf kürzestem Weg »regierungsfähig zu werden«, wie er in der »Schwäbischen Zeitung« bekannte.

»Weitere Einschnitte bei den Sozialleistungen«, verriet er der »NOZ«, seien unvermeidlich. Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung »finden zumindest teilweise meine Zustimmung«, doch fehle ihnen »die soziale Flankierung«: ein wenig mehr von den Besserverdienenden, Abschaffung der 13. Monatspension für Beamte, aber »auch bei den Sozialrenten müssen wir darüber nachdenken, ob man sie in der jetzigen Höhe erhalten kann«. Und Metzger macht sich auch gesundheitspolitische Gedanken: »Es ist aus Wettbewerbsgründen auf Dauer nicht hinnehmbar, wenn die Mitarbeiter von Daimler-Benz durchschnittlich wegen Krankheit an 27 Arbeitstagen im Jahr fehlen. Das entspricht fast dem vollen Tarifurlaub von 30 Tagen. Mitbewerber wie Audi und BMW liegen mit 15 bis 17 Fehltagen immer noch zu hoch. Im Ausland und bei den deutschen Kleinbetrieben betragen die Fehltage deutlich unter zehn pro Jahr.« Und erst in Japan, da gibt's wenig Urlaub und kaum Krankheit, dafür ist der Streßtod am Arbeitsplatz versicherungs- und rententechnisch offiziell anerkannt. Weil sozialstaatlicher Schlendrian nicht hingenommen werden darf, hält Metzger »eine Senkung der Lohnfortzahlung auf 90 Prozent für angemessen«, denn »mehr Arbeitsplätze können nur geschaffen werden, wenn wir auch die Angebotsseite verbessern«. Im »Focus« haben ihm seine »pfiffigen Ideen« den Namen »Oswald von Lambsdorff« eingebracht (5.8.96).

Nachdem dpa die Meldung »Auch Grüne für 90 Prozent Lohnfortzahlung« herausgegeben hatte, geriet die Partei in helle Aufregung, und Metzger wurde krank (bei Lohnfortzahlung?). Parteisprecher Trittin schimpfte über »selbsternannte Sparkommissare« und verwies auf die anderslautende Beschlußlage der Partei.

So kann man sich auch um die grüne Realität, das Verhältnis von Parteitagsbeschlüssen zur »avantgardistischen« Funktion ihres Realo-Flügels, herumlügen. Der setzt seit Jahren – zuletzt bei den deutschen Militäreinsätzen – die regierungsfähigen Marksteine, denen eine schmuseweiche Parteitagsbasis immer einige Schritte hinterherhinkt. Daß die Grünen heute so etwas wie der Seismograph dessen sind, was gesellschaftlich durchsetzbar ist, wissen nicht nur die Bonner Kollegen aus den anderen Parteien zu schätzen. Unternehmer, jene einst verabscheuten Kreaturen des Kapitals, sind die letzten, beidenen den Grünen die Anerkennung bislang noch fehlte. »Es gibt eine Neugier bei den Verbänden«, verkündete nun erleichtert die wirtschaftspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Margareta Wolf (»Taz«, 31.7.96). Vorzugsweise lassen sich grüne Spitzenpolitiker seit einiger Zeit mit Wirtschaftsgrößen ablichten. Die haben die Chance durchaus begriffen, die darin besteht, das einstmalige Protestpotential gestalterisch einzubinden. Die Grünen, so ein DIHT-Sprecher, »könnten sich zum liberalen Korrektiv für die Sozialdemokraten entwickeln«, wie es die FDP für die Union sei. Dabei bewahrt die Partei durchaus Graswurzelnähe. Das Streben Selbständiger und kleiner Unternehmer »nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung paßt doch zu unserer Tradition«, findet Margareta Wolf (»Spiegel«, 5.8.96).

Jürgen Trittin aber spielt falsch, wenn er die Beschlußlage der Partei gegen das realpolitische Machtzentrum ins Feld führt. Die »Antworten auf das Sparpaket der Bundesregierung« der grünen Bundestagsfraktion vom Juni 1996 sind eine wahre Mittelstandsorgie und erklären, warum die »Taz« (31.7.96) nach einer Umfrage unter Unternehmerverbands-Vertretern konstatierte: »Gute Noten bekommt vor allem die Mittelstandspolitik.« Da wimmelt es nur so von »Erschließung neuer Märkte«, unternehmensfreundlicher Wirkung der Öko-Steuer, »Mittelstandsförderung«, »Informationsbörse für junge Unternehmer«, positiver Bezugnahme auf den »Bundesverband Junger Unternehmer« und »Vertreter des Mittelstands«, von der Suche nach »Innovationen, mit denen sich die bundesdeutsche Automobilindustrie einen Wettbewerbsvorsprung verschaffen kann«. In der vom grünen Bundesvorstand herausgegebenen Zeitung »Standort Grün« ruft Rolf Bach vom Verband »UnternehmensGrün« den neuen mittelständischen »Antikapitalismus« aus. Statt »positive Impulse« durch »Entlastung ertragsunabhängiger Abgaben« zu leisten »und zu einer Reduzierung der ökonomischen Risiken von Neugründungen« beizutragen, würde die Bundesregierung »vor einigen Großunternehmen kapitulieren«.

Trittins oberster »selbsternannter Sparkommisar« ist Joschka Fischer. Der hatte im September 1995 seiner Fraktion die Vorgabe gemacht, wie die »Wähler aus der Mitte« zu gewinnen seien: durch positive Besetzung der »Standortdebatte«, eine »ökologische Investitions- und Marktstrategie«. Sein Konzept eines »reformerischen Realismus« will grüne »Visionen« »der Mühsal der Machbarkeit und mehrheitsfähigen Durchsetzung unterziehen«. Das bedeute, daß alle grünen Vorhaben unter dem Gesichtspunkt der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung und »unter Finanzierungsgesichtspunkten miteinander abgestimmt« werden müßten. Tabufrei, kündigte Fischer an, müßten Grüne sich den Kopf darüber zerbrechen, »wie das sozialstaatliche Verteilungsvolumen überhaupt erst wirtschaftlich erarbeitet werden kann«. »Welchen Stellenwert« sollte bei Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen »der Ansatz von Deregulierung, von Entbürokratisierung« erhalten, und wie soll eine »grüne Mittelstandspolitik« aussehen?*

Seither büffeln Realos fleißig Finanzierungspläne und überbieten sich mit Sparvorschlägen. Fischer hält eine Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 35 Prozent für möglich (»Woche«, 9.2.96). Margareta Wolf erklärt »die Besteuerung der Unternehmen an einem Punkt angelangt, wo mehr nicht geht« (»Woche«, 1.3.96). Finanzexpertin Scheel lobt die Aufweichung des Kündigungsschutzes als Ermutigung für »gerade kleinere Betriebe zu Neueinstellungen« (»Spiegel«, 5.8.96). Parteisprecherin Sager wirbt um die »leistungsbereite Mittelschicht« (»Taz«, 20.2.96) und hat schwarz-grüne Zukunftsvisionen, an denen »das Bestechende« wäre: »Man könnte auf dem Gebiet der Ökologie viel erreichen, ohne daß alle fürchten, die Wirtschaft gehe dabei über die Wupper. Und umgekehrt müßte dann niemand fürchten, daß die Ökologie unter die Räder kommt« (»Zeit«, 3.5.96). Die sozialpolitische Sprecherin Andrea Fischer (»Zu Hause gilt die katholische Soziallehre noch etwas«) hält ein »soziales Jahr für Rentner« für sinnvoll (»Zeit«, 19.7.96). Margareta Wolf fragt die »Umverteiler« in der Partei: »Warum stellen wir uns nicht hin und schaffen Anreize, daß die vielgescholtenen ›Reichen‹ von sich aus ihr Geld für langfristige, arbeitsplatzschaffende Investitionen einsetzen?« Statt dessen würden »die Akteure, die dies umsetzen sollen (das sind in erster Linie die Unternehmen, die Vermögensbesitzer, der Mittelstand) ausgeblendet bzw. verteufelt«.

Jürgen Trittin mag weiterhin die Auffassungen einzelner Abgeordneter, die »sich eher mit denen neoliberaler Kampftruppen von CDU und FDP decken« (»junge Welt«, 7.8.96), als Äußerungen einer lästigen Randgruppe abtun. Sie kommen in Wahrheit aus der grünen Kerntruppe, die der Partei längst die »Kurskorrektur hin zum Mainstream deutscher Politik« verpaßt hat, die Trittin nach der Bosnien-Debatte noch als Gefahr beschwor (»Taz«, 27.1.96). Die Trittins dagegen bilden bloß noch den Rest einer grünen Partei, deren Wählerbasis aus jenen mittelständischen »modernisierungskritischen Modernisierern« (Trittin) besteht, die nur auf der weit nach rechts verschobenen Skala der Wahlsoziologen als »links« eingestuft werden können.

Inhaltlich ist das Linkssein der linken Grünen das von Bankrotteuren. Wenn Trittin die »linke« Parteibasis ermahnt: »Wer die Umwandlung der deutschen Demokratie zum Standort verhindern will, der muß Mehrheiten für eine andere Politik organisieren« (»Taz«, 27.1.96), hat er von der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung wenig verstanden, aber den eigenen Anhang auf die realpolitische Spur gesetzt. Als ehemaliger Koalitionskompagnon Gerhard Schröders versteht sich auch der linke Parteisprecher auf Fischers »Mühsal der Machbarkeit«. Sein – unnötiger – Rat an die ungeliebte Konkurrentin PDS (»Wer verändern will, muß sich den Alltagsmühen in einer Regierung stellen«; »Focus«, 5.8.96) reflektiert ja durchaus, wie der Rest an oppositioneller Substanz schnellstmöglich überwunden werden kann.

Auch Trittins Votum für eine besondere internationale Verantwortung der Deutschen – »Deutschland sollte seine einflußreiche Position in der Weltwirtschaft für eine Regulierung des Welthandels einsetzen« – kann sich mit der Verantwortungsrhetorik der Realos bei der Militäreinsatzdebatte durchaus messen. Entsprechend armselig nehmen sich die Vorschläge seiner linken Parteifreunde Ludger Volmer und Frieder O. Wolf aus, deren Strategiepapier (»Wege aus der Krise – Politisierung der Ökonomie«, Juli 96) so geht: »Der Umstieg zum nachhaltigen Wirtschaften wird ohne die Mobilisierung frischen Kapitals z.B. für die Produktion von Photovoltaikanlagen, energiesparenden Superfenstern oder für das Leasing langlebiger Büromöbel u.v.m. als Massenerscheinung nicht einzuleiten sein.« Dann fordern sie »einen neuen Begriff unternehmerischer Initiative und Produktivitätsentwicklung«.

Einmal dabei, bauen Volmer und Wolf gleich die gesamte Weltwirtschaft um: »Eine nachhaltige Stabilisierung kann deshalb nur in einer Regulierung der Weltwirtschaft gefunden werden.« Weshalb »vier globale Gesellschaftsverträge (Nachhaltige Entwicklung, Abbau von Ungleichheit, Toleranz und Dialog zwischen den Kulturen, Demokratisierung transnationaler Institutionen) mit klaren Finanzierungsverpflichtungen für die reichen Industriestaaten der Triade ... für die Weltwirtschaft und die Weltgesellschaft zu verankern« seien. Mit derart konstruktiven Vorschlägen sollte dem nächsten G7-Gipfel doch wahrlich beizukommen sein. Wer verstünde da nicht den Hubert Kleinert: »Man wird von der Parteilinken gefälligst erwarten dürfen, daß sich ihre Ideen und Konzepte einlassen auf die realen Möglichkeiten zur Veränderung dieses Landes« (»Taz«, 6.2.96).

Also, Oswald Metzger, bewahr Dir Deine Träume, einer mußte ja – frei nach Noske – Joschkas Minenhund spielen.

* Joschka Fischer: »Die Bündnisgrünen als dritte politische Kraft«, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik«, 11/1995

Heiner Möller schrieb in KONKRET 5/96 über die Geschichte der deutschen Liberalen

Konkret 09/96, S. 26

Robert Kurz

Klassenkampf von hinten

Die vaterlandslosen Manager als neuentdecktes Standortrisiko

Die Knechtseele, die aus tiefer innerer Überzeugung knechtselig ist, würde vor der Sünde zurückschaudern, das System der Knechtschaft auch nur im Traum anzutasten. Aber unnachsichtig schaut sie dem Herrn auf die Finger, auf daß er wirklich imponierend herrsche, die allgemeine Ausplünderung straff organisiere und sich jederzeit im Frack weltläufig benehme, damit sein Abglanz auf die Knechtseele falle und ihr die wohlverdienten Brosamen einer elenden Gerechtigkeit zugewiesen werden. Diese nahezu biblische Grundhaltung hat sich in einer Art Yellow-Press-Version bis in die versachlichten Strukturen der postsozialistischen Marktwirtschaft hinübergerettet. In der Exportdemokratie BRD jedenfalls will der geldverdienende Normalo, wenn er schon seinen Kaiser Wilhelm nicht mehr wiederhaben kann, wenigstens in einem anständigen, preiswerten und leistungsgerechten Knechtsverhältnis zu den höchstbevollmächtigten Ladenschwengeln der »unsichtbaren Hand« stehen und zu ihnen als Vorbildern aufschauen dürfen. Dieses Knechtsbedürfnis meldet sich um so dringender an, seitdem das letzte Flämmchen der Systemkritik erloschen ist und das Knechtsbewußtsein zu delirieren begonnen hat.

Wenn man in der besten aller Welten lebt und diese sich als ein ziemlich schlammiges Schlachtfeld des totalen Standortkriegs herausstellt, dann möchte man doch als einfaches Frontschwein und Schütze Arsch der Marktwirtschaft mindestens von Wüstenfüchsen, deutschen Genies und größten Feldherrn aller Zeiten in den glorreichen sozialökonomischen Untergang geführt werden. Bedauerlicherweise ist die »unsichtbare Hand« der kapitalistischen Verwertungsmaschine, laut Adam Smith die »Gerechtigkeit Gottes« (und der Hitlerschen »Vorsehung« nicht ganz unähnlich), inzwischen zur direkten globalen Selbstherrschaft übergegangen und kann deshalb als Prokuristen und Offiziere nur noch repräsentativ mäßig begabte Raffzähne, Provinzmafiosi und kleine Schieber hervorbringen. Das verdrießt den deutschen Lohnknecht, der durchaus in seiner Knechtseigenschaft Opfer zu bringen gewillt ist (und sei es das Brandopfer fremden, ausländischen Lebens); aber möglichst für einen höheren Zweck, der irgendwie auch etwas hermacht in der Weltgeschichte.

So kann es nicht ausbleiben, daß jeder neue Schub von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Verarmung nicht nur ein kräftiges Treten nach unten, sondern auch eigentümlich schiefäugige böse Blicke nach oben hervorruft. Diese letzte Farce des Klassenkampfs ist aber kein Klassenkampf von unten mehr, auch keiner von oben, sondern gewissermaßen einer von hinten. Weil die subjektlose Herrschaft des totalitären und absurden Marktsystems im systematisch verblödeten Knechtsbewußtsein nicht einmal als Gegenstand erscheinen darf, bleibt nur der Klassenkampf der dummen Kerle und der feigen Schweine übrig, die, während sie die konkurrenzschwachen Mitmenschen von den Futtertrögen der Lohnarbeit wegbeißen, gleichzeitig von hinten die Chefs anmeckern, die ihnen nicht chefmäßig genug sind. An die Stelle der Systemkritik tritt die Suche nach den persönlich haftbaren Schuldigen. Köpfe sollen rollen für den Sieg im Standortkrieg.

In demselben Maße, wie die deutschen Lohnknechte die Restriktionen der kapitalistischen Globalisierung und die Krise der Arbeitsgesellschaft schlucken wie Lebertran, sind sie daher zur geduckten Herrenbeschimpfung übergegangen. Die Götterdämmerung des Chefhimmels erfaßte zuerst die Helden der Arztromane und der Schwarzwaldklinik. Je mehr sich die Gemeinschaft der Krankenversicherten mit zukünftiger Zahnlückigkeit, zunehmender medizinischer Unterversorgung und früherem Sterben im Namen der Kostendämpfung dankbar abzufinden begann, desto argusäugiger entdeckte sie mit Hilfe der »Bildzeitung«, daß die »Halbgötter in Weiß« ausgesprochene Gierschlünde sind, leichtfertig Kunstfehler begehen und notorisch Operationsscheren in den Bauchhöhlen ihrer Opfer vergessen.

Als nächstes war die Ragnarök der Politikerkaste fällig. Kaum hatte der deutsche Massenspießer mit großer Mehrheit einen Oggersheimer Fleischkloß zum Dauerkanzler gewählt und sich wieder einmal damit beschieden, daß man ja doch nichts machen kann, da dämmerte ihm auch schon unter Schirmherrschaft der staatstragenden Gräfin Dönhoff und des sanft plätschernden Präsidenten Weizsäcker die traurige Gewißheit, daß die politischen Eliten visions- und ziellos in ihren Dienstlimousinen durch das Land irren, dem konkurrierenden Pöbel kein Gemeinschaftsgefühl mehr vermitteln können und selber dem Krämergeist verfallen sind, der bekanntlich von niemandem so gehaßt wird wie von den Krämern. Die traurige Gartenzwerg-Parade der Möllemänner rief nostalgische Gefühle für die politischen Blut- und Eisenmänner der Vergangenheit wach; und der unerträgliche Gedanke, die Chefs der politischen Klasse könnten genau solche Staatstrottel sein wie sie selber, ließ die intellektuellen Krämer lauthals beim Kellner der Geschichte ein läuterndes Stahlgewitter bestellen.

Nach alledem konnte es nicht ausbleiben, daß endlich auch die unnahbaren Aussitzer der Chefsessel-Garnituren in den höchsten Konzernetagen reif wurden für die Götterabschlachtung. Schon lange waren die programmatisch abgerüsteten Gewerkschaften daran verzweifelt, mit ihrer wohlfeilen Interpretation der marktwirtschaftlichen Systemkrise als einer Serie von »Management-Fehlern« durchzukommen. Seitdem sie aber die bedingungslose Kapitulation angeboten haben und der

Diskurs der Lohnknechte von der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich auf die Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich umgestellt wurde, ist wie durch ein Wunder die allgemeine Managerbeschimpfung losgebrochen. Zu hohe Lohnkosten, Abbau des Sozialstaats: im Prinzip gebongt, so tönt es von allen Seiten; aber jetzt müsse auch mal Fraktur über die mangelhafte Leistung der Leistungsträger geredet werden.

Den Anfang machte ein Herr Ogger, der nur für seinen Namen nichts kann; zunächst mit einer Ilias der Gründerjahre (»als der Kapitalismus noch jung und verwegen war«) und dann mit einer Abkanzelung der heutigen »Nieten in Nadelstreifen«. Ideenlos, risikoscheu und unersättlich seien sie, so trat kürzlich der »Woche«-Chefredakteur Bissinger nach: »Sie kennen keine Bindungen mehr und entwickeln Verantwortung meist nur für sich selbst.« Diese marktwirtschaftlichen Erztugenden erscheinen plötzlich als Standortrisiko, und die Meute der verunsicherten Lohnknechte brüllt Beifall, wenn ein gestrauchelter Hoffnungsträger nach dem andern wegen krimineller Machenschaften verhaftet wird, vom Baulöwen Schneider über den Vulkan-Gigantomanen Hennemann bis zum smarten Thyssen-Chef Vogel.

Was dem marktwirtschaftlichen deutschen Mob stinkt, sind nicht etwa die krummen Touren, schließlich wünscht man sich ja einen »verwegenen« Kapitalismus mit viel Risikobereitschaft. Aber eben nur auf Kosten der »anderen« und ohne sich erwischen zu lassen. Wütend macht es daher den deutschen Lohnknecht, der gerne Giftgas für den Iran produziert, solange es dem Standort dient, wenn seine Chefs in den Schuhen ihrer Vorgänger verschwinden oder sich ins transnationale Nirwana absetzen. Die Global Players sollen spielen, aber als erfolgreiche Terrier für Deutschland und möglichst unter Anleitung von Berti Vogts. In diesem Sinne konnte Edmund Stoiber Boden für die politische Klasse gutmachen, als er jene vaterlandslosen Gesellen des Managements abkanzelte, die in Tschechien, Mexiko oder Thailand Outsourcing mit schlauer Steuervermeidung betreiben, zuhause aber auf Staatskosten bayerische Sicherheitsstandards genießen und ihre Kinder aufs humanistische Gymnasium schicken. Ob Siemens-Chef v. Pierer wohl demnächst von Tegernseer Gebirgsschützen ins Verlies abgeführt wird?

In der Not des Standorts Deutschland denkt nicht nur Bissinger wehmütig zurück an die seligen Zeiten der »Hochbeschäftigung«, als noch »kantige Männer wie Nordhoff (VW), oder Abs (Deutsche Bank), Quandt (BMW) oder Flick (Daimler), Beitz (Krupp) oder Mohn (Bertelsmann)« das Sagen hatten. Kantig, so scheint es den Standort-Fans, sind Typen wie der Daimler-Chef Schrempp heute bloß noch, wenn sie fünf Milliarden DM in den Sand setzen oder nachts auf der Spanischen Treppe in Rom mit einer Rotweinpulle in der Hand randalierend auffallen wie jeder gewöhnliche schwäbische Urlauber. So etwas tut ein deutscher Manager nicht, befand »Wirtschaftswoche«-Chefredakteur Stefan Baron mit hochgezogenen Augenbrauen. Was nützt es da den Herren Vorstandsvorsitzenden, wenn sie Survival-Training mit Reinhold Messner absolvieren und trotzdem das Vertrauen ihres Knechtsvolks verscherzen? Es bleibt ihnen nur noch, Trost bei ihrer Domina zu suchen und all den Undank unter einer lustvollen Auspeitschung zu vergessen.

Robert Kurz schrieb in KONKRET 8/96 über den Absturz Ost

Konkret 09/96, S. 28

Oliver Tolmein; Uli Dillmann

Die »Benz«-Variante

Nach achteinhalb Jahren Illegalität ist er wieder aufgetaucht: Die Bundesanwaltschaft hat das Verfahren wg. Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« gegen Uli Dillmann eingestellt. Oliver Tolmein sprach mit ihm über seine Erfahrungen

KONKRET: Gegen dich wurde wegen Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« ermittelt. Vor achteinhalb Jahren bist du von der Bildfläche verschwunden. Warum?

Dillmann: Am 18. Dezember 1987 fanden bundesweit Hausdurchsuchungen statt. Die Razzia unter dem Kodewort »Aktion Zobel« richtete sich gegen vermeintliche Mitglieder bzw. Unterstützer/innen der »Roten Zora« und der »Revolutionären Zellen«. Auch meine Wohnung wurde damals durchsucht. Ich hatte keine Lust, unter dem Druck und der Observation der »Herren des Morgengrauens« zu leben. Deshalb habe ich es vorgezogen, für die Staatsorgane unerreichbar zu sein.

»Emma« hat 1989 von dir behauptet, daß du »Undercoveragent« des Bundesamtes für Verfassungsschutz und ein »Agent Provocateur« seist – vor allem weil es keinen Haftbefehl gegen dich gab.

Der Gang der Dinge hat, denke ich, recht eindrucksvoll gezeigt, was für eine abenteuerliche und von keiner genauen Kenntnis der Vorgänge getrübte These das war und ist. Interessant daran ist heute nur noch, daß die Rate-Expertin Schwarzer damals die Aussage von Ingrid Strobl aufgegriffen hat, sie habe einen Wecker, der angeblich bei einem Anschlag gegen die Lufthansa und den Sextourismus benutzt worden war, an einen »Mister X« weitergegeben. Ohne diese Einlassung wären die Spekulationen, daß ich dieser Mann sei und zudem noch vom Staatsschutz bezahlt würde, kaum aufgekommen. Für mich zeigt dies noch einmal sehr deutlich, wie problematisch und folgenreich für andere selbst Aussagen in Gerichtsverfahren sein können, die nur einen selbst entlasten sollen und in denen kein Name genannt wird.

Warum konntest Du jetzt plötzlich zurückkehren?

Die Bundesanwaltschaft hat am 12. März 1996 das Ermittlungsverfahren gegen mich »mangels Beweisen« eingestellt. Juristisch gibt es damit keinen Grund mehr, wegzubleiben.

Und wieso mangelt es jetzt plötzlich an Beweisen?

Die Frage ist wohl eher, auf welcher Grundlage achteinhalb Jahre lang ermittelt wurde.

Hat es zwischen dir und dem Verfassungsschutz Absprachen oder Gespräche gegeben?

Nein. Ich habe weder mit dem Verfassungsschutz noch mit der Bundesanwaltschaft oder sonstigen Staatsschutzorganen Gespräche geführt oder Absprachen getroffen. Weder in der Bundesrepublik noch in einem anderen Land. Es hat auch keine Vermittlungsgespräche anderer Personen gegeben. Allerdings ist mehrmals ein Verfassungsschützer, der sich »Herr Benz« nennt, sowohl bei meinen Eltern als auch bei meiner Rechtsanwältin aufgetaucht, um so mit mir in Kontakt zu kommen. Nachdem diese Versuche ins Leere gelaufen sind, hat sich die Bundesanwaltschaft – so scheint es mir jedenfalls – entschieden, das Verfahren gegen mich offiziell einzustellen. Und auf dieser Grundlage bin ich ohne behördliche Hilfe zurückgekehrt.

Weißt du etwas über die sonstigen Aktivitäten von »Benz«?

Soweit mir bekannt ist, hat der Verfassungsschutz mehrmals bei verschiedenen Gelegenheiten und gegenüber unterschiedlichen Personen angeboten, solchen Leuten, die als Mitglieder oder Unterstützer/innen der »Roten Zora« und der »Revolutionären Zellen« gesucht werden und abgetaucht sind, bei ihrer Legalisierung zu helfen, sprich, mit den jeweiligen Behörden Vorgespräche zu führen und mögliche Wege zu ebnen. Dabei präsentiert sich der Typ, der den Aliasnamen »Benz« benutzt, als Vermittler. Er behauptet, daß er, falls sich jemand stellen will, mit der BAW das Strafmaß für die jeweilige Person aushandeln könne. Allerdings übernimmt er keine Garantien dafür, daß dann alles so klappt. Die Aktivitäten von »Benz« erwecken den Eindruck, als wolle der Staatsschutz, nachdem die Zielfahndungskommandos jahrelang ohne Ergebnis gearbeitet haben, die verbliebenen Fälle aus dem Bereich »Rote Zora« und »Revolutionäre Zellen« quasi einvernehmlich abwickeln, um auch dieses Kapitel des militanten und bewaffneten Widerstands in der Bundesrepublik endlich als »erledigt« abhaken zu können. »Benz« funktioniert also als Scharnier zwischen dem polizeilichen und juristischen Verfolgungsinteresse einerseits und den Opportunitätserwägungen der Politik andererseits. Schließlich hat die Kronzeugenregelung nicht dazu geführt, daß sich Gesuchte stellen. Auch die vom Staatsschutz angebotenen Abschwörrituale haben nur bei den »DDR-Aussteigern« der RAF verfangen. Und nun – behaupte ich – ist die Vorbedingung für ein möglicherweise moderates Vorgehen der Justiz, daß jemand »freiwillig« wieder auftaucht, sich zur Anklage äußert und vor Gericht erscheint. Dabei wird nicht nur das zu erwartende Strafmaß, sondern auch der Umfang der Einlassung zur Anklage im Vorfeld über »Herrn Benz« abgekaspert.

Wie kommt es dann, daß diese »Benz«-Aktivitäten – anders als Kronzeugenregelung und andere Aussteigerprogramme – bislang kaum öffentlich propagiert worden sind?

Ich denke, weil eine klammheimliche Abwicklung für den Verfassungsschutz mehrere Vorteile besitzt. Zum einen, weil sie die Gefahr von Querschüssen aus den Reihen der Hardliner von Bundesanwaltschaft, BKA und Politik minimiert. Zum anderen verhindert das Agieren hinter den Kulissen, daß für den Verfassungsschutz unliebsame Diskussionen in der Öffentlichkeit – und natürlich auch in der linken Öffentlichkeit – zustandekommen. Trotzdem ist das gesamte Vorgehen in weiten Kreisen kein Geheimnis. Und ich bin der Meinung, daß es auch jenseits der direkt Betroffenen zur Kenntnis gelangen sollte. Zumal es im Zusammenhang mit der Staatsschutzaktion im Dezember 1987 gegen die »Rote Zora« und die »Revolutionären Zellen« eine breite Solidaritätsbewegung gegeben hat. Zumindest alle diejenigen, die damals daran teilnahmen, haben meines Erachtens ein Anrecht darauf, über das Warum und das Wie der Rückkehr derjenigen, die damals abgetaucht sind und nach denen öffentlich gefahndet wurde bzw. zum Teil noch wird, informiert zu werden.

Hältst du die »Benz«-Offerte für einen grundätzlich nicht gangbaren Weg?

Ich kann sehr gut verstehen, wenn jemand nach vielen Jahren der Illegalität zurückkehren will, die Schnauze voll hat. Das ewige Verstecken und Verstellen kostet sehr viel Kraft – psychische wie physische. Zusätzlich haben sich die politischen Koordinaten in den letzten Jahren erheblich verändert. Vor diesem Hintergrund bin ich in der glücklichen Situation gewesen, daß das Ermittlungsverfahren gegen mich eingestellt wurde. Um zurückzukommen, brauchte ich nicht auf die »Benz«-Initiative einzugehen. Somit befinde ich mich gegenüber den anderen in einer privilegierten Situation. Und aus dieser heraus sage ich: Es liegt in den Händen der Bundesanwaltschaft, die Strafverfahren gegen die übrigen Personen ebenfalls einzustellen.

Wo hast du dich in den letzten Jahren aufgehalten?

Ich war die meiste Zeit im Hades und zwischendurch in Atlantis.

Und wie hast du in den achteinhalb Jahren Illegalität gelebt?

Gut, weil ich nicht im Knast gesessen habe. Daß ich einen Tag wirklich schlecht gelebt hätte, kann ich nicht behaupten. Aber es hat natürlich miese Zeiten gegeben. Momente, in denen ich niedergeschlagen und deprimiert war, in denen mir die veränderte Lebenssituation auf den Geist gegangen ist. Ich war von heute auf morgen aus meiner gewohnten Umgebung herausgerissen und mußte in einer Umgebung leben, die ich mir nicht ausgesucht hatte. Ich mußte mich nicht nur verstecken, sondern auch verstellen. In der ersten Zeit habe ich, bevor ich die Wohnung verließ, die Umgebung abgecheckt, vermieden, im Treppenhaus einem Hausnachbarn zu begegnen, und mich bemüht, mit niemandem aus meiner Lebensumgebung zusammenzutreffen. Stammkneipe – geschenkt. Leute, die du mal in deine Wohnung einlädst – unmöglich.

Wie hat sich diese Art zu leben auf dich ausgewirkt?

Am Anfang habe ich mich immer mehr in meine Wohnung zurückgezogen. Aus dem Radio gehört, was in der Welt passiert, und die Realität durch die Bildröhre des Fernsehens wahrgenommen. Eine unwirkliche Welt. Politische Diskussionen haben mich mit Ausnahmen mittels beschriebenen Papiers nicht erreicht. Wenn du dann alles gelesen und darüber nachgedacht hast, fehlen dir die Gesprächspartner/innen. Und sitzt dir dann endlich jemand gegenüber, mit dem du über das Gelesene reden könntest, haben die politischen Diskussionen bereits eine andere Richtung genommen, und du wirst mit neuen Diskussionsbeiträgen konfrontiert.

Normale Alltagskommunikation wurde plötzlich für mich zum Problem. Alle Menschen haben sich etwas zu erzählen, wenn sie sich zufällig in Bahn und Bus, in Kneipen oder Restaurants begegnen. Du isolierst dich, du schweigst – mit dem Ergebnis, daß du abseits stehst. Oder du erzählst erfundene Geschichten. Aber auch das birgt viele Risiken.

Früher bin ich bei Zahnschmerzen einfach zum Arzt gegangen. Plötzlich konnte ich nicht mehr meinen Krankenschein zücken. Bevor ich zum Zahnarzt gehen konnte, habe ich erst mal stundenlang darüber nachgedacht, was ich dem erzähle, welche Daten ich bei der Sprechstundenhilfe angebe. Dinge, über die ich früher nicht eine Sekunde nachgedacht habe, weil sie mir selbstverständlich waren, bekamen nun riesige Dimensionen. Der Nachbar schlägt seine Frau – du drehst den Fernsehton lauter. In der Kneipe werden Ausländer angemacht – du schweigst, trinkst dein Bier aus und zahlst. Mensch möchte schließlich nicht auffallen.

Trotzdem siehst Du nicht gerade fertig aus.

Bin ich auch nicht. Schließlich gab es jede Menge schöne Situationen. Du lernst neue Menschen kennen, mit ganz anderen Erfahrungen als den deinen. Du lernst zuhören, obwohl mir das noch immer sehr schwer fällt. Du beginnst dir eine Lebensgeschichte zu stricken, die auf der einen Seite Teile deiner wirklichen Lebensgeschichte enthält, aber doch so weit von deiner früheren Wirklichkeit angesiedelt ist, daß es nicht auffällt. Und nicht zuletzt habe ich Menschen kennengelernt, die von meiner Situation wußten und die mich einfach in ihren Freundeskreis integriert haben. Meine »Vergangenheit« spielte keine Rolle mehr. Ich war Bekannter von jemanden, und darüber haben sich andere Dinge entwickelt, Freundschaften und Bekanntschaften. Du wirst als der Mensch geschätzt, den du im Moment verkörperst.

Wird die Illegalität über die Jahre Routine?

Natürlich. Du gewöhnst dich daran. Und ich glaube heute, ohne diesen Anpassungsprozeß hält mensch das auch nicht lange aus. Aber es verlangt dir auch eine verfluchte Disziplin und den Willen ab, sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren.

Welche Rolle spielt dabei die Hoffnung, irgendwann wieder legal leben zu können?

Für mich hat diese Hoffnung keine Rolle gespielt. Zwar habe ich schon mal mit jemandem darüber geredet, so nach der Devise: »Was macht man, wenn ...« Aber das waren mehr Spinnereien, weinselige Gespräche, als seriöse Planungen. Ich halte das auch für äußerst gefährlich. Wenn du beginnst, Tage zu zählen, wirst du verrückt im Kopf. In den letzten Monaten haben mich ganz andere Dinge beschäftigt: Will ich all das, was ich gelebt habe, wieder tauschen? Die Entscheidung zur Rückkehr ist mir sehr schwer gefallen. Denn so wie der Entschluß, abzutauchen, einen Sprung ins kalte Wasser für mich darstellte, so bedeutet auch die Rückkehr zu früheren Verhältnissen und politischen Zusammenhängen, die mir zwangsläufig fremd geworden sind, einen Schritt ins Ungewisse.

Wovon hast Du all die Jahre gelebt?

Von Luft und Liebe! Nein, im Ernst: Das Kohleproblem begleitet einen ständig, aber wie du siehst, habe ich nicht am Hungertuch genagt. Immer waren Frauen und Männer da, die mich unterstützt haben. Ihnen allen möchte ich danken. Und wenn es trotz alledem mal eng wurde? Herrjeh, guck dir die Flüchtlinge an, die hier in Europa versuchen, ihr Überleben zu organisieren. Dagegen ging es mir wirklich die ganze Zeit blendend.

Was hast du jetzt vor? Welche Pläne hast du?

Zuhören und mich umschauen, mich mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland auseinandersetzen. Eine Wohnung muß ich mir suchen, mein Leben organisieren. Mehr Pläne habe ich nicht, will ich auch nicht machen. Der Rest wird sich ergeben.

Ist dir bekannt, ob die nach wie vor gesuchten Personen ebenfalls über eine Rückkehr nachdenken?

Wenn die Staatsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland wirklich wollen, daß sich die gesuchten Genoss/inn/en legalisieren, dann gibt es meiner Meinung nach eine sehr einfache und glaubwürdige Form, um dies zu erreichen: Die Bundesanwaltschaft muß alle Haftbefehle aufheben und sämtliche Ermittlungsverfahren einstellen.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 8/96 über eine antisemitische Panikmache

Kasten Seite 28

Oliver Tolmein

»Aktion Zobel«

Das Interview mit Uli Dillmann lenkt den Blick noch einmal auf die »Aktion Zobel« von BKA und Bundesanwaltschaft, deren bekanntestes Opfer die Journalistin Ingrid Strobl war, die damals verhaftet wurde (KONKRET 3/89). Sie hatte einen Wecker der Marke »Emes Sonochron« gekauft, den die »RZ« bei einem Anschlag auf den Kölner Flughafen verwendet haben soll. Auch andere Leute aus der linken Szene, von denen das BKA behauptet, sie hätten einen der »anschlagsrelevanten« Wecker dieses Typs gekauft, wurden damals mit Haftbefehl gesucht – allerdings ohne Erfolg. Sie waren abgetaucht. Eine Frau lebt seit einigen Wochen wieder legal – ihr wird in Stuttgart-Stammheim der Prozeß wegen Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung«, den »RZ«, gemacht werden. Zwei weitere Personen werden noch mit Haftbefehl gesucht. Eine bemerkenswerte Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Verfassungsschutz-Agent »Benz«, der seit längerem versucht, Illegale zur Rückkehr in den deutschen Alltag zu bewegen (KONKRET 3/93). Daß der Staatsschutz auch anders kann, hat er im Fall Dillmann gezeigt: Zwei Freundinnen des Gesuchten, gegen den die Indizien so schwach waren, daß nicht einmal ein Haftbefehl erlassen worden war, wurden 1989 für mehrere Wochen in Beugehaft genommen, weil sie, nach Dillmanns Aufenthalt befragt, jede Aussage verweigerten: »Die Angaben der Zeuginnen sind für die Fortführung des Verfahrens von entscheidender Bedeutung, weil im derzeitigen Stadium kaum noch andere Beweismittel, durch die der Tatverdacht überprüft werden kann, zur Verfügung stehen«, urteilte der Bundesgerichtshof 1989 lakonisch.

Konkret 09/96, S. 30

Michael Hahn

Lübeck, Alabama

Im Süden der USA werden afroamerikanische Kirchen in Brand gesteckt, wie schon zu Zeiten der Bürgerrechtsbewegung. In Washington gibt man sich entsetzt. Die Polizei ermittelt gegen die Opfer

Um salbungsvolle Worte ist der Baptist Bill Clinton nie verlegen. »Wir müssen zusammenkommen als *ein* Amerika. Wir müssen unsere Kirchen wieder aufbauen, Hoffnung wiederherstellen und den Mächten des Hasses zeigen, daß sie nicht siegen können.« Anfang Juni empfing der Präsident eine Delegation schwarzer Pastoren im Weißen Haus. Er beteuerte seine Betroffenheit angesichts der »Epidemie des Terrors« – und ließ Taten folgen: Den Juli erklärte er zum »Nationalen Monat der Einheit«. Der Anlaß: In den vergangenen Monaten wurden im Süden der USA mehrere Dutzend afroamerikanischer Kirchen in Brand gesteckt. Zumindest in einigen Fällen ist belegt, daß die Täter militante Rassisten waren.

Kaum hatte Clinton gesprochen, da setzten auch die Massenmedien ihre Reporter und Leitartikler in Trab. Monatelang hatte man die Brandstiftungen ignoriert, jetzt waren sie schlagartig auf den Titelseiten. Die »New York Times« zeigte sich zufrieden, daß »das Problem nun endlich die Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient«. Und die »Washington Post« erkannte gar, daß Rassismus (»Amerikas dauerhafteste Krankheit«) noch lange nicht überwunden ist.

Nun mochte sich auch der sonst so knauserige US-Kongreß nicht lumpen lassen. Im Eilverfahren richteten Repräsentantenhaus (mit 422 zu null Stimmen) und Senat (98 zu null) einen millionenschweren Sonderfonds zum Wiederaufbau schwarzer Kirchen ein und bewilligten weitere Gelder für die polizeilichen Ermittlungen. Keinen Fußbreit den Rassisten.

Da fiel kaum noch auf, daß dieselben Kongreßabgeordneten gerade der lange angekündigten Sozialhilfe-»Reform« den letzten Schliff verpaßten – das definitive Ende von 60 Jahren sozialstaatlich angehauchtem »New Deal«. So läuft das Haushaltsgeschäft: Hier ein paar Millionen Dollar für ausgebrannte Kirchengebäude bewilligen, dort ein paar Dutzend Milliarden Dollar an Wohlfahrtsgeldern streichen. Keine Handvoll den unnützen Essern.

Clinton, der schon lange damit hausieren geht, daß er die »Wohlfahrt, wie wir sie kennen«, abschaffen will, hatte nichts dagegen einzuwenden. Zum krönenden Abschluß seines »National Month of Unity« unterzeichnete der Präsident das »Reform«-Paket der republikanischen Kongreß-Mehrheit. 6,5 Millionen Menschen – darunter überproportional viele Schwarze und Latinos – verlieren jetzt nach Schätzungen von Wohlfahrtsverbänden ihren Anspruch auf staatliche Unterstützung. Millionen andere werden in trostlose Mindestlohn-Jobs gezwungen. Nennenswerte Proteste von Bürgerrechtsorganisationen gab es nicht.

Das Muster ist nicht neu: Schon der Kommunistenfresser und »great communicator« Ronald Reagan beherrschte die Rituale der symbolischen Politik: Zielstrebig machte er sich Anfang der 80er Jahre daran, die demokratischen Reformen der 60er Jahre auszuhebeln und hunderte Milliarden Dollars aus den Sozialetats in den Rüstungshaushalt zu verschieben – und unterzeichnete daneben das Gesetz für den »Martin Luther King Holiday«, einen gesetzlichen Feiertag, der seit 1984 zu Ehren des ermordeten Friedensnobelpreisträgers begangen wird.

Schon damals gaben sich viele namhafte Bürgerrechtler für die symbolische Ersatzhandlung her. Sie freuten sich, daß sie bei der feierlichen Unterzeichnung im Rosengarten des Weißen Hauses neben dem Präsidenten stehen durften. Kings Integration in die patriotische Ahnengalerie, in der ansonsten überwiegend frühere Sklavenhalter zu finden sind, feierten sie als Sieg. Da ließ sich die Wucht von Reagans monetaristischem Angriff, unter dem gerade auch viele Afroamerikaner zu leiden hatten, doch leichter ertragen.

Reagans republikanischer Möchtegern-Nachfolger Bob Dole beruft sich heute noch auf diese antirassistische Sternstunde. Als Senator sorgte Dole 1983 dafür, daß der rechte Parteiflügel seinen Widerstand gegen einen King-Feiertag aufgab. Im derzeitigen Präsidentschaftswahlkampf erinnert Dole gern an diese Heldentat – wenn er nicht gerade davon redet, daß er am liebsten die wichtigsten Antidiskriminierungsgesetze (»affirmative action«) sofort abschaffen würde.

Ein neuer gesetzlicher Feiertag. Ein paar wohlfeile Reden über das Übel von Haß und Vorurteilen. Eine Pressekonferenz vor einer abgefackelten Kirche. Ein paar Millionen für einen Wiederaufbau-Fonds. So billig ist heute die Dekoration für reaktionäre Politik. Lyndon Johnson und Richard Nixon kamen noch nicht so leicht davon. Vor 30 Jahren erzwangen die antirassistische Bürgerrechtsbewegung in den Südstaaten und das rebellierende Proletariat in den afroamerikanischen Ghettos der Nordstaaten noch Anti-Diskrimierungsgesetze und milliardenschwere Arbeitsbeschaffungsprogramme. Bill Clinton kann sich mit einem »National Month of Unity« begnügen.

Aber auch symbolische Gesten sind handfeste Politik. Das wissen gerade auch die Kapuzenmänner vom Ku-Klux-Klan. Eine brennende Kirche ist ein unübersehbares Signal, ebenso wie ein brennendes Holzkreuz. Die Welle der Brandstiftungen

soll die »Niggers« einschüchtern.

Nun sind abgefackelte Kirchen nicht notwendigerweise ein Politikum: Jährlich werden in den USA auch Dutzende von weißen und »gemischten« Kirchen angesteckt – ebenso wie Kegelclubs und Fast-Food-Restaurants. Verdächtig ist allerdings der dramatische Anstieg von Brandstiftungen gegen afroamerikanische Kirchen in den vergangenen 18 Monaten – fast alle im Südosten der USA. (Schon die Tatsache, daß es überhaupt »schwarze« und »weiße« Kirchen gibt, zeigt, wie weit die jeweiligen Lebenswelten weiterhin auseinanderklaffen.) Zwischen 1990 und 1994 gab es durchschnittlich sieben Brandstiftungen gegen afroamerikanische Kirchen im Jahr, hat die Bürgerrechtsorganisation Center for Democratic Renewal aus Atlanta recherchiert. Im vergangenen Jahr waren es 18, und 1996 sind es bereits rund 40.

Wieviele Brände auf rassistische Motive zurückzuführen sind, läßt sich bisher nicht genau sagen. Mehrere Feuer stellten sich als Versuche heraus, Einbrüche zu verdecken. In einem Fall wurde eine Dreizehnjährige festgenommen, die einem Satanskult angehört. Anderswo werden besoffene Jugendliche verantwortlich gemacht. Also keine organisierten Rassisten, sondern Dummköpfe. Der »Welt« (6. Juli) paßte es ins Bild: Die Kirchenbrände seien »ein Signal sinnloser Zerstörungswut und Orientierungslosigkeit« vieler Jugendlicher. »Die Ursache liegt in der Krise der väterlichen Autorität und Fürsorge und der zutiefst zerstörten Familien.« Auch für die Korrespondentin der »jungen Welt« (26. Juli) haben »jugendlicher Vandalismus, Trunkenheit (und) Pyromanie« nichts mit »rassistischem Gedankengut« zu tun.

Aber wo verläuft die Grenze zwischen Vandalismus und Rassismus? Warum haben es Trunkenbolde und Kraftmeier überdurchschnittlich oft auf afroamerikanische Kirchen abgesehen? Was alte und junge Welt nicht bedenken: Auch Gotteshäuser sind Immobilien. Manche alte Provinz-Kirche steht heute auf einem Grundstück, das inzwischen zum wertvollen Spekulationsobjekt geworden ist. Wird hier aus scheinbarer Zerstörungslust gewütet, dann mag der (gewünschte?) Nebeneffekt auch sein, daß die alte schwarze Kirchengemeinde endlich aus dem lukrativen Viertel verschwindet.

Zumindest in einigen Fällen ist der rassistische Hintergrund eindeutig: So wurden in South Carolina zwei Mitglieder der »Christlichen Ritter des Ku-Klux-Klan« einer Kirchen-Brandstiftung überführt. In Tennessee wird eine »Weiße Arier Fraktion« beschuldigt. In anderen Fällen hinterließen die Täter rassistische Graffiti-Parolen, oder es gab zuvor entsprechende Drohungen.

Verletzte oder Tote gab es bisher zum Glück noch keine. Auch der materielle Schaden ist noch relativ gering. Die meisten zerstörten Kirchen waren kleine, hölzerne Gebäude in der tiefsten Südstaaten-Provinz. So abgelegen, daß viele noch nicht einmal über eine asphaltierte Zufahrt, sondern nur über einen Feldweg verfügten. Die geschädigten Kirchengemeinden haben oft nur wenige Dutzend bitterarme Mitglieder.

Dennoch haben die Kirchenbrän-de einen psychologischen Effekt, der weitüber die unmittelbar Betroffenen hinaus-geht: Erinnerungen an die Bürgerrechts-Zeit werden wach, als weiße Rassisten mitgezielten Attentaten, Brandsätzen und Bombenanschlägen gegen die antirassistische Massenbewegung in den Südstaaten vorgingen. Mehrere Dutzend politische Morde wurden in den 50er und 60er Jahren verübt. Der schlimmste Vorfall: Auf dem Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung ließen Klan-Mitglieder in einer schwarzen Kirchein Birmingham (Alabama) am hellichten Tag eine Bombe explodieren. Vier Mädchen, die gerade beim Kindergottesdienst waren, wurden ermordet.

Die Rassisten hatten es nicht zufällig auf afroamerikanische Kirchen abgesehen. Schon während der Sklaverei, und besonders in der Zeit der gesetzlichen Rassentrennung (zwischen 1870 und 1965) waren Kirchen die einzigen Institutionen, in denen sich Schwarze ohne weiße Kontrolle versammeln konnten. Pfarrer waren die einzigen afroamerikanischen Amtsträger, die unabhängig von weißen Geldgebern agieren und den Widerstand gegen die US-amerikanische Apartheid organisieren konnten. Bis heute spielen deswegen Geistliche in afroamerikanischen Organisationen und Bewegungen eine große Rolle. Die »radikale Spiritualität«, die deutsche Linke gern auf »die Schwarzen« projizieren, hat einen realen historischen Hintergrund.

Angesichts des sozialen Kahlschlags üben Kirchengemeinden auch ganz praktische Funktionen aus: Sie organisieren Suppenküchen und Kleiderkammern oder bieten Rechtsberatung an. Das stößt nicht überall auf Anerkennung. Nach einer Brandstiftung in South Carolina stellte sich heraus, daß die Hauptverdächtigen zuvor an Ku-Klux-Klan-Kundgebungen teilgenommen hatten, wo gegen die betroffene Kirche gehetzt worden war: Dort helfe man kinderreichen schwarzen Frauen nur, möglichst viel Sozialhilfe abzuzocken.

Solche Vorwürfe hört man auch von der Massenorganisation Christian Coalition des reaktionären Fernsehpredigers Pat Robertson. In ihrem Kreuzzug gegen den Verfall der traditionellen Werte haben es die evangelikalen Fundamentalisten besonders auf unverheiratete Mütter abgesehen. Vorehelicher Sex und vaterlose Familien führen eben zu Sozialhilfe-Abhängigkeit und Kriminalität. Daß »Welfare Mothers« im öffentlichen Diskurs eine dunkle Hautfarbe haben, wissen Robertsons Leute sehr wohl – und brauchen es deswegen nicht selbst besonders zu betonen.

Dennoch bemüht sich die Christian Coalition, die mit 1,5 Millionen Mitgliedern wohl die einflußreichste reaktionäre Massenorganisation in den USA ist, in letzter Zeit um bessere Kontakte zu konservativen afroamerikanischen Gemeinden –

und sei es nur im gemeinsamen Kampf gegen Schwule und Lesben. Die Kirchenbrandstiftungen kamen da wie gerufen. Coalition-Sprecher Ralph Reed lud zum »Gipfeltreffen« mit schwarzen Geistlichen: »Wir müssen zeigen, daß die Rassenschranke, welche die Christen einmal gespalten hat, inzwischen zersplittert ist.« Reed versprach zwei Millionen Dollar an Zuschüssen für die geschädigten Kirchengemeinden.

Die führenden schwarzen Bürgerrechts-Pastoren wiesen die Einladung zwar zurück, aber im US-Kongreß bekam Reed dennoch einen großen Auftritt. Zu einer parlamentarischen Anhörung über die Kirchenbrandstiftungen wurden nämlich als Sachverständige nicht etwa Vertreter des linken Center for Democratic Renewal (CDR) eingeladen, sondern reaktionäre Vereine wie die Christian Coalition oder die Southern Baptist Convention, die gerade erst beschlossen hatte, daß man sich wieder verstärkt um die »Judenmission« kümmern will.

Schon seit Monaten dokumentiert das CDR, das früher National Anti-Klan Network hieß, die drastische Zunahme von Brandstiftungen an schwarzen Kirchen. Auf verdächtige Feuer reagierten die örtlichen Behörden jedoch meist mit »Gleichgültigkeit oder gar Feindseligkeit gegenüber den Opfern«, schrieb das CDR in einem Bericht vom Juni 1996. Oft wurde die Möglichkeit einer Brandstiftung gleich von vornherein ausgeschlossen, in anderen Fällen ging man von unpolitischen »Einzeltätern« aus. Das Mißtrauen vieler Afroamerikaner gegen die weißen Sheriffs und Feuerwehrchefs sitzt oft tief – und ist in vielen ländlichen Gegenden, in denen sich seit Aufhebung der gesetzlichen Apartheid vor 30 Jahren noch nicht allzuviel geändert hat, auch durchaus berechtigt.

Freilich machten auch Gemeinden, die lieber gleich die Bundespolizei einschalteten, unliebsame Erfahrungen. Der genannte CDR-Bericht zählt mehrere Beispiele auf, in denen Kriminalbeamte kurzerhand den Spieß umdrehten und wegen möglichen Versicherungsbetrugs oder kircheninterner Streitigkeiten auf einen »Inside job« hin ermittelten. Die FBI-Spezialisten verhörten Pfarrer, behandelten Gemeindemitglieder erkennungsdienstlich und beschlagnahmten Kirchenakten. Zwei der zuständigen Bundespolizisten mußten bereits abberufen werden, als herauskam, daß sie im vergangenen Jahr selbst an rechtsradikalen Versammlungen teilgenommen hatten. Selbst die »New York Times« fand die CDR-Vorwürfe gegen die Ermittlungsbehörden »beunruhigend«. Modell Lübeck: Aus den Opfern werden Täter gemacht. Spuren, die nach »außen« führen, werden verwischt.

Jeff Sessions, der Generalstaatsanwalt von Alabama, hat sich hier besonders hervorgetan: Er überzog geschädigte Kirchengemeinden gleich mit Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Sozialmißbrauch und Betrug bei der Registrierung neuer Wähler. Eine beliebte Einschüchterungstaktik gegen Arme und Analphabeten – schon zu Bürgerrechtszeiten. Auch mit rabiater Hetze gegen Schwule hat der Staatsanwalt bereits für landesweite Schlagzeilen gesorgt. Der Hintergrund: Der Republikaner Sessions bewirbt sich zur Zeit in Alabama um ein Kongreßmandat. Seine Chancen steigen, wenn sich weniger afroamerikanische Wähler (die traditionell eher Demokraten wählen) registrieren lassen.

Der Generalstaatsanwalt ist kein Einzelfall. Rassismus ist in den USA wieder salonfähig geworden. Im Landtag von Alabama verteidigte der republikanische Abgeordnete Charles Davidson vor kurzem sogar die frühere Sklaverei. Plantagenbesitzer hätten seinerzeit ihre Arbeitskräfte nicht gequält und vergewaltigt, sondern harmonisch mit ihnen zusammengelebt: »Sie hatten denselben Nachnamen, arbeiteten Seite and Seite auf den Feldern, spielten zusammen, beteten zusammen, zogen ihre Kinder auf, pflegten einander bei Krankheit und liebten einander wie in einer Familie.« Schließlich habe bereits die Bibel die Sklaverei gutgeheißen.

Davidson ist zum Glück nur ein relativ unbedeutender Hinterbänkler. Aber Alabamas Nachbarstaat Mississippi wird von dem Rassisten Kirk Fordice regiert. Der Gouverneur will das Wahlrechtsgesetz von 1965 aufheben lassen, das Afroamerikanern in den Südstaaten einen ungehinderten Zugang zur Wahlurne garantiert. Auf der anderen Seite des Mississippi, im Bundesstaat Louisiana, kandidiert in diesem Herbst erneut der Nazi David Duke für den US-Senat – und hat gute Chancen, wie schon vor sechs Jahren zumindest in die Stichwahl zu gelangen (siehe KONKRET 3/92).

Über vielen Behörden in der früheren Sklavenhalter-Konföderation flattert heute wieder die alte Südstaaten-Kriegsflagge (»Confederate Flag«). Zwar steht eine offizielle Sezession nicht auf der Tagesordnung, aber unter dem Deckmantel des »Föderalismus« ist es unter Weißen wieder Mode geworden, sich auf alte Südstaaten-Traditionen zu berufen.

Der angebliche »New South«, der sich der Weltpresse bei der Olympiade als lebensfrohe Mischung aus High-Tech und Coca-Cola präsentierte, beruht auf demselben Erfolgsrezept wie der »alte« Süden: auf billiger Arbeitskraft. Im »Black Belt«, dem Landgürtel quer durch den Südosten der USA, in dem schon zu Zeiten der Sklaverei die meisten Schwarzen lebten, befinden sich noch heute die schlimmsten Armutsregionen. Das Erbe des Apartheids-Terrors sitzt tief. Gewerkschaften haben bis heute in den Südstaaten nichts zu melden. Dementsprechend niedrig ist das Lohnniveau, weshalb Daimler-Benz und BMW ihre neuen US-Fabriken auch nicht etwa im traditionellen Automobil-Staat Michigan im Norden, sondern eben in Alabama und South Carolina errichten – übrigens just in den beiden Staaten, welche die meisten Kirchen-Brandstiftungen zu verzeichnen haben.

Was die Rassisten freilich stört, ist der politische Einfluß der afroamerikanischen Bevölkerung, die in den Südstaaten zwischen einem Viertel und einem Drittel der Wählerschaft stellt. Seit den Bürgerrechtsreformen vor 30 Jahren ist hier ein Machtfaktor entstanden, der einer Rückkehr zur offenen Apartheid im Wege steht.

Aber auch hier gibt es einen Einschnitt. Just zum Höhepunkt der Brandstiftungs-Welle im Juni verkündete das US-Verfassungsgericht einen Beschluß, demzufolge bestimmte Wahlbezirke, in denen afroamerikanische Wohnviertel zusammengefaßt sind, neu vermessen werden müssen. Dadurch werden neue Wahlkreise mit weißen Mehrheiten entstehen. Weil schwarze Kandidaten in solchen Wahlkreise erfahrungsgemäß so gut wie keine Chance haben, wird das Urteil dazu führen, daß die Zahl der afroamerikanischen Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und in den Parlamenten vieler Bundesstaaten drastisch abnehmen wird.

Der zunehmende Rassismus ist dabei nicht auf die Südstaaten beschränkt. Im ganzen Land wurde das Buch *The Bell Curve* zum Bestseller, in dem behauptet wird, Schwarze seien – genetisch bedingt – weniger intelligent als Weiße. Zu einem erschreckenden Ausmaß haben offen biologisch-rassistische und sozialdarwinistische Argumente wieder Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden.

Rassistische Brandstifter, die den »Niggers« zeigen wollen, welcher Platz ihnen in der Gesellschaft zusteht, können sich durch solche Gerichtsurteile und Debatten nur ermutigt fühlen. Ein Präsidentschafts-Wahlkampf, in dem Clinton und Dole darin wetteifern, wer mehr Kriminelle einsperren, mehr Arbeitsscheue aus den Sozialämtern verjagen und mehr kinderreiche Mütter zu Verantwortungsbewußtsein erziehen kann, wird das rassistische Klima weiter anheizen. Denn im öffentlichen Diskurs haben Kriminelle, Arbeitsscheue und Kinderreiche eine dunkle Hautfarbe. So werden weiße Wählermehrheiten gezimmert. Auch das ist symbolische Politik.

Eine Linke, die nur noch Diskurse dekonstruiert – in den USA ist das nicht viel anders als hierzulande – bleibt im Kampf um Symbole stecken. Damit ließ sich zwar verhindern, daß in Atlanta während der Olympiade allzuviele Confederate Flags zu sehen waren. Und es ließ sich genügend Geld für den Wiederaufbau abgefackelter Kirchen locker machen. Der afroamerikanischen Busfahrerin, die wegen der Aushöhlung der Antidiskriminierungs-Gesetze ihren Job verliert und dann durch die neue »Welfare Reform« vom Sozialamt gezwungen wird, Hotelklos zu putzen, ist damit aber kaum geholfen.

Michael Hahn schrieb in KONKRET 6/96 über die Ultrarechte in den USA

Konkret 09/96, S. 33

Georg Fülberth

Britisches Lehrstück

Über die Durchsetzung der marktradikalen Konterrevolution in Großbritannien

Es ist Halbzeit zwischen zwei Bundestagswahlen, und wie immer an dieser Wegmarke zwischen dem vorigen und dem nächsten Sieg hat Kohl zwar keine Schwierigkeiten mit der Opposition, muß aber Kritik seiner Groupies aushalten. Wieder einmal wirft man ihm unpassende Gelassenheit vor: Mit ihm sei keine Manchester-Wende zu packen. Kohl kontert: Er wolle sie auch nicht, denn immmerhin stehe er einer Volkspartei vor, und diese sei zwar für die Marktwirtschaft, aber eben für die Soziale.

Vielleicht denkt er, der Abbau des Sozialstaats komme ohnehin, denn das sei eine ökonomische Notwendigkeit. Wer sich aber mit ihr identifiziere und die Finger schmutzig mache, dem passiere Ähnliches wie der FDP, die zwischendurch immer wieder einmal – Hessen 1995 hin, Dreiländerwahl 1996 her – um ihre parlamentarische Existenz bangen muß.

Ein Blick über den Kanal könnte Kohl recht geben: dort geht gerade eine große konservative Partei Wasser saufen, deren Führung es zuließ, daß sie von marktradikalen Eiferern geentert wurde. Die Geschichte dieser Übernahme erzählt ein Buch, das bereits 1994 in London erschien, in Großbritannien erst als Hardcover, dann als Paperback weite Verbreitung fand, merkwürdigerweise aber bislang nicht ins Deutsche übersetzt und hierzulande auch sonst nur selten erwähnt wurde: *Thinking the Unthinkable* von David Cockett. Thema ist die Vorbereitung und Durchsetzung der marktradikalen Konterrevolution in Großbritannien.

Am Anfang war Friedrich August von Hayek (1899-1992) – so sieht es Cockett. Der gebürtige Österreicher kam 1931 an die London School of Economics (LSE). Keynes in Cambridge hielt er für einen Scharlatan, der um kurzfristiger politischer Effekte willen die Wissenschaft verrate. Noch vor dessen *Allgemeiner Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (1936) veröffentlichte Hayek 1935 einen Sammelband, in dem er frühe Kritiken dessen vorlegte, was er als kollektivistische Gefahr erkannt zu haben meinte und was seiner Meinung nach schon seit fünfzig Jahren auf dem Vormarsch war. Die Warnung galt nicht so sehr dem sowjetischen Experiment als der Gesellschaftspolitik der hochentwickelten kapitalistischen Staaten.

Hayek, nicht nur Gelehrter, sondern auch Täter, suchte und fand Gleichgesinnte auf einem »Colloque Walter Lippmann«, das sich 1938 in Paris versammelte und als permanente Einrichtung zur intellektuellen Bekämpfung anti-liberalen Zeitgeists gedacht war. Doch der Zweite Weltkrieg beförderte weiter den »Kollektivismus«. Die Rüstungsindustrie wurde wieder einmal staatlich organisiert, und in Großbritannien drängte Labour, seit1940 in einer Koalition mit Churchill, darauf, daß nicht nur Blut, Schweiß und Tränen gemeinsam vergossen wurden, sondern die Gesellschaft neugeordnet werde. F.A. von Hayek gab 1944 Alarm mit seinem Buch *Der Weg zur Knechtschaft*. Er verbündete sich mit dem Philosophen Karl Popper, der sein Buch *Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde* zum antikollektivistischen Kampf beisteuerte. Gemeinsames politisches Credo waren Individualismus und Liberalismus, der Feind verdeutlichte sich bald zum Totalitarismus.

Im April 1947, einen Monat nach der Ausrufung des Kalten Kriegs durch Truman, wurde in der Schweiz eine internationale intellektuelle Pressure Group gegründet: Zur ersten Tagung der »Mont-Pèlerin-Gesellschaft« trafen sich vor allem Ökonomen, darunter neben Hayek auch Milton Friedman aus Chicago und zwei Kopflanger des späteren deutschen Wirtschaftsministers und Bundeskanzlers Ludwig Erhard, nämlich Wilhelm Röpke (Genf) und Walter Eucken (Freiburg). Ebenfalls dabei: Karl Popper. Auf der Gründungskonferenz wurden nicht nur Fragen der Wirtschaft behandelt, sondern auch Geschichtsschreibung, Politische Bildung, »The Future of Germany«, »Liberalism & Christianity« und »The Problems & Chances of European Federation«. Die Mont-Pèlerin-Gesellschaft hielt im Jahres- und Zweijahres-Rhythmus ihre Konferenzen ab und entwickelte sich zu einem internationalen Netzwerk. Ihre Mitglieder gewannen seit den sechziger Jahren zunehmenden Einfluß – von der Besetzung wichtiger Lehrstühle über die Verteilung des Nobelpreises für Ökonomie bis zur Akteurs-Beratung. Bereits 1968, als in Westeuropa sich radikale Studierende von Wasserwerfern naßspritzen ließen, wies eine Publikation der Fabian Society auf die Existenz einer ökonomischen Neuen Rechten hin, die längst zu einem kräftigen politischen und intellektuellen Faktor geworden sei.

Zunächst aber sahen sich deren Vertreter trotzig als Häuflein der Aufrechten im Kampf gegen den auch in der bürgerlichen Welt scheinbar unaufhaltsamen Kollektivismus. Hayek war der Ansicht, man müsse vor allem auf die jungen, formbaren Gehirne einwirken, inbesondere in den Bildungsstätten um Einfluß kämpfen, das Resultat werde sich erst nach Jahrzehnten einstellen. Unterstützung erhielt er durch Antony Fisher, einen ehemaligen Kampfflieger, der als Massengeflügelzüchter in der Broiler-Branche ein Vermögen machte und 1955 das Institute of Economic Affairs (IEA) gründete: einen Think-Tank zur Propagierung einer marktradikalen Wende. Zum engeren Umfeld der von ihm betriebenen Atlas Economic Research Foundation gehörten 1991 siebenundachtzig Institute, davon 31 in Lateinamerika. Nach 1989 fielen ihre Adepten in die ehemals sozialistischen Länder ein.

Hayek und Fisher fanden Resonanz besonders bei jungen Intellektuellen mit Arbeiterklassen-Hintergrund. Diese konnten ihren Gegnern aus dem Labour-Establishment, die oft aus feinen Familien kamen, vorhalten: »You have never been poor. I have«, und sie verwiesen darauf, daß arme Leute nicht »care« wollten, sondern »cash«. Ihre Hoffnungen setzten sie auf die Tories. Allerdings mußte auch dort ein Kampf geführt werden, denn die Konservativen hatten sich längst mehrheitlich auf den Sozialstaat eingelassen. Der Parteiführer Edward Heath bekannte sich zwar zu den Ideen der Neuen Rechten, enttäuschte die Scharfmacher aber bald. Nach seinem Sturz als Premier 1974 gelang es ihnen, die Konservative Partei von der Notwendigkeit eines weiteren Think-Tanks zu überzeugen, der unmittelbar der Parteiführung zuarbeitete. So entstand das Centre for Policy Studies (CPS). In Margaret Thatcher gewannen sie ihre Matadorin. Diese erreichte zwar viel, aber doch weniger, als die Berater wollten. Der fleißigste Memo-Schreiber des CPS, Alfred Sherman, mußte das Institut 1983 verlassen, weil er die Chefin mit immer weitergehenden Forderungen, zum Beispiel nach einer Liquidierung des Öffentlichen Dienstes, nervte. 1987 kam es zum endgültigen Bruch, als er eine Einladung der Konservativen Partei für einen Auftritt Jean Marie Le Pens organisieren wollte.

Inzwischen hat die Labour-Führung die neoliberale Wende weitgehend nachvollzogen. Das IEA hatte sich von Anfang an um Einfluß auch in ihren Reihen bemüht.

So weit die Story, welche Cockett erzählt. Er geht nicht über die achtziger Jahre hinaus, und deshalb liest sie sich wie eine Erfolgsstory. Das ist aber wahrscheinlich auch der Grund, weshalb sie in Deutschland nicht verbreitet wird. Die Geschichte ist nämlich weitergegangen, und sie hat gezeigt, daß es einer großen Partei, die zur Mehrheitsgewinnung immer auch auf soziale Integration angewiesen ist, schlecht bekommt, wenn sie nur einer Sekten-Ideologie folgt. Der tote Hayek im Himmel wird sich über den Niedergang der Tories wenig grämen, denn er sieht, daß Tony Blair sein Werk fortsetzen wird. Aber der lebendige Kohl auf Erden ist kein Einfluß-Professor, sondern will auch die nächste Wahl gewinnen. Deshalb lernt er aus dem britischen Exempel offensichtlich nicht, wie man’s macht, sondern wie er’s nicht machen darf.

Richard Cockett: *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983*. Harper Collins Publishers, London 1994. 390 Seiten, 25 Pfund

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 7/96 über »Das Ende der Illusion« von Franois Furet

Konkret 09/96, S. 34

Werner Pirker

Aus den befreiten Gebieten V

Die Werft von Gdansk, die Lenins Namen trug, ist bankrott. Was in der Volksrepublik undenkbar gewesen wäre, ist in der Marktwirtschaft Gesetz. Der polnische Staat als Hauptanteilseigner hat sich geweigert, das marode Unternehmen mit immer weiteren Finanzspritzen am Leben zu erhalten. 7.500 Werftarbeiter sind von der Entlassung bedroht

Und die legendären polnischen Gewerkschaften? Was sich da immer noch als Solidarnosc aufplustert, betrachtet die Werkschließung als bösartigen Racheakt der »Postkommune«, um die Geburtsstätte des »neuen Polen« zu schleifen und die Erinnerung an den heroischen Arbeiterwiderstand aus dem Gedächtnis der Nation zu streichen. Der hatte einst, weil er den gottlosen Kommunismus stürzen wollte, die Solidarität aller Arbeitgeber der ganzen Welt genossen, und die katholischer Arbeitnehmer obendrein. Ein Kolpingsohn namens Norbert Blüm geriet zu Gdansk angesichts dieser Rebellion auf den Knien gar in einen Zustand religiösen Wahns: »Marx ist tot, Jesus lebt«, rief er. Begeisterung herrschte auch in den diversen Vierten Internationalen, wo man Anzeichen einer politischen, gegen die Bürokratieherrschaft gerichteten Revolution zu erkennen glaubte, und in Solidarnosc-Flugblättern, die aus dem Französischen ins Polnische und daraus wieder ins Französische übersetzt waren, bestätigt fand.

Die jüngsten Ereignisse von Gdansk manifestieren das ganze Elend des Arbeiterbewegungs-Kapitalismus. In der Ostseestadt war er 1980 erstmals offen in Erscheinung getreten. Die lebendige Arbeit sehnte sich nach lebendigen Kapitalisten, nach der Rückkehr ins Reich der toten Arbeit. Diese seltsame Verkehrung im Arbeiterbewußtsein ergibt sich aus der staatsmonopolistischen Enteignung der Arbeitskraft als Aufhebung ihrer Warenform bei fortexistierender Lohnarbeit im System betriebswirtschaftlicher Vernutzung. Den Staat als kollektiven Kapitalismus rezipierend, focht die polnische Arbeiterschaft den Kampf der Liberalen für die freie Konkurrenz.

Natürlich war dieser Kampf auch von idealistischen Vorstellungen geprägt, die nicht die Privatisierung des Gesellschaftseigentums, sondern dessen Demokratisierung und Sozialisierung vorsahen. Doch die auf Selbstverwaltung und unmittelbare Verfügungsgewalt über das Eigentum ausgerichteten Ideen unterlagen dem spontanen Durchsetzungsvermögen der Marktideologie. Die bürgerlichen Ideologen der Solidarnosc hatten leichtes Spiel, »die Gesellschaft« gegen »den Staat« zu mobilisieren und die kapitalistische Privatisierung als Akt der Vergesellschaftung zu verkaufen, als Rückgabe des staatlichen Vermögens an die Bürger, als Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit, als Expropriation der Expropriateure.

Als schenkten sie ihrer Demagogie tatsächlich Glauben, initiierte die um den Elektriker der Nation gruppierte polnische Opposition im Februar 1996 eine Volksabstimmung, in der die Polen zu entscheiden hatten, ob sie eine »Volksprivatisierung« (*powszechne uwlaszczenie*) wünschen. Vorbild dieser Initiative dürfte die polnische Landwirtschaft gewesen sein, die schon Volkspolen seinen ganz besonderen Charme verliehen hatte: als staatlich subventionierte kleine Warenproduktion auf archaischer Grundlage.

Was durch die realen Transformationsprozesse in Osteuropa und den GUS-Staaten längst widerlegt ist: die Idee einer von unten getragenen kapitalistischen Revision der realsozialistischen Eigentumsverhältnisse, wurde in Polen im Februar 1996 noch einmal Gegenstand einer komplizierten ideologischen Debatte. Die Regierung machte Kowalski und Landsleuten die Entscheidung noch schwieriger, da sie der Frage: »Sind Sie für die Volksprivatisierung?« noch drei andere hinzufügte, wobei eine dieser Fragen als einzige der realen sozialpolitischen Situation im Lande gerecht wurde: ob nämlich die überfälligen Zahlungsverpflichtungen des Staates gegenüber Rentnern und dem öffentlichen Dienst aus dem zu privatisierenden Staatsvermögen beglichen werden sollen. Das ist für die Masse der Privatisierten und verhinderten Privaten in der Tat noch die einzige Möglichkeit, an ein bißchen vom ehemaligen Volkseigentum zu kommen. Das Interesse des Volkes an der Volksprivatisierung hielt sich in Grenzen. Nur ein Drittel der Wahlberechtigten nahm an der Abstimmung teil.

Wie Gesellschaftseigentum abgewickelt werden kann, demonstrierten die Solidarnosc-Regierungen unter den Premiers Mazowiecki, Bielecki und Suchochka. Ihre Schocktherapie wurde als die »polnische Option« der Transformation bezeichnet. Ziel war die Herstellung einer neuen Besitzerklasse durch die gnadenlose soziale Enteignung der Volksmassen. Die Dialektik dieses Prozesses aber liegt darin, daß er nicht unbedingt die antikommunistische Gegenelite der realsozialistischen Ära begünstigt, sondern die alten Seilschaften, die den kapitalistischen Moralisierern konzeptionell und in der Technologie der Macht weit überlegen sind.

Für Walesa am demütigendsten aber war die Tatsache, daß er seinen Feinden nicht nur auf dem Terrain der Kapitalisierung unterlegen ist, sondern auch als sozialer Demagoge. Daß er am Ende seiner Präsidentschaft gegen das Nomenklatura-Kapital Amok lief und eine »Oktoberrevolution« prophezeite, wenn die Quellen der kriminellen »kommunistischen« Bereicherung nicht offengelegt würden, half ihm auch nicht mehr. Hatten die Polen früher ihre Hoffnungen auf eine solidarische Gesellschaft und wohl auch auf einen »besseren Sozialismus« mit der antikommunistischen

Aufstandsbewegung »Solidarität« verbunden, so sehen sie nun in den sozialdemokratisierten Ex-Kommunisten Garanten eines besseren, das heißt sozial verträglichen Kapitalismus.

Damit ist eine Entwicklung zum Abschluß gekommen, die noch in der Volksrepublik von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei eingeleitet worden war. Der Arbeiterprotest hatte sich ja gerade daran enzündet, daß die bürokratischen Eliten das staatssozialistische Reproduktionsmodell aufzubrechen, das heißt die Subventionswirtschaft abzubauen begannen und marktwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien Geltung verschaffen wollten. Eine Entkommunisierung der Kommune aber hätten die Kommune-Vertreter nur um den Preis ihres gewaltsamen Sturzes vollziehen können. Als dann der Elektriker den Leninschen Auftrag an die Vertreter einfacher Berufe, den Staat zu verwalten, übernahm, und mit großem Gestus eine Sache verfocht, die in sich die Negation der Solidarität trägt, ereilte ihn das Rachebedürfnis, das den rechtzeitig in der Versenkung verschwundenen Realsozialisten gegolten hatte.

Das westliche Kartell ist für Aleksander Kwasnieski aus demselben Grund,aus dem es in Rußland Boris Jelzin unterstützt: Es geht um die Sicherung der Kontinuität der Nomenklatura. Die »roten Neoliberalen« sind die besten Transformatoren, die sich der Metropolen-Kapitalismus in Osteuropa wünschen kann. Mit der Korruption verwachsen, verleihen sie dieser eine gewisse soziale Gestaltungskraft, sie sind pragmatisch, vermitteln überzeugender als ihre bürgerlichen Vorgänger die Gesetze und Zwänge der Transformation und bringen auch nicht jenen antikommunistischen Sadismus zum Ausdruck, der sich zum Sozialdarwinismus steigert. Sie entsprechen weitgehend dem Image des Systemwandels als »Ende der Geschichte«.

Gegenüber der Moskauer »Prawda« meinte Kwasniewski: »Im Jahre 1989 haben die Polen jene gesellschaftliche und ökonomische Utopie kritisiert, die da ›entwickelter Sozialismus‹ hieß. 1995 haben sich Millionen Wähler gegen eine neue Utopie ausgesprochen, gegen einen Liberalismus, der verkündete, daß sämtliche Probleme durch die unsichtbare Hand des Marktes gelöst würden.« Das in Polen regierende »Bündnis der demokratischen Linken« (SLD) verkörpert den Thermidor der liberalen Konterrevolution.

Die Privatisierung, unter dem Bauernpremier Pawlak fast gänzlich zum Stillstand gekommen, wurde unter den Regierungen Oleksy und Cimoszewicz wieder in Gang gesetzt, wenn auch mit verringertem Tempo. 5.000 von ehemals 8.000 großen Staatsbetrieben sind immer noch in staatlicher Hand, was die ideologischen Kritiker des Linksbündnisses auf die ungebrochene Affinität der Postkommunisten zum Staatseigentum zurückführen. Im Grunde aber entziehen sich die neoliberalen Wirtschaftsstrategen mit planwirtschaftlicher Ausbildung nur der sinnlosen Aufgabe, Großunternehmen zu privatisieren, die sie nur aufs neue subventionieren müßten.

In latenter Opposition zur Durchkapitalisierung befindet sich eher die mitregierende Bauernpartei, die irgendwie immer noch der realsozialistischen Idylle eines staatlich subventionierten und vor den Marktgewalten geschützten Privatbauerntums anhängt, aber auch die katholisch-fundamentalistische Reaktion. Mehr als sie zuzugeben bereit ist, fürchtet die Kirche die Folgewirkungen der neoliberalen Modernisierung. Sie sieht jetzt schon die säkularen Strömungen in der polnischen Gesellschaft im Vorteil.

Der vom katholischen Klerus gepredigte Wertkonservativismus, so antikommunistisch er sich auch immer artikulieren mag, richtet sich im Grunde gegen die kapitalistische Moderne. Als der Primas von Polen, Kardinal Glemp, die Wahl zwischen Walesa und Kwasniewski als Entscheidung zwischen »christlichen Werten und Neo-Heidentum« bezeichnete, dürfte er mehr an die »Freimaurer-Internationale«, die dem Polentum eine ihm fremde Ideologie aufzwingen will, gedacht haben als an die kommunistische Revanche. Während die Postkommune also kapitalistische Reformgeschichte schreibt, sind die polnische Kirche und ihr oberster Ministrant, Lech Walesa, die Verlierer der Systemwende, für deren erfolgreiches Gelingen sie zu Knie nach Tschenstochau gepilgert waren.

So gilt Polen heute, mehr noch als die Tschechische Republik, als Musterländle der Reform. Nicht wenige Wirtschaftsexperten bemühen bereits das Bild des zum Sprung ansetzenden Tigers. »Sie übersehen dabei«, schreibt der Forschungsleiter an der École des hautes études et sciences sociales, Ignacy Sachs, »daß es sich bei der konjunkturellen Erholung eher um ein Wettmachen des wirtschaftlichen Rückschlags der Jahre 1989 bis 1993 handelt.« Immerhin ist das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1994/95 um 13 Prozent gestiegen. Einen deutlichen Aufschwung nahm auch der Export – plus 40 Prozent 1994 und plus 15 Prozent 1995. Auf den privaten Sektor entfallen bereits zwei Drittel des Bruttosozialprodukts.

Auch wenn Wirtschaftsminister Kolodko von einer Verdoppelung des BSP innerhalb der nächsten sieben bis acht Jahre ausgeht, wären damit die Maastricht-Kriterien noch lange nicht erreicht. 1994 betrug das Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in Polen 4.500 Dollar gegenüber 10.900 Dollar in Griechenland und 12.300 Dollar in Portugal.

Die Arbeitslosenrate beträgt 14 Prozent, wobei die katastrophale Situation in der Landwirtschaft, wo 1,5 Millionen Menschen ohne Arbeit sind, sich auf die gesamte Beschäftigungslage krisenverschärfend auswirken dürfte. Die soziale Polarisierung ist enorm. In der »Republik der Gauner« (Adam Michnik) ist die Lohnarbeit praktisch marginalisiert. Das Durchschnittseinkommen beträgt umgerechnet ungefähr 450 Mark. Nach Angaben des Instituts für Arbeits- und

Sozialfragen müssen 40 bis 50 Prozent mit weniger als dem sozialen Mindesteinkommen von etwa 150 Mark haushalten. Mehr als 10 Prozent der Bevölkerung haben weniger als 70 Mark monatlich zur Verfügung.

Der Historiker Jerzy Jedlicki charakterisiert Polens postkommunistische Situation mit den Worten: »Es entsteht also eine neue Staats- und Wirtschaftsordung, von der sich die Hälfte der polnischen Gesellschaft ausgestoßen fühlt. Dieses Haus ist nicht ihr Haus, keine dieser Regierungen ist ihre Regierung. Schon kann man sehen, daß diese Linke nicht ihre Linke ist, und es ist schwer zu sagen, in welche Richtung sich ihre Hoffnungslosigkeit beim nächsten Mal neigt.«

Werner Pirker schrieb in KON-KRET 8/96 über Jelzins Wahlsieg

Konkret 09/96, S. 36

Holger Becker

In diesem Sinne
Poststalinisten raus!

Wer ist der Rohling, der in den letzten zwölf Monaten dreimal meinen Briefkasten aufbrach? Jedes Mal mußte ich fünf Tage Urlaub nehmen, um nach dem Hausmeister zu fahnden, der sich irgendwo in einem der anderen Arbeiterschließfächer von Hohenschönhausen (das liegt am östlichen Rand von Berlin und fast schon in Polen) versteckt hält wie ein RAF-Mitglied. Der Hausmeister nennt den Kastenknacker »das Schwein«. Bei mir heißt er »der Poststalinist«. Denn zweimal lag in dem zerbeulten Geviert aus Blech ein leeres Kuvert, von Freundeshand beschriftet mit meiner Adresse. Diesem Lumpen und Kastenmörder reicht es nicht aus, meine Briefe, Karten und – unter hämischem Grinsen – Kontoauszüge zu lesen, nein, er muß mir auch zeigen, daß er es tut: Für Dich, mein Freund, so seine Botschaft, gilt das Postgeheimnis nur, wenn ich es will. Das ist, jawoll, wie bei der Stasi. Nur hat die sich manchmal die Mühe gegeben, einen Doofen zu finden, der ihr einen Seifenabdruck für den Nachschlüssel machte.

Ein Poststalinist ist für mich auch Wolfgang Bötsch. Dieser Minister hat genehmigt, daß die Post jetzt das Porto für die Briefe, Karten und Päckchen erhöht. Hat dieser Bonner Ultra mit Ulbrichtscher Glatze den leisesten Schimmer, wie sehr er meine Freiheit beschneidet? Weiß dieser Apparatschik vom Rhein, wieviele KONKRET-Artikel unsereins nun pinseln muß, damit er sich ab und zu das Schreiben einer Ansichtskarte leisten kann? Ist diesem Glasfaser- und ISDN-Stalin überhaupt klar, was er mir aufpackt, nachdem er schon seinen Telekom-Berijas freie Hand gab, mich per rasendem Telefon-Zeittakt zum Steno-Sprechen zu zwingen?

Am liebsten würde ich diese Poststalinisten dem nächstbesten Ajatollah ausliefern, auf daß er sie richtet nach dem Koran oder – auch das nicht schlecht – den Kormoranen vorwirft. Wenn das aber nicht geht, sollen sie sich freiwillig vom Acker machen. Unerträglich muß den Poststalinisten der Aufenthalt werden, so wie das auch André Brie im »Stern« und der »Süddeutschen« fordert. Im Namen der Opfer: Bitte gebt ihm das Bundesverdienstkreuz dafür.

Konkret 09/96, S. 36

Jürgen Elsässer

In diesem Sinne Weltverschwörung

Preisfrage: Für die einen ist es ein »wuchernder Tumor«, der »wahrscheinlich entfernt werden muß«, für die anderen »eine Krake, die sich der Gesellschaft zu bemächtigen« versucht. Besonders Weitsichtige befürchten sogar eine »Weltherrschaft, die auf totalitären Grundprinzipien basiert«. Was ist das? Das internationale Finanzjudentum? Der Bolschewismus? Die Drogenmafia? Alles schon gehabt. Die neueste Version der unfaßbaren Bedrohung des deutschen Vaterlandes heißt Scientology. Gut nur, daß Springerpresse, CDU und der Verfassungsschutz des SPD-regierten Nordrhein-Westfalen wachsam bleiben, wie die eingangs aufgeführten Zitate belegen. Natürlich findet die Kampagne an der Basis eifrige Beihelfer: Angst vor einer »Psychosekte« und ihrer »Gehirnwäsche« geht um – und das ausgerechnet bei Leuten, die sich pausenlos gegenseitig psychotisieren und zu Zeitgeist-Zombies abrichten.

In Wirklichkeit ist die Scientology ein expandierendes Wirtschaftsimperium, das – vergleichbar der Mafia – von der etablierten Bourgeoisie als Konkurrenz gefürchtet wird. »Macht mehr Geld und helft anderen, mehr Geld zu machen«, war die Devise von Scientology-Gründer Hubbard. Der Dianetics-Schnickschnack sorgt dafür, daß die Leute neben dem Mammon keinem anderen Gott huldigen. Die stinkteuren »Auditing«-Kurse etwa zielen auf die Unterdrückung des »reaktiven Verstandes« (Hubbard) samt seiner Wünsche und Ängste – ohne diese Flausen kann sich dann der »analytische Verstand« voll der Akkumulation widmen. Dies ist der Triumph der instrumentellen Vernunft über das Unbewußte, und selbstverständlich gehen so konditionierte Individuen potentiell über Leichen. Nur: Daß die Warengesellschaft die Menschen bis ins Innerste deformiert, haben schon Adorno und Horkheimer beschrieben. Scientology verdichtet diese Dressur auf wenige Monate und macht daraus ein Geschäft – mehr nicht. Sie liefert die psychische Innenausstattung für den Spätkapitalismus wie der Calvinismus für den Frühkapitalismus.

Für Mitmacher mag das stressig sein, Außenstehende können es relaxed betrachten. So etwa die Scientology-Kampagne »Stoppt den Haß in Deutschland – Laßt nicht zu, daß sich die Geschichte wiederholt!«, eine schräge Version hiesiger Antifa-Aufrufe, wenn auch mit weit größerer Verbreitung (die Anzeige wurde in der »New York Times« gedruckt). Beklagt wurden zwar vor allem der Zensur- und Verbotsdruck gegen Scientologen, aber auch die Maßnahmen »gegen ethnische und religiöse Minderheiten« generell, die »in erschreckender Weise denen vor mehr als fünfzig Jahren, als Hitlers Nazi-Partei an die Macht kam«, ähnelten. Als Gegengift empfahl der US-Außenminister, den Scientology-Jägern von der Jungen Union durch den Besuch von »Mission:Impossible« eins auzuwischen. Das ist Antifaschismus auf Yankee-Art – aber wenn’s die Deutschen ärgert, warum nicht?

Konkret 09/96, S. 36

Oliver Tolmein

In diesem Sinne Gute Gründe

Es klingt banal: Eine körperbehinderte Schülerin, die dem Unterricht gut folgen kann, darf nicht einfach gegen ihren Willen von einer Regelschule in eine Sonderschule versetzt werden. In Deutschland muß das allerdings im Rahmen eines Eilverfahrens durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts durchgesetzt werden. Und es ist keineswegs ausgemacht, daß am Ende des Rechtsstreites zwischen den Eltern und der niedersächsischen Schulbehörde, der jetzt in der Hauptsache vom Verwaltungsgericht entschieden werden muß, der Schülerin tatsächlich ein Anspruch darauf eingeräumt wird, in der Gesamtschule zu bleiben. Denn die Richter des Bundesverfassungsgerichts, die Hüter der Grundrechte, haben gerade in einem Urteilsspruch der zwangsweisen Sonderbeschulung nicht etwa eine grundsätzliche Absage erteilt. Aus dem neugefaßten Artikel 3 des Grundgesetzes, der eine Benachteiligung von Menschen wegen ihrer Behinderung verbietet, leiten sie lediglich ab, daß an eine derart diskriminierende Maßnahme »erhöhte Begründungsanforderungen« zu stellen sind. Und auch das nur, wenn das zugrundeliegende Schulgesetz eine integrative Beschulung vorsieht, wie das in Niedersachsen der Fall ist.

Gerhard Schröders Landesregierung arbeitet engagiert nun daran, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß es den Richtern künftig nicht allzu schwer gemacht werden wird, Gründe für die Fortschreibung der Ausgrenzung zu finden, die auch diesen erhöhten Anforderungen genügen. Mit einem Moratorium sind im letzten Jahr neue integrative Schulversuche erst einmal gestoppt worden – aus Kostengründen. Aber auch weil die Möglichkeit der Elitenbildung den politischen Diskurs weitaus stärker beherrscht als das Interesse an Chancengleichheit. Und Kostengründe werden stets ein zusätzliches Argument dafür sein, daß anderen Antidiskriminierungsprojekten der Riegel vorgeschoben wird: Abflachung aller Bordsteine? Aufzüge an allen Bahnstationen? Behindertengerechte Arbeitsplätze in der Marktwirtschaft? Tariflohn und Arbeitnehmervertretungen in Werkstätten für Behinderte? Erweiterung der Möglichkeiten, sich selbstbestimmt qualifizierte Pflege zu organisieren? Von wegen. Denn nur in einem Bereich werden die Behinderten in den nächsten Jahren garantiert nicht ausgegrenzt werden: Wenn es um den Abbau von Rechten und Leistungen geht, rücken sie ins Zentrum des Interesses. Gute Gründe werden sich schon finden.

Konkret 09/96, S. 38

Max Horkheimer

»Der dialektische Herr H.«

»Es gibt Epochen, in denen es darauf ankommt, die Änderung womöglich zu verhindern, und nicht Geschichte zu machen.« In diesem Satz gipfelt ein Brief Max Horkheimers an Theodor W. Adorno vom September 1958, in dem Horkheimer die Entlassung eines wissenschaftlichen Assistenten aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung fordert. Der Name des Assistenten: Jürgen Habermas. Horkheimers Vorwurf: Habermas propagiere die Revolution. Horkheimers Plädoyer: Verteidigung der Reste bürgerlicher Zivilisation. KONKRET veröffentlicht diesen Text, der auch für das Verständnis des Zerwürfnisses der 68er Bewegung mit den Begründern der Kritischen Theorie von einiger Bedeutung ist, erstmals und vollständig. Er wird im Herbst dieses Jahres im Band 18 der Gesammelten Schriften Horkheimers erscheinen. Gunzelin Schmid Noerr, Mitherausgeber dieser Ausgabe, hat den Brief für KONKRET kommentiert

Montagnola, 27. September 1958

Teddie,

Briefe, so weit sie im geringsten über technische Einzelheiten hinausgehen, sind zwischen uns dürftige Hilfsmittel, aber ich habe schon ein paar mal angekündigt, zu der Arbeit von Habermas in der Philosophischen Rundschau1 schreiben zu wollen, und es soll nun trotz Gicht und Blödheit geschehen. Die Schrift liefert ein so treffliches Argument für die zwischen uns besprochenen Änderungen im Institut, daß es schade wäre, es nicht so bald wie möglich auszusprechen. Als wir zuletzt, vor Ihrer Abreise nach Linz, telefonierten, hatte ich die Schrift nur durchblättert, jetzt habe ich sie gelesen und fühle mich in meinem Urteil bestärkt. Ein begabter, unablässig auf geistige Überlegenheit sich verweisender2 Mensch findet den Weg zum Institut und zeigt, daß man geraume Zeit – wahrscheinlich doch schon mehr als ein Jahr? – bei uns sein kann, ohne im geringsten seine Erfahrung über die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erweitern, ja ohne mit Verstand über die Gegenwart nachzudenken, ohne andere Anstrengung als die, für welche Lektüre und Scharfsinn und zur Not das Philosophische Seminar vollauf genügten. H. nimmt sich zum Vorbild, was er im Augenblick für das Avancierteste hält, vor allem die Marx'schen Jugendschriften und vermutlich ein verzerrtes Bild von Teddie und unseren gemeinsamen Gedanken, und stachelt sich zu ungeheurem Scharfsinn an.3 Das Dokument, das er in diesem Fall zustande brachte, ist eine fleißige, intelligente, sorgfältig disponierte und freilich eitle4 Arbeit, die an immer wiederholten, zu Clichées erstarrten Normen die philosophischen Schriften mißt, die in den letzten Jahren über Marx erschienen sind. Die Normen, aus dem »jungen Marx« herausgelesen, den er dem älteren, von Engels seiner Ansicht nach verdorbenen entgegensetzt, müssen sehr mager ausfallen, einmal weil der Vormärz die Zeit der Parolen und Programme war, und im besonderen weil Marx erst in den Londoner Jahren seinem Werk Substanz verlieh5, des weiteren weil der dialektische Herr H. unter der Behauptung, immanente Kritik zu betreiben, im Entscheidenden zu den vormärzlichen Normen selber sich bekennt und daher ungefähr von allem absehen muß, was die damaligen Schriften mit der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts verbindet, das heißt von allem, was ihr eigentliches Leben ausmacht. Das stets wiederholte Bekenntnis zur Revolution6 – mir scheint, das Wort steht hundertmal in dem Artikel – als eingeborenen Sinnes der Philosophie klingt bei H. historisch ahnungslos, wie oft auch der Zusatz »streng« oder »stringent« bei H. vorkommt. Philosophie, über die man inhaltlich vor allem erfährt, daß »Revolutionstheorie« die »Kategorienlehre«7 der Ideologiekritik oder der Kritik schlechthin ausmache, soll sich – das nennt er die »Schlüsselthese«8 – in kritisch-praktischer Tätigkeit aufheben, um sich zu verwirklichen, sie sei nicht kontemplativ, sondern »›praktisch‹ an der Aufhebung der bestehenden Lage interessiert«9. So weit die Philosophie. Die Soziologie aber darf gegebenenfalls die »Qualifikation des Proletariats zum Träger der Revolution« nachweisen, denn »wie anders sollte es geschehen«.10 Neigen die Arbeiter jedoch ganz ungehörig zum älteren als zum jüngeren Marx oder gar zu Engels – von anderen Denkweisen der Arbeiter ist schon gar nicht die Rede – , so sei es wünschenswert, die »Problematik des proletarischen Klassenbewußtseins« »soziologisch also konsequent und konkret«11 darzutun.

Was H.s merkwürdige immanente Kritik, deren Immanenz nicht etwa den rezensierten Autoren, sondern ausschließlich Marx zugute kommen soll, und die selbst der polnischen Opposition vorwirft, daß sie die »Parteimäßigkeit seiner materialistischen Philosophie, welcher Version immer«12, vermissen läßt, vornehmlich an ihm auszusetzen findet, besteht darin, daß er »bei seinen wissenschaftlichen Prognosen (von den philosophischen, die zugleich praktisch-politische sind, ist hier nicht die Rede) die Folgen ihres Ausgesprochenwerdens nicht hinlänglich bedacht, daß er die Selbstimplikationen seiner Lehre nicht zureichend berechnet«13 habe. Mit anderen Worten, Marx hat das Geheimnis ausgeplaudert, daß der Kapitalismus an seinen Krisen zugrundegeht, und deshalb haben die abgefeimten Kapitalisten sie auf lange Zeitstrecken hin, ähnlich wie den Pauperismus als Massenphänomen, abgeschafft. Jetzt lebt der Kapitalismus immer noch, wenn auch »der Klassenunterschied nicht ganz dahinfällt«.14 Was die Proletarier angeht, so hätte Marx bedenken sollen, daß die Arbeit die Menschen zum mechanistischen, deterministischen Denken, will sagen zum Denken nach Ursache und Wirkung erzieht. Dieser einfache Umstand, der, wie gesagt, die Arbeiter dem Engels anstatt dem vormärzlichen Marx in die Arme treibt, wird an psychologischen Betrachtungen von Sartre dargelegt, die H., da sie sich auf »proletarisches Klassenbewußtsein in seiner Funktion und seiner Dialektik«11 beziehen und an Hegels Phänomenologie anschließen, im

Gegensatz zu Marxens falschen Prognosen wahrscheinlich für »praktisch-politisch« hält.15 Der Autor zieht das Fazit: »Eine materialistische Kritik muß an allen historischen Verhältnissen ihre Kräfte aufs neue in konkreten Analysen beweisen.«16 Von solchen wird zwar, vom Zitat aus Marcuse17 abgesehen, im Artikel nichts berichtet, aber die Überzeugung, was ihr Resultat sein wird, ist stark. Anschließend an seinen früheren Aufsatz18 meint H., die »falsche« Überflußwirtschaft heute werde »das Selbstbewußtsein der Gattung« eher »zur Reflexion irrationaler Herrschaft«19, also wohl eher zur proletarischen Revolutionführen20, als die Elendswirtschaft vor hundert Jahren. H. meint wirklich, heute sei es möglich, »die Masse der Bevölkerung dazu zu bewegen, das, was ist, an dem, was möglich ist, zu messen«19. Was für ein Kenner der Gegenwart, welch imponierende Zuversicht. Marx hat die Soziologie nicht befragt und nicht realisiert, »daß eine Entscheidung glaubhaft nur auf Grund empirischer Nachweise möglich wäre«.19 Keine falschen Prognosen mehr! Nun, da braucht man nicht lang zu warten. In Frankreich, wo es gewiß mehr »Pauperismus inmitten des Wohlstandes«19 gibt als etwa in Deutschland, schickt in diesen Tagen die Masse sich an, durch die Wahl de Gaulles einen, freilich unwissenschaftlichen und daher von H. a priori als ungenügend betrachteten, empirischen Nachweis zu liefern, der die immanente Kritik H.s an Marx durch die praktisch-politische an H. ergänzt. Die Wahl in Frankreich gehört offenbar zu den »theoretischen«, nicht den »praktischen« Notwendigkeiten, denn jene kann man ›naturwissenschaftlich treu‹ kalkulieren, diese dagegen sind solche, »die sich mit Willen und Bewußtsein der Menschen, nicht ›objektiv‹ durchsetzen«21. Bei der praktischen Notwendigkeit kommt also als inkalkulabler Faktor das alte liberum arbitrium indifferentiae, der freie Wille der idealistischen Philosophen hinzu, nur daß bei H. die Freiheit einzig in der Revolution sich zeigt. Wie viel tiefer ist doch das Verhältnis von Theorie und Praxis in der kantischen Kritik.

H. tut der Philosophie so viel Gewalt an wie der Soziologie. Marx wird bei ihm zum Popanz, weil er kein »geisteswissenschaftliches Problem unter anderen«22 sein soll, weil es mit ihm eine viel vornehmere Bewandtnis haben soll als mit Montaigne, Spinoza, Voltaire und Kant, dem H. im Vorbeigehen noch eine unverschämte Rüge erteilt.23 Marx soll nicht wie jene zum »Klassiker«22 herabsinken, deshalb werden die Normen, die H. von ihm aufnimmt, zum Evangelium »im Zusammenspiel mit empirischen Forschungen«24. Als ob Philosophie sich »stets vorgegaukelt« hätte, sie könne sich »selber verwirklichen«25, als ob Leibniz und]Wolfgang Cramer dasselbe wären. Hat doch schon der brave Christian Thomasius durch Leben und Lehre bezeugt, daß ohne die »Praxis ... alles Spekulieren ein entseelter Körper ist«26. Wer so schreibt wie H., trägt bei aller Gescheitheit Scheuklappen, es gebricht ihm an bon sens und an geistigem Takt. Er lehrt, was zu bekämpfen er vorgibt, reine Philosophie, einschließlich einer Wissenschaftslehre, in der die Soziologie ihre Aufgaben aus der Situation von 1843 gestellt bekommt. Mit der Klausel von der »Selbstaufhebung der Philosophie und ihrer Verwirklichung durch die Praxis«27 oder dem Hinweis, Philosophie könne »nicht das sein, was sie zu sein beansprucht: Befreiung der Menschen«28, springt man doch nicht aus der Philosophie heraus.29 Solche Vorbehalte sind vielmehr inhärente Bestandteile der H.schen Weltanschauung, ähnlich wie die Floskel »nur im Zusammenspiel mit empirischen Forschungen«24. Den rezensierten Autoren wirft er vor, durch »das genuine philosophische Verständnis ... den Marxismus auf eigentümliche Weise zu verengen und genau das an ihm zu unterschlagen, was mehr ist als ›reine‹ Philosophie«.30 Aber wie steht es mit seiner nicht reinen, »praktisch-politischen« Philosophie? Sie lebt, wie er sagt, »von der Ungewißheit, die sich aus der ungelösten Spannung zwischen Theorie und Praxis stets erneuert und nur durch die Aufhebung der Philosophie als Philosophie verschwinden kann«.31 Entweder ist es ihm mit dieser Ungewißheit nicht ernst, weil er eigentlich schon weiß, wie die Spannung behoben wird, nämlich eben durch das, was mehr ist als reine Philosophie, das »Selbstbewußtsein der Gattung«, das »Praktisch-Politische«; kurz die Revolution, von der nur noch die beiherspielenden Umstände zu klären sind. Oder es ist wirklich das Entscheidende ungewiß. Dann jedoch bleibt die Bestimmung dessen, worauf es ankommt, tatsächlich »konkreten Analysen« vorbehalten und seine Philosophie, des »konkreten« Inhalts beraubt, ist noch viel reiner, formalistischer als irgend eine der von ihm verächtlich behandelten Philosophien.

Das ganze Reden von der »Aufhebung der Philosophie« ist ohnehin übersteigerter Idealismus.32 Ja, wenn die absolute Utopie zur Wahrheit geworden, wenn nichts mehr draußen ist, dann hört auch die Spekulation auf, denn, wie Herr Heidegger zu sagen pflegte, Gott und die Seligen philosophieren nicht.33 Dem Materialisten H., der von der Erwartung des Vormärz nicht lassen will, steht es jedoch schlecht an, die Theorie als »falsch«28 zu erklären, die den Gedanken festhält, dem die Praxis nicht zur Wirklichkeit verhilft, den Gedanken, der alleinbleibt, für nichtig zu achten. Daß die Reflexion auf das entêtement seiner »Revolutionslehre« nicht eintritt, daß er nicht erkennt, wie verlassen heute das alles ist, zeigt, mehr noch als der Mangel an gesellschaftlichem Verständnis, die Eitelkeit34 seines Denkens, die Unfähigkeit zur Versöhnung mit sich selbst. Sein weltanschaulicher Materialismus ähnelt nur zu sehr »dem geschichtsphilosophischen Schema einer verballhornten Dialektik von Produktionskräften und Produktionsverhältnissen«35, das er als russische Staatsideologie kritisiert. Nur ist es bei ihm eine verballhornte Dialektik von Theorie und Praxis, von Philosophie und Realität. Was da großartig »die korrekte Einschätzung der marxistischen Kritik« genannt wird, läuft auf nichts anderes als auf simple Zweckforschung hinaus. Die Kritik müsse »in der Fragestellung zwar aller einzelwissenschaftlichen Untersuchung vorausgehend, sich die Bedingungen der Möglichkeit dessen, worauf sie abzielt, von empirischen Analysen geben und beweisen lassen«36. Eben das tut der Chemiker, nur verführt er kein so eitles Gerede dabei. Wahre immanente Kritik hätte die Marx’schen Gedanken selbst anzurühren, etwa die angesichts der vormärzlichen Verhältnisse gerade noch verständliche

Ineinssetzung von Gesellschaft und einigen europäischen Völkern; den Begriff eines nachbürgerlichen Massenaufstandes in eben diesen, den fortgeschrittensten Ländern, der ein für allemal jene Befreiung bringen soll, welche die Philosophie angeblich »zu sein beansprucht«28 habe; ferner die überspannt idealistische Idee der Freiheit selbst, die in diesem Materialismus die Hauptrolle spielt; und nicht zuletzt die Vorstellung, daß die Philosophie sich erübrigt habe, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen geordnet sind. Es gibt so etwas wie Natur, und das dem »jungen Marx« zugeschriebene Prinzip, jeder Gegenstand müsse »kritisch im Rahmen der Revolutionstheorie des Historischen Materialismus ... begegnen können, Natur nicht ausgenommen«37, ist entweder nichtssagend oder einfach die andere Seite des überspannten Freiheitsbegriffs, der die Natur schließlich doch als bloßes Herrschaftsobjekt, als Element des Stoffwechsels oder, wie es bei H. von der produktiven, er sagt natürlich »konkreten«, Arbeit heißt, »des Austauschs der Men-schen mit der Natur«38 aus der Versöhnung ausschließt. Nach H. soll nur die Herrschaft unter Menschen und nicht die Raubrassengewalt über alle Kreatur, die in den Individuen sich reproduziert, als »Unwahrheit«39 gelten. All diese Vorstellungen, als diese Begriffe, mit ihren inneren Widersprüchen, hätte eine immanente Kritik zu entfalten und zu treffen. Herbert Marcuse, der »streng« – ohne Strenge gehts bei H. nur selten40 – »in der Absicht einer materialistischen Philosophie« diskutiert und die »einzelnen Lehrstücke des Marxismus vorbehaltlos (!) der fälligen Revision unterzieht«41, hat]in der Tat einiges davon geleistet.

Daß H. eine Philosophie verkündet, die er einmal als »Vorwort«42, einmal mit Merleau-Ponty als »kritischen Prolog«43 zum »Experiment«43 der Revolution bezeichnet, mehr als hundert Jahre nachdem Marx eben dieses »kontingente«43 Ereignis in Deutschland als das »unmittelbare«44 und unausbleibliche Nachspiel der bürgerlichen Umwälzung erwartet hatte, wie es in keinem bürgerlichen Staat, sondern im zurückgebliebenen Rußland und naturgemäß ganz anders, als er es sich vorstellte, tatsächlich eintreten konnte; daß H., der so viel von Empirie redet, heute zu Schriften sich bekennt, die auf der Ansicht beruhten, die Bourgeoisie sei unfähig, »noch lange die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben«45, und müsse den Pauperismus zum Extrem treiben; daß er die proletarische Revolution in den Industrieländern 1957 für wahrscheinlicher hält als 1847, wohl weil er meint – um wirklich den Marx des Vormärz zu zitieren – , »das gründliche Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne von Grund auf zu revolutionieren«, und es werde »der deutsche Auferstehungstag verkündet werden durch das Schmettern des gallischen Hahns«46; all diese mit Geist gekoppelte Blindheit ließe ich mir von einem Habilitanten gefallen, der irgendwo an einem Seminar aufwächst. Ja, ich hätte meine Freude daran, daß es unter dem philosophischen Nachwuchs hierzulande nicht bloß Heideggerjünger, Existentialisten und Positivisten gibt, sondern im Gegensatz zum Osten, wo der nicht konforme Gedanke ausgerottet wird, immer noch dissentierende Jugend und Eigensinn.47 Aber gegenwärtig ist H. bei uns am Institut für Sozialforschung, und ich hege die ungewöhnliche Erwartung, daß die Assistenten dort ein Minimum an Verantwortung aufbringen, selbst wenn sie in Zeitschriften sich vernehmen lassen, auf die wir keinen Einfluß haben.

Worum es H. geht, ist die Marx'sche Theorie und Praxis. Selbst in den Jahren während der Nationalsozialismus heraufzog, während des Dritten Reichs, wußten wir um die Vergeblichkeit des Gedankens an Rettung durch Revolution. Sie heute hier als aktuell zu verkünden, ohne Reflexion auf die Konsequenzen des »Ausgesprochenwerdens«, deren Fehlen H. bei Marx kritisiert, kann nur den Geschäften der Herren im Osten Vorschub leisten, denen er doch den Kampf ansagt und denen sie in Wirklichkeit ausgeliefert wäre, oder den potentiellen Faschisten im Innern in die Hand spielen. Der »Sozialismus in einem Land« und der Nationalsozialismus, die beiden entscheidenden historischen Phänomene der ersten Hälfte des Jahrhunderts, weisen ohnehin eine tiefe Verwandtschaft auf. Aus ihnen und den nationalen Erhebungen Herrn Nassers48, El Kassems49 und wie sie alle heißen, könnte die »Kategorienlehre«, nach der die heutige Situation zu buchstabieren ist, weit eher abgelesen werden als aus der Erwartung jener Jugendschriften. Revolutionstheorie, vernünftig aufgefaßt, bezieht sich heute auf die zurückgebliebenen Länder, die mittels einer Art von nationalem Sozialismus oder Staatskapitalismus die Industrialisierung beschleunigen wollen, die mit liberalistischen Wirtschaftsmethoden so rasch nicht nachzuholen ist. Die Welt ist voll von Revolution, und mittels ihrer breitet der Schrecken sich aus.50

In dem Aufsatz wimmelt es von Mahnungen zur Empirie, zur praktisch-politischen Aktivität der Philosophie, zum Bewußtsein, daß sie »mit der Reflexion der Lage anhebt, in der sie sich vorfindet«51, aber in Wahrheit schert sich H. den Teufel darum, wie sein zentraler Begriff von der Geschichte affiziert wird, und ob er nicht längst ins Gegenteil umgeschlagen ist50. Revolution bildet bei ihm eine Art affirmativer Idee, ein verendlichtes Absolutum, einen Götzen, der Kritik und kritische Theorie, wie wir sie meinen, gründlich verfälscht. Gewiß kann man sagen, »Gesellschaft ist stets schon eine, die anders werden muß«52, aber erstens gilt das von allen Dingen ici bas, und zweitens drohen die erwarteten drastischen Änderungen nicht so sehr H.s Vorstellung vom Ende der Geschichte zu Ehren zu bringen als vielmehr die antike Lehre vom Kreislauf der Herrschaftsformen. Die letzten konstitutionellen Vermittlungen würden verschwinden und die autoritäre Herrschaft noch rascher eintreten, als sie ohnehin am Horizont steht.53 Aus übermächtigen technologischen, ökonomischen, psychologischen Gründen bedeutet in der Gegenwart Revolution den Übergang zum Terror, welcher Schattierung54 auch immer. Um das aufzufassen, bedarf es keiner umständlichen »konkreten Analyse«. Wer jenen terminus, die Revolution, dazu noch in der Pose des »praktisch-politischen« Philosophen, zum Kern seiner Theorie macht, preist, wenn auch ohne Absicht, die Diktatur. Es gibt Epochen, in denen es darauf ankommt, die Änderung womöglich zu

verhindern, und nicht Geschichte zu machen. Ob Europa zu solchem Widerstand noch Kraft besitzt, ist überaus zweifelhaft, umso mehr, als von hier die unwiderstehliche Entwicklung ihren Ausgang nahm. Wenn H. von dieser Kraft einen bescheidenen Teil bilden will, muß er lernen, eigene Erfahrungen zu machen und zu formulieren, anstatt fremde Formulierungen einzuüben.

Was es heute zu verteidigen gilt, scheint mir ganz und gar nicht die Aufhebung der Philosophie in Revolution, sondern der Rest der bürgerlichen Civilisation zu sein55, in der der Gedanke individueller Freiheit und der richtigen Gesellschaft noch eine Stätte hat, und eher noch als H.s freischwebende Dialektik das Naturrecht im Sinn der letzten Jahrhunderte. Wir können einigen Menschen Kräfte mitzuteilen versuchen, die sich hier einmal entfaltet haben, so daß es in den drohenden Katastrophen nicht ganz dunkel wird. Jetzt, da das kontinentale Europa mit seiner stets unterbrochenen, stets wieder verleugneten civilen Gesellschaft unmittelbar und in doppeltem Sinn totalitärer Herrschaft sich gegenüber sieht, behält jener Hegel recht, der im Anschluß an die Alten das Leben unter guten Gesetzen noch als die höchste Mitgift angesehen hat, die einem zuteil werden kann.56 So weit solche Gesetze da sind, gilt es sie zu erhalten; sie sind gefährdet. Den allgemeinen Reichtum so anzuwenden und auszubreiten, daß niemand mehr hungern muß, Sicherheit und Freiheit des Einzelnen zu schützen, den unendlichen Druck zu mildern, der auf allen lastet, dem Elend hinter Mauern Hilfe zu bringen, dazu können wir vielleicht ein Weniges, kaum Spürbares tun, indem wir die Menschen gegen das Vorhandensein, das Hereinbrechen, die Wiederkunft der Barbarei drinnen und draußen empfindsam machen. Das ist die »Praxis« dessen, was Sie schreiben und was wir lehren. Das Unendliche, das dem endlichen Gedanken, der sich als solcher weiß, notwendig einwohnt, kann nicht zu irgendeinem Zeitpunkt zum Bestehenden, zur »Gesellschaft« gemacht werden. Bei aller Kritik des Endlichen will ich es dann lieber mit Kant halten und an die unendliche Aufgabe glauben.

Menschen wie H., wenn sie gar in unserer nächsten Nähe sind, müssen unsere Anstrengung durch Verzerrung vereiteln. Nicht so sehr, daß er wahrscheinlich Zeit, Geld und Personal des Instituts für uns fremde Ziele einsetzt, sondern daß er die Gesinnung und die gesellschaftliche Einsicht unserer Studenten durch Begriffsfetische kaputt macht57, ist unerträglich, um so mehr als Sprache und manche der von ihm behandelten Gegenstände, nicht zuletzt seine unermüdliche Aktivität, die Jüngeren anziehen. In ausgezeichneten Momenten besteht die Gefahr, daß er im Institut den Ton angibt.58 Dabei denke ich weniger an die Atomkampagne, bei der H. als studentischer Propagandist auftrat59, als etwa an die Reaktion der Mitarbeiter auf unsere Einladung der Wirtschaftsleute im letzten Jahr.60 Der Vorwurf einiger Studenten, wir hätten der Industrie zu große Konzessionen gemacht, die Forderung nach Klassenkampf im Wasserglas, während wir unsern künftigen Graduates zu einer anständigen Laufbahn verhelfen wollten, war ein Warnungszeichen, wie eng und simplistisch manche unter ihnen schon geworden sind. Wenn sich ein esprit de corps bilden sollte, der im Sinn des H.schen Artikels ausgerichtet ist, erziehen wir keine freien Geister, keine Menschen, die zu eigenem Urteil fähig sind, sondern Anhänger, die auf Schriften schwören, heute auf die, morgen vielleicht auf jene. H.s Reden von »den Einzelnen«61, das er uns absieht, und für das der junge wie der alte Marx, von Engels schon nicht zu reden, wahrscheinlich nur ein hämisches Wort gefunden hätten, ist bei H. bloß eine faon de parler. Das Proletariat, die »Masse der Bevölkerung« sind für diese affirmative Philosophie maßgebend. Ihre Struktur bleibt von der Erfahrung der begrifflichen – ich sage der begrifflichen, nicht bloß der faktischen – Identität von Massenbewegung, Manipulation und Ressentiment ganz unberührt, ihr unansprechbares Zentrum ist gewaltsame Veränderung.

Das heißt Fanatismus. Bei aller Kritik an Verhältnissen, die Leiden bedingen, zu deren Heilung die Gesellschaft die Mittel besäße, bei allem doppelbödigen Verständnis für André Gides »tout cela sera balayé«62, haben wir die Praxis des Beseitigens, des Liquidierens, der Repression gehaßt, ob sie von Cromwell, Robespierre, Stalin oder Hitler geübt wurde. Noch entsinne ich mich meines Schreckens während der Studentenzeit im Jahre 1919, als Lenin in einem Aufruf verkündete, die Arbeiter sollten sich Schwankenden gegenüber schonungslos zeigen, »Erschießung« sei das verdiente Schicksal »des Feiglings vor dem Feind«. Die Bluttat im Palast von Bagdad neulich63, mit der die Welt schon so rasch sich abfand wie sonst nur mit der Liquidation der Millionen von Nichtprominenten auf allen Seiten, rief die scheußliche Ermordung der Zarenfamilie mit den Kindern in Erinnerung, die der Auftakt zum endlosen Terror war. Bei unserem Institutsassistenten aber leitet gar »der Blick auf die Beseitigung stets schon die Wahrnehmung dessen, was beseitigt werden soll«64. Die »Entfremdung«, bei deren Erörterung der natürlich rein logisch gemeinte Satz ihm entschlüpft ist, sollte zwischen ihm und uns nicht beseitigt werden, sondern sehr rasch eintreten, sonst wird das Institut zum Affen dessen, wozu wir es machen wollten. H. ist ein besonders regsamer, tätiger Mensch, und manches mag er von uns, besonders von Ihnen gelernt haben, freilich kaum etwas, das mit der Erfahrung gesellschaftlicher Dinge zu tun hat. Auch das Philosophische, das er übernimmt, klingt nur ähnlich. Man vergleiche die Marx'sche »Schlüsselthese«, die er zugrunde legt, mit dem von ihm zitierten besonnenen, zurückhaltenden Conditionalsatz aus der Metakritik.65 Da ist der Unterschied im Ton wirklich der ums Ganze. Was mich betrifft, so habe ich, aus der Ihnen bekannten, schwer überwindlichen Abneigung, ihn nur selten und, wenn ich nicht irre, überhaupt nie allein gesprochen.66 Die Publikation hilft nicht zur Milderung meines Gefühls. Wahrscheinlich hat er als Schriftsteller eine gute, ja glänzende Karriere vor sich, dem Institut würde er großen Schaden bringen. Lassen Sie uns zur Aufhebung der bestehenden Lage schreiten und ihn in Güte dazu bewegen, seine Philosophie irgendwo anders aufzuheben und zu verwirklichen.

Verzeihen Sie den langen Brief mit den vielen Zitaten und Wiederholungen, er müßte sehr gekürzt werden. Aber ich bin immer noch sehr müde. Grüßen Sie Gretel und seien Sie mir gut, auch wenn ich den H. nicht mag. Auf baldiges Wiedersehen.

Alles Liebe von Ihrem

Max

Maidon sendet gute Wünsche und sehr herzliche Grüße.

P.S. Als der Brief geschrieben war, wollte ich ihn erst nach meiner Ankunft in Frankfurt, als Grundlage unserer Besprechung, Ihnen geben. Nach Lektüre des ersten Teils der Studentenstudie67 scheint es mir jedoch besser, daß Sie, wenn ich eintreffe, alles schon überlegt haben. Ich kenne bis jetzt nur die Einleitung. In ihr werden dem Sinne nach ganz ähnliche Thesen vorgetragen wie im Artikel aus der Philosophischen Rundschau. Das Wort Revolution ist, vermutlich unter Ihrem Einfluß, durch »Entwicklung der formellen zur materialen, der liberalen zur sozialen Demokratie«68 ersetzt; aber das »Potential«, das dabei politisch wirksam werden soll, dürfte, für die Phantasie des durchschnittlichen Lesers, wohl kaum durch demokratische Methoden sich aktualisieren lassen. Wie soll denn das Volk, das »in den Fesseln einer ... bürgerlichen Gesellschaft in liberal-rechtsstaatlicher Verfassung gehalten wird«, in die sogenannte politische Gesellschaft übergehen, für die es nach H. »längst reif«68 ist, wenn nicht durch Gewalt. Solche Bekenntnisse im Forschungsbericht eines Instituts, das aus öffentlichen Mitteln dieser fesselnden Gesellschaft lebt, sind unmöglich. Wenn dann nach 70 Schreibmaschinenseiten umfassender kategorischer Urteile die Ankündigung folgt, daß sich »genauere Feststellungen ... erst aus der eigentlichen Untersuchung« ergeben könnten, die sich auf »intensive Interviews aus 171 repräsentativ ausgewählten Studenten der Johann Wolfgang Goethe Universität stützt«69, so ist das tout même lächerlich.

Ich bin mir darüber klar, wie viel Energie Sie aufgewandt haben, wie viel Liebe, damit die Studie trotz allem eine wird, auf die das Institut stolz sein kann, und ich sehe jetzt schon, wenngleich ich erst weniges gelesen habe, daß sie selbst die respektable soziologische Produktion weit hinter sich läßt. Aber wir dürfen durch die wahrlich unbekümmerte Art dieses Assistenten das Institut nicht ruinieren lassen. Was Sozialforschung für ihn bedeutet, hat er im Artikel der Rundschau für alle, die es hören wollen, mit bemerkenswerter Offenheit ausgesprochen, die Sicherung seiner »auf empirische Sicherung bedachten revolutionären Geschichtsphilosophie«70.

Ihr

M.

Anmerkungen:

1)Jürgen Habermas, »Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus«, in: »Philosophische Rundschau«, 5.Jg., 1957, Heft 3/4, S.165ff; wieder veröff. in: Habermas, *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien*, Neuwied, Berlin 1967, S. 261ff. – Die Nachweise beziehen sich auf die Erstveröffentlichung. – Jürgen Habermas (geb. 1929, Philosoph und Soziologe, 1961 Prof. in Heidelberg, 1964-71 und 1983-94 in Frankfurt am Main, 1971-83 Direktor des Max-Planck-Instituts in Starnberg) war 1956-59 Assistent am Institut für Sozialforschung.

2)Hs. Randbemerkung von Adorno: »?«. – Die hier und im folgenden wiedergegebenen Randbemerkungen Adornos sind dem Brief-Typoskript entnommen, das sich im Adorno-Archiv befindet.

3)Hs. Randbemerkung von Adorno: »das ist doch gut«.

4)Hs. Randbemerkung von Adorno: »?«.

5)Hs. Randbemerkung von Adorno: »so einfach denken wir nun auch nicht«.

6)Hs. Randbemerkung von Adorno: »?«.

7)Habermas, l.c., S. 192 und 217.

8)Ebd., S. 183.

9)Ebd., S. 192: »Einerseits ist Kritik >praktisch< an der Aufhebung der bestehenden Lage interessiert, und ihre Bewegung läßt sich allein von diesem Interesse bestimmen: insofern ist die Revolutionstheorie die Kategorienlehre der Kritik. Andererseits erschließt jenes Interesse einen Gesichtspunkt, und nicht einen Bereich, der mit Mitteln transzendentaler Analyse aufgearbeitet werden könnte; insofern muß sich Kritik, was sie wissen will, ohne Ausnahme wissenschaftlich geben lassen.«

10)Ebd., S. 206: »]... nirgends]ist bei Merleau-Ponty die Qualifikation des Proletariats zum Träger der Revolution soziologisch – und wie anders sollte es geschehen – nachgewiesen.«

11)Ebd., S. 232f: »Wo sich aber die Notwendigkeit der naturalistischen Entstellung, die der Historische Materialismus in den Köpfen gerade der Klasse, die ihn verwirklichen soll, annimmt, soziologisch also konsequent und konkret nachweisen läßt, wird die Problematik des proletarischen Klassenbewußtseins, die Problematik seiner Funktion und seiner Dialektik offensichtlich.«

12)Ebd., S. 227: »So sehr sich die Oppositionellen]in Polen dabei auf den Ursprung des Historischen Materialismus berufen können, so sehr geraten sie in ihrer methodologischen Kritik am >Dogmatismus< in die Nähe eines positivistischen Historismus, der mit der Parteimäßigkeit einer materialistischen Philosophie, welcher Version immer, unvereinbar ist.«

13)Ebd., S. 230.

14)Ebd., S. 231.

15)Hs. Randbemerkung von Adorno: »hier bin ich mit Max einig«.

16)Habermas, l.c., S. 233.

17)Ebd., S. 234f.

18)»Dialektik der Rationalisierung«, in: »Merkur«, Heft 78, 1954.

19)Habermas, »Zur philosophischen Diskussion ...«, l.c., S. 233: »Sollte sich nicht das Selbstbewußtsein der Gattung als eine Reaktion gegen die Unwahrheit des Reichtums innerhalb einer ohnehin auf hohes Bewußtsein gespannten Gesellschaft eher herstellen, denn als eine Reaktion gegen die Unwahrheit eines Elends innerhalb einer Klasse, deren körperliche Ausbeutung alle Anstrengungen des Bewußtseins von vornherein zu einer gesellschaftlich zufälligen macht? Sollte der Pauperismus inmitten des Wohlstandes nicht eher als der Pauperismus inmitten des Elends die Bedingungen der Möglichkeit liefern, um die Masse der Bevölkerung dazu zu bewegen, das, was ist, an dem, was möglich ist, zu messen? Sollte nicht eine Dialektik des falschen Überflusses eher zur Reflexion irrationaler Herrschaft führen als eine Dialektik der richtigen Armut? Die Stufe der Verallgemeinerung, auf der diese Frage in der Absicht einer immanenten Kritik gestellt wird, sollte nicht vergessen machen, daß eine Entscheidung glaubhaft nur auf Grund empirischer Nachweise möglich wäre.«

20)Hs. Randbemerkung von Adorno: »meint er wohl *nicht*«.

21)Habermas, l.c., S. 193: »Marx unterscheidet zwischen praktischer und theoretischer Notwendigkeit. Diese charakterisiert die Kategorien gesellschaftlicher Veränderung, die sich über die Köpfe der Menschen hinweg, >objektiv< durchsetzen, mithin >naturwissenschaftlich treu< berechnet und vorausberechnet werden können; jene dagegen die ganz andere Kategorie gesellschaftlicher Veränderungen, die sich mit Willen und Bewußtsein der Menschen, nicht >objektiv< durchsetzen, mithin nur in ihren objektiven Bedingungen der Möglichkeit, nicht aber als solche berechnet und vorausberechnet werden können.«

22)Ebd., S. 167.

23)Ebd., S. 209.

24)Ebd., S. 234.

25)Ebd., S. 192: »Sie]die Philosophie als materialistische Dialektik hat den Schein ihrer Autonomie durchschaut, der ihr stets vorgegaukelt hat, daß sie sich sowohl selber begründen als auch selber verwirklichen könne.«

26)Von M.H. zitiert nach Anni Carlsson: »Christian Thomasius, ein Wortführer der Vernunft«, in: »Neue Züricher Zeitung« vom 23.9.1958, Bl.1. – Christian Thomasius (1655-1728), Jurist und Philosoph, seit 1694 Prof. in Halle, Aufklärer.

27)Habermas, l.c., S. 201.

28)Habermas (ebd., S.184) referiert Ludwig Landgrebes Wiedergabe der Marxschen Hegel-Kritik: »Also nicht nur Hegels Philosophie, sondern Philosophie überhaupt ist falsch: sie befreit prinzipiell die Menschen nur in der Abstraktion und nicht in der Realität. Qua Philosophie kann sie nicht sein, was sie zu sein beansprucht: Befreiung der Menschen.«

29)Hs. Randbemerkung von Adorno: »*sicher nicht*«.

30)Habermas, l.c., S. 177.

31)Ebd., S. 223 Anm.: »Wissenschaft lebt von der Gewißheit ihrer Praktikabilität, Philosophie von der Ungewißheit, die sich aus der ungelösten Spannung zwischen Theorie und Praxis stets erneuert und nur durch die Aufhebung der Philosophie als Philosophie verschwinden kann.«

32)Hs. Randbemerkung von Adorno: »*sehr richtig*«.

33)So allerdings auch schon Platon im *Gastmahl*: »Kein Gott ist Philosoph und begehrt weise zu werden – er ist es ja schon«. (23, 203, übersetzt von Bruno Snell).

34)Hs. Randbemerkung von Adorno: »das ist eine repressive Kategorie«.

35)Habermas, l.c., S. 170.

36)Ebd., S. 195.

37)Ebd., S. 175: »Für den jungen Marx war Dialektik wesentlich historisch,und eine Dialektik der Natur, unabhängig von gesellschaftlichen Bewegungen, überhaupt undenkbar. Die Natur hatte nur Geschichte in Bezug auf den Menschen, der Mensch nur in Bezug auf die Natur. Kritik bleibt in jedem Betracht auf Revolution bezogen; kein Gegenstand also, der nicht kritisch im Rahmen der Revolutionstheorie des Historischen Materialismus mußte begegnen können, Natur nicht ausgenommen.«

38)Ebd., S. 219: »Arbeit ist Austausch der Menschen mit Natur.«

39)Ebd., S. 219: »Arbeit wird Herrschaft, nicht nur in Ansehung des Verkehrs der mit der Arbeit befaßten Menschen untereinander. Dieser Herrschaft ist, wie aller Gewalt, ein Moment der Erinnerung daran eigentümlich, daß sie eine Unwahrheit ist, wenn auch eine existente.«

40)Hs. Randbemerkung von Adorno: »?«.

41)Habermas, l.c., S. 234.

42)Ebd., S. 174.

43)Ebd., S.205.

44)Marx, Engels, »Manifest der Kommunistischen Partei«, in: Marx, *Die Frühschriften*, hrsg. von Siegfried Landshut, Stuttgart 1953, S. 560.

45)Ebd., S. 538.

46)Marx: »Aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern. Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, in: *Die Frühschriften*, l.c., S. 224.

47)Hs. Randbemerkung von Adorno: »N]otaB]ene«.

48)Gamal Abd el Nasser (1918-1970), ägyptischer Politiker, 1958-61 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik.

49)Abdel-Kerim Kassem (1914 oder 1917-1963), irakischer General, 1958 Anführer des Putsches gegen König Feisal II., danach Ministerpräsident und faktisch Alleinherrscher, fiel 1963 selbst einem Militärputsch zum Opfer. Vgl. auch Anm. 63.

50)Hs. Randbemerkung von Adorno: »ja«.

51)Habermas, l.c., S. 192.

52)Habermas, l.c., S. 182.

53)Hs. Randbemerkung von Adorno: »ja«.

54)Hs. Randbemerkung von Adorno: »zu rasch!«.

55)Hs. Randbemerkung von Adorno: »Na – «.

56)Hs. Randbemerkung von Adorno: »Vorsicht«.

57)Hs. Randbemerkung von Adorno: »*Nein*, ungerecht!«

58)Hs. Randbemerkung von Adorno: »nein«.

59)Im Mai hatten Studenten und Dozenten in der BRD gegen die atomare Aufrüstung protestiert. Dazu schrieb Habermas den Artikel »Unruhe erste Bürgerpflicht«, in: »Diskus. Frankfurter Studentenzeitung«, 8. Jg., Heft 5, Juni 1958, S. 2.

60)Gemeint ist die Tagung »Gesellschaft, Praxis, Wissenschaft. Was kann Soziologie heute für Wirtschaft und Verwaltung leisten?«, die am 25.4.1958 im Institut für Sozialforschung abgehalten wurde. – Hs. Randbemerkung von Adorno: »dies ist doch]...« (unleserliches Wort).

61)Vielleicht Bezug auf Habermas, »Unruhe erste Bürgerpflicht«, l.c., S. 2: »In jenen Protest gehen unübersehbar viele Motive ein. Ein Einzelner ist nicht berufen noch in der Lage, sie zu deuten. Denn hier protestieren Individuen und nicht Organisationen.«

62)Vgl. B. vom 26.5.1936, Anm. 5.

63)Im Juli 1958 wurde der prowestlich eingestellte König Feisal II. des Irak während eines Putsches erschossen. Die Putschisten waren an Nassers panarabischer Einheitsbewegung orientiert. Vgl. Anm. 49.

64)Habermas, »Zur philosophischen Diskussion ...«, l.c., S. 181: »Die Analyse der Entfremdung bleibt darum Schritt für Schritt Analyse ihrer Aufhebung. Und zwar nicht so, als folge auf die Feststellung der einen die Erwägung der anderen. Vielmehr leitet der Blick auf die Beseitigung stets schon die Wahrnehmung dessen, was beseitigt werden soll.«

65)Adorno, *Metakritik der Erkenntnistheorie. Studien über Husserl und die phänomenologischen Antinomien*, Stuttgart 1956; bei Habermas, l.c., S. 214, zitiert: »Ist das Zeitalter der Interpretation der Welt vorbei und gilt es sie zu verändern, dann nimmt die Philosophie Abschied ... Nicht die Erste Philosophie ist an der Zeit, sondern eine letzte.« (l.c., S. 49).

66)Hs. Randbemerkung von Adorno: »nachholen«.

67)Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler, Friedrich Weltz, *Student und Politik*, Neuwied 1961. Habermas schrieb dafür u.a. den ersten Teil, »Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung«.

68)Ebd., S. 55.

69)Zitiert nach dem Manuskript; die Formulierung wurde in der Druckfassung offenbar geändert.

70)Habermas, »Zur philosophischen Diskussion ...«, S. 182: »Daß Marx Hegel nur unzureichend verstanden, und Hegel alles schon vorgedacht habe, was Marx späterhin in Auseinandersetzung mit ihm zu entdecken glaubte, ist die Tabuformel, die vor der spezifischen Problematik einer auf empirische Sicherung bedachten revolutionären Geschichtsphilosophie sichert.«

Vorabdruck aus: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften Bd. 18: Briefwechsel 1949-1973, hrsg. von Gunzelin Schmid Noerr, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. (erscheint im Herbst 1996)

–

Konkret 09/96, S. 43

Gunzelin Schmid Noerr

Aus der Vorgeschichte eines gesellschaftstheoretischen Paradigmenwechsels – Horkheimers Kritik an Habermas

»Es gibt Epochen, in denen es darauf ankommt, die Änderung womöglich zu verhindern, und nicht Geschichte zu machen.« In diesem Satz gipfelt ein Brief Max Horkheimers an Theodor W. Adorno vom September 1958, in dem Horkheimer die Entlassung eines wissenschaftlichen Assistenten aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung fordert. Der Name des Assistenten: Jürgen Habermas. Horkheimers Vorwurf: Habermas propagiere die Revolution. Horkheimers Plädoyer: Verteidigung der Reste bürgerlicher Zivilisation. KONKRET veröffentlicht diesen Text, der auch für das Verständnis des Zerwürfnisses der 68er Bewegung mit den Begründern der Kritischen Theorie von einiger Bedeutung ist, erstmals und vollständig. Er wird im Herbst dieses Jahres im Band 18 der Gesammelten Schriften Horkheimers erscheinen. Gunzelin Schmid Noerr, Mitherausgeber dieser Ausgabe, hat den Brief für KONKRET kommentiert

Ein seltsames philosophisch-politisches Dokument aus längst vergangenen Tagen ist uns da überliefert. Mitten in der Adenauer-Ära, ein Jahrzehnt vor 1968, bricht am Frankfurter Institut für Sozialforschung das Problem der Revolution auf, und zwar in Gestalt eines jungen Revolutionstheoretikers namens Jürgen Habermas, seit zwei Jahren Assistent am Institut. Der Noch-Institutsdirektor Max Horkheimer, der sich gerade im Tessin seinen Alterswohnsitz eingerichtet hat, auf den er sich nach seiner Emeritierung einige Jahre später zurückziehen wird, schreibt einen langen Brief an seinen Freund und Co-Direktor Theodor W. Adorno, um diesem die Augen zu öffnen über die Gefahren, die dem Institut seitens seines allzu rührigen, neunundzwanzigjährigen Mitarbeiters drohen. Dieser bekenne sich in seinem Artikel »Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus« in unverantwortlicher Weise zur Revolution, und das sei ein hinreichender Anlaß, ihn aus dem Institut zu werfen.

Irritierend an Horkheimers Brief ist, daß dieser die Nähe der Habermasschen Perspektive zu seiner eigenen und zu der Adornos durchaus sieht und auch Scharfsinn und Gewandtheit des Autors anerkennt, aber doch zu jener harschen Verurteilung kommt. Hätte es nicht näher gelegen (wie Adorno es in seiner letzten Randbemerkung vorschlägt), mit Habermas das Gespräch zu suchen, um dem allzu ungestümen jungen Mitarbeiter sozusagen den letzten, richtigen Schliff zu geben? Was ist es, das den Zorn des späten Horkheimer so anstachelt?

Auf den ersten Blick handelt es sich da um das Zeugnis eines spätödipalen Dramas: Ein junger Adept eignet sich die Ideen seines Ziehvaters auf eine Weise an, daß dieser sein Lebenswerk bedroht sieht und sich des Zöglings zu entledigen sucht. Dies gelingt ihm zunächst auch, aber nun wird das Drama, wie wir nicht nur von Sophokles, sondern auch, rückblickend, von der weiteren Geschichte der Frankfurter Schule wissen, erst recht seinen Lauf nehmen. Gerade indem der Alte den Jungen verstößt, gewinnt dieser die Kraft, seinerseits den Alten zu beseitigen und an dessen Stelle zu treten.

Dieser Ablauf hätte noch seine besondere Pointe in der Vorgeschichte sowie in den Ereignissen der darauf folgenden Jahre. Zunächst waren ja, zwei Jahrzehnte zuvor, ähnlich umstürzlerische Ideen wie die des Jungen mit nicht weniger Emphase vom Alten, der damals noch selbst ein Junger war, vertreten worden. Und dann wird der Junge von 1958 selbst zu einem Alten. Bereits zehn Jahre später kommen neue Junge, die er nun seinerseits der Pseudorevolution bezichtigt und verstößt. Aber in solchem Ringelreihen von Jugendrevolte und Alterskonservatismus erschöpft sich das Geschehen denn doch nicht. Was auf den ersten Blick der Kern der Auseinandersetzung zu sein scheint: das von Habermas, so Horkheimer, »stets wiederholte Bekenntnis zur Revolution]... als eingeborenen Sinnes der Philosophie«, erweist sich in systematischer Hinsicht und aus der geschichtlichen Distanz als gar nicht so bedeutsam. Wichtiger ist vielmehr, daß in der Auseinandersetzung zwei unterschiedliche Grundauffassungen von dem, was kritische Theorie zu sein habe, zum Ausdruck kommen.

Der Assistent Habermas hatte in der »Philosophischen Rundschau« eine umfassende Bestandsaufnahme der damals zeitgenössischen Marxismusliteratur veröffentlicht. Darin nannte er auch den geistesgeschichtlichen und politischen Kontext dieser Diskussion. Da war zum einen die Rezeption der (zuerst 1932 veröffentlichten) Marxschen »Pariser Manuskripte« (1844). Die Auseinandersetzung darüber war in Deutschland erst nach Kriegsende in Gang gekommen. Sie blieb freilich weithin rein akademisch, und Marx galt in diesem Zusammenhang neben Kierkegaard und Nietzsche als klassischer Philosoph der »Entfremdung«. Zum anderen gehörten zum Kontext jener Diskussion aber auch die politische Realität des Sowjetmarxismus und der Kalte Krieg.

Habermas hatte nun die verschiedensten westlichen und östlichen Beiträge zum Marxismus insbesondere auf ihre Stimmigkeit im Verhältnis zur Marxschen Idee der Selbstaufhebung der Philosophie in revolutionäre Praxis der Prüfung unterzogen. Horkheimer erkennt in seinem Brief Sorgfalt und Scharfsinn dieser Arbeit an, zeigt sich aber abgestoßen von der durchgängig angelegten Norm, die Habermas bei seiner Kritik der zeitgenössischen Marxismus-Literatur dem Revolutionsbegriff des jungen Marx entnommen hatte. Wie dieser die Hegelsche Philosophie des Geistes vom Kopf auf die

Füße zu stellen versucht hatte, wollte nun noch einmal Habermas die autonome Philosophie in eine Geschichtsphilosophie in praktischer Absicht überführen, die ihre eigene Aufhebung als bloß theoretische Kritik in gesellschaftlich-revolutionäre Praxis zu betreiben habe. Was Horkheimer ihm dabei ankreidet, ist die ahistorisch unterschiedslose Übertragung des vormärzlichen Revolutionsbegriffs auf die Gegenwart. Revolution in der Gegenwart sei vor allem die staatsterroristische Beschleunigung nachholender Industrialisierung in der Dritten Welt.

In einem Nachtrag des Briefes bezieht sich Horkheimer dann im gleichen Sinn noch auf die von Habermas verfaßten »Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung«, die den ersten Teil der Studie *Student und Politik* darstellten. Dabei handelte es sich um eine soziologische Untersuchung des Instituts zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. In seiner Einleitung hatte Habermas als Maßstab der Interviewauswertung einen emphatischen Begriff von politischer Demokratie entwickelt, den Horkheimer als durchsichtige Verkleidung jenes alten Revolutionsbegriffs ansieht. Auch zweifelt Horkheimer nachdrücklich am empirisch-soziologischen Wert der Studie. Die Auseinandersetzungen darüber sollten sich in der Folge noch längere Zeit hinziehen. Da zunächst nur 171 Studenten befragt worden waren, erscheinen die prozentualen Aufteilungen der verschiedenen Einstellungen zur Demokratie kaum repräsentativ. Im Frühjahr des darauf folgenden Jahres erarbeitet Ludwig von Friedeburg eine Ergänzungsstudie auf der Basis von 550 weiteren Befragungen. Dennoch wird *Student und Politik*, aufgrund von Horkheimers hartnäckigen Einwänden, nicht im Rahmen der Institutsreihe publiziert. Die Studie erscheint 1961 mit einem nur beiläufigen Hinweis aufs Institut in einem anderen Verlag.

Die im Brief von 1958 geforderte Trennung des Instituts von Habermas erfolgt dann zwar nicht unmittelbar, aber Horkheimer verweigert ihm 1959 die Habilitation mit einer theoretischen Arbeit, indem er von ihm erst noch eine weitere empirische Untersuchung verlangt. Habermas scheut diesen nochmal dreijährigen Umweg, kündigt seine Anstellung am Institut und habilitiert sich bald darauf mit *Strukturwandel der Öffentlichkeit* bei Wolfgang Abendroth in Marburg. 1961 wird er Professor in Heidelberg, 1964 dann in Frankfurt, und zwar ausgerechnet als Nachfolger Horkheimers, und dies – man lese und staune – mit dessen ausdrücklicher Billigung. »Ich will«, schreibt Horkheimer am 4.9.1963 an Herbert Marcuse, »nächstes Semester nicht lesen.]... Ich habe sogar mitgewirkt, daß Habermas in die Fakultät berufen wird, damit niemand sagen kann, es sei kein weiterer Philo-Soziologe da.« Beide haben offenbar inzwischen ihre Lektion gelernt: Habermas verzichtet auf die Revolution, und Horkheimer erkennt die universitäre Seriosität des »Philo-Soziologen« an.

Bereits wenige Jahre später, 1967-69, kommt es dann zu den weithin bekannten Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Frankfurter Schule (insbesondere Adorno und Habermas) und revoltierenden Studenten (insbesondere Krahl als ihrem Wortführer) um die, wie es damals heißt, »Kontrolle über die Produktivkraft Wissenschaft«. Während die studentischen Wortführer, wohl auch um einem Nachlassen der Protestbewegung entgegenzuwirken, zunehmend radikalere Forderungen stellen, trägt auch Habermas durch prononcierte Gegenstellungnahmen zur Verschärfung der Konflikte bei. Die Autoritäten der Autoritätskritik werden zunehmend polemisch bedrängt (»Zerschlagt die Wissenschaft«) und reagieren gereizt (»Linksfaschismus«, »Scheinrevolutionäre«). Studentenstreiks und Besetzungen sowie polizeiliche Räumungen von Seminar- und Institutsgebäuden folgen aufeinander, Krahl wird des Hausfriedensbruchs angeklagt, Adorno muß vor Gericht als Zeuge gegen ihn auftreten. Im April 1969 heißt es in einem Flugblatt: »Adorno als Institution ist tot!« Im August desselben Jahres stirbt er an einem Herzinfarkt.

Diese Konfrontation zwischen Habermas und den revoltierenden Studenten überrascht im nachhinein gerade dann nicht, wenn Horkheimer in seinem Brief von 1958 mit dem Einwand recht hat, Habermas verwende den vom Vormärz überkommenen Revolutionsbegriff insgeheim ahistorisch und hyper-idealistisch. Gemessen daran mußte Habermas die Aktionen der Achtundsechziger ebenso als »Klassenkampf im Wasserglas« einschätzen wie ein Jahrzehnt zuvor Horkheimer die im Brief erwähnten Äußerungen seiner institutsinternen Kritiker. Habermas wie die Studentenbewegten waren beide auf diesen Revolutionsbegriff fixiert, nur zogen sie daraus entgegengesetzte Konsequenzen.

Ein Blick in »Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus« bestätigt: Der Habermas von 1957 war kein vorweggenommener Krahl, kein Verkünder der Revolution hier und jetzt, auch wenn das Wort dort tatsächlich allgegenwärtig war. »Revolutionstheorie als Kategorienlehre der Kritik«, Revolution als Erzeugung des »Selbstbewußtseins der Gattung« hieß: Die Revolution war für ihn in erster Linie ein philosophisch-erkenntnistheoretisches Problem, dessen praktische Seite er formelhaft an die empirischen Sozialwissenschaften verwies.

Die – trotz Beschwörung des Gegenteils – von Praxis und Empirie letztlich unberührte »reine« Philosophie war es vor allem, die ihn von Horkheimer trennte. Dieser hatte das Problem der mit Revolutionen verbundenen Gewalt immer schon als unauflösbares moralisch-praktisches Dilemma bitter ernst genommen, und nicht zuletzt speiste sich daraus sein später Konservatismus. Der warallerdings alles andere als bloß affirmativ. Vom damals zeitgenössischen Kulturkonservatismus unterschied sich Horkheimer dadurch, daß er die Sphäre der Kultur nicht als etwas an sich zu Bewahrendes ansah, sondern ihren archaisch-gewaltförmigen Untergrund vergegenwärtigte. Revolutionäre Aktionen würden diesen, seiner Ansicht nach, unweigerlich auf verhängnisvolle Weise wieder freisetzen.

Was Horkheimer Habermas im Brief an Adorno von 1958 vor allem vorwirft, ist ein ungeschichtlicher und von gesellschaftlichen Erfahrungen unberührter Gebrauch des Revolutionsbegriffs. Habermas nimmt, so Horkheimer, die revolutionären Parolen des Vormärz zum Maßstab für die Gegenwart, ohne ihre ursprüngliche gesellschaftliche Situierung zu berücksichtigen und ohne zu untersuchen, welchem Funktionswandel Revolutionen seither unterlegen sind. Horkheimer hat ein waches Sensorium für geschichtliche Konstellationen und ihre Veränderungen, und er empfindet Angst vor einer fatalen Dialektik der Aufklärung.

Das führt bei ihm allerdings auch dazu, daß er die Kontinuitäten, die seine eigene frühere kritische Theorie mit der von Habermas trotz allem verbinden, nun überscharf ausblendet. In den Schriften der 30er Jahre – von der *Dämmerung* bis zu *Traditionelle und kritische Theorie* – hatte er tatsächlich, wie später Habermas, ein bloß kontemplatives, nicht praxisbezogenes Verständnis der Marxschen Theorie verworfen und postuliert, diese durch empirische Sozialforschung anzureichern und zu korrigieren. Auch für ihn hatte gegolten, daß die Fragen der Philosophie letztlich nicht im Medium der Theorie allein, sondern nur durch geschichtlichen Fortschritt zu lösen seien.

Horkheimer kapselt jetzt aber seine eigene revolutionäre Vergangenheit gleichsam ein. Während er im Brief von 1958 behauptet, er und Adorno hätten »selbst in den Jahren während der Nationalsozialismus heraufzog, während des Dritten Reichs, um die Vergeblichkeit des Gedankens an Rettung durch Revolution]gewußt«, gesteht er später, im Vorwort zu der 1968 erfolgten Neupublikation seiner Essays aus den dreißiger Jahren, immerhin zu: »In der ersten Hälfte des Jahrhunderts war proletarische Erhebung in den von Krise und Inflation betroffenen europäischen Ländern eine plausible Erwartung. Daß zu Anfang der dreißiger Jahre die vereinigten Arbeiter im Bund mit Intellektuellen den Nationalsozialismus hätten verhindern können, war keine leere Spekulation.«

Aber auch auf der Seite des Rationalitätstheoretikers Habermas geht es in der Folgezeit nicht immer ganz rational zu. Im Aufsatz von 1957 hatte der Revolutionsbegriff wesentlich eine »Kategorienlehre der Kritik« beinhaltet. In der Folgezeit war bei Habermas von Revolution nicht mehr die Rede, um so mehr aber proklamierte er dann, in *Erkenntnis und Interesse* (1968), eine (anfänglich mit Bezug auf die »Revolution« gemeinte) »Geschichtsphilosophie in praktischer Absicht«. Diese sollte eine Einheit von Selbstreflexion, Erkenntniskritik und Gattungsgeschichte darstellen. Der Begriff der Gattungsgeschichte als ein selbstreflexiv auszulegender Bildungsprozeß sollte die theoretische Legitimation der Gesellschaftskritik liefern.

Habermas verfolgte das *Ziel* der normativen Grundlegung der Gesellschaftstheorie auch in den achtziger und neunziger Jahren. Die begrifflichen *Mittel* dazu wurden nun aber andere, nämlich solche der Sprachphilosophie. Diesen Wandel verstand er als »Paradigmenwechsel« in der Gesellschaftstheorie von der Philosophie des »Bewußtseins« hin zur der der »kommunikativen Rationalität«. In diesem Zusammenhang distanzierte er sich auch von der Version der kritischen Theorie, wie sie von Horkheimer und Adorno vertreten worden war. Er warf ihr hemmungslose Vernunftskepsis und Irrationalismus vor. Die sperrige, insgeheim theologische Idee der Versöhnung von Geist und Natur reduzierte er entschieden auf die empirisch griffigere der sprachlichen Verständigung.

Anders als Habermas hatten Horkheimer und Adorno jedoch nie beabsichtigt, Weltgeschichte als Bildungsprozeß der Gattung nachzukonstruieren und die gesellschaftlichen Pathologien vor dem Hintergrund eines kognitiven Normalverlaufs zu vermessen. Vor dem Hintergrund von Habermas' eigenem früheren, überspannten Entwurf einer Geschichtsphilosophie in praktischer Absicht, die Erkenntnis-, Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie in einem sein wollte, erscheinen seine späteren Invektiven gegenüber dem »geschichtsphilosophischen Ballast« der älteren kritischen Theorie weniger als Argumente gegen diese denn als Ausdruck einer uneingestandenen Selbstdistanzierung.

Habermas ist der prominenteste Vertreter der »zweiten Generation« der Frankfurter Schule geworden. Was ihn von der »ersten Generation« unterschied, war nicht erst der spätere sprachanalytische Paradigmenwechsel, sondern von Anfang an die Suche nach einer expliziten und positiven Formulierung von letzten normativen Grundlagen der Gesellschaftskritik, wie sie bei ihm schließlich zum Entwurf einer universalistischen Diskursethik führten. Im Brief von 1958 weist Horkheimer das Ansinnen eines solchen positiven Normativismus als das nach einem illegitim »verendlichten Absolutum« zurück: »Das Unendliche, das dem endlichen Gedanken, der sich als solcher weiß, notwendig einwohnt, kann nicht zu irgendeinem Zeitpunkt zum Bestehenden, zur ›Gesellschaft‹ gemacht werden.« Horkheimer sieht, daß ein zum normativen Fundament gemachtes »Selbstbewußtsein der Gattung« ein ihr gegenüber Anderes in sich nicht bestehen läßt und so »Natur]... aus der Versöhnung ausschließt«. Er bleibt skeptisch gegenüber einer gesellschaftsverändernden Praxis, die von einer fundamentalen Norm abgeleitet ist, und glaubt lieber an die »unendliche Aufgabe« von Kritik und Versöhnung, deren volle Verwirklichung nicht im Bereich des Menschenmöglichen zu liegen scheint.

Horkheimer sieht das Motiv und das Ziel der Praxis im Einzelnen, in dem, was nicht allgemein erwartet und gefordert werden kann – um den Preis eines Mangels an stimmiger Begründung seiner Gesellschaftskritik. Dagegen begründet Habermas den Universalitätsanspruch des Maßstabs der Kritik – um den Preis von dessen Geschichtsenthobenheit und der Einschränkung seiner Anwendung auf normative Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Der Brief von 1958 läßt schon

sehr früh diesen Differenzpunkt zwischen beiden Ansätzen kritischer Theorie erkennen.

Gunzelin Schmid Noerr lehrt ab Oktober Philosophie an der Universität Potsdam

Konkret 09/96, S. 46

Hanno Loewy, René Martens, Otto Köhler, Michael Ringel

Kunst & Gewerbe

Deutschland, »Lindenstraße«

Die höchst merkwürdigen Wandlungen, welche eine Figur namens Enrico Pavarotti aus der Fernsehserie »Lindenstraße« bis zu ihrem kürzlich herbeigeführten Tod durchlaufen hat, sind Hanno Loewy aufgefallen. Deshalb hat der Leiter des Frankfurter Fritz-Bauer-Instituts, das »Geschichte und Nachwirkung des Holocausts« studiert und dokumentiert, den folgenden Brief, der zuerst in der »Frankfurter Rundschau« (9.8.) veröffentlicht wurde, an den »Lindenstraße«-Produzenten Hans W. Geißendörfer gerichtet, mit der Bitte um Aufklärung. Italienisch »Pasqua« heißt übrigens Ostern.

Sehr geehrter Herr Geißendörfer,

vor einigen Jahren überraschte die Fernsehserie »Lindenstraße« in ihrer 248. Folge (und den sieben darauffolgenden Sendungen) ihre Zuschauer: Enrico Pavarotti, damals noch Inhaber einer kleinen Pizzeria an der Ecke, entpuppte sich als jüdischer Überlebender von Auschwitz. Erinnern Sie sich noch? Eine geplatzte Tomatendose brachte es an den Tag. Der bekleckerte Pizzabäcker öffnete die Ledermanschette an seinem Unterarm, und seine Auschwitz-Nummer kam hervor.

Valerie Zenker, die ihn dabei beobachtete (unvergeßlich auch ihre unschuldige Frage: »Können Sie sich auch keine Nummer merken?«), gelingt es mit hartnäckigem Interesse, sein Schweigen zu brechen, ihm seine Geschichte zu entlocken. Sie ist es schließlich auch, die von ihm, in einer tränenreichen Szene, seine Erinnerungsstücke gezeigt bekommt, Judensterne und Fotos seiner Angehörigen, seiner Schwester, die in Auschwitz ermordet wurden.

Angestoßen durch diese Entdeckung begann Valerie seinerzeit auch, sich mit der Nazivergangenheit ihrer eigenen Angehörigen zu beschäftigen. Die Einführung eines solchen Themas in eine populäre Fernsehserie, die »Überrumpelung« eines Massenpublikums mit den alltäglich verdrängten Erinnerungen eines Auschwitz-Überlebenden in einer solch (im besten Sinne) beiläufigen Weise, konnte man nur als couragiert bezeichnen, so couragiert, wie die »Lindenstraße« eben auch mit anderen heiklen Themen umzugehen weiß.

Auch heute thematisiert die »Lindenstraße« immer wieder deutsche NS-Vergangenheit und ihre Wirkung auf die Gegenwart. Um so größer ist unser Erstaunen über die Metamorphose, die Enrico Pavarotti in den letzten Monaten durchmachen mußte. Seit einigen Monaten lag Enrico Pavarotti im Koma, der jüdische Auschwitz-Überlebende lag wie ein Gespenst, ein Untoter im Krankenhaus, wollte nicht leben und nicht sterben. Von Auschwitz war freilich nicht die Rede, dafür hing ein Kreuz gut sichtbar an der Wand. Die Stelle Enricos in seinem mittlerweile arrivierten italienischen Lokal hatte unterdessen sein Bruder eingenommen, der auf den klangvollen Namen Natale hört. Der mit diesem Namen verbundene doppelte Hinweis auf das Weihnachtsfest, wie auch auf den an diesem Tage begangenen Geburtstag von Jesus Christus, deutet darauf hin, daß die Nachfolge in der profanen Funktion des Küchenchefs auch symbolische Bedeutung besitzen soll. Soll hier, um es deutlicher zu sagen, auf das Christentum als »legitimen« Nachfolger des Judentums verwiesen werden?

Die Frage, inwieweit die Autoren hier ganz couragiert bewußte Blasphemie betreiben, interessiert freilich weniger als das, was nun folgte.

Im Verlauf der Sendung am 28. Juli wurde nämlich die »Nachfolgefrage« durch eine Handlungsweise entschieden, die vor etwas mehr als 50 Jahren in Deutschland durchaus üblich war und mit dem Begriff »Euthanasie« (zu deutsch »Gnadentod«) freundlich umschrieben wurde. Schon in der Woche zuvor hatte sich im Verlauf der Sendung ein spannungsreicher Polylog über die Frage der Legitimität der »Sterbehilfe« (ein aktuelleres Wort für diesen Vorgang) entfaltet, der sowohl Frau Pavarotti, seine Kellner, den behandelnden Arzt, seinen Bruder Natale als auch dessen Beichtvater einbezog. Ein immerhin interessanter Gedanke, dieses Thema einmal am Beispiel eines jüdischen Auschwitz-Überlebenden zu diskutieren. Dies ist freilich nicht ganz neu. Schon im Jahre 1941 kam es innerhalb der verschiedensten deutschen Behörden zu engagierten Diskussionen über diese Frage. So schrieb beispielsweise SS-Sturmbannführer Rolf-Heinz Höppner, Leiter der Umwandererzentralstelle bei der Reichsstatthalterei in Posen, am 16. Juli 1941 an seinen »Kameraden« Adolf Eichmann in Berlin: »Es ist ernsthaft zu erwägen, *ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen.«*

Auch im Fall Enrico Pavarottis wurde am 28. Juli ein äußerst schnell wirkendes Mittel gefunden. Seine Frau, seine beiden Kellner und sein Bruder Natale fanden sich an seinem Krankenbett ein. Das Bildnis einer Madonna wurde neben dem Bett postiert. Die Frage danach, ob Enrico in seinem Zustand überhaupt leide oder sich nicht vielleicht einfach in Träumen, Erinnerungen, guten wie schlechten, befand, sie wurde auch bei dieser letzten Gelegenheit nicht gestellt. Das Todesurteil, das Enricos Existenz den Status lebensunwerten Lebens beschied, beruhte statt dessen vor allem auf dem traurigen Anblick, den seine Angehörigen und Freunde offenbar nicht mehr ertrugen. Vor dem wirkungsvoll von der Kamera ins

Zentrum gerückten Kreuz an der Wand wurden noch einmal letzte Gebete gesprochen, man bekreuzigte sich, und schließlich wurde ein medizinisches Gerät abgeschaltet, was (ohne daß hier auf die medizinische Fragwürdigkeit dieses Vorgangs näher eingegangen werden sollte) den unverzüglich eintretenden Tod Enrico Pavarottis zur Folge hatte.

Mittlerweile ist Enrico verbrannt worden, seine Asche wurde vor Ischia ins Meer gestreut. In der Sendung am 3. August wurden die davon gemachten Videoaufnahmen gar in der Küche seines Restaurants von Gattin, Bruder und Personal andächtig betrachtet. Auch hier durfte die Großaufnahme des Kreuzes, diesmal auf der Urne, nicht fehlen.

Es ist dies wohl die bislang originellste Art und Weise, wie ein Auschwitz-Opfer, jedenfalls in der Filmgeschichte, zu Tode gekommen ist.

Ich hoffe, Sie verstehen, daß ein gewisser Aufklärungsbedarf darüber besteht, welche Absicht die Autoren der Sendung mit dieser symbolisch recht anspruchsvollen Geschichte verfolgen. Oder haben sie bloß vergessen, wer Enrico, ihre eigene Kreatur, eigentlich war? In jedem Fall dürfen wir auf die weitere Entwicklung gespannt sein. Vielleicht gibt es ja noch einen dritten Bruder, der dies alles aufklärt. Nur bitte, wenn an dieser Stelle ein Ratschlag erlaubt ist: Nennen Sie ihn nicht Pasquale.

Hanno Loewy

Menschen, Umwelt, Tiere

Früher sah man Menschen wie Michael Brenner allenfalls mal am Bahnhof oder in der Fußgängerzone, wenn sie den »Wachturm« verkauften, und in regelmäßigen Abständen las man ihren Namen auch unter durchgeknallten Leserbriefen in der Lokalzeitung. Da solche Freaks dem Rest der Menschheit ansonsten aber nicht weiter auf den Wecker gingen, konnte man durchaus über sie schmunzeln. Heute ist das anders, denn Michael Brenner zum Beispiel darf regelmäßig im Fernsehen auftreten. Er hat 1993 einen Verein mit dem putzigen Namen »MUT – Menschen, Umwelt, Tiere« gegründet, und noch im selben Jahr sah man ihn in der ZDF-Kindersendung »Logo«, wo er die Hühnerhaltung in Legebatterien anprangerte. Mittlerweile besteht der Lebensinhalt des Vereinsgründers darin, Strafanzeigen zu stellen, mehr als hundert gehen bereits auf das Konto Brenners.

MUT tritt an »gegen verschiedenste Medienbereiche, die sich aus reiner Profitgier nicht scheuen, die Menschenwürde mit Füßen zu treten und dabei nicht einmal davor zurückschrecken, sich der Kinder, unserer wehrlosesten Schutzbefohlenen zu bedienen«, schreibt eine Gießener Gesinnungsgenossin Brenners in einem Werbetext für MUT. Außerdem beklagt sie, daß »Kindersexverlage entstehen« (wer immer damit gemeint sein mag) und »es einen ständig wachsenden Comicmarkt mit menschenverachtendem Inhalt gibt«. Gegenüber dem »Mannheimer Morgen« präzisiert der Chef, wer besonders verachtet wird: »Die Frauen- und Kinderverachtung nimmt immer weiter zu um der Auflagen willen. Dagegen müssen sich die Bürger zur Wehr setzen und die Polizei einschalten.« Leider, klagt Michael Brenner immer wieder, würden aber viel zuwenig Staatsanwälte gegen die Verlage einschreiten, die mit dit und dat verherrlichenden Comics ihr Geld verdienen. Das lau-liberale Demokratieverständnis sei kein Fortschritt – »das ist irgendwo Untergang«.

Kein Wunder, daß der Löwenanteil von Brenners Anzeigen Comic-Verlagen gilt. Eine davon erreichte dann auch mal den richtigen Staatsanwalt. Sie löste eine beispiellose Provinzposse aus, die bereits im letzten Sommer ihren Anfang nahm, deren Ende aber noch lange nicht abzusehen ist. Im Juni 1995 marschierten in den Büroräumen der Verlage Alpha Comic und Edition Kunst der Comics sowie des Auslieferungsunternehmens Packwahn im thüringischen Sonneberg 40 teils schwerbewaffnete Polizisten auf, angeführt vom Oberstaatsanwalt Hönninger aus Meiningen. Auf »pornographische und gewaltverherrlichende« Comics hatte es der Suchtrupp abgesehen, und so beschlagnahmte er neben Alben von Alpha und Edition Kunst der Comics, gegen die teilweise vorher schon erfolglos Indizierungsanträge angezettelt worden waren und die es seit Jahren frei zu kaufen gab, unter anderem Bücher des Bestseller-Zeichners Ralf König – zum Beispiel den militant harmlosen Band *Kondom des Grauens*, dessen Verfilmung dieser Tage in die Kinos kommt.

»Pornographie beginnt beim 45-Grad-Winkel«, sagte Hönninger damals vor Ort und ließ die Mitarbeiter der Verlage somit wissen, daß er etwaige Erektionen in den eingesackten Comics mit einem Winkelmesser zu berechnen gedenke. Hönningers absurdeste Anordnung während der Durchsuchung: Er ließ auch *Der Schrei nach Leben*, Paul Gillons Comic über den Widerstand im Warschauer Ghetto, mitnehmen: wg. »nationalsozialistischer Propaganda«. Erst nach Protesten der thüringischen Landeszentrale für politische Bildung, die das Album längst für den Geschichts-Unterricht eingekauft hatte, wurden die entwendeten Exemplare zurückgeschickt. Im April dieses Jahres holte Hönninger dann zum nächsten Schlag aus: Er stellte rund 480 Polizeidienststellen eine »Ermittlungsverfügung« zu, derzufolge die Beamten in Buchhandlungen überprüfen sollten, ob die von ihm inkriminierten, aber wohlgemerkt von keinem Gericht beanstandeten Comics »Jugendlichen unter 18 Jahren nicht zugänglich gemacht werden«. Das Ganze uferte dann zu einer Aktion aus, deren Legalität viele Experten in Zweifel ziehen. Dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels erschien sie »schlimmer als die Beschlagnahmung des *Ulysses* von James Joyce durch die amerikanischen Justizbehörden und das Vorgehen der englischen

Justiz gegen *Lady Chatterley's Lover*«. Rund 1000 Buchhändler, den die Polizisten versucht hatten weiszumachen, bei den Comics auf Hönningers Liste handle es sich um indizierte, wurden heimgesucht.

Der Oberstaatsanwalt, aus Nürnberg in den Osten versetzt, hat durch seine Aktivitäten mittlerweile schon zwei neue Produkte auf den Weg gebracht: Das Buch *Comic: Zensiert*, eine Abhandlung über die bundesrepublikanische Comiczensur seit 1949, ist vor kurzem bei Edition Kunst der Comics erschienen, und Charts-Gruppen wie Die Ärzte, Fettes Brot und Die Fantastischen Vier haben bereits zugesagt, sich an einer im Dezember erscheinenden Benefiz-CD für die Sonneberger Verlage zu beteiligen, die seit Beginn der Posse Umsatzeinbußen von 300.000 Mark zu verzeichnen haben. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Meiningen dauern derweil an, obwohl keine Aussichten bestehen, daß sie erfolgreich im Sinne Hönningers und Brenners verlaufen. Denn selbst wenn ein Comic als pornographisch eingestuft werden sollte, heißt das noch lange nicht, daß er indiziert werden kann. Im sogenannten »Mutzenbacher-Urteil« von 1990 stellte das Bundesverfassungsgericht unter anderem fest: »Die Indizierung einer als Kunstwerk anzusehenden Schrift setzt auch dann eine Abwägung mit der Kunstfreiheit voraus, wenn die Schrift offensichtlich geeignet ist, Kinder oder Jugendliche sittlich schwer zu gefährden.« Auch wenn »der Roman möglicherweise zugleich als Pornographie anzusehen« sei, nehme ihm das nicht die Kunsteigenschaft, heißt es weiter. »Ihre Anerkennung darf nicht von einer staatlichen Stil-, Niveau- und Inhaltskontrolle oder von einer Beurteilung der Wirkungen des Kunstwerks abhängig gemacht werden.« An diesen klaren Richtlinien der bürgerlich-liberalen Old School müssen sich auch die comicfeindlichsten Staatsanwälte und Richter orientieren.

Anstatt auf dieses Urteil zu verweisen, versteigen sich die Verteidiger der Comic-Kunstfreiheit in blauäugige Statements. Der Börsenverein des deutschen Buchhandels geißelt »die Aktivitäten der thüringischen Staatsanwaltschaft« als »dilettantisch« – als ob perfekte Razzien die besseren wären. Martin Budde, Redakteur des Fachblatts »Comic Speedline«, fordert in bundespräsidialem Ton, die Meininger Staatsanwaltschaft solle endlich »anständige Bürgerinnen und Bürger«, die Verleger und Händler also, »in Frieden lassen«. Und Achim Schnurrer von Alpha Comic mutmaßt, Hönningers Aktion schade nicht nur der Comic-Branche, nein, »mittlerweile« zeichne sich »sogar eine nachhaltige Rufschädigung der gesamten deutschen Kulturszene ab«. Schön wär's ja.

Zensur, das vergessen die aufgebrachten Comic-Experten, ist seit jeher ein politisches Instrument zur Stabilisierung auch der Demokratie: Ab und zu muß man mal etwas verbieten, um verlautbaren zu können, man habe eine Gefahr für die Gesellschaft abgewendet. Diener und Freunde des Staates stehen momentan allerdings vor dem Problem, daß es keine auch nur annähernd systemgefährdende Kunst gibt, die sich dafür anbietet, verboten zu werden. Insofern ist man einem hysterisch-weltentrückten Einzelkämpfer wie Michael Brenner dankbar dafür, daß er den Comic-Markt als Segment für Zensurpolitik wiederentdeckt hat.

René Martens

Walter Boehlich zu Ehren

Ich bin froh, daß ich zwei deutschen PENs angehöre, weil da – mutmaße ich mal so – wenigstens einer dabei sein könnte, dessen Präsidium die deutsche Sprache beherrscht. Der BRD-PEN ist es jedenfalls nicht. Seine Präsidentin Ingrid Bachér schickte soeben mir und meinen PEN-Geschwistern einen Brief, in dem steht: wir Mitglieder sollten entscheiden:

a): ob das PEN-Präsidium beauftragt werden soll, im Einvernehmen mit dem ostdeutschen Präsidium eine paritätisch besetzte Kommission einzuberufen, die eine Verständigung über die Modalitäten einer Vereinigung beider deutscher PEN-Zentren herbeizuführen versucht.

oder

b): ob ein Weiterbestehen zweier PEN-Zentren gewünscht wird unter der Voraussetzung eines dann befriedeten Verhältnisses zueinander mit dem Ziel, baldmöglichst Vereinigungsgespräche aufzunehmen.

Neben a) und b) ist jeweils ein Kästchen und darunter steht: »Bitte kreuzen Sie die von Ihnen bevorzugte Alternative an!« – Ausrufezeichen.

Was um Himmels willen sollen wir tun? Der Stimmzettel enthält nur eine Alternative. Wo sollen wir die anstreichen? Unter a)? Oder unter b)? Oder logischerweise unter a) und b) zugleich. Ich jedenfalls kann in meiner Brust manchen Widerspruch vertragen, aber einer Alternative zuzustimmen, das erlaubt mir weder die Logik noch *Das Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*. Es meint, Alternative sei die »letzte bindende Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten«. Dazu nennt es die Beispiele: »jmdn. vor die A. stellen; sich vor eine A. gestellt sehen; vor einer A. stehen«.

Diese Definition muß unser Präsidium nicht binden, denn es handelt sich bei dieser Quelle um ein kommunistisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Es erschien nämlich 1974 im Akademie-Verlag in Ostberlin und wurde von Professoren geschrieben, die inzwischen sicherlich alle völlig zu Recht abgewickelt sind.

Aber es gibt eine verdächtige Übereinstimmung. *Das große Wörterbuch der* – zweifelsfrei west – *deutschen Sprache* aus dem Bibliographischen Institut in Mannheim formuliert es – allerdings mit einer freiheitlichen Intonation – kaum anders: »Alternative: freie, aber unabdingbare Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten (der Aspekt des Entweder – Oder).«

Und da soll ich die von mir bevorzugte Alternative anstreichen, obwohl der Stimmzettel nur zwei und nicht mindestens vier Möglichkeiten enthält. 1864 sagte es schon meine *Brockhaus-Real-Encyklopädie* – allerdings nur »für die gebildeten Stände« – unüberbietbar deutlich: »Alternative nennt man eine solche Lage, in welcher man genöthigt ist, von zwei Fällen einen zu wählen, besonders dann, wenn von beiden Fällen keiner erwünscht und vortheilhaft ist; z.B. dem Heere ist die Alternative gestellt, sich durchzuschlagen oder die Waffen zu strecken.«

Schade, daß meine Präsidentin dies nicht lesen konnte; denn erstens wüßte sie dann, was eine Alternative ist, und zweitens charakterisiert die Erläuterung zur Definition die Lage des westdeutschen PEN ungemein. Tatsächlich haben fünf Kriegerinnen und Krieger bereits die Waffen gestreckt und sind aus dem West-PEN ausgetreten, aber seltsamerweise nicht aus sprachlichen, sondern aus politischen Gründen. Einer von Ihnen, Hans Joachim Schädlich, glaubt, laut dpa, daß es sich hier gar nicht um eine Alternative handele, sondern um eine Wahl zwischen »einer Vereinigung ohne Zögern und einer Vereinigung mit Verzögerung«.

Meine Präsidentin aber mißbilligt den Schritt der Ausgetretenen, weil er – das ist ihr Bekenntnis – »genau denen zuarbeitet, die für eine schnelle Vereinigung sind«. Dies also darf man nicht.

Das zeigt, daß die Alternative, die ihr Stimmzettel bietet, nicht die von mir bevorzugte sein kann. Denn wenn ich mich innerhalb dieser Alternative dafür entscheide, dieses mein Präsidium zu beauftragen, eine Verständigung über die Modalitäten einer Vereinigung beider deutscher PEN-Zentren herbeizuführen, dann muß ich unter dieser Präsidentin damit rechnen, daß dies lang, sehr lang dauern wird und vielleicht doch nicht zustandekommt.

Ich bitte um einen korrekten Stimmzettel.

Otto Köhler

Sex und Stalingrad

Das derzeit zweifellos unappetitlichste journalistische Genre ist die als Reisereportage getarnte, sogenannte »Spurensuche«, bei der ein meist ahnungsloser Ich-Erzähler im fremden Land nach den eigenen Innereien fahndet, um einen historischen Ort mit seiner Schleimspur zu markieren. Eine Marke besonderer Art setzte jetzt das von der Gräfin Dönhoff mitherausgegebene »Zeit-Magazin«, als es unter dem erregten Titel »Historischer Orgasmus auf dem Weg nach Stalingrad« eine ganz neue, sehr eigene und verdrückte Form der »Spurensuche« schuf. War bislang das schwierige Thema russisch-deutscher Geschichte und Gegenwart eher tranig trist behandelt worden, sollte es diesmal heiter und vergnüglich, ja sexy eingefangen werden. Gemeinsam mit dem russischen Schriftsteller Viktor Jerofejew schiffte sich die ehemalige »Taz«-Reporterin Gabriele Riedle zur großen Fahrt ins genitale Glück die Wolga hinab Richtung »Stalingrad« ein, um mit prall gefülltem Geldbeutel und Segen der Gräfin ein wechselseitiges Reisetagebuch der »russischen Seele« vollzuschreiben.

Fortan firmieren Riedle und Jerofejew als: »die Deutsche« und »der Dichter«, um ungeniert ihrem internationalen Vereinigungsgeschäft nachzugehen, gelegentlich diverse Flüssigkeiten auszutauschen und einen verknitterten Geschichtsunterricht abzuspulen: »Dies ist das Fräulein-Wunder von Nischnij.« Mit solch wundersamen Erkenntnissen zwischen Banalität und Größenwahn landet das »supermoderne«, »international anerkannte« Pärchen in Wolgograd, das Riedle konsequent und wahrscheinlich auf Anweisung der Gräfin »Stalingrad« nennt. Fazit des »acht Tage und Nächte« währenden Reise- und Vögelschwanks: »Ist ja seit fünfzig Jahren klar, wie die Sache ausgeht... Wir fliegen. Und schwanken. Beträchtlich.«

Beträchtlich zu loben ist denn auch der ganze Vorgang: Daß sich im schleimspurweiten Anbiederungsstil sexueller Konnotationen die ganze Verdrücktheit der »Zeit«-Sexualität offenbart; daß der ansonsten nicht unfähige Schriftsteller Jerofejew auf Kosten der Gräfin eine Schiffsreise antritt, stramm trinkt, Unfug brabbelt, der auch noch abgedruckt und extra bezahlt wird; und daß er als Höhepunkt und Zugabe die drangharte Deutsche auf ihrem Weg in die russischen Innereien erhält.

Michael Ringel

Konkret 09/96, S. 49

Rayk Wieland

Der Untergang der Welt durch Analverkehr

Durch welche Sorte Katastrophe, Kollaps, Seuche, Mode, Politik die Menschheit den finalen Abgang dereinst vollzieht – man wird es in der Zeitung lesen. Fast alle Presserenner dieses Sommers waren Untergangs- und Katastrophenszenarien, und zwar relativ unumgängliche. War vor Jahren das unwiderrufliche Ende noch abzuwenden, indem etwa auf Analverkehr und Büchsenbiertrinken verzichtet, »Frieden« gerufen und Wale gerettet wurden, ist heutzutage die Hoffnung, auch seinerseits was gegen die Drift der Dinge tun zu können, kaum mehr anzutreffen. Korruption, Mißmanagment, Steuerhinterziehung, Kommerzialisierung, Organisierte Kriminalität, Terrorismus, Fundamentalismus, die Wiederkehr des Kommunismus in Rußland, Utopien (alte und neue), Werte- und Spermienverfall, Müllverbrennung, Klimakatastrophe, Ozonloch, allerhand Viren und Bakterien, Artensterben, Tierversuche, Gentechnologie, Digitalisierung, die »Ambivalenzen der Moderne«, Individualisierung, der Niedergang der Familie, Anspruchsdenken, Überbevölkerung, Stammeskriege, Meteoriteneinschläge, UFOs, neuerdings Aliens (die bereits das Internet kontrollieren und demnächst alle größeren Städte der Erde vernichten wollen) und gedopte Sportler machen einem das Leben schwer und werden in den Medien dem Fatum beigeordnet wie nur irgendwas.

Auf dieser Klaviatur spielt die bürgerliche Presse die meisten ihrer Stücke – nicht erst seit heute, doch zunehmend zu- und aufdringlicher, unisono eintöniger, mechanischer und, vor allem, *unpolitischer*. In den Medien erscheint kaum relevant Politisches, keine Debatten über gesellschaftliche Modelle, die womöglich die Verelendung von etwa neun Zehnteln der Weltbevölkerung stoppen könnten, werden mehr geführt – statt dessen nur öde Events, Personality, Ohnmachtsberichte, Glamour. Das Ende der Systemauseinandersetzung und der Anbruch der »Neuen Weltordnung« hat die grundsätzliche Kritik, die vordem immerhin noch als Begleitmusik zu hören war, vollständig paralysiert. Diskutiert werden Senkungen und Steigungen von Kosten, Einsatzbedingungen von Polizei- und Militärkräften, Rechtsfragen, Lifestyle und eben alle nur undenkbaren horriblen Untergangsvisionen, die angesichts des nahen Finales von Säkulum und Millenium außerordentlich im Schwange sind. Nichts ist den Bedenkenträgern der schönen neuen Welt so gewiß wie der dräuende zivilisatorische Abgang, und einzig Rudolf Bahro glaubt wohl noch an die »spirituelle Mutation« unseres Bewußtseins, welche die »Apokalypse« verhindern könnte.

Die täglichen Schreckensmeldungen und Katastrophenberichte alarmieren indessen niemanden mehr, Überlegungen zur Effizienz des ganzen Ladens anzustellen. Sie haben offenbar einerseits den Zweck, ihren Adressaten zu versichern, daß die eigenen Lebensumstände noch ganz passabel sind und eigentlich kein Grund zum Klagen vorliegt, und dienen andrerseits dazu, ihnen die Fatalität weiszumachen, daß die Kiste, wie sie ist, verfahren ist und jederzeit auch sie an die Reihe kommen können. Ein allgemeines und diffuses Unbehagen bleibt, und nichts anderes reflektieren wiederum die globalen Vernichtungsphantasien – ein Unbehagen an einer »Welt der Artefakte«, die Unheil birgt, und nichts sonst. Die Artefakte sind es ja, über welche die Katastrophen hereinbrechen, in denen der ohnmächtige Bürger sich und die gesamte Zivilisation durch die Produkte seiner Arbeit vernichtet sieht. Die Maschinerie, die er betreibt, erscheint ihm fremd und immer weniger beherrschbar, die Welt, die er errichtet, bedrohlich. Von dieser latenten Zivilisationsfeindlichkeit, die noch das Fatum bemühen muß, ist es nicht weit zu praktizierten Vernichtungsphantasien, die Kern des Faschismus sind.

Die Sichtung von »Spuren des Lebens« auf einem Marsgesteinsbrocken ließ, kaum daß die Sensation verkündet war, sogleich zwei Spekulationen in die nähere Erdumlaufbahn treten: Welche Katastrophe dort wohl stattgefunden hatte und welche in Gestalt der Marsianer demnächst auf uns zukommt. Die Projektion der katastrophischen Zukunftsvorstellungen auf diesen imaginären Feind, der mit überlegener Technik die Erde überfällt, um die menschliche Zivilisation zu vernichten, wäre zu anderen Zeiten nicht ohne weiteres erfolgt. Noch vor ein paar Jahren wären die Aliens gewiß als Erlöser und Engelsgestalten willkommen geheißen worden, jetzt aber, da Untergang und Weltende unabweisbar sind, müssen auch sie ihren Teil dazu beitragen. Sie sollten sich allerdings beeilen: Es sieht so aus, als ob es auch ohne sie klappen könnte. Zwar ist das Leben, wie Egon Friedell feststellte, der, den Faschisten zu entgehen, aus dem Fenster in den Tod sprang, »eine zähe Katze, und so auch der Mensch«, doch wenn die Menschheit nicht bald durch die Verkümmerung ihrer Fortpflanzungsorgane infolge Umweltverschmutzung untergeht, dann sicher durch die seit Jahrhunderten sich anbahnende Überbevölkerung des Planeten; wenn nicht durch Wassermangel, dann sicher durch die Überflutung der Kontinente infolge des Abschmelzens der Polkappen; wenn nicht durch den Mangel an Ozon in den oberen Luftschichten, dann durch zu viel Ozon in den unteren; wenn nicht infolge Unfruchtbarkeit, dann infolge Promiskuität. Wie’s kommt, kommt’s.

Was aber wäre verloren, wenn die Erde gleich dem Mars durchs Universum schipperte? In den Zeitungen steht nichts darüber, qua welcher zivilisatorischen Errungenschaften die Menschheit nun immer so weitermachen sollte. Die 35-Stunden-Woche? Der Dispositionskredit? Zivildienst? Alternative Energiequellen? Die freie Arztwahl? Das bürgerliche

Gesetzbuch? Bibelstunden? Kindergeburtstage? Schöne Filme? Hanfprodukte? Gespräche untereinander? Naturschauspiele? Freundschaften und Ideen? Das Leben selbst? Sanfter Tourismus? Subsistenzwirtschaft? Homoöpathie? Artenvielfalt? Nachbarschaftshilfe? Tempolimits? Das Dreiliterauto? Gleichberechtigung am Arbeitsplatz? Aufhebung des Ladenschlusses? Naturbelassene Rohkost? Altpapier? Jute statt Plastik?

Nein, da ist nicht viel, was veranschlagt werden kann – in diesem Kosmos der Ökologiebewegung wär' der Mars ein prima Planet. Es gäbe auch, ein weiterer Vorteil, keine Zeitungen dort.

Konkret 09/96, S. 50

Georg Seeßlen

Benzin und Bölkstoff

Eine Idylle männlicher Regression: »Werner« oder die Verflüssigung der Welt

1

Es ist ein Mißverständnis, den anhaltenden Erfolg von Brösels (alias Rötger Feldmanns) Comic-Serie »Werner« sowie der dazugehörigen Filme und Devotionalien über Technik und Mythologie des Komischen erklären zu wollen. Jeder Idiot und jede Idiotin kann erklären, daß »Werner« seit 15 Jahren die immer gleichen heftigen Un-Pointen liefert und eigentlich gar nicht komisch ist. Es sei denn, man findet etwa folgendes komisch: Werner und sein Freund stehen mit ihren Motorrädern neben einem Halteverbotsschild. Da kommt ein Polizist und mahnt, hier dürfe man nur zum Be- und Entladen stehen. Woraufhin Werner ihm eine mächtige Ladung über die Uniform kotzt, von wegen entladen. Das ist nicht sonderlich komisch, aber es »funktioniert«; es zeigt in vier, fünf Zeichnungen, die eine gewisse Dynamik mit einer rotzfrechen Behauptung von Amateurstatus verbinden, eine ganze Welt und ihre Verteidigung. Und wie jeder Mythos besteht auch die Werner-Welt aus einem in sich unlösbaren Widerspruch. Es ist der zwischen Anarchie und Regression.

Werner ist natürlich sehr holsteinisch, das gehört zu seiner »Authentizität« oder was. Aber er ist vor allem sehr deutsch. Wenn sich in der populären Kultur auch noch so universalisierte und nivellierte Produkte herausbilden, beim Humor hört dieser universalökonomische Spaß auf. Gewiß, die ganze Welt vermag über die »Golden Girls« oder »Die nackte Kanone« zu lachen; es gibt eben auch Humorbilder für globale Entfremdungs- und Unterdrückungselemente. Aber es bleibt eine unerfüllte Lachgier nach Konkretion; es gibt Dinge, über die ein Metzger in Osaka lacht, ein bayrischer Polizist oder ein friesischer Freak, bei denen der Rest der Welt allenfalls punktuell und möglicherweise aus ganz anderen Gründen mitlacht. Eine Art Gastlachen, im besten Fall.

Lachgeschichten sind dazu verurteilt, in gewaltigen Extremen aufzutreten; als Einladung zum Mitlachen und als Ausschließungsritual. Daher lachen wir oft über Dinge, die gar nicht komisch sind, weil uns unser Einverständnis darüber so glücklich amüsiert, daß wir mit einem Bild und ein paar Worten »wir« und »die anderen« definieren können. Die Psychologen mögen das Regression nennen – wir schämen uns ja auch fast immer ein bißchen für dieses Definitionslachen – aber es ist andererseits auch ungemein solidaritätsstiftend. Und irgendwie gesund. Es gibt kein WIR ohne eine Art, über bestimmte Dinge gemeinsam zu lachen.

So gibt es eine Postmoderne des lacherzeugenden ästhetischen Produkts, die zwei scheinbare Gegensätze wieder zusammenbringt. Einen massenhaft verbreiteten Witz, der nur in der Einsamkeit verstanden werden kann. Gary Larsons »Far Side Col-lection« zum Beispiel hat den bizarren Effekt, ihre Konsumenten in ein zweites euphorisches Gefühl zu versetzen, nämlich nicht nur über einen bizarren, gezeichneten und literarischen Scherz zu lachen, sondern ganz *allein* darüber zu lachen, ja in diesem Lachen nichts anderes zu erfahren als kosmische Einsamkeit.

Das massenhafte Isolationslachen begann vielleicht mit der ökonomisch interessantesten Verbindung von religiös bestimmter Moralität und Lachkultur, mit den »Peanuts« von Charles Schultz, die noch funktionieren als vereinigende Merchandising-Semiotik, nicht mehr aber als mediales Gemeinschaftserlebnis (wie, ganz anders, etwa Disney-Phantasien). Die Voraussetzung dafür, über einen Charlie-Braun-Witz zu lachen, ist die Anerkennung des Umstandes, daß ich verdammt, schmerzhaft und nicht unkomisch allein bin. Karneval und Kosmos im Lachen zu vereinen, war natürlich auch nicht das Ziel der Frankfurter Schule des Humors, die in ihren besten historischen und ästhetischen Augenblicken die furchtbar komische Dialektik zwischen kollektivem Anspruch und lebenspraktischer Einsamkeit spürbar machte, ohne eines von beidem zu denunzieren. »Werner«, das soll kein Vorwurf sein, ist genau das Gegenteil von alledem.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Comic-Heroen der deutschen Szene, König und Moers, die sich ja bis zur gelegentlichen Verschmelzung ihrer Bildwelten zur Zusammenarbeit entschlossen: Königs Humor ist ein Wir-Humor (nicht etwa ein ideologisch oder sexuell bedingter Schwulen-Humor, sondern ein Wir-Humor von Generation und Kultur, der stets das, was er satirisch in Frage stellt, eben immer auch erst einmal schafft und der eine Szene produziert – oder die Illusion einer Szene, die sozusagen natürlich einmal in den Niederungen neudeutscher Filmkomödien konsensfähig werden muß); Moers' Humor ist eher ein Ich-Humor, der Humor von Menschen mit der Erfahrung, nicht recht dazuzugehören: Rache-Humor. Wenn sich beides begegnet, sind alle happy. Mehr oder weniger.

Die Konkurrenz zwischen dem Wir-Witz und dem Ich-Witz, zwischen einem Humor, der die Lust schafft, in einem bestimmten sozialen und kulturellen Umfeld mit seinen Widersprüchen zu leben, und der Lust, den sozialen und kulturellen Umfeldern, in denen man lebt, ohne ihnen anzugehören, wenigstens die logische, semantische Gewißheit zu rauben, schafft die Dynamik der globalen Lachkultur der achtziger und neunziger Jahre. »Werner« ignoriert sie einfach durch konsequentes Ausweichen an die Peripherie. Das Lachen oder sein soziales Double sind immer schwieriger zu erreichen, und zugleich wächst die panische Sucht danach. Das Funktionieren der deutschen Filmkomödie und des deutschen

gezeichneten Humors ist sehr stark davon geprägt, daß mit dem Komischen eine sexuell und politische korrekte Lachanleitung mitgeliefert wird.

Wie auch immer: Das Lachen hat weniger mit einer »Nation« zu tun als mit den Beziehungen der Klassen und ihrem Schein. Im Komischen treffen sich die Unterdrückung und das Unterdrückte, freundlich wie Agenten verfeindeter Mächte. So sind die Fluchtpunkte der deutschen Komik in diesen Jahren, die glaubt, vom Komödienstadl-Mainstream entfernt zu sein, zwei mehr oder weniger synthetische soziale Fluchtwelten: das »Flippige« in der Szenerie eines ständig auf der Suche nach Beziehungen und sexuellen Identitäten scheinenden neuen Kleinbürgertums und das »Obszöne« in der Szenerie eines kindischen, im Billig-Rausch befindlichen Prolotums.

Die beiden (komischen) Fragen nach dem Körper stellen sich im neudeutschen Humor auf die alte Art und bekommen neue Antworten. Die alte bürgerliche Frage: Was will der Körper? Die neue bürgerliche Antwort: Man weiß es nicht so recht. Aber was immer er will, er will es am falschen Ort und gegenüber dem falschen Objekt. Weshalb der Humor des neuen deutschen Kleinbürgertums auch ganz der des alten ist: die Produktion von »Peinlichkeit«. Die alte proletarische Frage: Was kann der Körper? Die neue sub- und proto-proletarische Antwort (die möglicherweise am meisten von eben jenem Kleinbürgertum genossen wird, das nicht so recht weiß, was der Körper wollen und sollen darf): Er kann sich entziehen, er kann sich entleeren, er kann sich verflüssigen. Der komische Körper des Proto-Proletariats im neudeutschen Humor zelebriert genußvoll und radikal, daß man einen Körper am besten dann als soziale Waffe einsetzt, wenn man ihn schneller selber ruiniert, als er durch Arbeit und Unterdrückung ruiniert werden kann. Das ist natürlich zugleich subversiver Akt und vorauseilender Gehorsam, das ins Lustig-geile gewendete Weltbild des Kohlismus: Karriere-Kleinbürger und Verweigerungs-Proll treffen sich offenbar in der Produktion des Peinlichen; was dem einen widerfährt, stülpt der andere lustvoll nach außen.

2

Werner, also. Er ist ein lebensfroher, unbedarfter, irgendwie unschuldiger Lehrling in der norddeutschen Ebene; Überbiß und vier bis fünf abstehende Haare, unerschütterlich frech optimistisch-debiles Grinsen. Werner hat im Comic-Panel ein bißchen von dem, was Roberto Benigni im Filmbild hat, er ist auf eine so unverschämte Art präsent, ungeachtet jeder Bedeutung oder jeder Kommunikation, daß er sogleich wie die Rache aller unserer Reduzierungen an der Welt der Konventionen und Sophistikationen erscheinen muß. Er ist Weltmeister im Da-Sein. Seine Stärke ist nicht, daß er seine Häßlichkeit nicht bemerkt, sondern daß er sie ungeheuer vergnügt einsetzt. Ein semantisches Monstrum, dem zu begegnen wir in der Wirklichkeit uns hüten würden: Es verdirbt jeden Ansatz zu kultiviertem Leben. Werner gönnen wir allen anderen, nur nicht uns. Seine Leidenschaften sind Biertrinken (Bölkstoff) und mit allem was knattert, kesselt und rast, über die Straßen zu brettern. Er hat Freunde, Eckhardt oder Andi zum Beispiel, die auch biertrinken und brettern wollen, und Feinde, die, wie Nobelschröder, mit ihrem Besitz und ihrer Position angeben und bei Getränk und Treibstoff Feineres verwenden. Dann ist da noch Meister Röhrich, ein Klempner mit wenig Aufträgen, bei dem Werner gelegentlich so tut, als tät' er arbeiten, und Bauer Horst, in dessen Stall die Basteleien steigen. Weiter kommen vor Motorrad-Rocker, doofe Polizisten und ganz am Rand auch Mädchen.

Das genügt völlig, um jede Menge Geschichten zu erzählen, in deren Mittelpunkt meistens irgendeine Wette oder ein Rennen steht, und wo man sich gegenseitig reinlegt, säuft und kotzt, möglichst wenig arbeitet (»Arbeit zieht Arbeit nach sich«) und das Leben in permanentem Bier- und Benzin-Dusel verlebt, aus dem man nur durch die kesselnden Motoren für eine Zeit geweckt wird. Die Pointen sind spärlich, das satirische Potential minimalisiert, die Gag-Technik ausgesprochen durchsichtig, der Zeichenstrich grob aber beschwingt. Nie gibt es ein Durchbrechen der Erzählebenen, die Reflexion der Erzählweisen: Das beinahe Komischste an »Werner« ist die konsequente Vermeidung von sophistication. Aber für den Erfolg einer solchen Serie ist das vollkommen zweitrangig. Das Wesentliche ist die Schaffung einer bewohnbaren Traumwelt, in der alles miteinander widerspruchsfrei funktioniert und in der man sich beim Lesen vollkommen geborgen fühlt.

Es ist die Welt einer ewigen Pubertät, die Bewegung ist nur Ausdruck vollkommenen Stillstandes, alles wiederholt sich in Kreis (und wie bei »Asterix« haben die großen Werner-Erzählungen eine Kreisform: alles endet da, wo es begonnen hat), die Welt Werners ist in sich vollkommen geschlossen. Und in ihr hat jeder seinen Platz, den er selber in ewigem Kreisen um sich selbst erfüllt. Der Meister Röhrich erlebt Explosionen und allerlei Unfälle, er gerät in die peinlichsten Situationen, Haut pellt sich von Nase und Fingern und gibt den Körperteilen ein reichlich obszönes Aussehen. Es gibt in der Welt von Werner so gut wie keine Sexualität, Frauen würden die Werner-Nische sowieso zerstören und müssen daher außen vor bleiben, auch wenn der Held sich schon einmal aus der Ferne verlieben kann, aber Frauen wollen auch immer was und gehen dann doch meistens mit den Nobelschröders dieser Welt. Aber es ist zugleich eine durch und durch sexualisierte Welt; vor Werners Augen verwandelt sich die Welt in einen Super-Organismus, der sich immer wieder erruptiv entladen muß.

»Werner« ist also im Grunde eine als Komik getarnte Idylle ungestörter männlicher Regression. Das Komische definiert dabei eigentlich nichts anderes als das Drinnen und das Draußen. Wer draußen bleiben muß: die Bullen (insofern hat Werner gleichsam automatisch etwas »Anti-autoritäres« an sich), Schnösel (insofern kann Werner glatt als Prolo-Held durchgehen), Frauen, wie gesagt, Spießer und Geschäftemacher (die mit schöner Regelmäßigkeit irgendwie in die Luft gesprengt, überfahren oder sonstwie plattgemacht werden). Wer hinein darf, sind Kumpels, Käuze, Tiere (wie Borsti, das Schwein in Werners neuem Film), Bölkstofflieferanten, Rocker und alle, die was mit Maschinen zu tun haben.

3

Das Glück bei »Werner« ist das langsame Zerfließen, die Verflüssigung aller Wahrnehmung und Kommunikation. Verflüssigung ist das Ziel der Sprache, Verflüssigung das der Bewegung. Es entsteht in dieser geschlossenen Welt aus cartesianischen Kreisläufen von Bier, Benzin und anderen goilen Flüssigkeiten, und daß hier so viel gepinkelt, gekotzt und gespuckt werden muß, ist nicht bloß kindische Provokation, sondern auch Teil der Verflüssigungsstrategie. Die endlosen Kreisläufe von Bölkstoff, Pisse und ausgespiehenen Säften entlocken den kleinen Mädchen (im Kino) ein entzückt-pflichtschuldiges »Ih, wie ekelhaft«, den Jungen ein entzückt-pflichtschuldiges dreckiges Lachen. Aber das ist nur Tarnung. Über »Werner« will man nicht lachen, Werner will man sein. Nicht vor der Wirklichkeit fliehen, wie man das früher tat, keine utopischen Gegenentwürfe bilden, sondern die verlassensten Ecken der deutschen Peripherien besetzen, und dort so flüssig werden, daß jeder Griff von Autorität und Wirklichkeit dazu führt, daß der Rest der Welt naß gemacht wird, etwa so wie in dem eingangs erwähnten Strip der Polizist. Die Antwort auf alle Fragen der deutschen Klassen, Generationen, Geschlechter und Kulturen ist: Verflüssigung. Und deswegen ist Werner auf seiner Maschine auch nicht unterwegs. Er kommt nie irgendwo anders hin, er verflüssigt nur sein Territorium.

4

Werner übertritt seine Zeichen-Welt als Ausweis für ein sehr teutonisches Bedürfnis: »Authentizität«. Für die Macher, Brösel, seinen Bruder Andi und Lebensgefährtin und Coloristin Kirsten Staak gibt es, jedenfalls öffentlich, keinen wesentlichen Unterschied zwischen Leben und Kunst. So wie Helge Schneider womöglich immer noch die Witze erzählt, die er immer im Mülheimer Eduscho-Café erzählte, so erzählen Brösel und die seinen immer noch dieselben Holstein-Phantasien. In der Lachkultur hat die deutsche Provinz längst schon wieder über ihre Metropolen gesiegt. Und wie das Leben zum Comic, so wird eben auch der Comic wieder zum Leben. Selbst ein Rennen zwischen Porsche und Horex ist einmal drin, und dabei klappt natürlich genauso wenig wie in den Werner-Comics, dafür ist alles eine goile Paahdy. Wenn man die »Wernersens«, die Zeichner und die Gezeichneten, genauer ansieht, so hat sich ihnen offensichtlich auch das Geld ganz buchstäblich verflüssigt. Es nimmt keine Gestalt mehr an, konstruiert keine soziale Hierarchie mehr. So realistisch der Bruch mit dem bürgerlichen Mythos, Geld sei so etwas wie Ausdruck von Arbeit – in der Werner-Welt ist Geld immer da, wo keine Arbeit ist, und umgekehrt – , so irreal ist die Utopie der Selbstverflüssigung ohne deren brutales Ende. Die Wernersens konsumieren und produzieren Flüssigkeiten, aber sie bluten nicht. Wir ahnen: diese Verflüssigung ist ökonomisch wie körperlich ein Fake. Es konstruiert sich nur ein letzter, absurder Kreis: Um wirklich (»authentisch«) so leben zu können, wie es sich in der subproletarisch-kindischen Werner-Welt lebt, muß man eine Menge Kies verdienen, so oder so. Und man darf nichts riskieren.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 7/96 über deutsche TV-Serien und ihre Vorbilder

Konkret 09/96, S. 52

Hermann L. Gremliza

Buch & Deckel

Erwin Riess: Herr Groll erfährt die Welt. Im Rollstuhl durch gelähmte Zeiten. Elefanten Press Verlag, Berlin 1996, 190 S., 29,80 Mark

»Die gesundesten und schönsten, regelmäßigst gebauten Leute sind die, die sich alles gefallen lassen. Sobald einer ein Gebrechen hat, so hat er auch seine eigene Meinung«, sagt der bucklige Georg Christoph Lichtenberg. »Wer im Rollstuhl sitzt, schaut der Wirklichkeit unter den Rock«, sagt der Rollstuhlfahrer Erwin Riess. In *Herr Groll erfährt die Welt* führt sein grollendes und rollendes Alter ego Dialoge mit dem Magister Tritt, einer Art *dressman* der Zivilgesellschaft, der mit seinen wohlmeinenden rosagrünen Allerweltsansichten mal den Stichwortgeber, mal den Prügelknaben, mal den geistigen Stiefzwilling machen darf – je nach Charakter des Stücks, ob Polemik, aufklärerischer Disput oder Erzählung.

Herr Groll ist Politik, Philosophie und Poesie. Politisch ist sein Rollstuhl »ein notorischer Stalinist«, und der Fahrer läßt sich nicht lumpen: »Bei der Pflegegeld-Demonstration vor dem Finanzministerium wurde ich Zeuge, wie mehrere Rollstuhlfahrer >Ausländer raus!< brüllten, nachdem die Behindertensprecherin der FPÖ dazu aufgefordert hatte.« Er habe daraufhin skandiert: »Behinderte raus!« Und weil es »vom Volk zum Völkischen nur ein Leitartikel« ist, ruft Groll: »Patrioten aller Länder, verpißt euch!«

Magister Tritt erinnert an den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan. Groll: »Stimmt. Sieben Jahre lang durften Mädchen in die Schule gehen ... « Tritt vermißt die Achtung vor den Menschenrechten? Groll: »Es gibt nur ein Menschenrecht: Das Menschenrecht auf Revolution.« Die Bauarbeiter, sagt Tritt mit Ökopathos, »verstümmeln den Fluß, zwingen ihn in Beton«. Groll: »Sie bauen Wege für Rollstuhlfahrer. Sie öffnen uns den Fluß und damit die Welt. Beton ist, was wir daraus machen ... Sie werden von mir nie ein Wort gegen rollstuhlgerechte Donaubegleitwege vernehmen.« Und die Bewahrung und Wiederentdeckung »historisch« gepflasterter Fußgängerzonen? Groll: »Achsbrüche, tagelanges Doppelsehen und hartnäckiger Drehschwindel ...« Die Liebe zum Tier? »Ich will, daß Hundebesitzer den Kot ihrer Bestien mit der Hand auffangen, so daß ich endlich auch in Wien den Blick heben kann, wenn ich mit dem Rollstuhl durch die Stadt fahre.«

Zur Abrechnung mit dem Realsozialismus kann ihm Tritt, der auch ein realer Sozialdemokrat ist, kein Stichwort geben, und warum die Kritik des Kommunismus nur die Aufgabe von Kommunisten sein kann, führt der »zukunftsfrohe Marxist« Groll vor: »Andererseits behaupten die Behinderten schon durch ihre Existenz die Möglichkeit einer anderen Lebensform. Sie sind ein lebender Widerspruch, der darauf hindrängt, die Grundlage dieses Widerspruchs, die Unterwerfung der Menschen unter die Zwänge der Plusmacherei, umzuwälzen. Aus diesem Grund spiegelt ja auch die Art des gesellschaftlichen Umgangs mit Behinderten die zivilisatorische Stufe der jeweiligen Gesellschaft wider ...« Und bitter, aber wohl wahr: »Die Marxschen Gedanken sind zuerst in den Behindertenghettos des Realen Sozialismus erstickt ... Die Ikone war der schweißüberströmte, siegessichere Facharbeiter. Muskeln wie ein Gebirge, Blick in die Ferne, Fäuste wie ein Amboß ... Das Menschenbild des Sozialismus ist ... durch und durch rassistisch.«

»Übrigens möchte ich Kuba von diesem Befund ausnehmen«, sagt Groll, der schließlich auch damit Lichtenbergs Aphorismus Ehre erweist.

Konkret 09/96, S. 52

Jürgen Roth

Buch & Deckel

Arno Schmidt Stiftung: Hefte zur Forschung; Heft 1: »Vielleicht sind noch andere Wege – «; Heft 2: »Teiche zwischen Nord- und Südmeer«; Heft 3 (hrsg. v. Susanne Fischer): »>Umgängliche Nachbarn erwarten euch< – Zu Arno Schmidts >Die Umsiedler<«, Bargfeld 1992-1995, jeweils 30 Mark

Einem Autor wie Arno Schmidt schien man sich über Jahrzehnte hinweg nur auf zweierlei Weise nähern zu können: Entweder fielen seine nicht eben zahlreichen Leser vor dem als singulär eingestuften Dichter auf die Knie und verharrten in der Pose jener Verehrer, denen sich mit der Auserwähltheit ihres Objekts auch die Exklusivität ihrer eigenen Gunstbezeugung verband; oder, was wunder, Schmidt, der egozentrische und versponnene Einsiedler, wurde psychoanalytisch ausgeleuchtet und als Vaterfigur, die er zuvor hatte abgeben müssen, um die Ecke gebracht.

Beide Zugänge werden zwar immer noch gepflogen, und item das »Dechiffriersyndikat« um Jörg Drews betreibt nach wie vor die eifrige Bekanntgabe entschlüsselter Stellen per »Bargfelder Boten«; doch auf literaturwissenschaftlichem Terrain fehlte bis vor wenigen Jahren eine Auseinandersetzung mit dem Schmidtschen Werk, deren Rezeption ebenso lehrreich wie erfreulich ist.

Während Schmidt auch an den Universitäten nur sporadisch zur Kenntnis genommen wird, offeriert die Arno Schmidt Stiftung in Bargfeld seit 1992 mit ihren »Heften zur Forschung« ein Forum, das sich von der hobbyartigen wie der positivistisch überreizten Sammel-, Such- und Sortierwut gleichermaßen abhebt und dem Werk Schmidts erstmals wirklich gerecht zu werden vermag, indem ihre Autoren die Texte und deren biographische oder zeitgeschichtliche Deutung in den Vordergrund stellen. Bernd Rauschenbach begegnet mit seiner Analyse der Erzählung »Seelandschaft mit Pocahontas« dem pfadfinderhaften Eifer, im subkutanen Bereich der Texte zwanghaft mythologische Muster und aus älteren Literaturen geborgte Modellbildungen ausfindig machen zu wollen, mit einer alle drei bislang erschienenen Hefte auszeichnenden Bedachtheit, die Schmidts Selbststilisierungen in Fragen der Konstruktion auf jenes Maß reduziert, das sich in einer abwägenden, nachvollziehenden Lektüre rechtfertigt: »Natürlich gibt es von Schmidt geplante Übernahmen und Anspielungen; aber vieles scheint auch nur nebenbei mit einzufließen, dient vielleicht der Illustration von Nebenaspekten, ruft eine flüchtige Assoziation hervor oder wird zum bloßen Kalauer; und ein großer Teil mag unbewußt, kryptomnetisch in den Text geraten sein.« Rauschenbach plädiert dafür, Schmidts Texte als Konstellationen zu begreifen, hinter oder in denen sich ein »Hallraum voller Bedeutungen« öffnet, der begangen werden kann, wenn man die ästhetischen Verfahren des Autors ins Zentrum rückt und auf eine detektivische Beweisführung für sich womöglich schlüssiger, die Artistik der Texte aber gründlich verfehlender Interpretationen verzichtet.

Indem in den »Heften zur Forschung« erstmals wirklich Schmidts Texte (und nicht wüste Konglomerate aus biographischen Delikatessen und Schmidtschen Original-»Aussagen«) vorgestellt und Sorgfalt wie Sachkenntnis unter Beweis stellende Untersuchungen zu einem sachlich begründeten, thematischen Ensemble zusammengefaßt werden, tritt gleichzeitig der »politische Schmidt« hervor. Literaturwissenschaft, die ihren Gegenstand ernst nimmt, ohne ihn zu knebeln, mißt sich daran, inwieweit sie in der Mikrostruktur der Texte selbst Bedeutungszusammenhänge zu rekonstruieren vermag, die nicht auf Protokolle eingesammelter »Aussagen« zusammenschnurren. »Was Schmidt zu einem politischen Schriftsteller von höchstem Rang macht, ist nicht nur, was der Text sagt, sondern vor allem, was sich in ihm zeigt«, konstatiert Jan Philipp Reemtsma in seiner Darstellung jener ästhetischen Modelle, die Schmidt im Frühwerk realisierte, um die Überlappung von nationalsozialistischer Epoche und bundesrepublikanischer Nachkriegsgeschichte anders kenntlich zu machen als die Heimkehrerdichter Borchert und Böll. Freilich durften deren schlichte und der kollektiven Selbstentschuldung höchst dienliche Deutungsangebote zur »Stunde Null« auf freudige Resonanz stoßen, auch im Lager der dem Dienst an der Moral verpflichteten Kritiker. Reemtsma hingegen präsentiert Schmidt als politischen Autor, weil er ihn *liest* – und demzufolge literarische »Kontaminationstechniken« offenlegen kann, mit denen Schmidt dem humanistisch hochgepäppelten literarischen Subjekt das dezentrierte, mortifizierte gegenüberstellt. Da Reemtsma Motivketten und metaphorische Verschränkungen bis zur »Ebene der TextMoleküle« verfolgt, gerät die deiktische Qualität von Literatur – gegenüber ihrer Reduktion auf Pädagogik – in den Blick: Nicht Mimesis oder parabelhafte Überformung, sondern das Etwas-Zeigen begründet eine am Text auszuweisende politische Position, die sich weder der rabiaten Stellungnahme noch dem Komischen verweigert. »Schmidt sagt nicht, es sei etwas so und so, sondern der Text zeigt es.« Nach einem Wort Adornos partizipiert große Kunst stets am Komischen, auch wenn sie sich der Ver- und Bearbeitung unermeßlicher Greuel zuwendet.

Eine Lektüre, die Schmidt als politischen und an Ich-Verwerfungen und -Spaltungen laborierenden Autor zu verstehen versucht, bedient sich der Philologie als Wissenschaft, mit deren Mitteln der Entstehungs- und Wirkungszusammenhang von Texten an den im ästhetischen Gebilde selbst verorteten sozialen Gehalt rückgebunden werden kann. Susanne Fischers Entfaltung von Figuren-, Zeit- und Raumkonstellationen in Schmidts *Das steinerne Herz* gelangt folglich über den Befund, Schmidt operiere mit »Mehrfachcodierungen auf jeder Ebene«, zu dem transparenten Schluß, daß sich die Immanenz des

Ästhetischen als politische Artikulation verstehen lasse: »Das poetische Verfahren selbst wird so letztlich zum Kommentar über die Lage in einer gründlich verwüsteten Welt.« Und Bettina Clausen bringt gegen allerorten übliche »bequemliche Lese-Identifikationen« das »Verfahren der Raum-Eröffnung« in Anschlag, wonach Schmidts durch zahllose Natur-Metamorphosen fundierter poetischer Materialismus einen Avantgardismus konstituiere, der sich weder programmatisch noch in der bloßen Summation hinreichend geläufiger Stilfiguren erschöpft.

Die »Hefte zur Forschung« folgen nicht der schlechten akademischen Gewohnheit, in periodisch festem Rahmen allerhand meist kreuzbelanglose Lesefrüchte auszubreiten. Sie stellen Lektüreergebnisse vor, die bewußt vorläufig bleiben und dennoch einen zuvor nicht erreichten Stand der Schmidtforschung markieren; dieser schließt die werkgeschichtliche Rekonstruktion, die biographische Information und die unprätentiöse Anekdote ein – und revidiert allzu wagemutige Urteile etwa über den angeblich arroganten, das hohe Lied der Knochenarbeit singenden Schmidt, wie sie einst unrühmlich und unvergleichlich durch Gerhard Zwerenz fürs entfremdungstheoretisch inspirierte Spektrum des Literaturbetriebs vorgetragen wurden.

Bestellungen an: Arno Schmidt Stiftung, Unter den Eichen 13, 29351 Bargfeld/Kr. Celle

Konkret 09/96, S. 52

Kay Sokolowsky

Buch & Deckel

Karl Markus Michel u. Tilman Spengler (Hg.): Kursbuch 124. Verschwörungstheorien. Rowohlt Berlin 1996, 208 S., 15 Mark

Erinnern Sie sich an die Prügel, die Umberto Eco fürs *Foucaultsche Pendel* bezog? Welch ein hellsehender und, jawohl: trendsettender Autor Eco gewesen ist mit diesem Schinken, sollten seine Kritiker spätestens jetzt zugeben, da sich, acht Jahre nach Eco, die halbe Welt und sogar die alte Tante »Kursbuch« mit Verschwörungstheorien die Zeit vertreiben.

Das Internet – berichtet Gundolf Freyermuth im Eröffnungsbeitrag – quillt über von Paranoia gegen Außerirdische, das Weiße Haus und (Coda:) die marsianischen CIA-Agenten, die sich wider das Menschenrecht aufs Tragen einer Schußwaffe verschworen haben. Im Kreml, erzählt Barbara Kerneck, werden vertrauliche Interviews nur noch en passant, buchstäblich, erteilt: Mit schnellen Märschen durch die Palastfluchten glauben Jelzins Beamten, den »überall eingebauten Mikrophonen« entkommen zu können.

Im zweitbesten Text des »Kursbuchs« analysiert Dieter Groh die Motive der Konspirationsgläubigen. »Verschwörungstheorien stellen eine ständige Versuchung für uns alle dar. ... Irrational sind sie nur insofern, als ihre Logik und ihr Kausalnexus fast immer der Realität überlegen sind.« Die Verführungskraft der Verschwörungstheorien verdankt sich überdies ihrer Anpassung ans manichäische Weltbild offenbarter Religionen. Die abgrundtiefe Bosheit der Konspirateure ist die des Satans; die strahlende Ohnmacht der wenigen Widerständler gleicht der von Märtyrern. Verschwörungstheorien erlauben es, »dissonante Wahrnehmungen« glattzubügeln: Die Welt wird wieder übersichtlich; Gott sei dank. Solch tröstlicher Aberglaube steckt auch hinter dem Wahn der Bärbels und Bohleys, daß alle Kritik an ihnen von »Stasi-Seilschaften« gesteuert wird – : Klug und nüchtern analysiert Wolfgang Engler das dringende Bedürfnis der »friedlichen DDR-Revolutionäre« nach einer Dämonisierung des MfS.

Der aufregendste Aufsatz dieses »Kursbuchs« aber stammt von Ola Tunander. Er berichtet von einer Verschwörung, gegen die Oliver Stones »JFK« aussieht wie eine Miszelle. »Der vielfache Mord an Olof Palme«, ein äußerst komprimiertes Stück, hinterläßt den Leser nicht bloß mit schwirrenden Kopfschmerzen, sondern mit der festen Überzeugung, daß ca. jeder zweite Bewohner Stockholms am Attentat auf den schwedischen Premier beteiligt war. Vor den zahllosen Verdächtigen kapituliert zuletzt auch Tunander und räumt ein, daß Palme durchaus von einem gewöhnlichen Straßenräuber erschossen worden sein könnte – »vor den Augen der gedungenen Mörder«; »die Grausamkeit des Zufalls« kam den Verschwörern zuvor.

Was neben diesem brillanten Artikel ein selten armseliges Zettelkastenprodukt wie das von Claus Leggewie über »Die amerikanische Paranoia«, Cay Hehners unverschämt das Thema verfehlender Abriß »Conspiracy-fiction« und Carmen Buttas grauenhaft verschmockte Mafiageschichte »Cu fu?« zu suchen haben, sollten die Herausgeber einmal erklären. Ansonsten man ja glatt an eine Verschwörung glauben möchte.

Konkret 09/96, S. 54

Uli Krug

Böse Juden, liebes Vieh

Was hat Tierliebe mit Menschenhaß zu tun, und wie hängen Tierrechts-Debatte und Euthanasie-Diskussion zusammen? Eine Polemik

Die hierzulande nur allzu gern ausgestellte, exaltierte Tierliebe ist keineswegs ein Zeichen für ein besonders empfindsames Gemüt, das mit der malträtierten Kreatur mitlitte, weil es auch in dessen Leid die allgegenwärtige Degradierung alles Lebendigen zum schieren Material des Warentauschs aufspürte. Ganz im Gegenteil gehört diese Tierliebe, die sich in deutschen Sprichwörtern, denen zufolge Tiere doch die besseren Menschen seien, mitteilt, zu den Grundzügen der autoritären Persönlichkeit und ihres »Zwangs-, Neid- oder Strafsyndroms« (Pohrt) – wie der Schäferhund zum Führer.

Mit einer prominenten Ahnenreihe, die den militanten Vivisektionsgegner Richard Wagner ebenso einschließt wie die Biodynamiker Rudolf Steiner und Heinrich Himmler, teilt das tierliebe Massenbewußtsein der BRD in den 90er Jahren ein und dasselbe Ressentiment – ein Ressentiment, das sich im Namen der Natur, sprich eines naturgemäßen Lebens, gegen die verderbte, naturferne, abendländische Zivilisation aufzulehnen meint. Was diesem Bewußtsein als unverrückbare Naturgesetzlichkeit vorkommt, der die menschliche Gesellschaft sich wieder zu unterwerfen habe, ist in Wahrheit aber das gesellschaftliche Zwangsverhältnis selber. Dieser Zwang, der den ihm Unterworfenen das Überleben nur als realisierte Ware Arbeitskraft gestattet, wird zur unhinterfragbaren Naturnotwendigkeit, zum ewigen Kampf ums Dasein, fetischisiert. Das Bild des Tieres in der gesellschaftlichen Mythologie veränderte sich in diesem Prozeß radikal.

Horkheimer und Adorno haben das sehr eindringlich in der *Dialektik der Aufklärung* beschrieben: Früheren Kulturen erschien es stets als »Verdammnis ..., in einen Tierleib gebannt zu sein«: Das Tier verkörperte dabei das Leid, aus dem kein Weg führt, »das Dasein ohne Licht der Vernunft«, denn »die Welt des Tieres ist begriffslos« und damit »aufs vital Vorgezeichnete beschränkt«. Gegen diese Beschränkung lehnte sich ursprünglich menschliche Vernunft auf, deren Wesen darin besteht, Bewußtsein von der Veränderlichkeit des vital Vorgezeichneten entwickeln zu können, um die Naturverfallenheit des Menschen zu lindern, wenn nicht aufzuheben. Doch schon in der Rede der frühen Aufklärung davon, daß der Mensch der Wolf des Menschen sei, verschiebt sich das Bild vom Tier: Der Vernunft, die sich allein in den Dienst des Warentauschs stellt, wird das Tier zur negativen Utopie. Seiner vorgezeichneten Natur unterworfen, bildet es nun das Role-model für das blinde Unterworfensein unter den Umschlag der Waren, der alles und jeden zum Material für seinen vernunftlosen Selbstzweck macht. Dieser Selbstzweck allein bestimmt, wer jagt und wer gejagt wird, wer lebt und wer stirbt: So wird »die ganze ausgetüftelte Maschinerie moderner Industriegesellschaften bloß Natur, die sich zerfleischt« (Horkheimer/Adorno). Je mehr sich der gesellschaftliche Schrecken der universalen Konkurrenz aller gegen alle dem archaischen Schrecken des »survival of the fittest« anähnelt, desto höher steigt die Natur und ihre Verkörperung im Tier in der Achtung der Ideologen. »Unschuldig« und seiner »natürlichen Bestimmung« angepaßt, exekutiert es seit Jahrmillionen die Ausmerzung der Schwachen und Überflüssigen: »Voraussetzung der Tier-, Natur und Kinderfrommheit des Faschisten ist der Wille zur Verfolgung« (Horkheimer/Adorno).

Wen wundert es da, daß in W. Pohrts Untersuchung über das Massenbewußtsein in der BRD (*Der Weg zur inneren Einheit*, Hamburg 1991) der Satz, daß Tierquälerei strenger bestraft werden sollte, von den Befragten nicht nur über alle sozialen und kulturellen Unterschiede hinweg allgemein geteilt wurde, sondern auch am höchsten mit dem Satz korrelierte, demzufolge der »Zuwandererstrom« aufhören müsse. Nicht zuletzt hat sich eine ökopazifistische »Linke«, die mit Vorliebe auf das hörte, was die Bäume ihr flüsterten, um die neuerliche Salonfähigkeit dieser – im wahrsten Sinne des Wortes – bestialischen Reflexe fetischistischen Bewußtseins verdient gemacht (so räsonierte beispielsweise bereits in KONKRET 10/88 ein Autor, von dem noch zu sprechen sein wird, angesichts von Robbenbabys und Pandabären über die »Notwendigkeit des sanften Verschwindens der Menschen von der Erde«): Der sich lange Zeit »links« gebende Geisteszustand, der die Kritik der Politischen Ökonomie zugunsten sogenannter Ökologie verabschiedete, der sich auf Kirchentagen und Ökocamps dem völkischen Erlösungsschmachten anschloß, und der die urdeutsche Lebensreform von Monteverita über Birkenstock bis zur Steinerschule wieder ausgrub, entdeckt folgerichtig in Zeiten, in denen der Weltmarkt in zuvor ungekanntem Ausmaß nicht mehr verwertbare Menschen ausstößt, sein Herz für Tiere.

Nicht mehr nur in einschlägigen Tierrechtscafés und im autonomen Blättchenwald jedoch treiben Veganer und Tierrechtler ihr Unwesen. Das liberale Feuilleton öffnet bereitwillig seine Pforten notorischen, zum Tierrecht sich bekennenden Betroffenheitsschreibern. Nicht fehlen darf dabei natürlich der Prototyp des sanftmütigen Dissidenzkatholiken, Eugen Drewermann. Sein »Plädoyer für eine neue Ethik, die den Menschen nicht zum Maß aller Dinge erhebt« (»Zeit«, 2.8.96), kämpft auf zwei Ebenen gegen die Aufklärung an: »Ökologisch« gegen »die Isolation des Menschen von der ihn umgebenden Natur« und »psychologisch« gegen »die Isolation der Vernunft vom Gefühl«. Ein Programm also, das mit professionell sanfter Rhetorik fordert, menschliche Gesellschaft mit der Invarianz des Naturkreislaufs in eins zu setzen und zugleich auf die Vernunft zu verzichten, die diese Gleichsetzung als unreflektierte Naturalisierung der Herrschaft des Tausches über die Menschen entlarven könnte. So sind für Drewermann »bestimmte finanzstarke Sondergruppen der

menschlichen Spezies« – früher nannte man diese noch unverblümt »jüdische Finanzaristokratie« – am »Artenegoismus« schuld, der dafür sorgt, daß »naturwidrig« und gegen jede »Artgerechtigkeit« dem der Scholle verhafteten Kleinbauern und seinen »fröhlichen Kälbern« durch Massentierhaltung die Existenzgrundlage entzogen wird.

Den größten Beitrag zur »Umweltzerstörung« und damit zum Leid der Tiere aber schreibt Drewermann in schlechter alter ökologischer Tradition der »Überbevölkerung« zu: Die Perfidie des Tierfreundes, der nach dem Bild des *nichtproduzierenden* Tieres und seines im vorab festgelegten sogenannten Nahrungsspielraumes auch das Verhältnis des Menschen zu seinen von ihm *produzierten* Ressourcen festlegt, vermag da, wo Unterverteilung herrscht, nur Überbevölkerung zu erkennen. Diese »neue Ethik«, die salbungsvoll – auf den Ökopaxjargon schielend – »die Integration des Menschen in die Natur fordert«, kann »im Kampf gegen die größte Gefahr der Menschheit, gegen die Überbevölkerung«, nur so ausfallen: Wo doch »90% des Zuwachses auf die Entwicklungsländer entfallen« und nach Drewermanns Meinung sowieso jedes »Problem des menschlichen Daseins«, wie »Krieg und Kriminalität« oder »Familiengründung und Kindesaufzucht« auf das »Echo aus 250 Millionen Jahren Säugerentwicklung in den Schichten des Zwischenhirns in unseren Köpfen« zurückführe, wäre im »sittlichen« Recht derjenige, »der ernsthaft verlangen wollte, *es solle weniger Menschen geben*, auf daß Schimpansen, Kattas und Warane ... eine Chance zum Überleben behielten«.

Während Drewermann unter Verwendung von baskischer Lyrik und Albert Schweitzer darumherumredet, daß seine Sorge ums Getier nur der maskierten Mordlust des Marktsubjektes an allen, die ihm seine eigene potentielle Überflüssigkeit vor Augen führen (»Überbevölkerung der dritten Welt«), geschuldet ist, werden andere aus dem »kritischen« Spektrum deutlicher. Der Schriftsteller Hermann Peter Piwitt verzichtete in der »Süddeutschen Zeitung« vom 13. April 96 auf jegliche pastorale Schleimigkeit – und auf seine eigenen pseudo-antikapitalistischen Phrasen von 1988. Denn er war es, der in KONKRET 10/88, wie bereits erwähnt, die Menschheit verschwinden lassen wollte und im Sozialismus »die Chance einer ökologischen Erziehungsdiktatur« sah.Wo Drewermann betulich auf 250 Millionen Jahre tierisches Zwischenhirn verweist, greift Piwitt ohne Zaudern in die Kiste reaktionärer Populärwissenschaft, die mit der Bezeichnung des Menschen als »Killeraffen« gesellschaftliche Konflikte schon immer als ewiges und notwendiges Produkt eines natürlich-angeborenen Aggressionstriebs erklären wollte. Und statt von den Möglichkeiten der Warane an der Seite einer dezimierten Menschheit zu schwärmen, läßt er seinen eliminatorischen Gelüsten gänzlich freien Lauf; deshalb auch bringt Piwitt einen Mann ins Spiel, dessen Erwähnung Drewermann tunlichst vermeidet – Peter Singer. Für dessen »praktische Ethik«, die versucht, »Grenzen zu bestimmen, zwischen unverzichtbarem und verzichtbarem Leben«, haut Piwitt die Faust donnernd auf den Stammtisch: »Denn so gründlich er (Singer, U.K.) die aristotelisch-jüdisch-christliche Tradition der Tierverachtung aufdeckt und kritisiert, so moderat, so angelsächsisch-pragmatisch ist er in seinen praktischen Konsequenzen. Er fordert nicht, was immerhin bedenkenswert wäre: die Halbierung der Bevölkerungszahl (!) in unseren überbevölkerten Verschwenderländern.«

Hat Drewermann noch das schändliche Wirken der »finanzstarken Sondergruppen« und die »Gefahr der Überbevölkerung« getrennt, so verbindet Piwitt umstandslos die beiden Hauptingredienzen der antisemitischen Tierliebe: einerseits das Verharren im Bewußtseinsstand eines bösartigen Kleinbauern, der noch nicht gemerkt hat, daß seit Jahrhunderten bereits ein Mehrprodukt erzielt wird und nicht etwa konstant große Vorräte durch zu starke Vermehrung zu schnell aufgezehrt werden, und der, statt sich beispielsweise die Frage zu stellen, wieso die Butterberge der EG in Kühlhallen vor sich hinranzen, lieber die halbe Menschheit umbringen möchte (1988 hätten’s auch noch etwas weniger Menschenopfer getan: »Wie denn wohl einer ... sich plötzlich mit der Entscheidung betraut sieht, entweder die letzten Fischotter oder zehntausend Menschen zu retten. Ernst sehe ich ihn abwägen: Was von beiden ist seltener, schutzbedürftiger, unersetzlicher, reicher an Talenten und weniger gemeingefährlich?«); andererseits die tierethisch sich gebende Wahnvorstellung des stets Konfusion verbreitenden ewigen Juden, der die im Einklang mit der Natur sich befindende arische Welt durch die Verlockungen des Geldes und des Fleischverzehrs aus ihrer artgemäßen Ordnung brachte.

Das, was Wagner, Hitler, die Anthroposophen und heutige nordisch-religiöse Ökoromantiker wie Baldur Springmann und Henning Eichberg eint, taucht als Kampf gegen einen »zweitausend Jahre lang religiös betonierten Rassismus der Menschenart« – in zeitgenössischer Diktion von Singer auch als »Speziezismus« bezeichnet – wieder auf. Das Beharren auf der Rückkehr zur sogenannten natürlichen Ordnung – ideologisches Abziehbild des kapitalistischen bellum omnium contra omnes – , für die das gesunde Tier steht, das seiner Bestimmung »Jagen und Gejagtwerden« nachkommen muß, schließt stets die Mentalität des Vernichters des Unnatürlichen – des Kranken und rassisch-genetisch Minderwertigen – ein: »The bizarre world of Germany«, in der, wie Daniel Goldhagen mit äußerstem Befremden festhält, als »moral imperative« galt, Kühen bei Viehtransporten genügend Raum im Waggon zu gewähren, während man beim nächsten Wagen kaum die Tür noch schließen konnte, weil er übervoll mit Juden gestopft war, war Konsequenz solcher Tierliebe. Wie sehr man auf den Ressentimentzusammenhang, der zwischen dem bösen Juden und dem lieben Vieh besteht, in Hinsicht auf die Öffentlichkeit baute, zeigt nicht zuletzt der NS-Hetzfilm »Der ewige Jude«, dessen Schlußsequenz, quasi als Gipfelpunkt der Verwerflichkeit, minutiös die Schächtung eines Kalbes vorführt.

Nun wähnen sich aber die deutschen Speerspitzen des Antispeziezismus zu Unrecht des Faschismus verdächtigt. Von Alice Schwarzer über Piwitt bis zur Gruppe »Linkswende« und ihrer Zeitschrift »Novo« werden sie nicht müde zu betonen, daß

Singer, der Autor von *Animal liberation* und damit geistiger Ziehvater der Bewegung, von aus Deutschland geflüchteten Juden abstamme und daß deshalb die wahren Faschisten diejenigen seien, die Auftritte des Tierrechtlers und Euthanasiebefürworters Singer zu verhindern suchten. Diesen absurden Umkehrschluß untermauern die Singer-Fans regelmäßig mit dem Hinweis, daß Linke und Behindertenorganisationen schließlich bei ihrer »intoleranten« Kampagne reaktionären Lebensschützern zugearbeitet hätten: Wer gegen Singer sei, halte es mit dem Erzbischof Dyba, schallt es sinngemäß aus jeder dritten Ausgabe von »Emma«.

Tatsächlich ist der Widerspruch zwischen Lebensschutz und Kindermord nur ein scheinbarer, denn an Mordlust fehlt es speziell altvölkischen und neurechten Lebensschutzhardlinern keineswegs. Betrachtet man beispielsweise den »Weltbund zum Schutze des Lebens«, die erste deutsche Organisation, die sich »Umweltschutz« auf die Fahne geschrieben hatte, so fällt bereits beim Blick auf die Namen ihrer Unterabteilungen, wie der vom Neonazi Jürgen Rieger geleiteten »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung«, auf, daß den Lebensschützern die Unterscheidung von lebenswertem und lebensunwertem Leben, die auch Singer umtreibt, bestens geläufig ist. Da beider Weltbilder vor Biologismus nur so strotzen, stimmen ohne jeden Zweifel die braunen Lebensschützer mit den Tierfreunden ebenfalls darin überein, daß etwas gegen die sogenannte Überbevölkerung getan werden müsse. Der Unterschied besteht einzig und allein im klassischen Rassismus, dem die famosen Lebensschützer frönen: Während die rechten Ökologen sich um die Aufzucht der höherwertigen arischen Rasse sorgen, Überbevölkerung also als zahlenmäßig ungünstige Relation zwischen hochwertigem und minderwertigem Menschenmaterial begreifen, kennt der »pragmatische« Utilitarist Singer keine rassischen Unterschiede beim überschüssigen Biomaterial (obwohl auch er als Metropolenbewohner Afrika meint, wenn er »Problem des Bevölkerungswachstums« sagt: »Wenn die Leute dort nicht so viele Kinder hätten, wären wir der Lösung des Hungerproblems einen Schritt näher«; »Novo«, Juli/August 96).

Noch unsinniger aber ist der Konter, mit dem Cornelia Filter in »Emma« 2/94 gegen das »Rede- und Publikationsverbot«, welches »die Fortschrittlichen« über den »provozierenden Singer« verhängten, aufwartet: Sie, die Fortschrittlichen, könnten den Ethiker nur zum »Nazi aufbauen«, indem sie »gänzlich seine Bedeutung für die internationale Tierbefreiung« ignorierten. Eines dieser tierliebenden Hauptverdienste, das die Emmas so richtig auf den Geschmack brachte, war das von Singer initiierte »Great Ape Project« mit der Forderung, die »Gemeinschaft der Gleichen« um die Menschenaffen zu erweitern. *Menschenrechte für die Großen Menschenaffen* – so der Titel des u.a. von Singer herausgegebenen Sammelbandes – fordert »Emma« voll Sensibilität und Mitgefühl. Da warb in »Emma« 6/94 dann auch die Affenforscherin Jane Goodall, bekannt aus der »Bunten« sowie aus Funk und Fernsehen, für eine Menschenrechtsdeklaration (das Kernstück des »Projects«), die ebenfalls in derselben Nummer abgedruckt war und der sich »frau« per Unterschrift gleich anschließen konnte. »Der Schimpanse, der Gorilla und der Orang-Utan ... haben geistige Fähigkeiten und ein emotionales Leben, die hinreichend sind, ihre Einbeziehung in die Gemeinschaft der Gleichen zu rechtfertigen«, steht in dieser Deklaration zu lesen; und daß dies »ein Augenblick (ist), da aus eben der westlichen Gesellschaft, die ihre Herrschaft so unerbittlich ausgedehnt hat, eine rationale (!) Ethik hervorgegangen ist, die die moralische Bedeutung der Zugehörigkeit zu unserer eigenen Spezies in Frage stellt«.

Den Rückfall der Vernunft in den blinden Kreislauf, in dem Verwertung und Natur identisch scheinen, bezeugt die Debatte um die Menschenrechte der großen Affen wie keine zweite. Bei der Biologin Goodall ist diese sekundäre Naturverfallenheit der Vernunft, die ihr ureigenstes Mittel, die Sprache, völlig verachtet, bereits zur degoutanten Vollendung gediehen: Nur in einem Nebensatz erwähnt sie noch, daß Schimpansen bloß »nicht sprechen können«, sich ansonsten aber – außer um 1 lächerliches Prozent DNA – nicht von den afrikanischen Sklaven der Neuzeit unterschieden. Gleichheit dessen, was ein Gesicht trägt, wird nicht mehr durch die in Sprache – ob geschrieben oder gesprochen – liegende Potenz des erkennenden Bewußtseins bestimmt, sondern durch die potentielle Fähigkeit, stumpfsinnigste Industriearbeit verrichten zu können. Singer zustimmend zählt »Emma« 4/94 folgende Kriterien auf: Ein Schimpanse benutzt Werkzeuge, erlernt die Anfangsbegriffe der Taubstummensprache und ist fähig, aus einer wechselnden Anzahl von Gegenständen immer den mittleren herauszugreifen. Vergessen wurde hier nur, daß er vermutlich auch fähig ist, eine Stempelkarte in die Stechuhr einzuführen.

Bei der »rationalen Ethik«, von der in der erwähnten Deklaration die Rede war, handelt es sich also um eine Ethik der industriellen Rationalisierung. Mit diesem Manöver wird die Grenze zwischen Mensch und Tier als durch Vernunft, d.h. Bewußtwerdung, komplexe Kommunikation und Wissenskumulation bestimmte aufgehoben und die Rechtsgemeinschaft nur durch die zumindest potentielle industrielle Verwertbarkeit ihrer Mitglieder bestimmt. Dieser Imperativ bestimmt bei Singer die Grenze zwischen »personalem«, erhaltenswertem Leben und »nicht-personalem«, zur Vernichtung freigegebenem Leben. Daher rührt auch sein Insistieren auf den Menschenaffen, das Primat der Primaten: Die Wal- und Delphinbegeisterung teilt zwar zweifelsohne das tierrechtelnde Ressentiment gegen die Vernunft mit Singer, verfehlt aber den Praxisbezug der Euthanasie, der durch die virtuelle industrielle Potenz der Affenhand hergestellt wird.

»The Great Ape Project« entpuppt sich als das, was man bei der Autorenschaft Singers und Konsorten sowieso vermuten mußte: als Tateinheit von Tierrecht und Euthanasie. Diese streift so das ihr zu eng gewordene historische Korsett des Nationalsozialismus ab, um die Mordlust »pragmatisch« zu verallgemeinern. Der sich mit Verweis auf die Fähigkeiten von

Menschenaffen legitimierenden »rationalen Ethik« geht es nicht mehr so sehr um die Züchtung wahnhaft bestimmten Volks und Rasse, sondern nur noch um die nun schrankenlose, ebenso wahnwitzige Bestimmung von Verwertbarkeit oder Nichtverwertbarkeit des ihr anheimfallenden Menschenmaterials. Singer und die Gilde der Bioethiker sind nur dann keine Nazis, wenn man sich diese nur als »Stürmer«-lesende Stammtisch-Antisemiten vorstellen kann. Seinesgleichen stellt vielmehr die Weiterentwicklung des bevölkerungsplanenden, kühl-rationalen Typus' »Vordenker der Vernichtung« dar, der sicherlich über den »Stürmer«-Pöbel die Nase rümpfte, der aber deshalb um so mehr das verkörpert, was bereits Goethe im *Faust* befürchtet hatte: »Er nennt's Vernunft und braucht's allein, nur tierischer als jedes Tier zu sein.«

Die Verdoppelung des Wahns in hie Strategen und da Sturmabteilungen kennzeichnet allerdings auch den postnazistischen, ökologisch-tierlieben »Gemütsfaschismus« (Pohrt). Im wohlanständigen Feuilleton, im feministischen Magazin oder in einer liberal-linken Kleinzeitschrift kocht ein jeder mit dem Versuch, die Grenze zwischen Mensch und Tier aufzuheben, noch sein eigenes Süppchen: Dienen sich die Drewermanns und Piwitts als ökologische Stichwortgeber globaler »Bevölkerungspolitik« an, so betreibt die Differenzfeministin, indem sie sich ihrem Kätzchen gleichmacht, die lang ersehnte Regression aufs scheinbar biologische Substrat, und der »Novo«-Redakteur darf sich wieder politikfähig-nahe beim Volk wähnen, wenn er die Diskussion der Euthanasie deswegen fordert, um sich selbst einzureden, daß »die Bevölkerung der ›volksbiologischen Reinigung‹ keine Symphatien abgewinnen konnte« (»Novo«, Juni/August 96).

Blank und ohne strategischen Überbau hingegen tritt die innere Motivation, mit der sie alle an der »Selbstzerstörung der Aufklärung« (Horkheimer/Adorno) arbeiten, der um sich schlagende Vernichtungswille des fetischistischen Marktsubjekts nämlich, bei der veganen »straight edge«-Bewegung zutage. Das 1995 in Deutschland nachgedruckte vegane Kultbuch *A Declaration Of War. Killing People To Save Animals And The Environment* eines gewissen »Screaming Wolf« spricht Klartext: »Liberators firmly believe the best thing that could happen to the Earth and all of its non-human inhabitants is that human societies come to an end, along with all people. Human caused destruction to the environment and to other creatures would end. The tyranny of humankind would be over. That is a cause for which liberators would gladly martyr themselves.«

»Es lebe der Tod« und »Nieder mit der Intelligenz« hatten Francos Bataillone sich auf die Fahnen geschrieben, als sie in ihre Blutbäder zogen. Heute sind dies die Losungen der Tierrechtler und Animal-Liberators.

Uli Krug schrieb in KONKRET 7/96 über Rockmusik und »nationale Identität«

Konkret 09/96, S. 58

Otto Köhler

Ablenkungsmanöver

Hat der Filmhändler Leo Kirch den Bertelsmann-Konzern über den Tisch gezogen?

Deutschlands Kommerzfernsehkonsumenten sind aufgeteilt unter zwei Konzerne, die sich bis zum Juli 1996 erbittert bekämpften. An der Spitze des einen steht ein Mann, den der sachkundige Axel Springer einen »Kriminellen« nannte: Leo Kirch. An der Spitze des anderen steht einer, der sich seit Mitte August darauf spezialisiert hat, mit einer nicht zu definierenden Energie seinen mit Haftbefehl belangten Aufsichtsratsvorsitzenden herauszuhauen: Mark Wössner, der Chef von Bertelsmann.

Bis dahin konnte man meinen, Wössner habe etwas von der Ehrenpussligkeit des Konzerngründers Reinhard Mohn mit ins Geschäft gebracht. Doch am 12. August tobte Wössner im Springer-Blatt »Die Welt« gegen eine »Dreckkampagne« los. Die Berliner Staatsanwaltschaft hatte Haftbefehl gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden von Bertelsmann, den Thyssen-Chef Dieter Vogel erlassen: Nichts Besonderes, nur die übliche Wiedervereinigungskriminalität, deren formelle Amnestie noch aussteht, also Betrug, Unterschleif, Bilanzmanipulation zuungunsten eines der eroberten ostdeutschen Betriebe, was belanglos wäre, aber schließlich auch – und das zählt – zuungunsten von Birgit Breuels Treuhand.

Bundesfinanzminister Theo Waigel hatte 1990 für die gesamte Treuhandspitze einen Freibrief ausgestellt, mit dem sie der »Freistellung von der Haftung für grobe Fahrlässigkeit« im Umgang mit dem ostdeutschen Volksvermögen teilhaftig wurde. Das kam 1994 in einer Sitzung des Treuhandausschusses heraus, von der die Öffentlichkeit sorgsam ausgeschlossen worden war. Diese Freistellung bedeutete, wie Waigel in einem Brief ausdrücklich erläutert hat, das Außerachtlassen »einfachster und naheliegendster Überlegungen«. Und das hieß – wie die Regensburger Amtsrichterin und SPD-Bundestagsabgeordnete Erika Simm dem Ausschuß erläuterte – , daß die Treuhandspitze beim Umgang mit dem DDR-Volksvermögen zur »gröblichen Außerachtlassung der im Geschäftsverkehr üblichen Sorgfalt« ermächtigt war. Birgit Breuel erklärte den Ausschußmitgliedern, diese Freistellung von der Haftung für eigene grobe Fahrlässigkeit sei »die zwingende Voraussetzung« gewesen »für die große Verantwortung, die wir übernahmen«. Kurz, die Waigel-Ermächtigung war ein vollkommener Ablaß für jeden Unterschleif, jeden Betrug, wenn er nur zur eiligen Desindustrialisierung Ostdeutschlands führte. Und so gibt es heute der Statistik zufolge lediglich 1.800 Fälle von Wirtschaftskriminalität, die im Bereich der Treuhand aufgedeckt wurden, alles andere lief legal.

Aber – und das bereitet dem Thyssen-Chef und Bertelsmann-Aufseher Vogel jetzt einigen Kummer – der Waigel-Jagdschein galt nur für die Anführer der nicht zu definierenden Vereinigung Treuhand, nicht eigentlich aber für die Klientel, die durch den Waigel-Erlaß nicht ausdrücklich vor dem Zugriff der Staatsanwaltschaft geschützt ist. Vogel war offensichtlich guten Glaubens, daß er mit Ostvermögen ebenso umspringen dürfe wie die Treuhand, und sieht sich jetzt von der Staatsanwaltschaft mit dem ihm unverständlichen Vorwurf konfrontiert, die Treuhand bei der Abwicklung des ehemaligen DDR-Betriebes AHB Metallurgiehandel um 73 Millionen Mark geschädigt zu haben. Einem Mann, der seit langem fest im bundesdeutschen Wirtschaftsleben steht, müssen solche Vorwürfe absurd erscheinen. Der Bertelsmann-Ausichtsratsvorsitzende hatte schließlich schon vor zehn Jahren bei seinem Amtsantritt bei Thyssen Betrug und Urkundenfälschung, soweit sie in seinem Laden vorkamen, als »kleine Peinlichkeiten«, schlimmstenfalls als »eine Sache, die nicht in Ordnung ist«, bezeichnet. Und er legte Wert darauf, daß es da keinerlei »subjekives Unrechtsbewußtsein« gab, als Thyssen in einer eigens eingerichteten Fälscherwerkstatt Rechnungsformulare von Siemens und anderen Konzerne fabrizierte, um eigenen Auftraggebern (hier: dem Iran) gewaltige Summen als Nebenkosten in Rechnung zu stellen.

Verständlich also, daß Bertelsmann-Chef Wössner dieses Inbild subjektiver Ehrlichkeit öffentlich gegen die Staatsanwaltschaft in Schutz nimmt. Und der Wössner unterstellte Verlagschef von Gruner +Jahr, Gert Schulte-Hillen, der außer dem Ankauf der Hitlertagebücher nichts geleistet hat und bis heute nicht mal seine Aufgabe, den »Stern« völlig zu ruinieren, mit dem nötigen Geschick zu Ende brachte, fiel mit Arturo-Ui-Tremolo ein: »So wird ein unbescholtener Mann, bevor ein Urteil gesprochen wurde, in den Dunstkreis der Kriminalität gerückt« – schrieb er ausdrücklich als Gruner+Jahr-Vorstandvorsitzender in der hauseigenen »Hamburger Morgenpost«.

Was weiß der Aufsichtsratsvorsitzende über Wössner und Schulte-Hillen, daß sie sich so ungewöhnlich in Szene setzen, um ihm beizuspringen? Oder steht umgekehrt die Sache »eines der anständigsten Unternehmer Deutschlands« (Wössner über Vogel) so schlecht, daß die beiden Vorstandsvorsitzenden als Reserve in die Schlacht gegen die Staatsanwaltschaft geführt werden müssen?

Ja, subjektive Ehrlichkeit kann den Blick verstellen. Wie soll Vogel, »dieser außerwöhnlich integre Mann«, der »zu den fähigsten, sozial sensibelsten und verantwortungsintensivsten Unternehmern gehört« (Wössner), nach sechs Jahren konsequenter und erfolgreicher bundesdeutscher Anschlußpolitik auf die Idee kommen, daß man im Anschlußgebiet nicht einfach 76 Millionen Mark mitgehen lassen kann – das haben wir Wessis doch immer so gemacht. Wer hier nicht von Verantwortungsintensität, sondern von Betrug spricht, wie der Berliner Oberstaatsanwalt Theodor Bosche, gefährdet der

nicht unseren Staat genauso wie die Berliner Amtsrichterin Anja Mönnich, die trotz der hohen Stellung des so unverständlich Beschuldigten ganz einfach einen Haftbefehl erließ? Wössner ging bei der Verhaftung Vogels – wie er freimütig der »Welt« gestand – »das Wort Terror durch den Kopf«. Wie er das nun meinte – ob das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen Vogel Terror sei, oder ob man Terror ausüben müsse, um Vogel herauszuhauen – , erläuterte der Vorstandsvorsitzende nicht. Tatsächlich brauchte es keinen Terror, sondern nur die Peanuts von 2,5 Millionen Mark Kaution, um den Bertelsmann-Aufsichtsratsvorsitzenden auf freien Fuß zu halten.

Wie kommen zwei mächtige Verlagschef dazu, sich plötzlich wie Leitartikler zu gebärden? Genügt es nicht mehr, wenn sie intern die nötigen Anweisungen an ihre Textgestaltungsangestellten von »Stern« bis »Morgenpost« geben?

Es war wichtig – und sei es auf Kosten der Berliner Justiz – schnell eine andere Sau – Vogels vorgebliche Unschuld – durchs Dorf zu jagen, um von der schmählichen Niederlage abzulenken, die Bertelsmann gerade errungen hatte: die Kapitulation der Gütersloher vor dem Pornohändler Kirch. Und es war die Wut über die eigene Demütigung, die alle Hemmungen, die solchen Managern anerzogen sind, vergessen machte und die feinen Herren mit Schlips und Kragen sich aufführen ließ wie eine molotowcocktailwerfende Chaotentruppe.

Die »Welt« aus dem Hause Kirch/Springer hatte für die Unterwerfung eine diplomatische Überschrift gefunden: »Bertelsmann sucht Schulterschluß mit Kirch-Gruppe.« Schulter an Schulter – solche Töne sind Marschmusik in den Ohren des alten SS-Mannes Otto Beisheim, der als Gottvater von Markt und Medien die lenkende Hand über das sich mächtig ausdehnende Imperium von Kaufhöfen und Kommerzsendern hält (KONKRET 7/1996).

Die »Süddeutsche Zeitung« sprach zuvor schon von einer Fusion zwischen Kirch und Bertelsmann. Gütersloh dementierte. Doch das Dementi des – was immer das sein mag – »Strategievorstands« bei Bertelsmann, Thomas Middelhoff, der als möglicher Nachfolger des Vorstandschefs Wössner gilt, hatte es in sich. Die »Welt« zitierte Middelhoff genüßlich: »Wir sind mit verschiedenen Marktteilnehmern, unter anderem auch der Kirch-Gruppe, in konstruktiven Gesprächen zu Fragen der technischen Infrastruktur, der Programmgestaltung und der Vermarktung beim digitalen Fernsehen.« Sogar der Programmgestaltung! Einmal unter den Linden ertappt, wird man zur Ehe wohl schreiten müssen.

Ist der konzertierte Angriff der Bertelsmann-Manager gegen die Staatsgewalt aber nicht auch das Ablenkungsmanöver eines Konzerns, der von einem Konkurrenten bis in Mark erniedrigt und öffentlich vorgeführt wurde? »Sie saßen hinten und hörten zu«, titelte die »Süddeutsche Zeitung« und berichtete mit peinigenden Einzelheiten, »wie sich Bertelsmann-Manager bei der ›gemeinsamen‹ Pressekonferenz von Kirch demütigen ließen«.

Nachdem sich Bertelsmann dem Filmhändler unterworfen hat, ist das Monopol da. Es ist noch keine zehn Jahre her, seit Leo Kirch dem »Manager-Magazin« verkündete: »Mein schönster Traum wäre es, ein Monopol zu haben.« Jetzt hat er es. Hat *er* es? Kohl-Freund Kirch ist nur der Strohmann des Anführers der Metro-Gruppe, des SS-Veteranen Otto Beisheim. Der darf zu Recht von sich sagen: »Ich empfinde es als Glück, noch immer völlig unerkannt leben zu können.« Sein Glück ist vieler Unglück.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das Beisheims Expansionswünschen im Wege steht, wird ausgegrenzt und verdrängt. Der Zugang zum digitalen Fernsehen, zum sogenannten Zukunftsfernsehen, ist für ARD und ZDF faktisch nur noch über Kirch möglich, und der wird sie mit Sicherheit an den Katzentisch setzen. Wenn nicht ARD und ZDF, so werden doch die Kultur-Programme arte und 3sat irgendwo an 30. oder 40. Stelle der digitalen Sendeplätze rangieren, und die regionalen Dritten Programme ebenso. Und wenn dann die Öffentlich-rechtlichen auf 20 Prozent Zuschauerbeteiligung heruntergedrückt sind, dann kommen mit finaler Sicherheit die Privatisierungs-Kommissare Stoiber und Biedenkopf und verlangen die Einstellung der Gebührenfinanzierung und damit den völligen Ruin des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Dem Publikum wird man nicht beibringen können, daß es schon jetzt viel Geld für die scheinbar kostenlosen Kommerzprogramme zahlt, in Form von überhöhten Preisen für die Produkte, die im Fernsehen beworben werden.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten reagieren pflaumenweich. Die ARD verkündete, sie wolle sich im Falle eines Ausstieges von Bertelsmann aus dem Vertrag für die gemeinsame Multimedia-Betriebsgesellschaft (MMBG) Regreßansprüche »vorbehalten«. Der ARD-Verhandlungsführer, der NDR-Jusititiar Werner Hahn meint: »Es kann nicht angehen, daß jemand Ende Mai eine Gesellschaft mitgründet und sie dann kurze Zeit später verläßt.« Und weil nicht ist, was nicht sein kann, zählt er auf die, die ihn längst ausgezählt haben: »Mein Vertrauen geht Richtung Gütersloh.« Mal sehen, wie es ankommt.

Ein öffentlich-rechtlicher Haupttäter aber jammerte der »Süddeutschen Zeitung« vor: »Das Problem beim Monopol von Kirch/Bertelsmann ist, daß die beiden Konzerne alle Rechte in den Bereichen Spielfilm und Spitzensport zu gigantischen Summen aufgekauft haben. ARD und ZDF können da weder zusammen noch durch internationale Kooperationen mithalten. Seit drei Jahren kommen wir nicht mehr an große Spielfilme heran.« ZDF-Intendant Dieter Stolte klagt so – einer der Hauptschuldigen dafür, daß der kleine Filmhänder Leo Kirch durch heimliche und unheimliche Kaufaufträge des ZDF erst groß und mächtig gemacht wurde. Stolte hat Kirch reich gemacht, er hat Kirch mächtig werden lassen, und nun greint er.

Da spuckt selbst der unionserprobte SFB-Intendant Günther von Lojewski im »Spiegel« Töne wie ein Systemkritiker: »Das Bundeskartellamt muß gegen ein Monopol von Bertelsmann und Kirch einschreiten: Das ist Wirtschaftsmacht pur.«

»Das Kartellamt ist gefordert,« sagt auch Stolte. Doch das Kartellamt ist überfordert. Es hat nach der Einigung zwischen Kirch und Bertelsmann in aller Schärfe verkündet, es sehe zur Zeit keinen Anlaß, sich mit den Kooperationsplänen von Bertelsmann und der Kirch-Gruppe im Bereich des digitalen Fernsehens zu beschäftigen. Es hat schon vor Jahren den ersten Schritt zum Monopol gebilligt, als es den Kirch/Bertelsmann-Kanal »Premiere« hinnahm. Jetzt müßte es sich – und wie käme es dazu? – mit Helmut Kohl anlegen, wenn es das Monopol stoppen wollte. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: »Die jetzt erzielte Einigung wird von Branchenkennern auf massiven politischen Druck von seiten der Bundesregie-rung und des EU-Kommissars Martin Bangemann zurückgeführt, die die Einführung des digitalen Fernsehens durch zwei unterschiedliche technische Systeme gefährdet sehen.«

Ein einheitliches Digital-Fernsehen unter Führung der Metrogruppe, darauf kommt es der Bundesregierung an, wird in die Vernichtungsschlacht gegen die öffentlich-rechtlichen Kanäle geführt werden.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 8/96 über die Deutschland-Stiftung

Konkret 09/96, S. 60

René Martens

Melodie & Rhythmus

Verschiedene: The Freestyle Files. Futuristic Electronics Part 1; Studio K7/RTD

Freiheit, Freiheit, Freiheit! Aus vielen Rezensionen und Abhandlungen über wichtige Musik schreit uns derzeit dieser einst hehre Begriff entgegen. Musiker lösen sich von Zwängen, heißt es da, überschreiten Grenzen und so weiter. Die sogenannten Postrock-Gruppen etwa lösen sich von den Zwängen des Songs, der, so »Taz«-Autor Martin Pesch, »wie die Kleinfamilie im Kapitalismus die Keimzelle für manches Übel« ist, und manche Avantgardisten nehmen sich die Freiheit heraus, unter anderem auf der Basis von Zufällen Musik zu produzieren, die nicht mehr Befindlichkeiten beschreibt oder Sinn stiftet, sondern sich jeglicher Interpretation entzieht.

Seit einigen Monaten ist nun auch in ambitionierten Clubs immer häufiger Musik zu hören, die sich »frei« nennen läßt. Deren Produzenten verzichten auf den 4-to-the-floor Beat der House- und Technomusik und beziehen ihre Einflüsse aus Trip Hop, Electro, Funk, Jazz und Easy Listening. Jeder DJ und Musiker, der etwas auf sich hält, betont, zwischen den Stilen und den daraus entstehenden Mixturen gebe es keine Grenzen mehr, und in der Tat beweisen das Platten von Londoner Labels wie Clear oder Ninja Tune immer wieder aufs neue. Solche Musik gefällt sowohl jenen, die sich von House und Techno übersättigt fühlen, als auch manch bisherigem Dancefloor-Gegner.

Die Doppel-CD »The Freestyle Files« versammelt nun 20 der besten Tracks aus dieser Szene. Gewiß, mit Funki Porcini, der auf seiner CD »Love, Pussycats & Carwrecks« das Freiheitsprinzip auf aberwitzigste Weise umsetzt, dem Alleskönner Wagon Christ alias Plug sowie dem feinsinnigen Drum-And-Bass-Klangkünstler Photek sind drei der derzeit maßgeblichen Gegenwarts-Musiker vertreten. Und in keiner Phase der Spielzeit, immerhin zwei Stunden und 13 Minuten, kommt man auf die Idee, gegen die Musik hier ästhetische Bedenken anmelden zu wollen. Was stört, ist allein der Titel. Ja, diese Musiker nehmen sich alle Freiheiten heraus, sie arbeiten in einer Szene, in der die Grenzen offen sind, aber je öfter man das aufs Brot geschmiert bekommt, desto mehr gewinnt man den Eindruck, es solle das Bild einer paradiesischen Kunstwelt verbreitet werden, das die Vorhölle auf Erden langsam vergessen läßt. Die, allen voran der Teil namens Bundesrepublik, hat bekanntlich keine offenen Grenzen. Verfolgen also alle Medienarbeiter, die die musikalische Freiheit hochleben lassen, unhaltbare Absichten? Sicher nicht. Sie sollten vielleicht aber, und das ist durchaus selbstkritisch gemeint, ein bißchen sorgfältiger überlegen, wie sie ihre Euphorie über künstlerische Innovationen ausdrücken.

Konkret 09/96, S. 60

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Einstürzende Neubauten: Ende Neu; Our Choice/Rough Trade

»Das ist das positivste Geräusch überhaupt! Alte Gegenstände, Bedeutungen, Gebäude und Musik werden durch Neues ersetzt. Das heißt Fortschritt. Und der Endpunkt des Fortschritts ist erreicht, wenn die Dinge nicht mehr alt werden, sondern in dem Moment, wo sie entstehen, wieder zerstört werden«, sagte Christian Emmerich (i.e. Blixa Bargeld) dieser Zeitschrift im Mai 1982. Etwa um die gleiche Zeit posierten er und seine Einstürzende Neubauten genannten Kombattanten mit der Parole »Wer sich am kommerziellen Musikgeschmack orientiert, dient der Reaktion«. Ja, damals.

Heuer gibt sich der Frontmann des Immer-noch-Lieblingsentertainer-Ensembles aller Feuilletonisten vergleichsweise bescheiden und ausgeglichen. Ihm sei halt nichts mehr eingefallen, erklärt er die lange Veröffentlichungspause und den Abgang zweier Musikerkollegen (Mark Chung, F.M.Einheit). Freilich möchten wir nicht vergessen, daß diese Aussage impliziert, es sei ihm vorher jemals etwas eingefallen. Da aber beginnen die Kalamitäten. Das Konzept, auf das die Neubauten als Coverband internationaler Freejazzorchester seit nunmehr 16 Jahren einstürzen und -prügeln, war so neu nicht. Mit genüßlichem Grausen erinnern wir an Sven Ake Johansson, der nebst Kollegen und mehreren Saxophonen auf einen Betonmischer einmeckerte, während diesem von dazu bestellten Schweißern der Garaus gemacht wurde. Das war Ende der 70er spaßig und sogar ein wenig originell. Nur vermieden die Kannenbläser den für die Einstürzenden Neubauten später so unvermeidlichen Weltuntergangsklimbim. Unvermeidlich, weil notwendig im Bildungsbürgerkanon aus Nichtssagenkönnen und Nichtszusagenhaben. Kult! Experimentell!

Noch nie sei er, Christian Emmerich, auf die Reaktionen auf eine seiner neuen Platten so gespannt gewesen – seit der ersten, »Kollaps«. Da dürfte er ohne Zweifel der Einzige sein, denn die Neubauten füllen, wie zu erwarten war, freudig die Reihen der Bands, die sich notorisch drei Platten zu spät auflösen. So hatten wir nach Emmerichs 1995er Risottoauftritt bei Biolek wenigstens mit dem Einsatz von Umluftgeräuschen aus Backöfen, »elektrifizierten Eierschneidern« (G.Henschel) und rhythmisierten Pürierstäben gerechnet, nicht jedoch mit einer offenkundig an Foyer-Des-Arts-Melancholie geschulten Singleveröffentlichung (»Stella Maris«). Des weiteren fast zu stumpf polierte Zwergenversionen alter Krachmacherorgien (»Installation N 1«) und klangliche Laubsägearbeiten (»NNNAAAMMM«), die eher an sich »Aufrichtende Reihenhäuschen« (R.Wieland) denken lassen. Ist das nun als »Endpunkt des Fortschritts« zu verstehen?

Damit das klar ist: »Ende Neu« ist schon eine gute Platte. Nur keine gute Neubauten-Platte. Für Freunde von Macht, Käseglockenmagie und Wahnsinn sind Sielwolf eindeutig die bessere Wahl. Gibts die eigentlich noch?

Konkret 09/96, S. 61

Harald Peters

Melodie & Rhythmus

Ice T – VI: Return Of The Real; Priority/Virgin

Ice T, die sechste: Ein Ex-Känguruh, Noch-Schauspieler und Gelegenheits-Thrashmetaller kehrt nach dreijähriger Pause zu bekannten Formaten und Inhalten zurück. »Return Of The Real« soll ein für allemal Ice T's Status als eigentlichen Pimp, Hustler und originalsten der originalen Gangsta festschreiben – schließlich ist die Konkurrenz groß, und immer neue Talente wachsen heran. Heute tragen ja schon die Kleinen Waffen. Und wer immer noch nicht weiß, worum es bei Gangsta-Rap geht, bekommt es hier, Ice T sei Dank, gleich zwanzigmal aufs Ohr gedrückt: Bitches abstrafen, Feinde aus dem Weg räumen, Kumpels auf die Schulter klopfen, Geld machen, die Nachbarschaft pflegen und den Testosteronspiegel auf die Spitze treiben. Dabei muß natürlich strengstens darauf geachtet werden, die Scheiße *real* zu halten. Was *real* allerdings in Wirklichkeit bedeutet, weiß kein Mensch. Und daß das auch so bleibt, dafür sorgt schon der inflationäre Gebrauch des beliebten Wörtchens an jeder passenden und unpassenden Stelle – und nicht nur bei Ice T. Um der Sache nun einen besonders absurden Dreh zu geben, heißt es auf »Return Of The Real« nach neun schwer unter Echtheitszertifikaten ächzenden Stücken plötzlich »Rap Is Fake«. Alles gar nicht wahr? Ice T – die Rückkehr des Witzbolds, des Nestbeschmutzers gar? Wer will das sagen? Dieser Schachzug ist vielleicht sogar amüsant, hörbarer macht er die Platte jedoch nicht. Aber wer unbedingt will, kann sich mit dieser Platte über siebzig Minuten betont mittelmäßigen G-Funk ins Haus holen, der sich redlich bemüht, bedrohlich zu klingen, doch tatsächlich nur erschreckend schlecht produ-ziert ist. Und daß Ice T's ausgefeilte Rap-Techniken den Brei nicht unbedingt veredeln, muß wohl nicht näher ausgeführt werden. So gesehen ist »Return Of The Real« in Form und Inhalt ein rundum stimmiges Werk – nämlich total überflüssig.

Konkret 09/96, S. 61

Sebastian Wehlings

Melodie & Rhythmus

Whirlpool Productions: Dense Music; Motor

»Zwei von uns verstehen was von Platten und der andere von Computern.« Mit derlei Understatements pflegten Whirlpool Productions Fragen zu beantworten, die sich an die Musik ihres Debutalbums »Brian De Palma« richteten. Das war vor einem guten Jahr, und so knapp eine solche von Whirlpool ausgegebene Formel auch war, sie erklärte doch, was man auf »Brian de Palma« hören konnte. Die frühen Tracks des Trios bestanden tatsächlich zu einem großen Teil aus bekanntem Material, das gesamplet, verfremdet oder collagenhaft ineinander verschachtelt wurde. Einfacher gesagt: Zwei hierzulande in House-Kreisen renommierte DJs – der von Paris nach Köln gekommene US-Amerikaner Eric D. Clark und der »Spex«-Autor Hans Nieswandt – präsentierten ihre Plattensammlung und stellten, zusammen mit dem gelernten Computerfachmann Justus Köhnke, in ihren Tracks ein enormes Wissen und einen exquisiten Geschmack aus. Ein Album wie eine Visitenkarte oder eine sorgsam formulierte Verlautbarung dessen, wo und wie man sich selbst in der House Music verortete. Die Musik der Whirlpool Productions klang trotz dieses kalkulierten Moments und der Akribie der Tracks niemals bemüht. Vielmehr schien sie aufgeregt und entspannt zugleich: im Club tanzbar und auf der Couch gut hörbar.

Auf »Dense Music« nun geht es nicht mehr so sehr um die Platten anderer und das eigene Verhältnis zu ihnen, sondern mehr um den eigenen Track, die eigene Musik. Und hier verschwimmen die Grenzen zwischen House (dem bestimmenden Thema des Vorgängeralbums) und Disco mehr und mehr zu einem Stil, den Whirlpool nicht unzutreffend unter dem Begriff »Dense Music« angemeldet haben. Wo früher sich die Referenzen häuften, samplet man nun lieber sich selbst oder greift zur Akustikgitarre. In einigen Tracks wird erstmals gesungen. Die aktuelle Single »Cold Song«, dürfte jedoch nicht nur durch ihre ohrverdrehende Gesangsmelodie zum Radiohit avancieren, sondern auch durch die für Whirlpool ungewöhnlich konventionellen Songstrukturen.

Aufgenommen hat die Gruppe ihr zweites Album diesmal in einem »richtigen« Studio – eine Investition, die sich gelohnt hat, denn das Album strahlt diese angenehme Aufnahmesituation jederzeit ab. Zufrieden und ausgelassen klingen diese Tracks, etwa »From: Disco To: Disco«, wo Eric D. Clark mit den anderen beiden Whirlpools virtuos durch einen ihm offensichtlich unbekannten Text an einem sommernächtlich verschwitzten Discobeat, sagen wir: vorbeikichert. Das ist dann übrigens nicht nur der Luxus der Improvisation, sondern vielleicht einer der magischen Momente, die Whirlpool zu Popstars machen könnten.

Konkret 09/96, S. 62

Uwe Soukup

Aus der linken Wagenburg

Ein konservativer Historiker für die Linke? Uwe Soukup antwortet auf Martin Brauns »Anmerkungen zu Haffner« (KONKRET 8/96)

Es ist eine schlechte alte Tradition der deutschen Linken, das »revolutionäre Subjekt« verantwortlich zu machen für die eigene, hinlänglich bekannte Unfähigkeit, eine für die jeweilige historische Situation geeignete revolutionäre Konzeption zu entwickeln. Nicht minder schlecht ist auch der Brauch, wertvolle Geschenke abzulehnen, weil einem der Absender irgendwie unsymphatisch ist. Martin Braun hat in KONKRET 8/96 diese Traditionen mit seinem Artikel »Anmerkungen zu Haffner« schwungvoll fortgesetzt. Er verweist Haffner »auf die Gegenseite«, rechnet ihn zu den »Rechtsradikalen« und regt an, »die Verkommenheit des revolutionären Subjekts« – des Proletariats – »ins Zentrum der Überlegungen zu stellen«.

Das allerdings wirft Fragen auf: Werden nun (wieder) Soziologiestudenten die Rolle des revolutionären Subjekts übernehmen? Und wann genau fiel das revolutionäre Subjekt der Verkommenheit anheim – 1914? 1919? 1933? Oder war es vielleicht schon immer verkommen? Äußerungen zu historischen Entwicklungen sind ohne Berücksichtigung zeitlicher Abfolgen so irrelevant wie eine Biographie ohne Unterscheidung verschiedener, aufeinander bezogener Abschnitte in der Lebensspanne der beschriebenen Person. In Martin Brauns Überlegungen gibt es schlicht keine »Zeitschiene«, wie auch an einigen anderen Punkten deutlich wird.

Man sollte, bitteschön, bevor man den Stab über dem deutschen Proletariat bricht, folgendes bedenken: Die »verkommene« deutsche Arbeiterklasse hat in ihrer traurigen Geschichte eine Reihe fürchterlicher Nackenschläge einstecken müssen, ausgeteilt von der um ihr Überleben kämpfenden bürgerlichen Klasse und der in das bürgerliche Lager herübergezogenen politischen Organisation der Arbeiterklasse, der SPD, wie es Haffner in seinem Buch *Der Verrat* so unübertroffen berichtet. Daß die Politik der SPD fortan den Sozialismus diskreditierte, ist offensichtlich und zwangsläufig.

Die Gründung der KPD ist die logische Folge des Verrats der rechten SPD-Führer; die Politik der KPD aber, mal sektiererisch und putschistisch, mal national und insgesamt unflexibel und dogmatisch, hat die Orientierung potentiell revolutionärer Massen nicht eben erleichtert. Auch hier heißt versuchen zu erklären nicht, versuchen zu entschuldigen.

In der Folge der unendlich vielen Niederlagen, Fehler und Versäumnisse all der »stärksten der Parteien« mutierte das »verkommene revolutionäre Subjekt« vom damals fortgeschrittensten, revolutionärsten und bestorganisierten Teil der Arbeiterklasse Europas zu ihrem Totengräber. Unübersehbar beerbte Hitler Teile der Arbeiterbewegung. Aber nur Teile: Reinhard Kühnl hat dankenswerterweise (»junge Welt«, 24.6.96) darauf hingewiesen, daß zu Beginn der Nazi-Herrschaft »die Vernichtung des politischen Gegners auf der Linken« im Vordergrund stand, »für den auch die KZ gebaut wurden – und die Vorbereitung des großen Eroberungskrieges«, wozu eben auch die Ausschaltung jeglicher linker Opposition gehört.

Vor dem Ersten Weltkrieg wurde dieses Problem anders gelöst: 1913/1914 wurde – bis heute so gut wie unbekannt – das deutsche Proletariat ohne eigenes Wissen oder Zutun von den Führungen der eigenen Organisationen (SPD und Gewerkschaften) den Herrschenden auf äußerst konspirativem Weg kriegsverwendungsfähig gemeldet. Trotzdem konnte die Novemberrevolution am Kriegsende 1918, die ja in erster Linie eine Anti-Kriegs-Revolution noch immer sozialdemokratisch denkender und fühlender Massen war, von den »Parteien des Krieges«, eben der SPD und der verbündeten Militärkaste, abgefangen werden. Der neue nackte Kaiser hieß nun Friedrich Ebert.

Eine Revolution, die – im Ergebnis – keine war, aber als solche verkauft wurde. Diese Staat gewordene »Revolution« – Noske und seine Offiziere – veranstaltete 1919 und 1920 fürchterliche Blutbäder unter den Angehörigen des »revolutionären Subjekts«. Oder: Auch wenn im Zusammenhang der Goldhagen-Debatte von ahnungslosen Leuten ständig hergebetet wird, daß die SPD anti-antisemitisch gewesen sei: Das Gegenteil ist – in der Führung von SPD und Gewerkschaften – der Fall gewesen. SPD-Mann Bauer nach der Abspaltung der USPD: »Gott sei Dank, daß die Juden raus sind.« Wer sollte an diesem »Sozialismus« à la Ebert, Noske & Co nicht irre werden?

Martin Braun behauptet nun ohne jeden Beleg, daß es Haffner im *Verrat* »ausschließlich um die Stabilität des eigenen Staates« gehe und Haffner »die Morde an den Revolutionären 1918/19« nur deshalb beklage, weil sie »der radikalen Linken Auftrieb gegeben« hätten. Einmal abgesehen davon, daß eine stabile, bürgerlich-demokratische deutsche Republik dem konsequenterweise weiterhin »Deutsches Reich« genannten Kriegerverein der sozialdemokratischen Kretins im Bunde mit Seeckt, Groener und Hindenburg vorzuziehen war; und auch abgesehen davon, daß Haffner den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als »Mord an der unwiderlegbaren Wahrheit« beklagt, er beide Revolutionäre als mutige, aufrechte und kluge Politiker würdigt und bereits in ihrer Ermordung den »Auftakt zu den tausendfachen Morden in den folgenden Monaten der Noske-Zeit, zu den millionenfachen Morden in den folgenden Jahrzehnten der Hitler-Zeit« erkennt – es bleibt die Frage nach dem Zweck der leicht widerlegbaren Diffamierungen Martin Brauns.

Die Exkommunizierung Haffners aus der linken Wagenburg, wie Braun sie vornimmt, ist ganz einfach ärgerlich deshalb, weil die gesamte marxistische Geschichtsschreibung keine so scharfe und genaue Analyse des so ungeheuer wichtigen Ereignisses »Novemberrevolution« abgeliefert hat. Daran ändern auch die von Braun zusammengestellten Zitate aus der jahrzehntelangen publizistischen Arbeit Haffners nichts; sie belegen nur die Tatsache, daß jeder Mensch im Laufe seines Lebens seine Sichtweise ändert; »rechtsradikale« Sichtweisen sind darunter bei Haffner jedoch nicht zu finden. Der von Braun willentlich hervorgerufene Eindruck einer Person, die im rechten Lager eingebunden ist, führt vollkommen in die Irre. Nur ein Beispiel: Haffner hat vor zehn Jahren mit Hilfe des Historikers Arnulf Baring sein letztes Buch verfaßt, zu einem Zeitpunkt also, als die rasante Rechtsentwicklung Barings hin zum neurechten Historiker nicht einmal erahnbar war.

Als Zeitzeuge fast des gesamten 20. Jahrhunderts, dessen Verlauf Haffner (als Jurist) in die politische Publizistik, man könnte fast sagen: zwang, hat er sich, oft voller Verzweiflung, mit der Geschichte und Gegenwart jenes Landes beschäftigt, in das er geboren wurde und das er mit und wegen seiner jüdischen Geliebten verließ.

Und für die Linke, von der Schaden abzuwenden Martin Braun sich bemüht, bleibt Haffners Buch über die deutsche Revolution 1918/19 – trotz gewisser »bürgerlicher« Mängel – eine einzigartige Zueignung eines zuweilen konservativen Publizisten an die merkwürdigerweise so geschichtsvergessene Linke, welche diese nicht ausschlagen sollte.

Uwe Soukup, Verleger von Sebastian Haffners Buch »Der Verrat«(Verlag 1900), lebt in Berlin

Konkret 09/96, S. 63

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

»Mit Goethe zum Gewinn« ist ein Hort aus über einhundert besonderen Schätzen der deutschen Literatur. Ausgegraben und hier aufgereiht speziell für Menschen aus der Wirtschaft. Kurzgeschichten, Gedichte, Satiren, Auszüge aus Romanen und Theaterstücken – in zehn chronologisch geordneten Etappen kann der schatzsuchende Manager also durch die Zauberwelt der Literatur wandeln. Im Marschgepäck gibt es zu jeder Etappe einen Erklärtext als Kompaß mit auf den Weg. »Unterm Strich« wird dann sogar knapp Bilanz gezogen, wo der heutige Bezug zum Wirtschaftsalltag liegen kann. »Mit Goethe zum Gewinn« ist damit ein farbiges Lesebuch für Manager, die mehr wissen wollen über die tiefen Zusammenhänge von Geist und Geld, Poesie und Produktion, Kunst und Kommerz – und über sich selbst.

I. »Und so heb' ich alte Schätze« – Die Kreditaufnahme des Geistes – Der Manager und die Literatur

II. »Ich saz ûf eime steine« – Der Manager als Ritter – Die Literatur des Mittelalters

III. »Pflücke die Rosen, ehe sie verblühen« – Der Manager als Lebemann – Die Literatur des Barock

IV. »Es strebe von euch jeder um die Wette« – Der Manager als kühler Kopf – Die Literatur der Aufklärung

V. »Forme Menschen nach meinem Bilde« – Der Manager als Genie – Die Literatur der Klassik

VI. »Die blaue Blume sehn' ich mich zu erblicken« – Der Manager als Visionär – Die Literatur der Romantik

VII. »Soll und Haben« – Der Manager als Macher – Die Literatur des Bürgertums

VIII. »Krieg den Palästen« – Der Manager als Anpeitscher – Die Literatur der Sozialkritiker

IX. »Du mußt nur die Laufrichtung ändern« – Der Manager als Kreativer – Die Literatur der Experimentalisten

X. »Die Ansichten eines Clowns« – Der Manager als Chaos-Dompteur – Die Literatur der Gegenwart

Die Herausgeber: Dr. Alois Weimer (geb. 1930) arbeitet als freier Autor und Publizist ... Er hat in Frankfurt Germanistik studiert und war 36 Jahre im Lehrdienst, so auch an der katholischen Universität in Braga/Portugal. Seine dort abgelegte Habilitationsschrift behandelt die augustinische Philosophie in der mittelalterlichen Dichtung. Er ist Verfasser mehrerer Publiktionen und Bücher, darunter »König und Schmerzensmann«, »Spuren des Denkens«. In diesem Verlag erschienen: »Mit Platon zum Profit«. Dr. Wolfram Weimer (geb. 1964) ist Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung GmbH. Er hat in Frankfurt am Main und in Washington studiert und eine wirtschaftshistorische Dissertation zur amerikanischen Finanzgeschichte geschrieben ... 1992 wurde ihm der Journalistenpreis der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung verliehen. Er ist Autor mehrerer Bücher, darunter »Geschichte des Geldes«, »Kapitäne des Kapitals« sowie »Pleiten undProfile«. In diesem Verlag erschienen: »Mit Platon zum Profit«.

»Literaten und Kaufleute sind sich im Grunde näher, als man glaubt. So ist jeder Schriftsteller zugleich selbständiger Unternehmer, Verkäufer seiner Schriftware und umgekehrt jeder gute Geschäftsmann auch ein guter Geschichtenerzähler ... Nicht Arbeiter, nicht Soldaten, nicht Handwerker, nicht Bauern – Manager im weitesten Sinne des Wortes sind das eigentliche Lesepublikum. Freilich – Literatur braucht Zeit, und die haben Manager in der Regel gerade nicht. In der Praxis wird Lesen oft nur zur schönsten Nebensache für die Urlaubstage. Dieses Büchlein hier macht es einem leicht, die schöne Nebensache auch alltags zu genießen ... Literatur präsentiert uns nicht nur die Wirklichkeit in ihrer ganzen Breite und Vielfalt. Sie zwingt den aufmerksamen Leser, sich aus dem Zusammenhang seiner Existenz zu lösen und als einzelner das Ganze aus einer besonderen Perspektive zu betrachten ... Und genau das ist es, was der Manager braucht: klaren Blick für das Wesentliche, verbindliche Bewertung des Gegebenen und schöpferische Gestaltung des Kommenden. Literatur ist also ein Kreditangebot des Geistes. Wer es annimmt, wird reicher und erweitert seine Horizonte. Er kann seine Erkenntnisse investieren, weitergeben oder einfach genießen und verschwenden. Getilgt wird der Kredit mit der Zeit, die man ihm gewähren muß. Die Zinsen heißen Erkenntnis und werden in einen gemeinnützigen Fonds zur Bildungssteigerung einbezahlt. Danach haben die Kreditgeber, die Schriftsteller also, die Aufgabe, den Leser über sich selbst aufzuklären, über seine Mitmenschen und über die Welt, in der er lebt. Häufig wird diese Forderung mit einer anderen verbunden. Ihr zufolge sollen die Dichter in irgendeiner Form ganzheitliche Anlageberater in unserer verworrenen Welt sein, sie sollen weiterhelfen, aus den menschlichen Potentialen mehr zu machen ... Man stelle sich einmal vor, was denn fehlte, wenn durch ein Wunder jede Spur ausgelöscht würde, die sich durch Literatur in unseren Kopf eingegraben hat ... Weg wäre das Wissen um die Entstehung der Welt und des Menschen, nicht gekannt die Trauer um das verlorene Paradies, nicht geglaubt die Erlösung durch die Kraft der Liebe und verloren die Hoffnung auf eine bessere Welt ...«

*

Erst im Frühjahr Dieses fragte ich mich prä Lokus, ob es manischmechanisch so geschehen muß, wie es geschieht, also daß wir Menschen in so und so eine Haut hineingenäht werden vom Schicksal mit so und so viel Stichen und daß wir anschließend da drin bleiben müssen beziehungsweise nicht mehr herauskönnen dürfen aus unserer Haut. Ich entwickelte diese Frage (Ladies first:) an mir und einem Militär. Führte aus, daß ich zum Troubadur des Safer live bestimmt, wohingegen des Anderen Sein sich verzehre im Besingen der ökologischen Verbesserungen von Artilleriemunition. Das war im Frühjahr. Und nun, im Sommer, der m.E. keiner war, muß ich öffentlich gestehn, daß ich in der (die ich einmal so nennen will:) Schicksalsfrage keinen Wachtelkönigschoaß weiter bin. Sind wir von einem Höheren als wir es sind, wir Kleinwüchsigen, eingefädelt, und folgen wir dementsprechend widerspruchsverunmöglicht den Kreisen, die der Tiger, in dessen Sattel wir gezurrt sind, zieht? Oder sind wir vom ersten verwunderten Krähen im Kreißsaal bis zum Einlauf in den dunklen Tunnel mit dem ausgangs raffaelloweißen Licht freie Autonome? Ich weiß es nicht und weiß nicht, ob wir Menschen es je herausbekommen. Aaaber: Ich setze auf die Weisheit des Volkes und bitte Sie, Lesrin, liebe, und Sie, lieber Leser, sich in die Schicksalsfrage am Fall von Vater und Sohn Weimer einzuklinken.

Ist es das Schicksal, das der klassische Chinese das hoi hong (= der unaufbeißbare Kirschkern) nennt, das Alois und Wolfram gesetzmäßig in eine inzestuös organisierte Literaturschlachterei hineinprügelte, oder hätten die Racker, von denen der eine mein älterer komischer Bruder und der andre mein mißratener Sohn sein könnte, wenn auch nicht ganz unverwandt, so doch ein jeder für sich als originärer Dachs zu reüßßieren vermocht, als Verfasser schweinischer Gedichte gegen die Polizei perhaps, maybe? 4711 Quintilliarden Dollar umsurren Terra alle 80 Sekunden auf der Suche nach mehr Wert – und die Zimmermädchen in Hongkong und Newyork und Salzburg und Bairoit kommen nicht nach mit dem Aufwischen des Blutes, das totally zerstreszte Manager, denen ein Kleiderbügeldeal oder ein Schweinehälftenracket durch die Lappen gegangen ist, vergießen, in eigener Regie an sich, und da müssen Alois und Wolfram ihnen kommen mit so kleinen Karos wie »Hort« und »Schätze« und mit so Süßhilfreichem wie »zehn chronologisch geordnete Etappen« und mit (Hoho!:) »farbigem« und (Doppelhoho:) »Lesebuch« und mit (man rafft es kaum:) »Kompaß« (»»mit««) auf den Weg, und »unterm Strich« (und diese Partie auch noch in Anführungsstrichen) Elchen (hallo, FWB; grüßdich)?

Während ich dies in die Maschine donnre, jadonnre, merke ich, daß ich vor Wut und Trauer über Alldas und Adidas und Wasolldas praktisch nicht mehr bei mir bin, sondern fast ganz draußen, an der Schulter des Orion, wovon Rutger Hauer in Blade Runner so tränenfördernd erzählt, und mordenmordenmorden möcht ich a) und b) am liebsten, wenn ich von diesen zwei Früchterln, denen lebenslang Kopfnuß ohne Bewährung gehört, lesen muß: »Günter Kunert, 1929, hat in Berlin nach der Volksschule wegen seiner jüdischen Abstammung keine Möglichkeit der Weiterbildung. Trotzdem kann er 1946 Graphik studieren.« Und noch durchdrehnder werd ich, wenn ich seh, daß diese verbrecherischen Furzpiepen Brechts »Lied von der belebenden Wirkung des Geldes« aus dem Stück »Die Rundköpfe und die Spitzköpfe« auf ein Drittel herabknappen, damit der Manager beim Lesen nicht zuviel Zeit verliert apropos Gewinn und Verlust. Aber dann, mein Schatz, »sparen« diese Gauner ja auch noch das gesamte Dritte Reich »aus«, mit allen den IGfarbigen Zauberweltlern. Sparen das einfach aus. Sparen das ganz einfach aus. Statt normal arbeiten zu gehn, sparen die das Dritte Reich aus, aus und nochmal aus.

Konkret 09/96, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Tierische Liebe

Regie: Ulrich Seidl; Dokumentarfilm; Österreich 1995; 114 Minuten; ab 29.8. im Kino (Ventura)

Feinrippunterhemd, Turnhose und Socken, so sitzt rechts auf dem Sofa der Schlecker-Peter, der so heißt, weil er Wiens Spitzenmann für Cunnilingus ist. Allerdings hat er grade den Telefonhörer am Ohr und nimmt den Telefonsexservice in Anspruch. Links auf dem Sofa ödet sich ein mittelgroßer Köter zu Tode. Die Hinterbeine hat er auseinander geklappt, so kann er das Genital der Kamera weisen. Letztere dokumentiert einwandfrei ihren eigenen subjektiven Blick auf eine Szene, die unschwer als floride Beziehungskrise beschrieben werden kann. Hierfür wäre eigentlich die uns allen sattsam bekannte Filmgattung der Beziehungsdramen und – komödien zuständig, um uns sofort mit Filmdialogen vollzulabern. Wie man einsehen wird, fehlt es den Wiener Heimtieren jedoch an der Möglichkeit, sich verbal zu artikulieren.

Was ein Segen ist. Weil der begnadete Wiener Dokumentarist Ulrich Seidl jetzt tun kann, wofür er berühmt ist, nämlich dem Bildermedium geben, was des Bildermediums ist: Mit dem unterschwelligen Affekt des Einverständnisses inszeniert er, wie der Mensch es mit dem Tier treibt. Seine Selbstdarsteller kommen erfreulich schnell zur Sache, auch wenn Stefanie Renée Felden, die Ex-Schauspielerin, erst ein Schaumbad nimmt, bevor sie mit ihrem Husky ins Bett steigt und liebevoll seinen Bauch streichelt. Dann geht sie dem Tier an die Eier, aber grade noch rechtzeitig: Schnitt!, und das verstehen wir, weil wir den Film ja im Kino sehen wollen.

Moralisch ist er insofern, als er voller Liebe ist und der Inszenator Ulrich Seidl sozusagen im herzlichen Einverständnis mit auf der Couch oder gar im spitzenbezogenen Himmelbett sitzt. Mondo cane ist weit weg, niemand wird verraten, wir sind erfolgreich Komplizen, der Film kommt nah, sehr nah. Bloß Werner Herzog bekam einen metaphysischen Schock: »Noch nie habe ich im Kino so geradewegs in die Hölle geschaut«, bekannte er nach dem Besuch der »Tierischen Liebe«, dann setzte er seinen düster umflorten Blick auf und reiste zu Filmaufnahmen ins ferne Mexiko. Wieder eine dieser Fluchten, bloß weil er nicht bringt, was doch der Husky auf dem Satinlaken mit Leichtigkeit vorführt: sich die eigenen Genitalien lecken. Aber er hätte doch ohne weiteres Zungenküsse tauschen können, mit dem großen struppigen Schmusehund, hier in Wien, im Abbruchhaus auf dem Gelände des ehemaligen Verschiebebahnhofs, hinter den hunderttausend alten Autoreifen, die auf den Abtransport nach Albanien warten.

Franz Holzschuh, jung, Bettler, braucht im kalten Winter was sehr Warmes. Er, ein Weglegekind, im Mistkübel gefunden und in Erziehungsheimen groß geworden – Franz Holzschuh also, so hören Sie doch, lieber Werner Herzog, hat Ambitionen und Visionen. Er träumt von der Liebe, und die Himmelsmacht machte es wahr, nur das Objekt hat gewechselt. Seit mehr als einem Jahr, aber das ist jetzt ein Nachtrag zum Film, lebt er als Lebensabschnittsgefährte mit der Filmassistentin der »Tierischen Liebe« zusammen, Eva Roth. Das ist zum Mitfühlen, aber bevor einem die Tränen kommen, wollen wir des Stadtstreicherkollegen Erich Wögerer gedenken, der mit Franz Holzschuh ein »symbiotisches Verhältnis« eingegangen war, wie uns Ulrich Seidl versichert hat. Jetzt muß Kellerratte Wögerer allein betteln gehen, während der Kumpel aus der Unterschicht aufgestiegen ist. Geht das in Ordnung? Durfte die Dokumentaristin eingreifen? – Wir geben ihnen ein weiteres Jahr und werden in der Septembernummer 1997 berichten.

Konkret 09/96, S. 64

Jan Pehrke

Film & Theater

Twister

Regie: Jan De Bont; mit Bill Paxton, Helen Hunt, Cary Elwes; USA 1996; 113 Minuten; ab 5.9. im Kino (UIP)

In dem Wirbelsturm-Epos »Twister« läßt »Speed«Regisseur Jan De Bont die rustikale, bipolare Welt des Abenteuerfilms erneut auferstehen. Da gibt es eine hemdsärmelige Forscher-Crew, der ein Team, das irgendwie yuppiehaft rüberkommen soll, entgegenwirkt und mittenmang Jo, eine Frau Typ »dufter Kumpel«, der als Antipode die zimperliche, adrette Melissa beigesellt ist. Der Held steht zwischen beiden Welten. Einst an vorderster Wetterfront tätig, übt er nun den in diesen Kreisen uncoolsten Job der Welt aus: TV-Meteorologe; noch mit Jo verheiratet, schickt er sich an, auf Melissa umzusteigen. Eigentlich ist er nur zur alten Truppe gestoßen, um die Scheidungsformalitäten zu erledigen, doch unvermittelt packt ihn das Fieber wieder ...

Mit solch schmückendem menschlichen Beiwerk hält sich Jan De Bont, der in »Speed« das Grundmuster des Hollywood-Films, die Geschwindigkeit, in fast reiner Form zur Darstellung brachte, jedoch nicht lange auf. Warum die Winde wehen, interessiert ebenfalls nicht, nur daß sie es möglichst eindrucksvoll tun. Das Presseheft stellt in Warentest-Manier heraus, daß man es bei den Tornados mit der besten Katastrophe, wo gibt, zu tun hat, Erdbeben, Orkanen, Hochwasser und anderem Schnickschnack haushoch überlegen.

Aber so einen cinéastischen Selbstläufer wie den »Speed«-Bus, der explodiert, wenn er unter einen bestimmtem Geschwindigkeitspegel fällt, findet man nicht alle Tage. In »Twister« herrscht bei Flaute Flaute, und die Dramaturgie, die sich von Windhose zu Windhose hangelt, hat frappante Ähnlichkeit mit der von Pornofilmen. Die »special effects« sind auch nicht der Rede wert. Zu gefallen wußte einzig eine durch die Luft purzelnde Kuh.

Konkret 09/96, S. 65

Max Annas

Film & Theater

Der Unhold

Regie: Volker Schlöndorff; mit John Malkovich, Armin Müller-Stahl, Gottfried John, Volker Spengler, Marianne Sägebrecht; Deutschland/Frankreich/Großbritannien 1996; 118 Minuten; ab 12.9.96 im Kino

Ein Staatskünstler tut gut daran, sich den richtigen Hof auszusuchen. Als Geschäftsführer für den Künstlerischen Bereich bei der Studio Babelsberg GmbH – das ist das, was die Treuhand und die Betreibenden der GmbH von der ehemaligen Defa, Abteilung Spielfilm, übriggelassen haben – ist Volker Schlöndorffs Aufgabe exakt jene, die in anderen Wettbewerbsbereichen die Manager der BRD-Großindustrie zu erfüllen hatten: die Zerschlagung der industriellen Struktur der untergegangenen Deutschen Demokratischen Republik unter besonderer Berücksichtigung des eigenen Kontos. Als Schlöndorff in einem Interview zum Amtsantritt im Jahr 1992 verbreitete, die Defa stänke, hat der sich dann auch als würdig erwiesen, im Konzert derer mitzusingen, die das wirtschaftliche Potential Ostdeutschlands lauthals schmähten, um es dann im Stillen abzusaugen.

So dürfte es ihm leicht gefallen sein, dem ehemaligen DDR- und Defa-Filmemacher Reiner Simon den Wunsch abzuschlagen, Michel Tourniers Roman *Der Erlkönig* mit Babelsberger Hilfe zu verfilmen. Schlöndorff hat es dann lieber selbst gemacht, weil der Name Simon nicht den gewünschten Eindruck bei internationalen Geldgebern zu machen schien, der seine aber schon. So ist es nachzulesen in der *Dokumentation 1990 – 1994 der Treuhandanstalt Berlin*, herausgegeben von der Anstalt selbst. Schlöndorffs Umsetzung des Romans, sein Film »Der Unhold«, ist die bisher teuerste Produktion, die die Studio Babelsberg GmbH hergestellt hat – mit einem veritablen Staraufgebot.

Nach einer Pause von fünf Jahren gibt es also wieder einen Schlöndorff-Film in den Kinos. Er spielt in dem einzigen Genre, das der Regisseur wirklich schätzt: der leinwandgerechten Verarbeitung dessen, was gern unter dem Begriff »große Literatur« geführt wird. Entstanden ist ein Film über den schwierigen, nichtsdestotrotz notwendigen Prozeß der Anpassung an eine neue Zeit. Nicht nur die eingangs angerissene Produktionsgeschichte weiß davon zu berichten, auf ihre Art tun dies auch der Stoff und Schlöndorffs Inszenierung.

Michel Tourniers Roman, die Vorlage für das Drehbuch, ist eine mythenüberbeladene Erzählung und zugleich ein nüchternes Protokoll mit gleich mehrfach gebrochener Perspektive. Er rekonstruiert die Geschichte eines Opportunisten, eines Idioten, den es von der französischen Provinz nach Ostpreußen verschlägt, wo er unter anderem Hermann Göring persönlich zu Diensten zu sein hat.

Jean-Claude Carrière, Drehbuchspezialist in Schlöndorffs Dream Team (unter anderen ist als Komponist Michael Nyman dabei), degradiert den Protagonisten Abel Tiffauges (Malkovich) zu einem immer präsenten Statisten, der bestenfalls teilnimmt an dem, was ihm das Außen anbietet. Er bleibt der faszinierte Beobachter einer seltsamen Welt, er blickt verzückt auf die Inszenierung nationalsozialistischer Mythen. Er schnuppert gemeinsam mit Göring an der Losung von Hirsch und Ricke, in einer Nazi-Drillanstalt für männliche Jugendliche gibt er das Faktotum, und immer wieder fängt er zu Pferde Jungs in den – damals noch deutschen – Wäldern.

Der interessanteste Aspekt an Schlöndorffs Film ist die Um- und Übersetzung der literarischen Vorlage. Göring zum Beispiel, im Buch auf kaum zwanzig Seiten präsent und nicht sehr gesprächig, wird hier zu einer der tragenden Figuren. Er wird eingerichtet als sein eigenes Klischee: debil, gefräßig, fasziniert von der eigenen Größe und Macht. Gibt es irgendein Problem, beginnt er unverzüglich zu brüllen: »Alle an die Ostfront!« Eine Treibjagd mit dem »Reichsjägermeister« endet im Buch mit fünfzehn erlegten Tieren. Schlöndorff erlaubt es sich, (geschätzt) knapp die zehnfache Anzahl an geschossenem Wild vor Görings Residenz hübsch geometrisch anzuordnen.

Während im Off ein Knabenchor beliebtes und bekanntes Liedgut zwischen »Schwarzbraun ist die Haselnuß« und »Heute gehört uns Deutschland ...« abhakt, sehen wir der Sänger sportive Brüder im Geiste bei der notorischen Körperertüchtigung. Junge Männer müssen ihre Körper nun einmal stählen, besonders und gerade, wenn sie deutsche junge Männer sind und sich wieder einmal auf einen Krieg vorbereiten. Abel steht mal am Rande und ist bald auch mitten unter ihnen, er ist Teil ihrer Gemeinschaft. Romanautor Michel Tournier hat diese Szenen nicht erdacht. Im Buch *Der Erlkönig* lassen sich diese Bilder nicht auffinden.

In einer Zeit, in der Deutschland das Ende des Jahrhunderts des Holocaust erwartet, dabei erhitzt und empört Daniel Goldhagens *Hitlers willige Vollstrecker* diskutiert und sich darüber zum wiederholten Male einem kollektiven Prozeß der Reinwaschung unterzieht; während in Italien ein greiser SS-Schlächter vom Vorwurf des Mordes freigesprochen wird, den er zweifelsfrei begangen hat, beharrt ein deutscher Filmregisseur auf der endlosen Fortsetzung dieses faszinierten und kindlichen Blicks, der den Nationalsozialismus als eine hochinteressante Abfolge von Zeichen und Symbolen wahrnimmt.

Schlöndorffs politisch opportuner Ansatz ist die endgültige Inbesitznahme und Fortschreibung dieses infantilen Blicks auf Deutschland – nun eben aus großer zeitlicher Distanz. Das war doch eigentlich gestern, das ist doch alles schon Geschichte. Nur so wird er auf die Idee gekommen sein, eine kleine Szene mit dem jagenden Göring so aufzublasen, als sei er von der alten Ufa dazu beauftragt worden. Dieser Blick – nicht einmal wirklich historisierend, vielmehr hemmungslos naiv – korreliert bestens mit den Bedingungen des neuen Deutschland. Und deshalb reden wir von Staatskunst.

Konkret 09/96, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Draußen im Leitartikel von Karl Feldmeyer ist der deutsche Mann noch was wert:

Ohne die Kraft der gewachsenen Gefühle, aus denen die Nationen leben, sind weder die Probleme der Wirtschaft noch die des Bewußtseins und der Befindlichkeit im vereinten Deutschland zu überwinden. Das Selbstwertgefühl des ganzen Volkes muß wiederhergestellt werden.

Wieder? Wieder.

Das »Hamburger Abendblatt« preist den

Bekanntheitsgrad der berühmten Filmszene aus »Casablanca«

und ruft die drei ums Klavier in Rick's Café versammelten Darsteller Humphrey Bogart, Ingrid Bergman und Dooley Wilson bei ihren Namen:

Humphrey Bogart, Louis Armstrong und Ingrid Bergman,

weil schwarz ist schwarz, da kann man einen vom andern nicht unterscheiden, und der Neger, der Musik macht, ist nun mal Louis Armstrong.

Hamburg hat auch ein »Weltblatt der Weltstadt«, das dieses lauteste Dorf im südlichen Holstein gerne mit dem Konkurrenten Itzehoe und anderen Metropolen vergleicht, wobei herauskommt, daß über eine Wiese am Gorch-Fock-Wall gesagt wird:

Planten un Blomen, das Hamburger Gegenstück zum New Yorker Central Park

wie ja auch der Hamburger Michel das – wie der Hanseat sagt: – Pangdang zum Petersdom ist und die »Hamburger Morgenpost« das Gegenstück zum Pulitzerpreis.

In stillen Stunden, wenn sie unter sich sind, im letzten Absatz eines Psychogramms etwa, dessen Lektüre nur die ältesten Abonnenten, die noch die Frontberichte von Stalingrad mitgemacht haben, bis zu seinem Ende durchhalten, geben sie gern mal zu erkennen, was man doch auszustehen hat mit dem Personal heutzutage – also wissen Sie und dann immer scheißfreundlich sein, weil es ist ja so schwer, Leute zu finden, und wenn, dann ist es irgend Müller oder Schulze, der bei den hessischen Grünen Nachfolger von unserm Joschka werden will – , aber daraus, sagt die »Frankfurter Allgemeine«, kann nichts werden, weil dem Neuen

fehlt die natürliche Begabung Fischers, sich von Partei und Öffentlichkeit ständig überschätzen zu lassen.

Denn sie wissen ziemlich gut, was sie tun.

»Paven pa Hitlers stadion« (der Papst in Hitlers Stadion), meldete die liberale dänische Tageszeitung »Politiken«, und dort, in Berlin, rief er seinen Fans zu:

Laßt Euch nicht einreden, daß die zölibatäre Lebensform der Priester überholt sei.

Ob aber die lauschenden 90.000 mit der »zölibatären Lebensform« etwas anfangen konnten? Hätte er zu Ehren der nationalen Stätte, an der er sich befand, und im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils, das die Benutzung der Landessprache an Stelle des Lateinischen erlaubt hat, nicht besser ausgerufen: Bei uns wird weiter in die Hände gespuckt?

Familienanzeige der Firma Dr. Jens Grumann Daten-Kommunikation GmbH Bad Homburg vor der Höhe:

Wir trauern um

Peter Krebs

der kurz nach seinem 45. Geburtstag durch einen tragischen Verkehrsunfall ums Leben kam. Wir verlieren mit ihm mehr als unseren stellvertretenden Geschäftsführer.

Das Geheimnis, warum die GmbH ihren stellvertretenden Geschäftsführer dennoch nicht mehr hat werden lassen als eben dies, nimmt Dr. Jens Grumanns Daten-Kommunikations GmbH Bad Homburg vor der Höhe mit ins Familiengrab.

Sommer auf Sylt:

Schmuddelhimmel über Deutschlands feinster Insel, Lichtblick im »Kamphuis«. »Cartier«-Chefin Christel Heilmann feierte ihren 50. Geburtstag. Hiltrud Schröder (48) kam allein und noch zierlicher als sonst. Noch gesehen: Hera Lind, Max Schautzer, Freya Barschel, Roberto Blanco, Ernst-Dieter Lueg, Richard Clayderman.

Und wo war Duve? (Oder war der zierliche Ertrag des feinen Festes gar nicht als Lichtblick für Deutsch-Südwestjugoslawien bestimmt?)

Das ist der neue deutsche Ökopazifismus:

Gedrückte Stimmung im deutschen Feldlazarett im kroatischen Trogir bei Split: Eine Kroatin hat einen Obergefreiten der Bundeswehr beschuldigt, er habe sie vergewaltigt... Ein anderer Vorfall im Feldlazarett findet ein Nachspiel vor dem Truppendienstgericht: Ein Stabsunteroffizier und eine Unteroffizierin, über deren Liebesspiel in einem Wohncontainer sich zwei Kameradinnen bei ihrem Kompaniechef beklagt hatten, waren mit einer siebentägigen Arreststrafe belegt und nach Deutschland strafversetzt worden... Die Grünen haben den Vorfall zum Thema einer Anfrage an die Bundesregierung gemacht. Die Wehrexpertin der Grünen-Fraktion, Angelika Beer, will wissen, wie das Verteidigungsministerium es bewerte, »daß zwei heterosexuelle Bundeswehrangehörige während eines Auslandseinsatzes sexuell miteinander verkehrten«, und ob Bonn bereit sei, »durch konkrete räumliche Maßnahmen (z.B. Bereitstellung von speziellen Containern) das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Bundeswehrangehörigen zu gewährleisten«.

Schwerter zu Pflugscharen? Feldlazarette zu Sexualcontainern!

Aus der »Bild«-Zeitung, die vorne mit einem Foto von der Campingplatz-Tragödie und der Zeile »Immer neue Leichen im Schlamm« ihre Leser vierfarbig umwirbt:

Makaber!

Von Paul C. Martin

Fliegen Sie nach Sarajevo! Dort können Sie für viel Geld ein »Überlebens-Dinner« genießen, mit Löwenzahnsuppe vorneweg. Danach schlendern Sie über die Stätten, in denen zehntausend ihr Leben ließen.

Buchen Sie Neufundland! Dort können Sie beim kalten Sarg der »Titanic« ankern und über Kameras gieren, wie es wohl heute in der Tiefe aussieht, wo 1.400 starben.

Hereinspaziert! Für Geld gibt's heutzutage alles. Anstand, Achtung, Scham – längst gestrichen.

Wie die Schamfrist, die das Sprichwort »Junge Huren – alte Betschwestern« zwischen den beiden Rollen unterstellt hatte. Heute erscheint Bruder Paul schon zur Morgenandacht in Strapsen.

Und was macht Theo?

In der Schlucht müssen sie darauf achten, wohin sie die Füße setzen, das lose Geröll auf dem Trampelpfad ist tückisch, auch den Harburger drückt am Ende der Schuh.

Die Pferdefüße der Fraktionsemissäre in der tückischen Schlucht des Sommerlochs, das lose Geröll der Sticheleien auf dem Trampelpfad der Realpoli-tik zwischen Skylla und Charybdis ...? Keine Spur: Das Geröllist bloß Geröll, der Trampelpfad zu nichts da als zum Trampeln, die Schuhe, die den Harburger drücken, sind Wanderstiefel, und die Schlucht ist eine richtige Schlucht im Süden der Insel Kreta, wo Theo sich von seinen Metaphern erholt, während das Proletariat daheim, im »Neuen Deutschland«, im Schweiße seiner Füße sein Brot verdient:

Erst wenn der Schwindel auffliegt, fließen Krokodilstränen wegen »schwarzer Schafe«. Auch Betriebsräte drücken schon mal die Augen zu. Die angekündigten Steuergeschenke gießen nur Öl ins Feuer der Managerambitionen...

Theo, komm zurück!

Eine Überschrift im Feuilleton der »Welt«, das sich »Geistige Welt« nennt:

Gut zu leben ist wichtiger als lang

und nachts ist es kälter als draußen.